

Michael Brie (Hrsg.)

Lasst uns über Alternativen reden



Beiträge zur
kritischen
Transformations-
forschung 3

Michael Brie (Hrsg.)
Lasst uns über Alternativen reden

Michael Brie (Hrsg.)

Lasst uns über Alternativen reden

Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 3

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Inhalt

Michael Brie

Krisenzeitalter – Zeitalter der Transformation 7

Anstatt eines Vorworts

AKTUELLE TRANSFORMATIONSDISKURSE

**Genügt es Euch, »im herrschenden System mitzutanzten,
statt es aktiv zu verändern«?** 12

Die Transformationsforscher Michael Brie, Mario Candeias
und Dieter Klein befragt

Klaus Steinitz

**Überlegungen zu einer kritischen linken
Transformationsforschung** 36

John Bellamy Foster

Marxismus und Ökologie 57

Gemeinsame Quellen einer Großen Transformation

Frank Adler

**»Postwachstum« als radikal kritische
und konkret-utopische Transformationsperspektive** 77

Lutz Brangsch

Entwicklung, Revolution, Reform und Transformation 130

Dieter Klein/Joachim Wahl

**Progressiver Wandel in Lateinamerika –
doppelte Transformation?** 148

Cornelia Hildebrandt

Linksparteien in Europa als Subjekte der Transformation 190

KRITIK

Rolf Reißig

Transformation in unterschiedlichen Diskursen 220

Anmerkungen zum »Handbuch Transformationsforschung«

Philipp Piechura

Transformationsdesign –

Zwischen angewandter Kunst und Gesellschaftsveränderung 231

KONKRETE PROJEKTE

Amory Starr

Wie wird um Hegemonie gekämpft? 242

Eine Fallstudie zur Local-Food-Bewegung –
ein Modell für Transformation

Autorinnen und Autoren 260

Michael Brie

Krisenzeitalter – Zeitalter der Transformation

Anstatt eines Vorworts

Es bedurfte der Hunderttausenden Flüchtlinge, die jetzt den Limes an den Außengrenzen der Europäischen Union überwunden haben, damit eines klar wird: Es herrscht Krieg. Und die Staaten der Europäischen Union haben diesen Krieg wesentlich verursacht oder doch zumindest den Kriegstreibern assistiert. Größere Teile des Nahen und Mittleren Ostens stehen seit Jahren buchstäblich in Flammen. Ökonomische, soziale, ökologische, politische und kulturelle Faktoren sind in ihrer Verbindung ausschlaggebend gewesen. Im Osten Europas und im Kaukasus sind die Brandherde aktiv, die schnell auch diese Region in große militärische Auseinandersetzungen verwickeln können. Unfähig zu einer wirksamen Friedenspolitik nach außen, ist die Europäische Union zugleich nicht zu einer wirksamen solidarischen Kooperation nach innen bereit. Sie ist sich dort einig und handlungsfähig, wo es um die ökonomisch-soziale Spaltung der EU geht – in der Austeritäts- und Konkurrenzpolitik. Sie ist sich dort uneinig und blockiert, wo es um die solidarische Kooperation geht – in der Flüchtlingspolitik. Die hoffnungslos infantile Gefolgschaft gegenüber den USA hat die katastrophale Entwicklung befördert.

Gleichzeitig entstehen in Asien, Lateinamerika und auch in Afrika alternative Modelle der Moderne. Schien das 20. Jahrhundert noch eine globale Revolution der Westernisierung (Laue 1987), so hat sich dieser Schein spätestens mit dem Wiederaufstieg Chinas verflüchtigt (Jacques 2012). Aus dem Wettbewerb der Systeme von US-dominiertem Kapitalismus und sowjetischem Staatssozialismus wurde ein Wettbewerb verschiedener Gestalten kapitalistisch geprägter Zivilisationen. Das amerikanische Jahrhundert war, wenn überhaupt, das 20. und ist keinesfalls das 21. Jahrhundert. Und wie so oft in der Geschichte hat genau der Versuch der USA, der Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion global die eigene Vorherrschaft aufzuzwingen, diese Wahnvorstellung ad absurdum geführt.

Was aber hat die Europäische Union zu bieten? Sie hat ihr eigenes Modell eines sozialstaatlich-demokratisch eingehegten Kapitalismus gerade in dem Augenblick zerstört, wo es darauf angekommen wäre, es durch Erneuerung zukunftsfähig zu machen und – nach Möglichkeit

– darüber weit hinauszugehen. Sie hat sich übernommen durch eine Erweiterung, der keine entsprechende Steigerung solidarischer Integration entsprach, sondern die durch die Entfesselung eines Markteuropas der negativen Integration konterkariert wird. Und sie hat die ökologische Frage als neue Chance für eine solidarische Integration bisher nicht ernsthaft aufgegriffen, sondern bestenfalls als »grüne« Kapitalanlagestrategie gefördert.

Das Weiter-so einer neoliberalen Politik des Finanzmarkt-Kapitalismus wird in der Europäischen Union immer schwieriger. Die Zerreißkräfte nehmen zu; von einem sozialen, politischen und kulturellen Konsens kann immer weniger die Rede sein. Der Aufbruch von 1989 ist zur umfassenden Vielfachkrise geworden (Demirović et al. 2011). Immer deutlicher zeichnen sich die Alternativen ab, die in dieser Krise geboren werden – einige davon autoritär und barbarisch (Institut für Gesellschaftsanalyse 2011).

Der dritte Band der Beiträge zur kritischen Transformationsforschung versammelt Aufsätze, die diese Situation reflektieren. Er beginnt mit einer innerlinken Auseinandersetzung, die vom Kuratorium der ostdeutschen Verbände begonnen wurde. Die Transformationsforschung des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung sei schlicht nichts anderes als eine Kapitulation vor der Aufgabe grundlegender Gesellschaftsveränderung (Blessing/Werner 2015). Mario Candéias, Dieter Klein, Klaus Steinitz und der Herausgeber gehen der Frage nach, inwieweit dieser Vorwurf gerechtfertigt ist.

Eine zweite Gruppe von Artikeln wendet sich zentralen Transformationsdiskursen der Gegenwart zu. Zu diesen Diskursen gehören der *Ökosozialismus* und der *Postwachstumsdiskurs*. John Bellamy Foster geht auf die Verankerung einer ökologischen Kapitalismuskritik im Werk von Karl Marx ein. Es ist ein verschüttetes Erbe, das er freilegt. Eine umfassendere Sicht würde zeigen, in welchem Maße die sozialistische wie konservative Kritik am Industriekapitalismus von Anfang an auch durch das Erschrecken über ein neues und zerstörerisches Naturverhältnis geprägt war. Frank Adler wiederum zeigt, dass ein ernsthafter Transformationsdiskurs ohne die Frage des Zielpunkts, einer Gesellschaft jenseits von Immer-Mehr des Habens, nicht geführt werden kann. Dies aber stellt neue Fragen der Bündnispolitik zwischen Gruppen, die vor allem die Verteidigung der Interessen im Hier und Jetzt in den Vordergrund stellen müssen, und jenen, die die strukturelle Veränderung betonen. Es ist dies ein klassisches Dilemma, das historisch bereits in der Frage von Reform und Revolution im 19. Jahrhundert diskutiert wurde. Lutz Brangsch geht auf

diese Diskussion und ihre Veränderung im Maße der Russischen Revolution ein. Das Dilemma begreift er vor allem als Frage revolutionärer Praxis der Veränderung und Selbstveränderung, als kulturelle Praxis im weitesten Sinne.

Eine dritte Gruppe von Beiträgen zu diesem Band stellen die Analysen von Dieter Klein und Joachim Wahl zu Transformationsdiskursen in Lateinamerika und von Conny Hildebrandt zu parteipolitischen strategischen Ansätzen der Linken in der Krise der Europäischen Union dar, die auch eine Krise der Linken ist. Hier werden gemeinsame strukturelle Grundprobleme unter sehr, sehr unterschiedlichen Bedingungen deutlich. Diese Beiträge machen klar, wie weit wir noch entfernt sind von einer erfolgreichen linken Politik doppelter Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus.

Im Folgenden werden durch Rolf Reißig und Philipp Piechura zwei wichtige Werke der Transformationsforschung besprochen. Zum einen ist dies das von Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Wagener herausgegebene »Handbuch Transformationsforschung« und zum anderen das Buch von Harald Welzer und Bernd Sommer »Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne«.

Den Abschluss dieses Bandes bildet die Vorstellung eines sehr spannenden Einstiegsprojekts in Transformation. Die Forscherin, Aktivistin und Tänzerin Amory Starr stellt die Local-Food-Bewegung in den USA vor. Hier werden Formen der Regionalisierung analysiert, die die soziale, ökologische, kulturelle, wirtschaftliche und demokratische Frage in herausfordernder Weise neu stellen. Es sind Experimentierstuben einer neuen Produktions- und Lebensweise.

Literatur

- Blessing, Klaus/Werner, Matthias (Hrsg.) (2015): Gefährliche Illusionen. Die Transformationspolitik in der Kritik, Berlin
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): Vielfach-Krise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf
- Jacques, Martin (2012): When China Rules the World: The End of the Western World and the Birth of a New Global Order, 2. Aufl., New York
- Laue, Theodore H. von (1987): World Revolution of Westernization: The Twentieth Century in Global Perspective, Oxford

AKTUELLE TRANSFORMATIONSDISKURSE

Genügt es Euch, »im herrschenden System mitzutanzten, statt es aktiv zu verändern«?

Die Transformationsforscher Michael Brie,
Mario Candeias und Dieter Klein befragt

Am 20. Juni 2015 führte das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. in Berlin eine Konferenz unter dem Titel »Kann man in den Sozialismus hinein tanzen? – Welchen Einfluss hat die Transformationstheorie auf linke Politik?« durch. Mittlerweile sind die Materialien der Konferenz auch als Buch erhältlich. Wie Matthias Werner bei der Eröffnung der Konferenz ausführte, gäbe es eine »Vielzahl von kleinbürgerlichen Utopien in linken Bewegungen« (Blessing/Werner 2015, 9; die folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf diesen Text). Er begründete dann das Anliegen der Konferenz so: »Wir beginnen unsere Themenreihe bewusst und gezielt mit einer kritischen Auseinandersetzung zur Transformationstheorie und ihrer Wirkung auf linke Politik. Nach unserer Wahrnehmung hat diese Theorie zwar keine Massenbasis, aber dominiert die theoretische Ausrichtung und zunehmend die politischen Handlungen der Führung in der Partei DIE LINKE. Diese degradiert sich nach eigenem Selbstverständnis zur Mosaik-Linken. Sie bekennt sich damit zu einer Partei des Mitregierens, der kleinen Schritte und Teil eines bunten Mosaiks. Sie verbreitet die gefährliche Illusion, auf diesem Wege in eine sozialistische Gesellschaft zu transformieren.« (9f.)

Was ist an dieser Einschätzung dran? 2008 haben Vorstand und Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung das Institut für Gesellschaftsanalyse mit dem Auftrag sozialistischer Transformationsforschung gegründet. Dabei konnte an Ansätze angeknüpft werden, die auf Theorien in der DDR und BRD der 1970er und 80er Jahre zurückgehen, vor allem aber auf Arbeiten, die seit 1999 an der Rosa-Luxemburg-Stiftung und durch ihre Partner geleistet wurden. Wird nun tatsächlich an der RLS eine Forschung gefördert, die »kleinbürgerlichen Illusionen« anhängt? Werden Politikvorschläge unterbreitet, die sich »wie Erzählungen über den Weihnachtsmann« (33) anhören? Wird durch die der Partei DIE LINKE nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung eine »sozialreformistische Umformung der Partei und damit die Preisgabe ihrer wesentlichen Prinzipien und ihrer Identität« (61) befördert?

Der Vorwurf an die Vertreter der Transformationsforschung der RLS wiegt schwer: »Würden nämlich diese Theorie und die mir ihr zusammenhängende politische Strategie durchgesetzt werden, so würde dies nicht zu einer Transformation des Kapitalismus und über ihn hinaus führen. Ergeben würde sich die Transformation der Partei und anderer Linkskräfte zu staatshörigen sozialreformistischen Stützbalken im Gerüst des herrschenden Systems.« (65) Im folgenden Gespräch wurden drei Hauptvertreter dieser Forschungsrichtung an der RLS, Michael Brie, Mario Candeias und Dieter Klein, befragt.

Vertretet Ihr nicht eine kleinbürgerliche Versöhnung der Gegensätze?

Michael Brie: Mit den Gegensätzen ist dies so eine Sache. Es gibt bei der Linken eine richtige und eine falsche Weise, Gegensätze in Beziehung zu setzen: spaltend und sektiererisch oder solidarisch und nach vorne treibend. Einen solchen Gegensatz bilden Reform und Revolution. Immer wieder wird vergessen: Es gab nicht nur den neoliberalen Rollback gegen den Sozialstaat und gewerkschaftliche Rechte, was als Beleg des Scheiterns des Reformweges angesehen wird. Es gab auch eine Restauration kapitalistischer Eigentumsverhältnisse in der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Ländern und den Übergang zu einem staatlich regulierten Kapitalismus in China. Der klassische revolutionäre Weg des Leninismus ist gescheitert. Es macht deshalb keinen Sinn, die »gute« Revolution gegen die »schlechte Reform« zu wenden oder umgekehrt.

Uns geht es vor allem darum, die unvermeidlichen Widersprüche und Gegensätze, die mit jedem sozialistischen Kampf, mit jedem Einsatz für grundlegende Veränderungen verbunden sind, in einer neuen Weise in Beziehung zueinander zu setzen. So sollen Lernprozesse ermöglicht werden, die die Kräfte nicht spalten, sondern zusammenführen, nicht schwächen, sondern stärken. Es gibt weitere falsche Gegensätze: Realpolitik gegen Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, Klasse gegen die Vielfalt der sozialen Bewegungen, Aktivierung der Zivilgesellschaft gegen die Frage des Kampfes um den Staat, Masse gegen Partei oder Selbstbewegung gegen Führung, Kämpfe auf nationaler Ebene gegen die in Europa ... Wir wollen keine Addition der verschiedenen Positionen, sondern ihre wechselseitige Bereicherung und gemeinsame solidarisierende Veränderung. Wir halten es mit der Kunst, die Gegensätze nicht zu versöhnen, sondern in reale Bewegung zu bringen, damit grundlegende Veränderungen möglich werden. Das ist die wirkliche Dialektik. Dies kann man auch die Fähigkeit nennen, die realen Verhältnisse zum

Tanzen zu bringen und hart am Wind zu segeln, der der Linken entgegen bläst, um Walter Benjamin zu zitieren. Deshalb arbeiten wir mit Begriffen, die solche Widersprüche ausdrücken. Den der revolutionären Realpolitik haben wir von Rosa Luxemburg, den der nichtreformistischen Reformpolitik von Joachim Hirsch, der der Gegen-Hegemonie wurde in Anlehnung an Antonio Gramsci entwickelt.

Immer noch gibt es die linksradikale Kinderkrankheit, sich den Widersprüchen entziehen zu wollen und jeden zu denunzieren, der sich ihnen stellt. Dann wird es aber unmöglich, wirksam zu handeln. Und immer wieder gibt es den altersmüden Reformismus, der Macht- und Eigentumsfragen ignoriert und sich lieber unterwirft, als den Kampf aufzunehmen, und seinerseits die Widersprüche scheut. Transformation ist für Linke kein Allerweltswort. Es geht um nicht weniger als um die grundlegende sozialökologische, solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und um jene Formen, die dazu tatsächlich beitragen können. Dafür wollen wir gerne streiten und auch darüber, wie das am besten geschehen kann.

Nimmt Eure Position zur Transformation »eine grundlegende Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische« wirklich von der Tagesordnung?

Dieter Klein: Natürlich wäre es am besten, der Kapitalismus würde ganz schnell beseitigt, vorausgesetzt natürlich, es würde dabei eine Gesellschaft entstehen, die besser in der Lage ist, die sozialen, ökologischen und demokratischen Probleme zu lösen – und dies ist keinesfalls selbstverständlich. Beides muss geleistet werden. Ein bloßer Anti-Kapitalismus reicht nicht, es muss auch ein sozialistisches Pro hinzu, das die Probe der Geschichte aushält. Die Frage ist für uns nicht, ob, sondern wie und durch wen diese doppelte Aufgabe gelöst werden kann.

Der ganze Sinn unserer Transformationsforschung besteht darin zu erkunden, wie demokratischer Sozialismus als Ziel, Werteorientierung, Prozess und Weg zu lebendiger Wirkung kommt. Die Kritiker unseres Transformationskonzepts gehen von der Grundannahme aus, es stünden zwei sich ausschließende Transformationsstrategien im Widerstreit: die revolutionäre, auf substanzielle Veränderungen der Macht- und Eigentumsverhältnisse orientierende und die reformistische, genauer reformkapitalistische Transformationstheorie, zu definieren als »in Träume verpackte Ablenkungsmanöver, die das System erhalten sollen« (162, auch 82, 87f.). In die reformkapitalistische Linie seien die Führung der LINKEN

und die Transformationstheoretiker der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihnen Gleichgesinnte einzuordnen. Sie seien die Lieferanten des theoretischen Korsetts für einen parteipolitischen Drift nach rechts. Das ist völlig falsch.

Erstens ist es – zurückhaltend formuliert – unsachlich, linke Transformationstheoretiker hätten sich von der Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse und damit auch vom demokratischen Sozialismus abgewendet. In dem durch Klaus Blessing und Co. geschmähnten Buch »Das Morgen tanzt im Heute« von mir heißt es: »Eine emanzipatorische Transformation überwindet das Grunddefizit des Reformkonzepts, die Selbstbegrenzung von Reformen durch den Verbleib in den Grenzen der kapitalistischen Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse mit der ständigen Gefahr, dass die Machteliten Reformschritte in ihren eigenen Herrschaftsmechanismus integrieren oder ganz zurückdrehen. Sie vermag dieses Grunddefizit zu überwinden, indem sie gewiss nicht alle privatkapitalistischen Unternehmen abschafft, wohl aber die Dominanz des großen Kapitaleigentums und damit die Profitdominanz samt der Abhängigkeit vom Einfluss der mächtigsten Kapitale. ... Solches Kapitaleigentum, das Herrschaft über die Gesellschaft bedeutet, wird zu vergesellschafteten sein. Das betrifft etwa international operierende Großbanken und Investmentfonds, die Energiekonzerne, den militärisch-industriellen Komplex, Netze mit dem Charakter eines natürlichen Monopols in der Strom-, Gas-, Öl- und Informationsversorgung und das Grundeigentum des internationalen Agrobusiness.« (Klein 2013, 119) Wie kann das als »Ablenkungsmanöver« verstanden werden?!

Zweitens: Revolutionen oder Reformen allein haben den Kapitalismus nicht dauerhaft überwinden können. Folglich geht es in der Gestalt emanzipatorischer Transformation um ein positives Aufheben der Stärken beider Wege und um die Überwindung ihrer spezifischen Grenzen, nicht um ein Entweder-Oder. Von uns kam daher die Formulierung für das Erfurter Programm der Partei DIE LINKE: »Der transformatorische Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.«

Drittens: Sozialistische Transformationsforschung stellt sich der großen, der eigentlich entscheidenden Frage, wie denn der Prozess beschaffen sein könnte, der zu einer demokratischen, sozial gerechten, nachhaltigen Friedensgesellschaft, zu einem demokratischen grünen Sozialismus also, führen wird. Matthias Werner weiß dazu: »Wir haben gemeinsam nicht unbegrenzt Zeit.« Daher sei »so schnell wie möglich die zerstörerische kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen« (36).

Er fordert zu diesem Zweck »einen Klassenstandpunkt in breiten Kreisen der Gesellschaft«. »Auf dieser Basis ist der Kampf um die politische Macht zu führen und über die politische Macht sind die gesamten Produktionsverhältnisse – jur. die Eigentumsverhältnisse – im Interesse der großen Mehrheit zu vergesellschaften.« (34) Was aber, wenn der Kapitalismus sich nicht so schnell verabschieden lässt? Wie können dann die globalen Fragen bearbeitet werden?

In der Tat ist das Zeitfenster für einen Einstieg in die Lösung der bedrohlichen Menschheitsprobleme extrem klein. Wir halten es aber trotz aller unserer Wünsche und Mobilisierungsanstrengungen für wahrscheinlich, dass in diesem Zeitraum die heutigen Eliten noch weiter über große Macht verfügen werden. Wenn dem so ist und wenn kein Frontalangriff Erfolg verspricht, dann müssen andere Wege gefunden werden. Und übrigens sind gerade auch die erfolgreichen Revolutionen niemals aus einem solchen Frontalangriff entstanden – weder 1789 noch 1917. Revolutionen entstehen in Krisen aus aktuellen Problemlagen, wenn die Herrschenden geschwächt und gespalten sind.

Die transformationstheoretische und praktisch-politische Schlussfolgerung aus der heutigen Lage ist die Orientierung der Kämpfe unserer Zeit auf sozial-ökologische demokratische Reformen, die zu einer progressiven postneoliberalen Transformation des Kapitalismus führen, um die schlimmsten Bedrohungen durch das Finanzkapital und sein politisches Gefolge abzuwenden und Verbesserungen vor allem in der Lage des wachsenden Prekariats, aber auch anderer großer Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Und wir hoffen sehr, dass sich genau dann auch Fenster öffnen, viel Weitergehendes zu erreichen, weil Menschen sehen, was alles möglich ist.

Deshalb die große Aufmerksamkeit von Angehörigen des Instituts für Gesellschaftsanalyse für jegliche Art von Projekten und Initiativen gegen neoliberale Politik, deshalb unsere Arbeit an einer modernen linken eingreifenden Forschung, die das Verbindende zwischen ganz verschiedenen Reformvorhaben und ihren Akteuren hervorhebt und dazu beiträgt, in wechselseitiger Solidarität ihr Selbstermächtigungspotenzial für die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu stärken.

Denn dies ist eine elementare Lehre aus dem Rollback des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Neoliberalismus: Reformen müssen ständig vorangetrieben werden, wenn sie nicht durch antisoziale Pseudoreformen überlagert werden sollen. Sie müssen für Radikalisierungsprozesse geöffnet werden, für den Einstieg – schon im Rahmen noch systeminterner Trans-

formationsprozesse – in eine Große Transformation über das kapitalistische System hinaus. Weder ist Sozialismus in seiner Gänze sofort möglich, noch kann er auf Übermorgen verschoben werden. Das meint der Begriff doppelte Transformation.

Viertens: Linke Transformationsforschung ignoriert nicht die Tatsache, dass die Herrschenden zur Not ihre Macht auch mit bewaffneter Gewalt behaupten würden. Für dieses Verhalten gibt es in der Tat eine blutige Spur von historischen Erfahrungen, die auf der Konferenz des Ostdeutschen Kuratoriums ausführlich gegen eine sozialistische Transformationskonzeption in Stellung gebracht wurden. Eine einfache Frage sei gestattet: Wäre eine sozialistische Revolution, so sie denn stattfände, gegen die Gewalt der Machteliten etwa mehr gefeit als Transformationsprozesse, wenn sie die Herrschaft des Kapitals infrage stellen? Natürlich nicht, der berechtigte Verweis auf die Möglichkeit von Versuchen der Machteliten, alternative Entwicklungen nicht allein mit struktureller, sondern auch mit militärischer Gewalt zu unterdrücken, ist also kein taugliches Argument speziell gegen Transformationsstrategien. Die entscheidende Schlussfolgerung aus solcher Gefahr kann nur lauten, bereits im Rahmen eines bürgerlichen Europas die Demokratie derart zu festigen und die Kräfteverhältnisse im Verlauf einer postneoliberalen Entwicklung so stark zugunsten demokratischer und bedingungslos friedlicher Kräfte zu verändern, dass die Machteliten sich in kritischen Situationen außer Stande sehen, militärische Gewalt gegen solidarische und ökologische Umwälzungen einzusetzen. Eine solche Konstellation herbeizuführen, wird einen längeren Prozess erfordern und spricht folglich für eine linke Transformationsstrategie.

Ist die Forderung, für eine Mosaik-Linke zu wirken, eine Abkehr davon, »Kräfte (zu) stärken und zu bündeln«, die für eine sozialistische Transformation wirken und seid ihr der Meinung, dass man »durch Nichtstun in den neuen Sozialismus hinein tanzen« kann (156)?

Mario Candeias: Ja, das wäre das Angenehmste – in den Sozialismus hinein zu tanzen. Schade, dass die Arbeiterklasse ihre historische Mission einfach nicht übernehmen möchte. Im Ernst: Kein Teil der pluralen Linken, keine Partei, keine Gewerkschaft, keine linke Avantgarde kann mehr eine alleinige Führungsrolle beanspruchen. Daher bedarf es der Vermittlung und Verbindung. Dies verweist auf Debatten um die Entwicklung einer Mosaiklinken wie sie von Hans-Jürgen Urban 2009 in die Diskussion gebracht wurde (Urban 2009). Der Begriff wurde seither am

IfG kritisch weiter entwickelt (Candeias 2010; Candeias/Völpel 2014) und wird in praktischen Zusammenhängen als Orientierung verwendet. Eng damit verknüpft ist der Gedanke einer »verbindenden Partei«, wie er von Mimmo Porcaro, Fellow am IfG, geprägt (Porcaro 2003; Porcaro 2015) und durch uns vor dem Hintergrund der konkreten Bedingungen in Griechenland, Spanien und Deutschland weiter getrieben wurde und schließlich auch Eingang in die jüngsten Grundsätze und Projekte zur Parteientwicklung gefunden hat (Kipping/Riexinger 2013).

Hintergrund war Folgendes: Unter neoliberaler Hegemonie kam es zu einer weitgehenden Fragmentierung der Lohnabhängigen wie der gesellschaftlichen Linken. Es gibt ein unverbundenes Nebeneinander von Aktivitäten. Es mangelt nicht an politischen Bewegungen. Vielmehr sind wir mit einer Vielzahl politischer Bewegungen und Forderungen konfrontiert, die nicht einfach unter dem Stichwort Klasse vereinigt werden können. Diversität ist zu einer ausgeklügelten Machttechnik neoliberaler Hegemonie verfeinert worden. Vielfach gespalten mangelt es den Subalternen an einer gemeinsamen Sprache oder einem Verständnis gemeinsamer Interessen.

Wir brauchen eine wirksame Gegenstrategie: Mit der globalen Sozialforumsbewegung haben wir zwar (wieder) gelernt, dass Diversität Reichtum bedeutet. Doch genügt es nicht, die gewonnene Pluralität zu feiern, um falsche Vereinheitlichung zu vermeiden. Ein solches bloßes Nebeneinander ergäbe kein handlungsfähiges Ganzes. Ebenso wenig genügt es jedoch, die Zersplitterung zu beklagen und wieder eine »Einheitsfront« zu fordern, die dann wieder Differenzen negiert, vermeintlich Dissidentes oder Abweichendes abspaltet. Ein produktiver Umgang mit Fragmentierungen und Differenzen ist erforderlich – dies gilt nicht zuletzt für Parteiprojekte einer pluralen Linken. Anerkennung dieser Differenzen ist schwer und ihr Fehlen ist die Ursache von Spaltung und dem Zerschneiden der Linken.

Nicht nur die gesellschaftliche Linke, auch die Arbeiterklasse ist vielfach gespalten. Nicht zuletzt die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen in den letzten Jahrzehnten im Zuge von Transnationalisierung der Produktion und der Einführung von Hartz IV und Niedriglohn hat die organisierten Klassenorganisationen, die Gewerkschaften, in eine defensive Position gebracht bzw. die Sozialdemokratie neoliberal transformiert. Jeder spürt den Druck der Prekarisierung, jede kann es treffen. Doch die vielfältigen Dimensionen prekärer Existenz wirken in sehr unterschiedlicher Weise – je nach Klassenzugehörigkeit, geschlechtlichen, ethnischen, nationalen und anderen Zuschreibungen. Das Prekariat ist

als Teil der Lohnabhängigen in verschärfter Weise mit den Bedingungen des Arbeitsmarktes und der Reproduktion ihrer Arbeitskraft konfrontiert. Es steht somit in einem untergeordneten Verhältnis zu anderen Klassenfraktionen. Und die geteilte Klassenlage produziert eben nicht aus sich heraus ein gemeinsames politisches Bewusstsein. Eine strategische Aufgabe ist also, die Erfahrungen mit Prekarisierung, vor allem auch zwischen den unterschiedlichen Gruppen von Prekären, zu verallgemeinern. So können gemeinsame Interessen, Forderungen und Praxen entwickelt werden. Denn trotz aller Spaltungen bieten sich mehr Berührungspunkte als weithin angenommen.

Spezifische Interessen müssen neu verbunden und Solidarität entwickelt werden. Es braucht Mitte-Unten-Bündnisse (Brie 2007). Das Gemeinsame wird in diesem Prozess nicht gefunden, sondern produziert. Das meinte Antonio Gramsci mit dem Prozess der Entwicklung von der korporativ-ökonomischen zur politisch-ethischen Phase. Das heißt, eine revolutionäre oder radikale Realpolitik in Anlehnung an Rosa Luxemburg agiert in Kenntnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, aber mit dem Ziel ihrer Verschiebung. Sie knüpft an den realen Bedingungen und Widersprüchen an, in denen sich jede/r bewegen muss, an den Sorgen und alltäglichen Interessen der Einzelnen; setzt an den Interessen und Leidenschaften an, reartikuliert sie aber ethisch-politisch im Sinne Gramscis, d.h. verallgemeinert sie in einer Weise, dass unmittelbare Interessen der verschiedenen subalternen Gruppen überschritten und solidarisch mit den Interessen anderer Gruppen und Klassenfraktionen, also universell werden können (Candeias 2009). Solidarisch meint, die Interessen der unterschiedlichen Beteiligten an einem gegen-hegemonialen Projekt in die Formulierung der eigenen Interessen mit einzubeziehen.

Die Produktion des Gemeinsamen beinhaltet neben der Reformulierung der eigenen und dem Entwickeln gemeinsamer Interessen auch die Verallgemeinerung von Erfahrungen und Anerkennung (sowie Unterstützung) nicht gemeinsamer – für die jeweilige Gruppe aber unverzichtbarer – Forderungen. Letzteres beinhaltet ebenso die Anerkennung unterschiedlicher (politischer) Kulturen und Organisationsformen. Wichtig ist ein offener Prozess, der es erlaubt, Partikulares neu zu formulieren, Verhältnisse neu zu denken. Das Unvereinbare lässt sich möglicherweise in einem zweiten Schritt in einer emanzipativen transformatorischen Perspektive und beim Aufbau neuer übergreifender und vermittelnder Institutionen (und Verfahren) aufheben. Aber dies gelingt nur dann, wenn Formen und Prozeduren gefunden werden, in Bündnissen mit Machtasymmetrien zwischen unterschiedlichen Organisationen

umzugehen und sie zur wechselseitigen Stärkung der gemeinsamen Organisationsmacht einzusetzen.

Um im Bild zu bleiben, es genügt nicht, die Mosaikstücke nebeneinander zu legen, sie müssen konkret verbunden werden, sonst zerbricht das Bild bei der ersten Erschütterung. Praktische Ansätze eines solchen Verständnisses finden sich in ganz unterschiedlichen Kontexten und mit unterschiedlichen Erfolgen.

In Griechenland und Spanien haben sie eine breite Ausstrahlung und hohe Dynamik. Dort reichen sie von zivilgesellschaftlichen Solidarstrukturen, sozialen Bewegungen und neuen linken Parteien wie Syriza und Podemos oder Plattformen auf kommunaler Ebene; in der BRD sind es eher kleinere, aber dennoch zahlreiche Beispiele, die dies mit veränderten Praxen innerhalb eines linken Mosaiks verbinden: etwa Mieterinitiativen wie Kotti & Co in Berlin, Flüchtlingsproteste und Recht-auf-Stadt-Bündnisse, aber auch Bündnisse und Arbeitskämpfe etwa um die Personalbemessung an der Berliner Charité oder bei der Organisation der Prekären im Einzelhandel bei H&M, Zara und Co – vielversprechende Initiativen, die bislang aber selbst untereinander unverbunden bleiben.

Seid Ihr wirklich so naiv anzunehmen, »dass sich Teile der Machteliten auf eine Zusammenarbeit mit linken Kräfte einlassen, um ihr eigenes Herrschaftssystem zu untergraben und schließlich zu überwinden« (42)?

Dieter Klein: Wir nehmen etwas ganz anderes an: Erfahrungen zeigen, dass in schweren Krisen der Kapitalverwertung, in tiefen Wirtschafts- und politischen Krisen, die wie 1929/32 das ganze kapitalistische System diskreditieren, flexible Teile der Machteliten nach neuen Wegen suchen können, nicht weil sie das System und ihre eigene Herrschaft abschaffen, sondern weil sie es retten wollen. Dies ist kein Automatismus: »Ob Suchprozesse der Machteliten in Krisensituationen tatsächlich zu progressiven Transformationsprozessen führen, hängt entscheidend von der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, von der Stärke alternativer Kräfte, von der Breite der Bündnisse gegen die abgewirtschaftete Politik und ihre Repräsentanten, von der Heftigkeit des Verlangens großer Teile der Bevölkerung nach Antworten auf ihre Sorgen, von einer mobilisierenden Hoffnungserzählung eines Mitte-Unten-Bündnisses und vom Erstarken einer Massenstimmung für einen neuen Aufbruch ab.« (Klein 2015, 281) Von Nichts-Tun der Linken kann überhaupt keine Rede sein.

Eine Reihe dieser Bedingungen waren in den 1930er Jahren in den USA entstanden. Rund 220.000 Firmen in Industrie und Handwerk mussten zwischen 1930 und 1933 schließen, 9.490 Banken gingen in Insolvenz. Die Eigentümer von Wertpapieren verloren vier Fünftel ihrer Anlagen. 1933 war ein Viertel aller erwerbsfähigen Amerikaner arbeitslos. Die Armut grassierte im ganzen Land. Arbeitsloseninitiativen rebellierten. Wilde Streiks nahmen militante Formen an. Viele Intellektuelle öffneten sich für linkes Denken. Das Ansehen der Kommunistischen Partei stieg. Der amerikanische Mythos der Chancengleichheit für alle verdampfte. Eine Suche nach neuen moralischen Maßstäben ging durch das Land. Die Machteliten waren aufs Äußerste verunsichert. Ihr konservativer Flügel hielt unbelehrbar an marktliberalen Dogmen, an der Ablehnung sozialer Verantwortung des Staates und staatlicher Interventionen in die Wirtschaft fest. Ein anderer Teil der ökonomischen und politischen Machtelite vollzog, gruppiert um Franklin D. Roosevelt, in Gestalt des New Deal den Bruch mit dem bis dahin herrschenden Typ des privatmonopolistischen Kapitalismus und bewirkte in einem schwierigen Such- und Lernprozess eine innersystemische progressive Transformation zu einem – in Grenzen – sozialstaatlich regulierten (Monopol-)Kapitalismus. Der Widerstand dagegen war enorm, aber es konnte vieles durchgesetzt werden: Staatliche Beschäftigungsprogramme, Einführung zentralstaatlicher Arbeitslosen- und Rentenversicherung, Garantien von Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten, Umweltsanierungsprogramme, Regionalplanung und eine breite, humanistisch orientierte Kunst- und Kulturförderung durch die Beschäftigung von Tausenden bis dahin arbeitslosen schreibenden und bildenden Künstlern, Theaterschaffenden und Architekten markierten den Übergang zu sozialstaatlicher Entwicklung und einen tiefen ökonomischen, politischen und kulturellen Einschnitt in der Geschichte der USA mit Auswirkungen auf die sozialstaatliche Entwicklung in der gesamten späteren OECD-Welt.

In einer historischen Situation, in der in großen Teilen Europas und in Japan als Reaktion auf die Krise des Kapitalismus ein faschistischer und militaristischer Weg in die Barbarei eingeschlagen wurde, erwiesen sich Teile der US-Machteliten als fähig zu einer progressiven Transformation im Rahmen des Kapitalismus. Sie wählten diese Entwicklung natürlich nicht, um als Partner der Linken ihre eigene Herrschaft abzuschaffen, sondern unter dem doppelten Druck des eigenen Systemversagens und der Kämpfe von Gegenmächten um eine Alternative. Aber man stelle sich nur einmal vor, auch in den USA hätte es Faschismus gegeben! Ein Sieg über Hitler wäre unendlich schwerer oder unmöglich gewesen. Es

gibt keinen Grund, solche möglichen Unterschiede klein zu reden, gerade weil es darum geht, globalen Herausforderungen zu begegnen, die denen des Faschismus in ihrer Größenordnung nicht nachstehen.

In den 1980er Jahren trat eine weitere Konstellation hervor, die Teile der kapitalistischen Machteliten zu transformatorischen Schritten veranlasste, auch wenn sie sehr begrenzt waren. Die atomare Rüstung wurde zu einer realen Bedrohung der menschlichen Zivilisation und großer Teile der Menschheit, die die Existenzgrundlagen des Kapitalismus selbst infrage stellte. In erheblichem Maße getrieben von der Anti-Atomkriegsbewegung, von der Friedensbewegung, von der Abkehr großer Wählerschichten, von wachsenden Rüstungsausgaben und in erster Linie durch eine wechselseitig gesicherte atomare Zweitschlagsfähigkeit beider Supermächte zu nüchterner Risikokalkulation gezwungen, ließen sich Teile der US-Machteliten auf substanzielle Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge mit der Sowjetunion ein. Das war ein gravierender Bruch mit einem Sicherheitsdenken, das auf militärische Überlegenheit über den Gegner bis zu präventiver Kriegführung setzt. Als aber die Gegenmächte wegbrachen, auch dies ist eine Erfahrung, kam es zu einer Wende in der Politik der Herrschenden. Es begann eine Phase neuer Kriege und schließlich auch neuer Hochrüstung.

Verallgemeinert: Wenn erstens das System der Kapitalverwertung selbst ins Wanken gerät, wenn zweitens Gegenmächte in einer für das Kapital bedrohlichen Weise erstarken, wenn drittens globale Gefahren für die Menschheit auch Grundlagen des Kapitalismus gefährden, können Differenzierungs- und Lernprozesse Teile der Machteliten in der Auseinandersetzung mit den konservativen Fraktionen im Machtblock zu progressiven Transformationsprozessen nötigen. Die Linke muss die Differenzierung oder Spaltung im Machtblock fördern und für weitergehende Veränderungsprozesse nutzen.

Dagegen wird eingewendet, dass sowohl die in den USA mit dem New Deal eingeleitete sozialstaatliche Entwicklung als auch die Abrüstungsprozesse der 1980er und 90er Jahre zurückgerollt wurden und keinen Bestand hatten. Der Grund war aber, dass die drei genannten Bedingungen weggefallen waren. Das neoliberale finanzmarktgetriebene Weiter-so lässt jedoch für die Zukunft neue und tiefe Krisen der Kapitalverwertung und das Scheitern der neoliberalen Hoffnung auf Wachstum durch Austeritätspolitik erwarten. Abermals werden Scheidewegkonstellationen entstehen. Abermals werden Richtungskämpfe in den Machteliten virulent werden. Differenzierungen in den Machteliten sind auch von wachsenden globalen Gefahren zu erwarten. Die Gefahr einer

Klimakatastrophe, das Artensterben, die Bodenerosion, die Wasserkrise, die sich vertiefende internationale Kluft zwischen Arm und Reich, verbunden mit der Destabilisierung von Staaten und ganzen Regionen, Gewalteskalation, anschwellenden Migrationsströmen und zunehmendem Terrorismus, sind Menschheitsgefahren, die an die Substanz des Kapitalismus rühren werden – spätestens, wenn zu späte Maßnahmen gegen den Klimawandel bis zu 10 und 20 Prozent des jährlichen Weltsozialprodukts verschlingen würden. Und auch die Gefahr großer Kriege ist nicht gebannt.

Damit kommt alles auf die Gegenkräfte an: Bisher sind sie – im Unterschied zu den 1930er Jahren in den USA – nur schwach entwickelt. Widersprüche in den Machteliten werden aber erst dann für nachhaltige progressive Transformationsprozesse ausgenutzt werden können, wenn die Linke erheblich an Macht gewinnt und ihre Spaltungen zu überbrücken vermag, überzeugende Alternativen entwickelt, wenn sich linke Parteien in den sozialen Bewegungen fest verankern, wenn gemeinsame kapitalismuskritische und antikapitalistische Ziele erheblichen Einfluss gewinnen und sich in künftigen Krisen viele Bürgerinnen und Bürger in Bewegung setzen. Dann erst wird es möglich sein, dass entweder linke Regierungen gestützt auf eine Wechselstimmung in der Bevölkerungsmehrheit und auf größte internationale Solidarität Teile der Machteliten zu weitgehenden sozialökologischen Kompromissen zwingen oder dass aus der Opposition heraus Wirkungen in dieser Richtung erkämpft werden. Wir sehen unsere Aufgabe in der intellektuellen Unterstützung dieser Aufgabe.

Glauht Ihr ernsthaft, dass durch Solarparks, Genossenschaften oder die kommunale Wasserversorgung dem Finanzmarkt-Kapitalismus das Genick gebrochen werden kann (50f.)?

Michael Brie: Seit dem Entstehen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung hat es immer drei Ansätze gegeben, wie der Kapitalismus überwunden werden kann. Die erste Strömung beginnt mit Babeuf auf der einen und dem sozialistischen Flügel des Chartismus auf der anderen Seite. Durch Aufstand (Babeuf, Blanqui) oder durch Wahlen sollte die politische Macht ergriffen werden, um dann eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und schließlich der ganzen Gesellschaft einzuleiten. Eine zweite Strömung, die mit Robert Owen und der britischen Kooperativbewegung, aber auch den Anhängern von Fourier oder Cabet Einfluss gewann, setzte auf die Kraft des Beispiels: Sozia-

listisch oder kommunistisch organisierte Siedlungen, Produktions- und Konsumtionsgenossenschaften, Banken der Arbeiterinnen und Arbeiter, genossenschaftliche Wohnprojekte sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen sollten Keimzellen einer neuen Gesellschaft werden. Konkrete Veränderung der eigenen Lebensumstände und Selbstveränderung, gelebte Solidarität und Demokratie sollten deutlich machen, dass es anders als kapitalistisch geht, wie es geht und dass es so viel besser geht. Die dritte Strömung strebte grundlegende Reformen an, die erkämpft und erstritten werden (dazu gehören auch Lassalle oder Bernstein). Dies begann mit dem Kampf erst für den Zehn-, dann für den Achtstundentag (eine Forderung, die zuerst Owen aufgestellt hatte, der auch die erste Einschränkung der Kinderarbeit durch das britische Parlament wesentlich beeinflusste), dann ging es um soziale Rechte, Bildung, Gesundheit, Umwelt. Der marxistische Transformationsforscher Erik O. Wright spricht in diesem Zusammenhang von Strategien des Bruchs, der Nischen und der Symbiose (Wright 2015).

Wir sind der Auffassung, dass je nach konkreten Umständen alle drei Ansätze organisch verbunden werden müssen. Es ist ganz wichtig, dass – auch in Energiegenossenschaften, bei der Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge oder durch einen entgeltfreien öffentlichen Personennahverkehr – Menschen praktisch überzeugt werden, dass viele Güter besser auf nichtkapitalistische Weise erzeugt und verteilt werden können. Das kommunistische Prinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« überzeugt, wenn es um diese Grundgüter des Lebens geht. Dabei geht es zugleich um große Teile des Eigentums und der Finanz- und Steuermittel in der heutigen Gesellschaft. Deshalb ist der Widerstand auch so enorm. Der Kampf ist sehr hart, die Trägheit groß. Knapp wurde in Berlin das von der Partei DIE LINKE unterstützte Referendum für die Rekommunalisierung der Energieversorgung verfehlt. Die Mobilisierung war nicht groß genug. Solche Kämpfe stoßen immer auch an Punkte, wo es zum Bruch kommen muss.

Ein solcher Bruch kann zum Beispiel darin bestehen, Veränderungen der Verfassung zu fordern. Deshalb haben ja die herrschenden bundesdeutschen Eliten beim Beitritt der DDR zur BRD den 1949 formulierten Auftrag einer neuen Verfassung massiv verhindert. Die im Verfassungsentwurf des Runden Tisches der DDR entwickelten Vorstellungen eines viel umfassender sozial, ökologisch, demokratisch und friedensorientierten verfassten Staates wurden unterdrückt. In Lateinamerika sind viele linke Projekte vor allem auch Verfassungsprojekte gewesen. Die Entwicklung in der Europäischen Union und jüngst zu Griechenland zei-

gen, dass es tatsächlich einer Art von Neugründung der EU wie der Eurozone bedarf, damit die Macht- und Eigentumsverhältnisse auch wirksam verändert werden können.

Es war eine sehr besondere Konstellation in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor allem in Deutschland, die dazu führte, dass angenommen wurde, die Eroberung der politischen Macht (durch Wahlen oder im Gefolge einer Krise) sei der Ausgangspunkt und die Forderung von Reformen hätte vor allem eine erzieherische Funktion. Die Grenzen bloßer Reformen würden den Arbeiterinnen und Arbeiter bewusst machen, dass es der kapitalistische Staat ist, der grundlegenden Verbesserungen im Wege stehe und deshalb überwunden werden müsse. Daraus ergab sich das Erfurter Parteiprogramm der SPD von 1891.

Erfolg dabei, dem Finanzmarkt-Kapitalismus »das Genick« zu brechen, wird die Linke unseres Erachtens nur dann haben, wenn sie alle drei Wege zu gehen vermag, in breitesten Bündnissen, mit Ansätzen, die nicht gegeneinander gestellt werden, sondern sich wechselseitig verstärken, wenn deutlich wird, wie Reformen einen Bruch verlangen, wie »Keimzellen« sich nur ausbreiten können, wenn Reformen und Brüche dafür die Bedingungen erweitern, wenn konkrete Erfahrungen ausstrahlen und die Kraft geben, für Reformen und Brüche auch mit aller Entschiedenheit zu kämpfen. Niemand kann vorher sagen, welche Reihenfolge, welche Hauptkettenglieder es in solchen Kämpfen gibt. Was wir können, ist, die Erfahrungen zu studieren, Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese deuten darauf hin: In der Verbindung aller drei Wege liegt die Chance. Nur dadurch kann ein hinreichend breites Bündnis geschaffen werden, entstehen die subjektiven wie die objektiven Voraussetzungen einer sehr weit gehenden Transformation.

Folgt Ihr »Transformationsträumen«, die die »unumstößliche historische Wahrheit und Erfahrung« ignorieren, »dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nur durch die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und darauf aufbauend der Machtverhältnisse möglich sind« (16)?

Mario Candeias: Traumhaft wäre es, könnten wir die Produktionsmittel vergesellschaften, Banken in öffentliches Eigentum überführen etc. Dummerweise sind die Kräfteverhältnisse nicht so. Natürlich argumentierten wir auf der Höhe der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 für internationale Finanzregulierung, Vergesellschaftung »systemrelevanter« Banken und den Ausbau eines Netzes öffentlicher Banken – das ist Programm der LINKEN. Darüber hinaus plädieren wir für eine Sozialisierung

der Investitionsfunktion, da sich der Markt mit Blick auf die Bewältigung von Menschheitsproblemen als unfähig erweist: sozial-ökologischer Umbau, Erziehung und Ausbildung, Gesundheit, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen – der Markt erfüllt diese Aufgaben nicht. Wir plädieren für den Ausbau des Öffentlichen und damit zugleich dafür, Märkte und Privatisierung zurückzudrängen. Es darf auch gern noch etwas mehr sein. Aber wie kommen wir dahin?

In vielen Bewegungen wird um die Eigentumsfrage gerungen, ohne dass sie immer so genannt würde. Beispiel Energiewende: Die »grüne Ökonomie« favorisiert privat-kapitalistische technische Lösungen (techno fixes), einschließlich großtechnischer Projekte riesiger Offshore-Windparks, monopolisierter transkontinentaler Supergrid-Netze für den großräumigen Stromexport. Entsprechend stehen starke Kapitalfraktionen dahinter. Dies soll dann militärisch abgesichert werden. Solche Strategien konterkarieren das dezentralisierende Potenzial neuer Technologien. Es sind falsche »Lösungen« (false solutions), die eine Vielzahl neuer sozial-ökologischer Konflikte produzieren. Hier berühren sich zahlreiche Bewegungen und lokale Initiativen mit dem Wirken von linken Landes- und Kommunalpolitikern: Gegen eine von oben verordnete, konzerntriebene Energiewende streiten sie für dezentrale und kommunale Lösungen: Rekommunalisierungen, Energiegenossenschaften, Bioenergieidörfer etc., um nur einige Beispiele zu nennen. Mit dem Begriff der Energiedemokratie arbeiten dabei unterschiedliche Bewegungen und Gruppen an einer gemeinsamen Orientierung. Hier wird unmittelbar deutlich, dass es unter dem Label Energiedemokratie eben auch um Eigentumsfragen und damit um Macht geht – aber mit konkreten Einstiegsprojekten, deren Grenzen zu verdeutlichen sind, um sie dann weiter zu treiben. Und lassen wir uns bitte diese Fragen nicht klein reden: Es geht um das energetische Rückgrat der modernen Gesellschaften überhaupt. Wer dieses kontrolliert, sitzt an den Schalthebeln der Macht. Dies gilt auch für die Informationsnetzwerke.

Teile der Mosaiklinken haben sich die Aufgabe gestellt, die anderen Teile des Mosaiks zu konsequenten Schritten der Veränderung und des Bruchs gerade auch in der Eigentums- und Machtfrage zu treiben, immer wieder deutlich zu machen, wo Forderungen oder Strategien zu scheitern drohen, weil sie noch im gegebenen, viel zu engen Rahmen versuchen, Verbesserungen durchzusetzen. Das sehen wir auch als unsere Aufgabe. Diesen Teil der Linken nennen wir Transformations-Linke.

Um die alte Eigentumsfrage wieder auf die Tagesordnung zu setzen, genügt es nicht, die alten Forderungen zu wiederholen. Selbstverständ-

lich sind wir für eine weit über die klassische Mitbestimmung hinausgehende Demokratisierung der Wirtschaft, für eine weitreichende Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Bevölkerung/Konsumenten und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten transnationalen Produktionskette). Der Diskurs um Wirtschaftsdemokratie mobilisiert bisher jedoch nicht. Dazu muss er konkret werden, an wirklicher Bewegung anknüpfen, etwa bei dem Versuch der Entwicklung von Pflegeinfrastrukturen mit Struktur- und Branchenräten im Care-Bereich, zusammen mit Bewegungen, Patienten-Initiativen, ver.di und Die LINKE. Oder bei Initiativen zur Sozialisierung der Daten und Algorithmen, damit die Verfügung und das Eigentum von Daten, die tief in die Persönlichkeitsrechte der Einzelnen reichen, nicht zu einer ganz neuen Stufe von Enteignung und Machtkonzentration führen. Dies alles sind Dinge, die auch in Deutschland heute viele Hunderttausende bewegen.

Ist für Euch tatsächlich »Mitregieren die höchste Form des Mittanzens«?

Michael Brie: Nichts ist absurder als die Annahme, das Konzept von Transformation, wie wir es entwickelt haben, würde vor allem auf Regierungsbeteiligung zielen. Wir schließen Regierungsbeteiligung oder auch die Übernahme von Regierung unter konkreten Bedingungen nicht aus. Rosa Luxemburg stand aus prinzipiellen Gründen einer solchen Regierungsbeteiligung in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ablehnend gegenüber (siehe dazu im Detail Brie/Haug 2011), und doch gab es für sie einen Fall, wo eine solche Regierungsbeteiligung gerechtfertigt ist: Wenn es darum ging, die Demokratie zu verteidigen. Ein ernsthafter sozialökologischer Richtungswechsel der Politik verbunden mit einer neuen Friedens- und Entspannungspolitik wäre heute ähnlich zu werten. Davon sind wir aber weit entfernt.

Seit der Aufnahme einer umfassenderen Arbeit als parteinahe Stiftung im Jahr 1999 hat die RLS die Untersuchung und die Diskussion von Regierungsbeteiligungen in Deutschland, Europa und international zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2015). Von einer apologetischen Befürwortung kann überhaupt keine Rede sein. Wenn behauptet wird, dass unsere Forschung »die theoretische Grundlage zum Mittanzten und deren höchster Form, dem Mitregieren, in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft« bilde, so ist dies nichts anderes als Denunziation. Wir sind der Meinung, dass die Frage, ob dazu Regierungsbeteiligung beitragen kann, konkret beant-

wortet werden muss. Die Hürden für eine positive Antwort werden mit gutem Grund sehr hoch gelegt, auch durch uns und gerade jetzt und insbesondere für die Bundesrepublik (Brie/Lederer 2015).

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden die Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg Vorpommern (1998 bis 2006) und in Berlin (2001 bis 2011) analysiert. Dabei wurde deutlich, dass die PDS/DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern in einzelnen Feldern der Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik eigene Akzente und innovative Ansätze verfolgte, teilweise einen offenen Politikstil praktizierte. Bezogen auf einzelne Politikfelder (Berg 2001) und das Agieren in Parlament und Regierung (Koch 2001) wurden diese Prozesse durch die Auftragnehmer detailliert analysiert. Aber die PDS konnte weder den angestrebten Richtungswechsel der Politik auf Landesebene durchsetzen, noch ihre Unterstützung in der Bevölkerung auf gleichem Niveau halten (sie verlor ein Drittel der abgegebenen Stimmen nach den ersten vier Jahren und hielt dieses Ergebnis nach weiteren vier Jahren).

Die von der RLS in Auftrag gegebene Studie von Rolf Reißig (Reißig 2005) zur Regierungsbeteiligung in Berlin zeigte, dass unter Mitwirkung der PDS oder durch sie in Berlin bestimmte Leistungen erbracht wurden: (1) Ausstieg aus einem weitgehend parasitär-klientelistischen Entwicklungspfad Berlins und Einleitung einer sich selbst tragenden Entwicklung als Metropolregion bei Ausbau der dafür notwendigen endogenen Potenziale; (2) die (wenn auch zu späte und halbherzige) Abkehr von der neoliberalen Privatisierungsstrategie und Hinwendung zum Erhalt öffentlicher Unternehmen und zum neuen Umgang mit ihnen; (3) die Stärkung wesentlicher partizipatorischer Elemente (bürgernahe Bürgerämter, erstmals Bürgerhaushalte, weitreichende Modelle direkter Demokratie auf Bezirksebene, u.a. Bürgerentscheide mit einem Beteiligungsquorum von 15%, Herabsetzung des bezirklichen aktiven Wahlalters auf 16 Jahren). Es gelang aber nicht, so zeigte die Studie, wirksam das linke Profil in der Öffentlichkeit der Bürgerinnen und Bürger glaubwürdig zu bewahren, die lebendigen Beziehungen zu sozialen Initiativen und Bewegungen zu stärken und die eigene Partei für dieses Projekt aktiv zu mobilisieren. Ein sozialer und ökologischer Richtungswechsel konnte nicht eingeleitet werden. Der Verkauf von kommunalen Wohnungen war ein Fehler. Auch in Berlin ging die Zustimmung durch die Bürgerinnen und Bürger für die Partei DIE LINKE drastisch zurück.

Die vorgelegten Analysen machen u.a. darauf aufmerksam, dass der folgende widersprüchliche Zusammenhang konstruktiv und überzeugend bearbeitet werden muss: Erstens vollzieht sich Regierungshandeln

heute unter den Bedingungen eines massiven Standortwettbewerbs und der gegebenen bundesdeutschen und europäischen Rahmenbedingungen. Die Einflussmöglichkeiten sind begrenzt (aber vorhanden). Zweitens muss Bürgernähe und Effizienz sowie Vertrauen praktisch immer wieder hergestellt und bewahrt werden. Drittens ist linke Politik im besonderen Maß auf Erfolge in den Fragen von sozialer Gerechtigkeit angewiesen. Viertens verschärft sich durch die Regierungsbeteiligung die sowieso virulente Frage der aktiven Einbindung der Parteibasis und breiter noch der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung von Politik.

Die RLS hat darüber hinaus vor allem auch die Regierungsbeteiligungen in Ländern Europas analysiert und dazu eine ganze Reihe von Konferenzen und Seminaren durchgeführt. Die Mitte-Links-Regierungen können auf eine Reihe sozialer und demokratischer Einzelerfolge verweisen. Insgesamt, so zeigen unsere Analysen, ist es aber nicht gelungen, die Tendenzen des Sozialabbaus dauerhaft umzukehren, sodass einzelne konkrete Verbesserungen auf dem Feld der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nicht reichten, das soziale alternative Profil der Partei auch als Regierungspartei zu schärfen. Die Basis linker Politik verringerte sich. Es gab keinen sozialökologischen Richtungswechsel. Eine Wende in der Europa- und Außenpolitik blieb aus.

Der Befund unserer Studien ist klar: Es ist keiner Linkspartei an der Regierung der letzten Jahrzehnte in Europa bisher gelungen, sich in Zeiten einer Regierungsbeteiligung als dezidiert linke Partei zu erneuern, neue wirksame Bündnisse aufzubauen und die politisch-sozialen Kräfteverhältnisse nachhaltig zu verändern sowie einen grundlegenden Richtungswechsel der Politik hin zu einer gesellschaftlich getragenen sozial-ökologischen Transformation voranzutreiben. In Lateinamerika dagegen, so die Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, gelang es in einigen Ländern, parasitär-klientelistische oder neoliberale Entwicklungen zu stoppen und einen veränderten Entwicklungspfad einzuschlagen, der aber teilweise starke Züge eines Staatskapitalismus oder auch staatsoligarchischen Kapitalismus trägt und auf einem extraktivistischen, rohstofforientierten Modell basiert. Die Ansätze einer neuen Staatlichkeit und Demokratie sind heftig umkämpft (Lang 2012). Von dauerhaften Schritten hin zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts kann bisher nicht die Rede sein, auch wenn das Fenster des Möglichen nicht überall geschlossen ist (siehe dazu der Beitrag von Dieter Klein und Joachim Wahl in diesem Band).

Glautb Ihr denn wirklich, dass eine »doppelte Transformation« innerhalb der gegebenen Strukturen der Europäischen Union und NATO möglich ist?

Dieter Klein: Es ist absurd, uns eine solche Position zu unterstellen. Die Reaktion des Establishments in der Europäischen Union auf die Mehrfachkrise seit 2008 ist die Etablierung eines neuen Wirtschaftsregimes mittels einer Reihe antisozialer völkerrechtlicher Verträge. Es hat den Charakter eines autoritären Europäischen Mechanismus der Intervention in die nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitiken zur Vollstreckung der vor allem von der deutschen Bundesregierung geforderten Austeritätspolitik. Der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM, der Fiskalpakt, das Six Pack, das Two Pack und der Rahmen des Euro-Semesters zur zentralistisch dirigierten Abstimmung von neoliberalen Wirtschafts- und Strukturreformen der Mitgliedstaaten bis zu »Memorandums of Understanding« verpflichten die Länder bei Strafe von Sanktionen zu weiterer Deregulierung und Privatisierung, zur Senkung sozialer Leistungen und Lohndruck auf der ganzen Linie. Damit sind die Europäische Union und der Euroraum durch ein enges Netz institutioneller Regelungen mit bisher nicht erreichter Durchschlagskraft auf einen neoliberalen, finanzmarktbestimmten Entwicklungspfad festgelegt. Seine Exekution in Griechenland ist exemplarisch dafür.

Folglich gewinnt linke Politik in Europa mit neuer Dringlichkeit eine stärker internationale Dimension. Notwendig ist nichts weniger als eine Neugründung der Europäischen Union geworden. Dies ist Teil einer Transformation, wie wir sie anstreben. Das heißt Überwindung des in den Grundstrukturen der Union angelegten Demokratiedefizits; Suspendierung von Verträgen, die auf Sozialabbau und per Steuersenkungswettbewerb auf die Entlastung von großen Unternehmen und Vermögen zielen; Herausbildung einer gemeinsamen sozial und ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments, dem der Rat der Regierungschefs und die Kommission nachzuordnen wären; Einführung einheitlicher europäischer Sozialsysteme; entschiedene Stärkung des Öffentlichen, vor allem der öffentlichen Daseinsvorsorge, und strikte Re-Regulierung der Finanzmärkte.

Aber natürlich wäre die Linke schlecht beraten, wenn sie nicht versuchte, Bewegungsspielräume in den europäischen Institutionen zu nutzen, etwa die Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlaments, die finanziellen Potenzen der EU zur Förderung schwach entwickelter Re-

gionen, ihre Sozialfonds und manche auf der EU-Ebene gesetzten Umweltstandards, die weiter als nationale Vorstellungen gehen.

Gleichwohl ist eine gelingende emanzipatorische Transformation nicht in den gegebenen Strukturen der Europäischen Union vorstellbar, sondern erfordert tiefgreifende strukturelle Veränderungen. Aber eine moderne Linke erstrebt diese mit proeuropäischen Vorzeichen. Sie sieht mit Sorge, dass die Herausbildung eines autoritären europäischen Interventionsregimes nationalistisch-chauvinistische Kräfte auf den Plan gerufen hat, die in allen EU-Ländern im Aufwind sind.

Die Linke verfolgt ihre europäische Politik vorwiegend auf nationaler Ebene. Dort liegt gegenwärtig, wenn überhaupt, ihre organisatorische Stärke, dort ist sie lokal und national verankert. Aber weit mehr als bisher muss sie bei allen wesentlichen Projekten deren europäische Dimension beachten. Wie andere Bewegungen und auch linke Parteien haben die Gewerkschaften eine »europapolitische Strategielücke« (Urban 2009) zu schließen. Das erfordert ein neues Maß internationaler Koordination nationaler Kämpfe und internationaler Solidarität.

Die NATO ist ein Militärbündnis unter nahezu uneingeschränkter US-amerikanischer Führung. Aber die großen globalen Gefahren sind nicht militärisch zu überwinden. Sie fordern Strukturen gemeinsamer Sicherheit. In Europa haben NATO und Europäische Union entgegen aller Zusagen an Russland ihren Einflussbereich systematisch bis an dessen Grenzen ausgeweitet und betreiben seine oft demütigende Ausgrenzung. Das schließt eine stabile Sicherheit für Europa aus. Eine linke europäische Sicherheitspolitik gibt einem Kollektiven Europäischen Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands den Vorzug gegenüber dem Militärbündnis NATO. Der Übergang zu einer solchen neuen Sicherheitsarchitektur wird vieler Anläufe bedürfen. Auf jeden Fall werden ein schnelles Ende der Sanktionspolitik gegenüber Russland, die Neuaufnahme einer Politik des Dialogs, enge Kooperationsbeziehungen und die Vermeidung aller Drohgebärden wie der Stationierung von Komponenten einer Raketenabwehr in Nachbarstaaten Russlands und »Schneller Eingreiftruppen« dort erste Schritte auf diesem Weg sein. Auch im Nahen und Mittleren Osten muss in Richtung auf Entspannung und Kooperation gewirkt werden. Die USA und die NATO sind aber genau umgekehrt verantwortlich oder mitverantwortlich für den Flächenbrand in dieser Region, die Entfesselung großer regionaler Kriege und die Flucht und Vertreibung von vielen Millionen Menschen.

Der Wechsel von einem US-dominierten Militärbündnis, das wiederholt völkerrechtswidrige Kriege geführt hat, zu einem kollektiven Sys-

tem komplexer und gemeinsamer Sicherheit wird, wenn er denn gelingen sollte, ein längerer, außerordentlich hart zu erkämpfender Prozess sein. Aber Zwischenschritte sind vorstellbar. Frankreich beispielsweise war zeitweilig NATO-Mitglied, ohne in den militärischen Strukturen aktiv zu sein. Warum sollte nicht die Bundesrepublik ohne Teilnahme an ausländischen Kampfeinsätzen starke Komponenten eines Friedens- und Aufbaucorps in das Bündnis einbringen und dies entsprechend finanzieren? Oskar Lafontaine spricht in diesem Zusammenhang von Willy-Brandt-Korps.

Ist die von Katja Kipping und Bernd Riexinger entwickelte Position eines »Sozialismus 2.0« als »ein freier, grüner, feministischer und lustvoller Sozialismus« nicht der endgültige Abschied »von einer die Gesellschaft verändernden Position zu einer des ›mittendrin dabei sein« (14)?

Mario Candeias: Wenn wir mit einem Sozialismus 2.0 »mittendrin« landen, um die Gesellschaft zu verändern, dann wäre das doch ganz wunderbar. Eine einfache Reihe antisystemischer Forderungen mag vor Vereinnahmung schützen, allerdings auf Kosten einer isolierten, nicht anschlussfähigen Randposition. Es bedarf eines positiven, transformatorischen und integrierenden Projekts, das an den neuen Bedingungen und Subjektivitäten ansetzt, das von Reformen im Kapitalismus ausgeht, aber diesen eine bestimmte Richtung verleiht – und Brüche mit dem Bestehenden zu denken und herbeizuführen vermag. »Revolutionäre Realpolitik« im Sinne Luxemburgs hebt den falschen Gegensatz zwischen Reform und Revolution auf. Revolutionär bezieht sich auf den umwälzenden, transformatorischen und an die Wurzel gehenden Charakter einer Politik, weniger auf den gewaltsamen Umschlagspunkt revolutionärer Machtergreifung. In jedem Fall ist es notwendig, an veränderten Problemlagen, neuen Vorstellungen von Leben und demokratischen Ansprüchen der Einzelnen anzuknüpfen. Und es braucht dazu verbindender Praxen aller transformatorischen Kräfte. Wir müssen viele werden. So verstehen wir die jüngsten Initiativen von Katja Kipping und Bernd Riexinger.

Was wäre in diesem Zusammenhang eine strategische Position – nicht nur eine programmatische –, die tatsächlich Kräfteverhältnisse ändert? Das bringt die Organisationsfrage wieder auf die Tagesordnung. Und hier lässt sich immer noch viel von den Versuchen und Erfahrungen der transformatorischen Kräfte in Griechenland und Spanien seit 2011 lernen. Während Schäuble und Merkel andere Länder zur Unterwerfung zwingen und das Projekt einer europäischen Einigung in seine bisher

tiefste Krise stürzen, haben wir es mit unserer Solidarität im Falle Griechenlands nicht geschafft, einen Unterschied zu machen und die Politik der BRD zu verändern, weil wir viel zu wenige sind, keine auch nur annähernd ausreichende Verankerung bei den subalternen Gruppen haben, keine auch nur annähernd ausreichenden verbindenden Praxen entwickeln konnten. Das gilt natürlich auch für die Linke in Portugal, Irland, Frankreich, Italien usw. Hier könnten wir ansetzen: mit einer Strategie, die sich stärker der Intervention in konkrete soziale Alltagsverhältnisse durch zivilgesellschaftliche Organisation zuwendet und dies mit veränderten Praxen innerhalb eines linken Mosaiks verbindet.

Die Verschiebung in der Strategie kann als Wechsel vom Diskursiven (den programmatischen und medial vorgetragenen Argumenten) zum Materiellen (den Interventionen in konkrete soziale Verhältnisse) bezeichnet werden. Genauer gesagt: Die programmatische Debatte war und ist dann Teil der praktischen Organisation solidarischer Strukturen. So konnte in Spanien wie in Griechenland die Basis verbreitert werden, weit über die üblichen Milieus der Linken und der bereits Aktiven hinaus. Deren Elementarteile sind lokale Einheiten, in denen Mitglieder nicht einfach nur über Politik diskutieren, sondern darüber hinaus Alltagspraxen teilen, Zwangsräumungen verhindern, Mieter organisieren, Arbeitskämpfe unterstützen, Flüchtlingsarbeit leisten etc. Es sind Solidarnetzwerke, die viele Menschen in die politische Organisation einbeziehen. So konnten auch jene prekarierten und oft migrantisch geprägten Klassenfraktionen erreicht werden, die sich nichts mehr von Wahlen und Demokratie versprechen. Diese Praxen lieferten die Grundlagen für den Erfolg von Syriza, der spanischen Kommunalbewegungen in Barcelona, Madrid und vielen anderen Städten und für Podemos – letztere hat ihre Bewährungsprobe noch vor sich.

Und die Formulierung vom freien, grünen, feministischen und lustvollen Sozialismus dient dabei einem einzigen Zweck. Sie soll die praktischen Kämpfe, die konkreten Sehnsüchte und Hoffnungen auf ein besseres und anderes Leben, auf Solidarität und Mitmenschlichkeit endlich wieder mit unserem gemeinsamen Ziel, dem Sozialismus, verbinden. Nur mit solchen begeisternden Visionen, die im Hier und Jetzt verankert sind, hat die Linke eine Zukunft.

Literatur

- Blessing, K./Werner, M. (Hrsg., 2015): Gefährliche Illusionen. Die Transformationspolitik in der Kritik. Berlin.
- Brie, Michael (2007): Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten. In: DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Michael Brie/Cornelia Hildebrandt/Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.), Berlin, 13-45.
- Brie, Michael/Candeias, Mario/Klein, Dieter (2015): Revolutionäre Realpolitik. Über die Kunst, die Verhältnisse zum Tanzen zu Bringen. Junge Welt. 15.9.15, www.jungewelt.de/2015/09-15/002.php.
- Brie, Michael/Haug, Frigga (Hrsg.) (2011): Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung. Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg, Baden-Baden.
- Brie, Michael/Lederer, Klaus (2015): DIE LINKE muss ihren Gebrauchswert stärken. Ein Beitrag zur Diskussion. In: Sozialismus extra: DIE LINKE.Strategiedebatte: »Aprilthesen« in der Diskussion, Hamburg, 17-20.
- Candeias, Mario (2009): Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Zweite, erw. und überarb. Aufl., Berlin/Hamburg.
- Candeias, Mario (2010): »Von der fragmentierten Linken zum Mosaik.« LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Nr. 1: 6-17.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze Sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg.
- Kipping, Katja/Riexinger, Bernd (2013): Verankern, verbreiten, verbinden. Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE. www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden/.
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg.
- Klein, Dieter (2015): Fähig zu progressiver Transformationspolitik? Die Machtelten angesichts globaler Großgefahren. In: Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien. I. Halbband, Michael Thomas, Ulrich Busch (Hrsg.), Berlin, 265-300.
- Lang, Miriam (2012): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation. Vol. 96. Manuskripte. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_96_Web.pdf.
- Porcaro, Mimmo (2003): Die Partei der Kommunistischen Neugründung. Traditionen, Innovationen, Perspektiven. In: Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, Strategische Ansätze und Erfolgskriterien. Internationaler Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von Michael Brie, 9-44. Manuskripte. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/manuskripte_41.pdf.
- Porcaro, Mimmo (2015): Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert. Beiträge zur Kritischen Transformationsforschung. Herausgegeben von Michael Brie. Bd. 4, Hamburg.

- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2015): Linke in Parlamenten und Regierungen. www.rosalux.de/staatdemokratie/specials/parteien-und-soziale-bewegungen/deutsch/parteien-und-bewegungen/linke-in-parlamenten-und-regierungen.html.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5: 71–77.
- Wright, Erik Olin (2015): Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren. In: Brie, Michael (Hrsg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?, Beiträge zur kritischen Transformationsforschung. Herausgegeben von Michael Brie. Bd. 2, Hamburg.

Klaus Steinitz

Überlegungen zu einer kritischen linken Transformationsforschung

Die Transformationsforschung hat in den letzten Jahrzehnten, insbesondere seit Anfang des 21. Jahrhunderts, einen wichtigen Platz in der linken gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in Deutschland erhalten. Interessante Studien präsentieren vor allem das Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls) und linke WissenschaftlerInnen, die mit dem Institut zusammenarbeiten, darunter des Brandenburg-Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien e.V. (BISS) und der Redaktion der Zeitschrift Sozialismus sowie der Sozialistischen Studiengruppen (SOST). Diese Studien sind Gegenstand der folgenden Überlegungen.

Der neue, höhere Stellenwert der Transformationsforschung für linke Projekte war mit zwei Veränderungen im Inhalt und in den Schwerpunkten verbunden. In den 1990er Jahren standen zunächst die Prozesse des Wandels (der Transformation) der staatssozialistischen Länder nach ihrem Zusammenbruch 1989/90 in moderne und demokratische kapitalistische Staaten im Vordergrund. Seit mehr als 15 Jahren liegt der Schwerpunkt kritischer Transformationsforschung jedoch auf den Prozessen, die zu einem Wandel der heutigen kapitalistischen Gesellschaft in Richtung einer demokratischen, solidarischen, sozialökologisch nachhaltigen und emanzipativen sozialistischen Gesellschaft führen können oder dem entgegenstehen. Hierbei spielen die Arbeiten von Polanyi zur »Großen Transformation« eine wichtige Rolle, die in den Publikationen von Rolf Reißig und Dieter Klein für eine Theorie der Zweiten Großen Transformation aufgegriffen werden. Zum anderen wurden die bisherigen Arbeiten zu linken Reformalternativen fortgeführt und in die kritische linke Transformationsforschung integriert.

Die kritische Transformationsforschung lässt sich als mehrfache Integration verschiedener Prozesse und Politikfelder, Kämpfe und Bewegungen und deren Verflechtung charakterisieren, vor allem:

(1) zwischen den gegenwärtigen progressiven sozialen Reformbewegungen und revolutionären Umwandlungsprozessen zur Herausbildung einer neuen sozialistischen Gesellschaft. Diese Wandlungsprozesse entsprechen dem von Dieter Klein geprägten Label »doppelte Transformation« (Klein 2013). Ansätze hierfür werden mit den Einstiegsprojekten

als Formen der Verbindung heutiger Reformen in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft mit weiterführenden, revolutionären Umwandlungen und Umbrüchen gezeigt (Klein 2014);

(2) zwischen vielfältigen, sehr unterschiedlichen Politikfeldern und Reformvorstellungen im gegenwärtigen Kapitalismus unter dem Dach der Transformation. Dazu gehören insbesondere für das Leben der Menschen wichtige Gebiete wie Arbeit, Verteilung der Einkommen und Vermögen, demokratische Partizipation, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Erhaltung des Friedens, Lösung der globalen Probleme von Armut und Hunger, Sicherung der Grundbedürfnisse nach Bildung und Gesundheit, Regulierung der Finanzmärkte. Im Rahmen dieser Verflechtungen kommt der Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Bezug zu allen anderen Prozessen eine herausragende und zunehmende Bedeutung zu (Brand 2015). Wichtige Fragen, u.a. die immanenten Widersprüche, das Suchen nach Lösungswegen, die Öffnung für eine Bewegung von unten und die besondere Rolle der Kommunen in diesen Prozessen, werden in Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung behandelt (Brangsch et al. 2012). Diese Verflechtungen betreffen natürlich nicht nur die gegenwärtigen Kämpfe um wirkliche Reformen im Kapitalismus, sondern ebenso Möglichkeiten für längerfristige sozialistische Umwälzungen, die in ihrer Gesamtheit zu grundlegenden Veränderungen in den ökonomischen und politischen Machtstrukturen und zu einem neuen (sozialistischen) Typ gesellschaftlicher Entwicklung führen können;

(3) zwischen den bewussten, intendierten, eingreifenden gesellschaftlichen Handlungen und Kämpfen einerseits und eigendynamischen und häufig auch nicht voraussagbaren Entwicklungen andererseits (Reißig 2015b, 109). In der Verflechtung der beiden Prozesstypen stellt sich auch die grundlegende Frage nach den vielfältigen Akteuren der Transformationsprozesse;

(4) zwischen den für die Transformation als besonderer Typ gesellschaftlichen Wandels charakteristischen Merkmalen: Pfadwechsel, eingreifendes gestaltendes Handeln von Akteuren und Orientierung auf Zukunft (Reißig 2015a, 2);

(5) zwischen den verschiedenen Ebenen räumlicher oder regionaler Transformationsprozesse – innerhalb der Staaten auf kommunaler, Länder- und Bundesebene sowie zwischen den Staaten, z.B. den Ländern der Europäischen Union und der Eurozone, sowie im globalen Maßstab. Die Probleme auf EU-Ebene werden im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise und der Unterdrückung einer emanzipativen, selbstbestimmten Entwicklung Griechenlands nach dem Willen der griechischen Bevölkerung

deutlich, ebenso wie in der Krise der EU und der Eurozone. Innerhalb der Linken stehen sich die Forderung nach Auflösung der Eurozone und der EU bzw. des Austritts aus ihnen und die Weiterführung der Kämpfe und Auseinandersetzungen um deren progressive Veränderung – EU ja, aber anders – gegenüber. Im globalen Maßstab zeigen sich die Probleme u. a. in der Finanzialisierung der globalen wirtschaftlichen Beziehungen, der Ausplünderung der Rohstoffvorkommen in den Ländern der »Dritten Welt«, in den regionalen Kriegen, in der Zunahme der Flüchtlingsströme.

Die Berücksichtigung dieser vielfältigen Verflechtungen ist für den Erfolg der Transformationsforschung entscheidend.

Ein weiterer Vorzug der kritischen Transformationsforschung besteht in ihrer Offenheit gegenüber veränderten oder neuen Problemen und Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung auf den verschiedenen Feldern und Ebenen. Diese Offenheit ist notwendig, wenn die Forschung auf der Höhe der Zeit stehen will. Dazu gehören schon seit längerer Zeit die neue Rolle und der höhere Stellenwert, den die Umwelt- und Nachhaltigkeitserfordernisse in der Transformationsforschung erhalten. Die neuen Herausforderungen, die sich aus den Flüchtlingsströmen ergeben, müssen darin ebenso einbezogen werden wie die Herausforderungen, Gefahren und möglichen Rückschritte im Kontext der Schuldenproblematik und der damit zusammenhängenden neoliberalen Austeritätspolitik. Auch die Offenheit der Diskussion und die Förderung eines ernsthaften Dialogs im Interesse der Menschen kennzeichnet die kritische Transformationsforschung. Hervorzuheben ist auch die Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen und vorliegende Erfahrungen zu berücksichtigen, um notwendige Korrekturen vorzunehmen.

Für die Bewertung der angestrebten Ziele und der bisherigen Resultate der Transformationsforschung sowie für die Diskussion um ihre Tragfähigkeit für eine linke sozialistische Politik müssen wir uns über Bewertungsmaßstäbe verständigen. Meiner Meinung nach ist es zweckmäßig, von folgenden Kriterien auszugehen:

- Inwieweit spiegeln sich in den Projekten und Ergebnissen der linken Transformationsforschung die aktuellen und für die Zukunft relevanten realen Prozesse, Probleme, Widersprüche und Ambivalenzen der kapitalistischen Gesellschaft sowie adäquate Lösungsmöglichkeiten wider?
- Inwieweit ist es gelungen bzw. gelingt es, die Zusammenhänge zwischen konkreten Reformen im gegenwärtigen Kapitalismus und den grundlegenden Veränderungen und Brüchen, die ein neuer Sozialismus erfordert, aufzuzeigen?

- Wie erfüllt die linke Transformationsforschung ihre Funktion, eine linke Politik und Programmatik durch neue Erkenntnisse zu bereichern, zu begleiten und zu beraten?
- Trägt die bisherige Transformationsforschung dazu bei, Fortschritte in den Diskussionen unter den Linken über die verschiedenen Vorstellungen von den einzuschlagenden Wegen zur Überwindung des Kapitalismus zu erzielen und den Meinungs austausch sachlich und kulturvoll zu vollziehen?
- Werden in den Vorstellungen und Visionen der Transformationsforschung zu einem demokratisch-emanzipativen, solidarischen und sozialökologisch nachhaltigen Sozialismus die notwendigen Schlussfolgerungen aus dem Scheitern des Staatssozialismus, seinen Defiziten, strukturellen Mängeln und Fehlentwicklungen, aber zugleich aus seinen Errungenschaften gezogen?
- Inwieweit werden die vielfältigen, gegen die herrschenden Eliten und die neoliberale Globalisierung gerichteten Friedens-, Freiheits- und sozialen Bewegungen in Deutschland, Europa und anderen Regionen der Welt, speziell in Lateinamerika, Afrika und Asien, in die Untersuchungen der Transformationsprozesse einbezogen?

Die skizzierten Fragen an eine linke Transformationsforschung können hier nicht umfassend und schon gar nicht vollständig behandelt werden. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf wichtige Aspekte, die meiner Meinung nach für die weitere Diskussion theoretischer wie praktischer Fragen der Transformation im Vordergrund stehen. Ihnen liegen insbesondere Publikationen und Meinungsäußerungen linker WissenschaftlerInnen aus Deutschland der letzten Jahre, speziell der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zugrunde.

Zunächst muss die Frage beantwortet werden, ob der Ansatz der Transformationsforschung entwicklungsfähig ist und Arbeitsperspektiven enthält, die es lohnt zu verfolgen. Ausgehend von ihrer dargelegten Integrationsfunktion, ihrer Offenheit und den Bewertungskriterien würde ich diese Frage eindeutig mit Ja beantworten. Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Anforderungen schon umfassend und in der für eine erfolgreiche linke Transformationspolitik erforderlichen Tiefe, Komplexität und praktische Anwendbarkeit realisiert werden bzw. kurzfristig realisiert werden können.

Für eine differenzierte Bewertung der bisherigen Ergebnisse und der künftigen Aufgaben wollen wir folgende Komplexe etwas näher betrachten:

1. Wichtige Ergebnisse der bisherigen Transformationsforschung;

2. Probleme und Schwächen in der bisherigen Transformationsforschung;
3. Anforderungen an die zukünftige Transformationsforschung, um ihre Wirksamkeit für eine linke Politik und Strategie zu erhöhen.

Wichtige Ergebnisse der bisherigen Transformationsforschung

Die Transformationsforschung, die seit vielen Jahren am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung konzentriert ist und an der mehrere WissenschaftlerInnen aus anderen Zusammenschlüssen und Bereichen, u.a. Arbeitskreis »Gesellschaftsanalyse und Klassen« der Leibniz-Sozietät, Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien, Redaktion Zeitschrift Sozialismus, Sozialistische Studiengruppen, mitwirken, hat auf Konferenzen und in Publikationen wichtige Ergebnisse vorgelegt. Dazu gehören Beiträge zu einer modernen Theorie der Entwicklung und Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, von Reformen im gegenwärtigen Kapitalismus bis zu seiner Überwindung in einem demokratischen Sozialismus. In ihnen finden die Erfahrungen des gescheiterten Staatssozialismus und die neuen Herausforderungen und Entwicklungsbedingungen des globalen Finanzmarktkapitalismus im 21. Jahrhundert ihren Ausdruck. Zu den wichtigen Erkenntnissen der Transformationsforschung gehören:

- Die Herausbildung einer sozialistischen Gesellschaft erfolgt nicht im Ergebnis eines revolutionären Umsturzes und einer darauf folgenden Eroberung der politischen Macht, sondern durch eine langfristige, auf harten Auseinandersetzungen beruhenden Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung eines neuen Gesellschaftstyps, eines demokratischen Sozialismus. Im Verlauf dieser Transformation muss vor allem der Kampf um die Herausbildung und Festigung von Eigentumsstrukturen, politischen Machtverhältnissen und Regulationsweisen geführt werden, die die Grundlage für einen demokratischen, emanzipativen und solidarischen Sozialismus im 21. Jahrhundert bilden können. Dazu müssen die Dominanz des Profitprinzips, die zunehmende »Vermarktlichung« aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und die Aushöhlung der Demokratie im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus überwunden, aber auch die Fehlentwicklungen und strukturellen Defizite des Staatssozialismus aufgedeckt und Bedingungen geschaffen werden, die ihre Wiederholung verhindern (Steinitz 2007).

- Der Transformationsprozess zum Sozialismus beginnt im Kapitalismus mit gesellschaftlichen Kämpfen um konkrete Veränderungen und Reformen, die im Interesse der Mehrheit der Menschen liegen. Er muss diese Veränderungen jedoch zur Überwindung des Kapitalismus, seiner gesellschaftlichen, ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen weiterführen. In diesem Sinne vollzieht sich die sozialistische Transformation als doppelte Transformation, im Kapitalismus beginnend und über ihn hinausweisend (Klein 2013; Klein 2014).
- Die linke, kritische Transformationstheorie schließt revolutionäre Brüche in der gesellschaftlichen Entwicklung nicht aus, sondern sieht diese vielmehr als notwendige Bestandteile einer erfolgreichen Transformation an. In den vorgelegten Ergebnissen werden die Einheit von Reformen und revolutionären Veränderungen, ihre vielfältigen und engen Verflechtungen und das Ineinanderübergehen der einen in die anderen begründet. Weil das Transformationskonzept Reform und Revolution nicht als sich ausschließende Antipoden auffasst, sondern vielmehr danach trachtet, ihre jeweiligen Stärken in sich aufzuheben und ihre Defizite zu überwinden, kann es auch eine Brücke schlagen, um die oft tiefen Gegensätze zwischen den Anhängern beider Entwicklungsformen zu mildern und abzubauen (Klein 2013, 118ff.; Brie 2015b, 12ff.). Das setzt allerdings voraus, dass eine solche Brücke auch von beiden Seiten betreten und für einen kulturvollen Meinungsstreit genutzt wird.
- Im Transformationsprozess kommt der von Polanyi charakterisierten Doppelbewegung der »fiktiven Waren« Arbeit, Boden und Geld eine bestimmende Rolle zu. Diese Doppelbewegung beruht auf den entgegengesetzten Tendenzen einer zunehmenden Kommodifizierung und Unterordnung dieser drei fiktiven Waren unter die Marktgesetze, ihrer sozialen Entbettung und der Gegenbewegung, die auf deren Demokratisierung, Dekommodifizierung, gesellschaftliche Einbettung und soziale Regulation gerichtet ist (Bischoff/Lieber 2013, 87).

Diese entgegengesetzten Tendenzen sind bei den drei fiktiven Waren unterschiedlich ausgeprägt. Im herrschenden Neoliberalismus sind die Finanzbeziehungen und damit zunehmend das Geld den Finanzmärkten weitgehend ausgeliefert. Beim Boden gewinnen im Zusammenhang mit dem Landgrabbing und anderen Deregulierungsmaßnahmen die Marktkräfte und damit auch die Bodenspekulationen an Gewicht. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Kommodifizierung nicht beim Boden stehen bleibt, sondern zunehmend die gesamte Natur in die Marktprozesse einbezieht. Bei der Arbeit setzt sich die Auseinandersetzung zwischen den

beiden Tendenzen fort, wobei jedoch trotz Teilerfolgen auf einzelnen Gebieten wie der Einführung von Mindestlöhnen die Tendenz zur sozialen Entbettung noch eindeutig dominiert. In Diskussionen zur Doppelbewegung wird von Nancy Fraser und Michael Brie darauf hingewiesen, dass es nicht mehr ausreicht, nur von einer Doppelbewegung auszugehen, sondern dass in Ergänzung zu den Kämpfen um mehr Demokratie und soziale Sicherheit auch die Emanzipation, darunter besonders die Gleichstellung, sowie andere Prozesse als Dreifach- und Vierfachbewegungen an Bedeutung gewinnen (Brie 2015c, 48ff.). Im Rahmen der Gegenbewegungen kommt den Kämpfen um die Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse eine zunehmende Bedeutung zu. Das muss bei der Ausarbeitung einer komplexen, zukunftsorientierten Transformationsstrategie berücksichtigt werden.

Eine sozialistische Transformation geht über die Erweiterung und Stärkung der Bewegungen gegen die bis heute dominierende Vermarktlichung hinaus und verlangt die Überwindung der kapitalistischen *Marktgesellschaft* (nicht des Marktes) im Ergebnis einer sozialistischen Transformation. Dabei muss auch der Warencharakter von Arbeit, Boden und Geld aufgehoben werden. Der Boden und die gesamte Natur mit ihren natürlichen Ressourcen, aber auch das Geld müssen in einer zukunftsfähigen Gesellschaft als öffentliche Güter betrachtet und behandelt werden. Ebenso wie bei den »fiktiven Waren« muss auch bei Wissen und Information der Warencharakter zurückgedrängt und schließlich überwunden werden, auch sie sind als öffentliche Güter zu behandeln.

Die im Kapitalismus beginnende Transformation darf nicht auf ausgewählte Bereiche beschränkt bleiben, sondern muss möglichst alle für die Existenz und Fortentwicklung der menschlichen Gesellschaft wichtigen Bereiche umfassen. Es geht um die Veränderung der Gesellschaft als Ganzes. Dabei können sich im Kapitalismus auch Elemente oder Keimformen herausbilden, die für eine zukünftige sozialistische Gesellschaft wesentlich sind und auch von ihr genutzt werden können, die aber erst in ihr zur eigentlichen, umfassenden Entfaltung kommen (Klein 2013).

Die grundlegenden Ursachen für das Scheitern des Realsozialismus wurden aufgedeckt. Davon ausgehend wurde gezeigt, welche Fehlentwicklungen, strukturellen Schwächen und Defizite in einem Transformationsprozess zu einer sozialistischen Gesellschaft vermieden werden müssen und an welche positiven, erhaltenswerten Seiten des untergegangenen Realsozialismus für eine sozialistische Transformation im 21. Jahrhundert angeknüpft werden kann und auch muss (Steinitz 2007).

Es wurde begründet, dass eine sozialistische Transformation nur im Ergebnis ständiger Auseinandersetzungen und Kämpfe mit den Herrschenden, vor allem dem Finanzkapital und den großen nationalen, transnationalen und globalen Kapitalgruppen sowie mit dem herrschenden Block der neoliberalen und konservativen Kräfte erfolgreich sein kann. Die ökonomisch und politisch Herrschenden sind für den Sozialabbau, die Umverteilung von unten nach oben, die Austeritätspolitik und die Aushöhlung der Demokratie verantwortlich. In diesen Auseinandersetzungen spielt der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit nach wie vor eine entscheidende Rolle. Sie gehen aber weit darüber hinaus. Ihre Erfolge sind in hohem Grade davon abhängig, wie es gelingt, die vielfältigen sozialen Bewegungen – Umweltbewegungen, Bewegungen für mehr Demokratie und Partizipation, Bewegungen zur Gleichstellung aller Menschen und zur Überwindung von Diskriminierung und Hierarchisierung, Friedensbewegungen und Bewegungen zur Lösung der Entwicklungsprobleme der Dritten Welt und der damit zusammenhängenden Flüchtlingsprobleme – miteinander zu verbinden und die vorhandenen Kräfte stärker zu bündeln.

In diesem Zusammenhang werden Offenheit, Ungewissheit und auch Gefahren der zukünftigen Entwicklung im Finanzmarktkapitalismus mit der Charakterisierung verschiedener möglicher Zukunftsszenarien überzeugend gezeigt. Sie reichen von einem Szenario des neoliberalen Weiter-so, über dessen Modifikation durch Modelle mit ausgeprägt autoritären Zügen sowie Szenarien stärkerer staatlicher Regulierung und grüner Politik bzw. eines modernisierten neoliberalen Kapitalismus bis zum Konzept eines Green New Deal und dem einer solidarisch gerechten demokratischen Gesellschaft im Einklang mit der Natur (Candeias 2014; Klein 2013, 34-54).

Es wurde ein wichtiger Beitrag zur Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit und dem möglichen Inhalt einer für die Einheit alternativer Kräfte förderlichen Erzählung, eines verständlichen und an die Erfahrungen und Wünsche der Linken anknüpfenden und den neuen Herausforderungen entsprechenden Gesellschaftsprojekts geleistet (ebd., 55ff.). Dafür war und ist die Charakterisierung der zentralen Leitideen für gesellschaftliche Umwandlungen notwendig. Ein Vorschlag hierfür wurde von Klein und Brie mit den »vier U«, vier Leitideen für notwendige Veränderungen und Umgestaltungen, ausgearbeitet:

1. gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht,
2. sozial-ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft,
3. demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft,

4. umfassende Friedenssicherung und internationale Solidarität (ebd., 65).

Zwischen den Beteiligten an den Arbeiten zur Transformationsproblematik besteht zu wichtigen Problemen und neuen Herausforderungen einer Transformation im 21. Jahrhundert weitgehende Übereinstimmung. Diese betrifft insbesondere den Inhalt einer auf die Überwindung des Kapitalismus gerichteten großen Transformation und die für die weiteren Arbeiten zu nutzenden Begriffe und Kategorien. Übereinstimmung besteht auch darin, dass ein Frontalangriff unter den heutigen und in Zukunft wahrscheinlichen Bedingungen nicht der Weg einer erfolgreichen Transformation sein wird. Die Transformation muss als Einheit von Reform und Revolution, von auf konkrete Reformen gerichteter Realpolitik und langfristigen Vorstellungen zur Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, als Einheit der Kämpfe von Klassen und vielfältigen sozialen Bewegungen aufgefasst werden, diese dürfen einander nicht entgegengesetzt werden. Das spiegelt sich auch im Erfurter Programm der Partei DIE LINKE wider: »Der transformatorische Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.« (DIE LINKE 2011) Es wurde auch weitgehend Übereinstimmung darin erzielt, dass es in der breiten pluralen Linken keine Partei oder Organisation gibt, die eine alleinige Führungsrolle beanspruchen oder ausüben kann (Candeias/Völpel 2014).

Es ist nicht überraschend, dass die hier genannten Ergebnisse der Transformationsforschung sich im Hinblick auf Qualität und Reifegrad teilweise beträchtlich voneinander unterscheiden. Die betrifft insbesondere die Möglichkeiten ihrer praktischen Nutzung für eine linke Transformationspolitik durch die Ausarbeitung realistischer und überzeugender Alternativen, die dazu beitragen, die vorherrschende neoliberale Politik zurückzudrängen.

Probleme und Schwächen in der bisherigen Transformationsforschung

Die im vorigen Abschnitt knapp charakterisierten Ergebnisse linker Transformationsforschung, die auf eine Änderung der Politik und vor allem der Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung gerichtet sind, weisen neben ihren hervorzuhebenden positiven Leistungen natürlich auch noch viele ungelöste Probleme und auch Schwächen auf. Diese zeigen sich

zusammenfassend darin, dass ihre Ergebnisse in der öffentlichen Diskussion der Linken nur wenig aufgegriffen werden und sich bisher unzureichend in der politischen Strategie der Linkspartei niederschlagen. »Bisher ist ›Transformation‹ für die Linke aber noch kein entwickeltes strategisches Konzept« (Brie 2015b, 12). Hierzu sind zwei einschränkende Bemerkungen notwendig. Ein linkes strategisches Transformationskonzept kann nicht das Resultat der Arbeit eines Instituts oder einiger weniger linker Intellektueller sein. Es kann nur aus dem Zusammenwirken vieler linker Akteure, WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und PraktikerInnen, nicht nur Deutschlands, sondern auch anderer Länder und als Ergebnis offener, kulturvoller Diskurse entstehen. Ebenso wenig kann es ein Konzept absoluter Wahrheiten und fester Gewissheiten sein, sondern muss unsere Erkenntnisstrahlen sowie die Unbestimmtheit und Unsicherheiten zukünftiger Entwicklungen widerspiegeln. Es muss daher offen sein für die sich ständig vollziehenden Veränderungen der gesellschaftlichen Realität, auch für Konsequenzen, die sich aus Rückschlägen oder einem Scheitern ergeben.

Die Probleme, offenen Fragen und Schwächen – bei deren Beurteilung stets die beiden eben genannten Einschränkungen zu beachten sind – könnten wie folgt charakterisiert werden.

- Die veränderten Bedingungen für eine linke Transformationspolitik, die sich aus der neoliberalen Globalisierung und der undemokratischen sowie auf Austerität und Sozialabbau gerichteten Politik der EU und der Eurozone ergeben, werden zwar in wichtigen Aspekten in der Transformationsforschung aufgegriffen. Hierzu gehören u.a. die Unterstützung der Vielfalt von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen progressiven Wandels, speziell zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, Ansätze für deren Einbettung in die transformatorischen Grundprozesse wie Erneuerung der Demokratie und sozialökologischer Umbau, Vorschläge für eine breite Bündnispolitik und Anforderungen an eine die Menschen anziehende Diskussionskultur. Es ist aber meiner Ansicht nach bisher noch nicht ausreichend gelungen, die neue Qualität und Dimension der realen Veränderungen des Kapitalismus, die insbesondere seit der Krise 2007ff. eingetreten sind, hinsichtlich ihrer Konsequenzen für eine mögliche Transformation deutlich zu machen. Solche möglichen Konsequenzen aus der neoliberalen Globalisierung werden zwar in dem Szenario-Ansatz der rls, der schon seit mehreren Jahren verfolgt wird, aufgegriffen. Sie konnten aber bisher hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens und der ihnen in-

newohnenden Gefahren noch nicht ausreichend bewertet werden. Sie wurden bisher auch nur unzureichend bis zu konkreten Vorschlägen für linke Politik geführt. Die Problematik kann am Beispiel der Griechenlandkrise, die zugleich eine Krise der EU und des Euro ist, veranschaulicht werden. Die unter einem dominierenden deutschen Einfluss stehende Politik der EU und ihrer Institutionen gegenüber Griechenland ist durch den Zwang zu Austeritätspolitik, Schuldenbremse und Kürzung der Sozialausgaben sowie durch eine weitgehende Beschneidung der Möglichkeiten Griechenlands für eine souveräne, selbstbestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zur Lösung der Krisenprobleme charakterisiert. Die Konsequenzen, die sich aus den griechischen Erfahrungen für eine erfolgreiche Transformationspolitik in der EU ergeben, müssen noch weiter analysiert und erörtert werden. Dies betrifft insbesondere den für Griechenland typischen Widerspruch, der sich auch im zweiten Wahlsieg Syriza widerspiegelt, zwischen der relativen Stärke der linken Kräfte als potenziellen Akteuren für eine linke Alternative auf der einen Seite und den durch die wirtschaftliche Krisensituation und die Troika-Politik stark eingeschränkten Spielräumen für eine realistische progressive Transformationspolitik auf der anderen Seite. Die griechischen Erfahrungen bei dem Versuch, die in ihrem Regierungsprogramm enthaltenen sozialen und demokratischen Forderungen unter den oben genannten Rahmenbedingungen für Reformen im Kapitalismus umzusetzen, müssten im Rahmen der Transformationsforschung weiter analysiert und verallgemeinert werden. Dabei sind einige neue Fragen zu untersuchen und zu beantworten – nicht nur für die griechische Linke, sondern für die Linke in ganz Europa.¹

- Die untersuchten und in Publikationen sowie auf Konferenzen ausgewerteten Beispiele für Einstiegsprojekte der Transformation beziehen sich im Wesentlichen auf einzelne, in der Realität schon existierende Projekte wie in hohem Grad selbstbestimmter Betriebe im Rahmen einer Solidarökonomie, Solarparks, Bioenergiedörfer, kommunale Wasserversorgung und Genossenschaften. Sie stellen wichtige Initiativen und Beispiele für neue, selbstbestimmte Produktions-

¹ Ein Beitrag hierzu ist das Griechenland-Special der Zeitschrift *Luxemburg* (Zeitschrift LuXemburg 2015). Darin wird deutlich gezeigt, dass die Auseinandersetzung um die Erfahrungen der griechischen Entwicklung und die Rolle, die dabei die EU-Institutionen spielen, weitergehen müssen, und dass dabei auch viele neue Fragen zu beantworten sind.

verhältnisse dar, die auch von anderen aufgegriffen werden sollten. Sie führen aber nicht zu einer grundlegenden Änderung der bestehenden Eigentumsstrukturen des Kapitalismus. Das Problem besteht jedoch nicht darin, dass die Notwendigkeit grundlegender Veränderung der Eigentumsstrukturen in der Transformationsforschung der Rosa-Luxemburg-Stiftung unzureichend berücksichtigt wird. Diese Forderung steht als eine entscheidende Aufgabe mit im Zentrum kritischer Transformation (Brie 2006; Klein 2007; Candeias et al. 2009). Insofern ist auch der in dem von Klaus Blessing und Werner Matthias herausgegebenen Buch »Gefährliche Illusionen. Die Transformationspolitik in der Kritik« erhobene Vorwurf gegenüber den Forschungen zur Transformationstheorie in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das Befolgen ihrer Ratschläge würde ein Verzicht auf die Transformation des Kapitalismus und über ihn hinaus bedeuten (Blessing/Werner 2015), unbegründet und haltlos. Das Problem besteht vielmehr darin, dass bisher noch nirgendwo auf der Welt gezeigt werden konnte, dass es überhaupt möglich ist, aus diesen Einstiegsprojekten zu grundlegenden Veränderungen der Eigentumsverhältnisse zu kommen, die die Dominanz der Kapitalverwertung überwinden. Das ist eine äußerst ambivalente Problematik. Einerseits könnte ein Aufzeigen möglicher Wege zur Weiterführung von Einstiegsprojekten zu tiefergehenden Veränderungen in Richtung sozialistischer Forderungen die Diskussion zur Transformationsproblematik befruchten. Andererseits müssen die oben erwähnten Einschränkungen und Ungewissheiten bei der Voraussage zukünftiger Entwicklungsprozesse beachtet werden. In den Beziehungen zwischen den beiden Seiten des widersprüchlichen Erkenntnis- und Voraussageprozesses gibt es jedoch einen bisher noch zu wenig genutzten Spielraum, der für Fortschritte in der Transformationsforschung erschlossen werden kann.

- Die Transformationsforschung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und auch der meisten anderen in Deutschland lebenden linken WissenschaftlerInnen ist weitgehend auf die Entwicklung in Deutschland und der EU gerichtet. Wichtige Fragen, die die Entwicklung der Länder der sogenannten Dritten Welt betreffen, wie das Landgrabbing, die rücksichtslose Ausplünderung von Naturschätzen, Wege zur Bekämpfung von Armut und Hunger, wurden zwar aufgegriffen. Die vorliegenden Analysen und Studien zur Entwicklung in den Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas müssten jedoch weit stärker für die Transformationsforschung ausgewertet werden, um daraus auch verallgemeinerungsfähige Schlussfolgerungen ziehen zu können. Dabei

sollte generell angestrebt werden, globale Probleme der Transformation auch global, in gemeinsamen Anstrengungen der Linken und sozialen Bewegungen zu erforschen und zu bearbeiten.²

- Zu den Widersprüchen und Konstruktionsmängeln der EU und der Eurozone sowie zur herrschenden Politik der EU-Institutionen liegen viele aussagekräftige Analysen linker alternativer Kräfte und Bewegungen vor. Die Entwicklungsbedingungen in der EU und der Eurozone üben einen wesentlichen Einfluss auf die Bedingungen, Möglichkeiten, Chancen und den Inhalt von Transformationsprozessen aus. Die hiermit verbundenen Probleme werden noch zu wenig in der Transformationsforschung aufgegriffen und hinsichtlich ihrer Konsequenzen für eine Transformationspolitik untersucht. Es wird zwar hervorgehoben, dass es um die Überwindung der in den Grundstrukturen der EU enthaltenen Demokratiedefizite und der Loslösung der Währungs- und Finanzpolitik von der Wirtschafts- und Sozialpolitik geht. Die Neugründung der EU wird als Bestandteil einer notwendigen Transformation angesehen. Aber die widersprüchlichen Probleme, Bedingungen und Herausforderungen für die Transformation in einzelnen Ländern oder Ländergruppen bzw. der gesamten EU werden noch zu wenig durch gemeinsame Anstrengungen der Linken in Europa, z.B. durch linke Zusammenschlüsse wie Transform, analysiert und bewertet. Zu den unterschiedlichen Problemen und Konstellationen, mit denen die Linke in zehn verschiedenen EU-Staaten in und nach der jüngsten Mehrfachkrise konfrontiert ist, liegt eine informative und interessante Publikation vor, die von Steffen Lehndorff herausgegeben wurde (Lehndorff 2014).
- Die widersprüchlichen Erfahrungen der jüngsten Entwicklung in den lateinamerikanischen Ländern mit linken Regierungen, die für die Beurteilung der Chancen und Probleme von Transformationsprozessen äußerst wichtig sind, wurden in mehreren Studien der rls untersucht und analysiert. Diese Analysen müssten jedoch stärker in die Transformationsforschung integriert werden.
- Dies gilt auch für die Entwicklung in China und in Vietnam sowie für die jüngsten Veränderungen in Kuba im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA, die eine Fülle von Problemen und Fragestellungen für die Transformationstheorie aufwerfen, die bisher nur wenig beantwortet werden konnten. Hierzu

² Vgl. dazu den Beitrag von Dieter Klein und Joachim Wahl in diesem Band – d. Hrsg.

gehört z.B. die Frage nach dem Charakter der sich in China herausbildenden Produktionsweise. Es steht die Frage, ob es sich hier um einen bisher noch nicht bekannten Typ eines umfassenden Staatskapitalismus handelt, der im Vergleich zu den bisher bekannten Formen des Kapitalismus günstigere Bedingungen enthält, gesellschaftliche Erfordernisse, wie soziale Sicherheit, Schaffung von Arbeitsplätzen, nachhaltiger Umweltschutz, durchzusetzen. Diese günstigeren Bedingungen weisen auf Möglichkeiten hin, dürfen aber nicht mit der gegenwärtigen Realität verwechselt werden.

- Die Transformationsforschung gehört zweifellos zu den Komplexen, die einen hohen Grad internationaler wissenschaftlicher Kooperation verlangen, um zu Ergebnissen zu kommen, die für eine linke Politik fruchtbar gemacht werden können. Die übergreifenden Probleme und Gefahren des globalen Kapitalismus für die Existenz der menschlichen Gesellschaft machen den internationalen Erfahrungsaustausch zu einer dringlichen Notwendigkeit. In der noch unzureichenden internationalen Zusammenarbeit linker WissenschaftlerInnen zur Transformationsproblematik liegt eine Schwäche der bisher realisierten und konzipierten Forschungsarbeiten.
- Die gesellschaftliche Problematik, die sich aus dem Fehlen einer überzeugenden Transformationsperspektive ergibt, zeigt sich auch angesichts der in jüngster Zeit verstärkt geäußerten Auffassung kritischer Politikwissenschaftler wie Wolfgang Streeck über den zwangsläufigen Verfall der kapitalistischen Gesellschaft (Streeck 2015a; Streeck 2015b), ohne Aussage darüber, was danach kommen könnte.
- Ein Problem der Diskurse zur Transformationsproblematik besteht darin, dass es bisher kaum eine sachliche Auseinandersetzung zwischen den Vertretern divergierender Auffassungen über den Inhalt linker Transformationspolitik gibt. Es fehlen auch Ansätze für eine offene, sachliche und kameradschaftliche Auseinandersetzung zwischen den Anhängern und den Kritikern der Transformationstheorie.
- In der Transformationsforschung ist es noch nicht gelungen, die für eine progressive und erfolgreiche linke Politik notwendigen Beziehungen zwischen den bisher überwiegenden Arbeiten und Diskursen zu den Begriffen und Kategorien der Transformation, ihren möglichen Wegen und Varianten sowie den Szenarien zukünftiger Entwicklung mit Konsequenzen und konkreten Vorschlägen für eine eingreifende, gestaltende Transformationspolitik sowie einer linken Politikberatung zu verbinden. Es gibt hierfür jedoch einige fruchtbare Ansätze wie die »Linke Woche der Zukunft« im April 2015, bei der die Rosa-

Luxemburg-Stiftung einer der Träger war, das Mitwirken an den Arbeiten und Diskussionen zu den Parteiprogrammen, die Diskussionen um die »Mosaik-Linken« als wichtiger Ansatz für die Erweiterung des Kreises der Akteure und ihres Zusammenwirkens. Dabei dürfen keine illusorischen, übertriebenen Anforderungen an den Inhalt und die Beschreibung konkreter Realisierungswege eines solchen Zukunftsprojekts gestellt werden.

Anforderungen an die zukünftige Transformationsforschung, um ihre Wirksamkeit für eine linke Politik und Strategie zu erhöhen

Ausgehend von den in den ersten beiden Abschnitten dargestellten Ergebnissen, Problemen und Defiziten der bisherigen Transformationsforschung sollte ihre Weiterführung und Weiterentwicklung folgende Anforderungen berücksichtigen:

Die zukünftige Transformationsforschung sollte sich stärker als bisher auf die Auswertung vorhandener Analysen der realen, gesellschaftlich widersprüchlichen – politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen – Entwicklung der EU und anderer Regionen sowie der globalen Welt richten. Dazu gehört die Analyse der erzielten Erfolge und ihrer Grundlagen, aber auch der insgesamt und auf den meisten Gebieten unzureichenden Fortschritte und häufigen Rückschläge sowie ihrer Ursachen.

Damit könnte die Transformationsforschung einen wirksameren Beitrag nicht nur zur Weiterentwicklung einer sozialistischen Transformationstheorie, sondern auch für eine realistische Transformationspolitik und -strategie der Linken leisten.

Die weitere Untersuchung, Bewertung und Erörterung der realen Transformationsprozesse sollte einen höheren Stellenwert in der Transformationsforschung erhalten. Dazu gehören insbesondere die Chancen, aus Reformen im Rahmen des Kapitalismus zur Überwindung der dominierenden kapitalistischen Macht- und Eigentumsstrukturen zu kommen, die für eine sozialistische Transformation grundlegend ist. Das schließt auch die Untersuchung der wichtigsten Voraussetzungen für die Lösung der drängendsten globalen Probleme wie Erhaltung der natürlichen Umwelt, die Verhinderung einer globalen Klimakrise und die weltweite Überwindung von Hunger und Armut ein. Im Rahmen der globalen Verschärfung der Widersprüche haben sich die Konflikte

in der letzten Zeit spürbar zugespitzt. Kriege im sogenannten Kampf gegen den Terror, die aber größtenteils um die Sicherung von Rohstoff- und Energieressourcen für die USA und die anderen westlichen Großmächte sowie um politische Einflussphären geführt werden, und die Konfliktherde in Osteuropa und im Pazifikraum stellen eine Gefahr für die Menschheit dar (Crome 2014). Die Erhaltung des Weltfriedens ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür, dass überhaupt eine Transformation im Interesse der Menschen erfolgen kann. Deshalb müssen diese globalen Probleme in der Transformationsforschung einen herausragenden Platz einnehmen. Eine solche Erweiterung ihres Profils ist angesichts der eingeschränkten linken Forschungskapazitäten nur möglich, wenn man hierfür auch international geeignete Kooperationspartner gewinnt.

Die Transformationsforschung müsste noch stärker und intensiver als bisher die Prozesse in der EU und die damit verbundenen Probleme aufgreifen. Dazu gehören u.a. folgende Fragen: (1) Inwieweit ergeben sich aus dem Vertragswerk der EU und der Eurozone sowie aus der Dominanz deutscher politischer und ökonomischer Interessen Hemmnisse für Transformationsprozesse in Mitgliedsstaaten der EU? (2) Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für dringend erforderliche Änderungen im Vertragswerk und in der Politik der EU, um die Voraussetzungen für Transformationsprozesse zu verbessern, und (3) welche Chancen bestehen, diese notwendigen Veränderungen tatsächlich zu erreichen? Die Erfahrungen aus der Griechenlandkrise müssen gründlich für die Transformationsproblematik ausgewertet werden. Dazu gehört auch die positive Erfahrung, dass der Sturz der Tsipras-Regierung, trotz vieler für seine Wiederwahl ungünstiger Bedingungen, missglückt ist. In diesem Zusammenhang muss auch analysiert werden, welche Rolle der Staat in einem linken Regierungsprojekt spielt (spielen kann), und welche Möglichkeiten mit einer linken Transformationspolitik geschaffen werden können, den Staat zu verändern (Brangsch 2011; Brangsch 2015)?

Die gegenwärtige Situation der EU und die in ihr herrschenden politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse werfen vielfältige Fragen für eine Erfolg versprechende Transformationspolitik auf. Zurzeit weht den Linken insgesamt in der EU ein scharfer Wind entgegen. So richtig und notwendig die Forderungen nach einer demokratischen, solidarischen und sozialen Neugründung der EU und der Eurozone sind, ihre Realisierungschancen sind gegenwärtig und auch in der nächsten Zukunft gering. Daraus aber die Schlussfolgerung zu ziehen, man solle einen Weg der Renationalisierung oder des Austritts aus der EU oder der

Eurozone gehen, halte ich jedoch für falsch. Die Bedingungen für eine Transformation können sich nur herausbilden, wenn es gelingt, die Fragmentierung der Linken in den EU-Ländern und auch den nicht befriedigenden Stand länderübergreifender Zusammenarbeit zwischen ihnen zu überwinden und zu einer stärkeren Koordinierung der Diskurse und vor allem der Aktionen zu kommen.

Ebenso sollten die Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen den bestimmenden Globalisierungstendenzen und den Transformationsbedingungen in einzelnen Ländern und Ländergruppen eine stärkere Beachtung finden. Hierzu gehören auch all die Prozesse, die die bisherige von den USA bestimmte unipolare Weltordnung in Richtung einer Machtverschiebung zu China und insgesamt den BRICS-Staaten als Gegengewicht zu den G7 verändern.

Die Transformationsforschung muss neue Bedingungen bzw. die veränderte Bedeutung bestimmter Zusammenhänge und Prozesse aufgreifen und in den verschiedenen Projekten berücksichtigen. Dies betrifft heute und in nächster Zukunft: die übergreifende, alle anderen Prozesse stark beeinflussende Entwicklung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die zunehmende Bedeutung globaler und transnationaler Entwicklungsprozesse und ihrer engeren Verflechtung mit den regionalen und nationalstaatlichen Entwicklungsmöglichkeiten, die qualitativ neue und größere Bedeutung des Zeitfaktors für Transformationsprozesse, insbesondere ein höherer zeitlicher Druck für den Beginn und für spürbare Realisierungsschritte – speziell zur Verhinderung von Umwelt- und Klimakatastrophen, die größere Vielzahl möglicher Akteure und Akteurskonstellationen und deren Handlungsfähigkeit (Reißig 2015b; Brand 2015). Dabei ist es wichtig, dass sich die Akteure als Subjekte der Transformation in konkreten Aktionen, in Auswertung der dabei gesammelten positiven und negativen Erfahrungen sowie durch neue und engere Verbindungen untereinander selbst entwickeln (Porcaro 2015; Brie 2015d).

Sollen die bestehenden Verhältnisse im Kapitalismus verändert und durch eine sozialistische Transformation überwunden werden, muss die Fragmentierung linker Kräfte so weit wie möglich überwunden werden. Bestehende Meinungsverschiedenheiten werden deshalb nicht verschwinden. Sie verlangen jedoch eine sachliche, von Diffamierungen und Unterstellungen freie Streitkultur, die den jeweiligen Kontrahenten ernst nimmt. Leider wird dies in den Thesen des Kuratoriums von ostdeutschen Verbänden (Junge Welt, 18.6.2015) zur Konferenz »Kann man in den Sozialismus hinein tanzen? – Welchen Einfluss hat die Transformations-

mationstheorie auf linke Politik?» und im Hauptreferat und Schlusswort von Klaus Blessing auf dieser Konferenz nicht beachtet (Blessing/Werner 2015; Brie et al. 2015).

Eine erfolgreiche sozialistische Transformation setzt voraus, dass größere Teile der Bevölkerung und insbesondere der potenziellen und notwendigen Akteure einer solchen Transformation davon überzeugt sind oder werden, dass eine sozialistische Alternative eine realistische und zugleich wünschenswerte gesellschaftliche Entwicklungsperspektive darstellt. Nach dem Scheitern des Realsozialismus in Europa ist der Glaube an eine sozialistische Alternative tief erschüttert und zu einem großen Teil völlig verloren gegangen.

Ungeachtet der berechtigten Einwände gegen konkrete Voraussagen der künftigen Entwicklung und gegen Modelle einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft halte ich es für notwendig, soweit es heute überhaupt geht, möglichst überzeugend zu zeigen, dass eine solche Alternative funktionieren kann. Es genügt nicht, die Eigenschaften eines zukünftigen Sozialismus als eine demokratische, emanzipative, gerechte, solidarische und sozialökologisch nachhaltige Gesellschaft zu charakterisieren, die die freie Entwicklung der Individuen fördert. Es muss auch gezeigt werden, dass diese Eigenschaften nicht nur Träume oder Wünsche darstellen, sondern in ihren Grundrichtungen auch realisierbar sind (Steinitz/Walter 2014).

Damit sind dreierlei Anforderungen verbunden. Es gilt (1) zu zeigen, wie die Fehlentwicklungen im Staatssozialismus und die Entstellungen der sozialistischen Idee, die die Hauptursache für das Scheitern des sozialistischen Versuchs waren, in Zukunft vermieden werden können; (2) nachzuweisen, dass wichtige soziale Errungenschaften des Realsozialismus – Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit und Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für alle, soziale Sicherheit, Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Zugang zur Bildung und gesundheitlichen Betreuung für alle – erhalten und entsprechend den neuen Möglichkeiten und Herausforderungen im 21. Jahrhundert weiterentwickelt werden können; (3) Grundrichtungen aufzuzeigen, wie die bisher nicht bewältigten Probleme besser gelöst werden können. Dabei geht es vor allem um realistische Vorstellungen für die Lösung solch komplexer und komplizierter Probleme, wie:

- Umfassende Partizipation an und Demokratisierung von wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen unter Wahrung notwendiger Einzelverantwortlichkeiten bei der Leitung der konkreten Wirtschaftsprozesse.

- Herausbildung einer neuen Regulierungsweise, die durch eine Kombination bzw. Synthese von Plan und Markt die Einseitigkeiten und Übertreibungen einer allumfassenden zentralen Planung ebenso vermeidet wie das absolute Vertrauen in die Marktkräfte (Marktgläubigkeit). Dabei kommt es darauf an, negative Effekte beider Regulierungsweisen weitgehend zu verhindern und ihre positiven Wirkungen so umfassend wie möglich zu nutzen.
- Herausbildung der Bedingungen für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung, die auf die Erhaltung der natürlichen Umwelt und die Verhinderung einer Klimakrise gerichtet ist. Dabei sollten wir den dazu notwendigen sozialökologischen Umbau als eine Herausforderung begreifen, die mit allen wichtigen Prozessen und Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung verflochten ist.
- Stimulierung hoher Leistungen der Individuen und der Kollektive und Schaffung der notwendigen Bedingungen, um eine hohe Produktivität und Effizienz des gesamten Reproduktionsprozesses zu erreichen und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft neu auszurichten. Dazu müssen allerdings zugleich der Wachstumsfetischismus überwunden und bei der Bewertung von Produktivität und Effizienz verstärkt Kriterien zugrunde gelegt werden, die die Umwelt und die Verbesserung des Wohlstands für alle berücksichtigen und die Entwicklung der Individualität der Menschen fördern (Brie 2015a, 246). Ein solcher Sozialismus muss ständig die notwendigen Ressourcen zur Sicherung seiner wirtschaftlichen Reproduktionsfähigkeit für ein hohes Lebensniveau aller Menschen und für den sozialökologischen Umbau freisetzen.

Insgesamt setzt eine erfolgreiche sozialistische Transformation voraus, dass es gelingt, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass der neue Sozialismus eine höhere Entwicklungsfähigkeit gegenüber dem gescheiterten Staatssozialismus und dem abzulösenden Kapitalismus aufweist.

Literatur

- Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph (2013): Die »große Transformation« des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses versus Marktversagen. Eine Flugschrift, Hamburg
- Blessing, Klaus/Werner, Matthias (Hrsg.) (2015): Gefährliche Illusionen. Die Transformationspolitik in der Kritik, Berlin
- Brand, Ulrich (2015): Gegen-Hegemonie. Vortrag auf der IV. Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse in Kooperation mit dem BISS e.V. – Jenseits der Imitation – An den Durchbruchstellen kritischer Transformations-

- forschung – Strategische Fragen in Zeiten blockierter Transformation, Brangsch, Lutz (2011): Überlegungen zur Veränderung des Staates in der Krise. In: Krause, Günter (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderungen und Transformationen, Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften Band 28, Berlin, 41-61
- Brangsch, Lutz (2015): Staat und Transformation. Vortrag auf der IV. Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse in Kooperation mit dem BISS e.V. – Jenseits der Imitation – An den Durchbruchstellen kritischer Transformationsforschung – Strategische Fragen in Zeiten blockierter Transformation
- Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith/Spangenberg, Joachim H./Wolf, Frieder Otto (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin
- Brie, Michael (2006): Die wiederentdeckte Eigentumsfrage. In: Brie, Michael (Hrsg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Kritik des Neoliberalismus und Alternativen, RLS Papers, Berlin, 77-102, abrufbar unter www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/papers_Brie_Marx.pdf
- Brie, Michael (Hrsg.) (2015a): Ändert das wirklich alles? In: Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung, Bd. 2, Hamburg, 243-251
- Brie, Michael (2015b): Beiträge zur kritischen Transformationsforschung – ein erster Überblick über den Diskussionsstand. In: Brie, Michael (Hrsg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?, Beiträge zur kritischen Transformationsforschung, Bd. 2, Hamburg, 7-29
- Brie, Michael (2015c): Für ein Bündnis des liberalen Sozialismus und libertären Commonismus. In: Brie, Michael (Hrsg.): Polanyi neu entdecken: Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi, Beiträge zur kritischen Transformationsforschung, Bd. 2, Hamburg, 13-99
- Brie, Michael (2015d): Vorwort. In: Pocaro, Mimmo: Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert, Beiträge zur kritischen Transformationsforschung, Bd. 4, Hamburg, 7-15
- Brie, Michael/Candeias, Mario/Klein, Dieter (2015): Revolutionäre Realpolitik. Über die Kunst, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. In: junge Welt, abrufbar unter www.jungewelt.de/2015/09-15/002.php
- Candeias, Mario (2014): »Wenn das Alte stirbt ...« – Organische Krise bei Antonio Gramsci. In: Brie, Michael (Hrsg.): »Wenn das Alte stirbt ...« Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Zweite Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte, Neue Folge. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 14-28
- Candeias, Mario/Rilling, Rainer/Weise, Katharina (2009): Krise der Privatisierung : Rückkehr des Öffentlichen, Berlin: Dietz, abrufbar unter <http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2010/2162/> www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte-53.pdf
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg
- Crome, Erhard (2014): Transformationsperspektive und die Frage der Gewalt. In:

- Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, 392-418
- DIE LINKE (2011): *Programm*, abrufbar unter: www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke/.
- Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Hamburg
- Klein, Dieter (2007): *Die Linke und das Eigentum. Zur programmatischen Diskussion*. In: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): *Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik?*, Berlin, 192-218
- Klein, Dieter (2014): *Doppelte Transformation*. In: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, 101-125
- Lehndorff, Steffen (Hrsg.) (2014): *Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien*, Hamburg
- Porcaro, Mimmo (2015): *Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert. Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 4*, hrsg. von Michael Brie, Hamburg
- Reißig, Rolf (2015a): *Gesellschafts-Transformation heute – gewonnene Einsichten und offene Fragen*, Berlin
- Reißig, Rolf (2015b): *Neue Transformationen – eine theoretische Konzeptualisierung und gesellschaftliche Problematisierung*. In: Brie, Michael/Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?*, Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2, Hamburg, 107-141
- Steinitz, Klaus (2007): *Das Scheitern des Realsozialismus: Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert*, Hamburg
- Steinitz, Klaus/Walter, Dieter (2014): *Plan – Markt – Demokratie Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen*, Hamburg
- Streck, Wolfgang (2015a): *Wie wird der Kapitalismus enden? Teil I*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (3), 99-111
- Streck, Wolfgang (2015b): *Wie wird der Kapitalismus enden? Teil II*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (4), 109-120
- Zeitschrift LuXemburg* (2015): *Griechenland-Special*, abrufbar unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/europaeischer-fruehling/

John Bellamy Foster

Marxismus und Ökologie

Gemeinsame Quellen einer Großen Transformation¹

Sozialistisches Denken entsteht an der vordersten Front der Bewegung für globalen ökologischen und sozialen Wandel wieder neu. Vor dem Hintergrund des planetaren Notstandes haben Theoretiker die machtvolle ökologische Kritik des Kapitalismus aufgedeckt, die Marx' materialistischer Geschichtskonzeption zugrunde liegt. Dies hat zu einer umfassenderen Konzeption von Sozialismus geführt, die in Marx' Analyse des »Risses« im »universellen Stoffwechsel mit der Natur« und seiner Vision für eine nachhaltige menschliche Entwicklung gegründet ist. Eine solche soziale und ökologische Transformation erfordert eine Doppelstrategie. Erstens müssen wir unsere Kämpfe für radikale Reformen in der Gegenwart bündeln, die die destruktive Logik des Kapitals infrage stellen. Zweitens müssen wir eine breite Bewegung aufbauen, um die lange revolutionäre Transformation auszuführen, die für das Überleben und die fortdauernde Entwicklung der Menschheit existentiell ist.²

Einleitung

Auf den ersten Blick scheint der Versuch, Marxismus und ökologische Transformation miteinander zu verbinden, zwei völlig verschiedene Bewegungen und Diskurse zu überbrücken, jede mit einer eigenen Geschichte und Logik – die eine vor allem auf Klassenverhältnisse und die andere auf die Beziehung zwischen Mensch und Umwelt konzentriert. Historisch hat der Sozialismus jedoch die Entwicklung des ökologischen

¹ Dieses Essay ist eine Publikation im Rahmen der *Great Transition Initiative* (Foster 2015b). Sie wurde dort im Oktober 2015 publiziert und umfangreich kommentiert. Die *Great Transition Initiative* versteht sich als Onlineforum für Ideen und als internationales Netzwerk für die kritische Erforschung von Konzepten, Strategien und Visionen einer Transformation hin zu einer Zukunft bereicherten Lebens, menschlicher Solidarität und einer reichen Biosphäre. Siehe: www.greattransition.org/about/aims-and-background#sthash.tDolFWl1.dpuf – d. Hrsg.

² Ein ähnliches Konzept einer doppelten Transformation wurde am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelt (Klein 2013; Klein 2014) – d. Hrsg.

Denkens und der ökologischen Praxis beeinflusst, und die Ökologie hat sozialistisches Denken und sozialistische Praxis inspiriert. Seit dem 19. Jahrhundert war das Verhältnis zwischen beiden komplex, von wechselseitiger Abhängigkeit geprägt und dialektisch.

In den letzten Jahrzehnten hat sich eine an Marx orientierte Herangehensweise an die planetare ökologische Krise und an die sozialökologische Transformation, die die Bedingung der Lösung dieser Krise ist, stürmisch entwickelt. Dies hat die Grundlage für einen machtvolleren kollektiven Kampf für eine Große Transformation geschaffen, in der die Werte von »Konsumismus, Individualismus und Herrschaft über die Natur« durch eine »neue Triade« abgelöst werden: »Qualität des Lebens, menschliche Solidarität und ökologische Sensibilität« (Raskin 2006). Die Forderungen nach einer Gesellschaft, die eher den konkreten Bedürfnissen, der menschlichen Gleichheit und der Solidarität als dem Profit verpflichtet ist, sind schon lange mit Sozialismus verbunden. In jüngster Zeit haben sozialistische Denker der ökologischen Nachhaltigkeit die gleiche Bedeutung zugemessen wie den eben genannten Werten. Dabei bauten sie auf Marx' ökologischer Kritik des Kapitalismus und seiner bahnbrechenden Vision nachhaltiger menschlicher Entwicklung auf (siehe Burkett 2005). Das hier vorgelegte Essay deckt die tiefen ökologischen Wurzeln von Marx' Denken auf und zeigt, wie er eine ökologische Perspektive entwickelt hat, um sich der übergreifenden Frage der gesellschaftlichen Transformation zuzuwenden. Ausgehend davon geht das Essay der Evolution von Marx' Ökologie nach und erhellt seinen tiefen und prägenden Bezug auf die moderne ökologische Wirtschaftstheorie und Systemökologie. Das Essay schließt mit einer Diskussion des umfassenden Projekts der Schaffung einer gesellschaftlichen Bewegung, die breit und tief genug ist, um die ökologische und soziale Zerstörung aufzuhalten und umzukehren.

Erstmals in der menschlichen Geschichte steht unsere Gattung vor einer schrecklichen Entscheidung. Wir können auf dem Weg des Business-as-usual fortschreiten und eine katastrophische Veränderung des Erdsystems riskieren (was Friedrich Engels metaphorisch die »Rache der Natur« nannte) oder wir können den transformatorischen Weg eines Wandels des gesellschaftlichen Systems einschlagen, der auf eine egalitäre menschliche Entwicklung in Koevolution mit den entscheidenden Parametern der Erde zielt (Engels 1962, 452f.). Dies stellt die epochale Herausforderung unserer Zeit dar: Radikale Reformen voranzutreiben, die in der konkreten historischen Situation der Logik des Kapitals entgegenwirken und dies mit einer langandauernden Revolution verbinden. So

könnte eine neue gesellschaftliche und ökologische Formation hervor-
gebracht werden, die nachhaltige menschliche Entwicklung fördert.

Sozialismus und die Ursprünge der Systemökologie

Das heutige Verständnis von Ökologie bildete sich erst mit der Entstehung der Systemökologie und dem Konzept des ökologischen Systems heraus. Auch wenn Ernst Haeckel, der das Werk von Charles Darwin in Deutschland beförderte und popularisierte, das Wort Ökologie im Jahre 1866 prägte, war der Begriff anfangs nur als ein Äquivalent für Darwins unscharfes Konzept der »Ökonomie der Natur« benutzt worden (Golley 1993, 207). Diese Vorstellung von Ökologie hat ihren Wert bewiesen, als es darum ging, am Anfang des 20. Jahrhunderts in botanischen Studien komplexe Gemeinschaften von Pflanzen zu erforschen.

Aber Ökologie hat noch andere Wurzeln, die unserem jetzigen Verständnis näher sind. Diese liegen in frühen Werken zu Nährstoffkreisläufen und der Ausweitung des Konzepts Stoffwechsel auf ökologische Systemprozesse. Eine zentrale Rolle hat dabei der große deutsche Chemiker Justus von Liebig gespielt. Er entwickelte in den späten 1850er und frühen 1860er Jahren eine bedeutungsvolle ökologische Kritik der Landwirtschaft Großbritanniens (zu Liebigs ökologischer Kritik siehe Foster 2000, 149-154). Liebig warf den Briten vor, dass sie eine räuberische Kultur von Landwirtschaft entwickelt hätten, indem sie dem Boden systematisch Nährstoffe entzögen und deshalb darauf angewiesen seien, Knochen von den Schlachtfeldern der Napoleonischen Kriege und aus den Katakomben Europas (und Guano aus Peru) zu importieren, um die Fruchtbarkeit der Felder Englands zu erneuern. Liebigs Analyse war wiederum ein Produkt jener Revolution, die in der Physik und Chemie im 19. Jahrhundert stattfand. Julius Robert von Mayer, einer der Entdecker des Satzes von der Erhaltung der Energie, hatte 1845 den Stoffwechsel von Organismen mit den Begriffen der Thermodynamik beschrieben. Das neue physiochemische Denken betonte das Wechselverhältnis zwischen dem Anorganischen und Organischen (dem Abiotischen und dem Biotischen) und schuf damit die Basis für das, was letztlich zu einer umfassenderen Systemökologie wurde (von Mayer 2010).

Ausgehend von der Arbeit Liebigs und dem des sozialistischen Physikers Roland Daniels (Daniels 1988, 49) führte Marx das Konzept des »gesellschaftlichen Stoffwechsels« ein, dass seit den späten 1850er Jahren einen zentralen Platz in seinen gesamten ökonomischen Wer-

ken einnahm. Marx definierte den Arbeitsprozess selbst als einen »Prozess zwischen Mensch und Natur, ein Prozess, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert« (Marx 1890, 192). Die menschliche Produktion vollziehe sich innerhalb dessen, was er den »allgemeinen Stoffwechsel der Natur« nennt (Marx 1990, 59). Auf dieser Grundlage entwickelt er seine eigentliche ökologische Krisentheorie, die jetzt als Theorie des Stoffwechselsrisses bekannt ist. Er verweist auf den »unheilbaren Riss [...] in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebenen Stoffwechsels« (Marx 1973, 821). Wie der Wirtschaftswissenschaftler Ravi Bhandari jüngst schrieb, war der Marxismus »die erste Systemtheorie« (Bhandari 2015). Dies gilt nicht nur im Bereich der Politischen Ökonomie, sondern auch mit Blick auf die Integration der Thermodynamik und des weiteren Stoffwechselerhältnisses zwischen Natur und Gesellschaft in die politökonomische Analyse.

Es waren diese beiden Strömungen der ökologischen Analyse – Haeckels Begriff von Ökologie und das Konzept von Marx und Liebig über das Stoffwechselerhältnis zwischen Gesellschaft und Natur –, die sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert entwickelten. In den 1880er Jahren begann der führende britische Zoologe E. Rai Lankester (Protégé von Charles Darwin und Thomas Huxley und ein enger Freund von Marx), eine deutliche ökologische Kritik am Kapitalismus und am viktorianischen Fortschrittskonzept zu entwickeln (Lankester 1913, 365–379; Lester 1995). Der Botaniker Arthur George Tansley, ein Student von Lankester und wie dieser ein fabianischer Sozialist,³ gründete die Britische Ökologische Gesellschaft. Er führte 1935 das Konzept des Ökosystems in einer theoretischen Auseinandersetzung gegen den rassistischen ökologischen »Holismus« von General Jan Smuts und seinen Anhängern in Südafrika ein. In diesem Zusammenhang entwickelte er einen breiten materialistischen Ansatz der Ökologie, der anorganische und organische Prozesse einschloss (Tansley 1935; Anker 2009).

Ökologie, so wie wir sie heute kennen, stellt den Triumph einer materialistischen Systemtheorie dar. Tansleys Ökosystemkonzept konzentrierte sich auf natürliche Ganzheiten in einem dynamischen Gleichgewichts-

³ Die Fabian-Gesellschaft wurde 1884 in Großbritannien gegründet. Es war eine einflussreiche sozialistische Strömung, die maßgeblich die Gründung der britischen Labour Party vorbereitete und einen evolutionären Sozialismus vertrat – d. Hrsg.

zustand. Ökosysteme wurden als relativ stabile (resiliente) Ganzheiten⁴ angesehen, die ungeachtet dessen verwundbar und Wandel unterworfen sind. Bei der Entwicklung dieser Analyse griff er auf die Systemperspektive des britischen marxistischen Mathematikers und Physikers Hyman Levy zurück. Im Rahmen der Herangehensweise von Tansley wird die Menschheit als ein »außerordentlich machtvoller biotischer Faktor« angesehen, der die natürlichen Ökosysteme gestört und transformiert hat (Tansley 1935, 303f.; Levy 1932). Die ökologische Forschung der Gegenwart ist in entsprechender Weise zunehmend auf die menschliche Störung von Ökosystemen von der lokalen bis zur globalen Ebene zentriert.

Vergleichbare Entwicklungen gab es in der Sowjetunion. In seinem Werk »Die Biosphäre« von 1926 wies V. I. Vernadsky darauf hin, dass das irdische Leben auf der dünnen Oberfläche einer relativ abgeschlossenen planetarischen Sphäre existiert und seinerseits eine geologische Kraft ist, die die Erde als Ganze beeinflusst. Dieser Einfluss sei über die Zeit hin immer stärker geworden (Margulis et al. 1998, 15). Diese Einsichten veranlassten Nikolai Bucharin, eine der führenden Persönlichkeiten der Russischen Revolution und marxistischer Theoretiker, den historischen Materialismus als Problem des »Menschen in der Biosphäre« neu zu verstehen (Bucharin 1931, 17). Ungeachtet der Verfolgungen von Bucharin und anderer ökologisch orientierter Denker durch Stalin blieb Vernadskys Werk von zentraler Bedeutung für die sowjetische Ökologieforschung und inspirierte später die Entwicklung der modernen Systemanalyse der Erde.

Im Maße des Aufstiegs der Systemökologie erwies sich Marx' Konzept des »allgemeinen Stoffwechsels mit der Natur«, des »gesellschaftlichen Stoffwechsels« und des Stoffwechsellisses von unschätzbarem Wert für die Modellierung der Beziehung zwischen gesellschaftlich-produktiven Systemen, insbesondere dem des Kapitalismus, und den umfassenderen ökologischen Systemen, in die sie eingebettet sind. Diese Herangehensweise an das menschlich-gesellschaftliche Verhältnis zur Natur, untrennbar mit Marx' Kritik der kapitalistischen Klassengesellschaft verknüpft, verleiht dem historischen Materialismus eine einzig-

⁴ »Der Begriff der Resilienz bezeichnet in der Ökosystemtheorie die Fähigkeit eines Ökosystems, angesichts von ökologischen Störungen seine grundlegende Organisationsweise zu erhalten, anstatt in einen qualitativ anderen Systemzustand überzugehen.« (Wikipedia 2015c) – d. Hrsg.

artige Perspektive auf die gegenwärtige ökologische Krise und die transformatorische Herausforderung.

Marx schrieb über einen Riss im Stoffwechsel des Bodens, wie er durch die industrialisierte Landwirtschaft hervorgerufen wurde. Wesentliche Nährstoffe des Bodens wie Stickstoff, Phosphor oder Kalium, die in Nahrung oder pflanzlichen Fasern enthalten waren, wurden über hunderte oder auch Tausende Kilometer für den Bedarf der großen Städte herangeschifft, wo sie als Abfall endeten, die städtische Verschmutzung erhöhten und für den Boden verloren waren. Marx ging weiter und unterstrich die Notwendigkeit der bewussten Regulation des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur als wesentliche Bedingung der Schaffung einer rationalen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus (siehe Marx 1890, 528). Sozialismus wurde mit ökologischen Begriffen als eine Gesellschaft definiert, die es verlangt, dass der »vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn« (Marx 1973, 828). Der Boden gehöre zu »den gesamten ständigen Lebensbedingungen der sich verkettenden Menschengenerationen« (ebd., 631). Wie er im »Kapital« feststellt: »Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.« (Ebd., 784)

Die große Spaltung des Marxismus und das ökologische Problem

Wenn der klassische historische Materialismus eine so kraftvolle ökologische Kritik enthielt, warum war diese Kritik im Hauptstrom des marxistischen Denkens so lange vergessen? Eine Teilantwort kann in einer Beobachtung der revolutionären Sozialistin Rosa Luxemburg am Anfang des 20. Jahrhunderts gefunden werden: Viele Aspekte der riesigen Spannweite von Marx' theoretischem Ansatz, die über die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiterbewegung hinausgehen, würden erst später entdeckt und integriert werden, wenn die sozialistische Bewegung reifer wäre und neue historische Herausforderungen entstehen würden

(Luxemburg 1903, 368). Eine direktere Erklärung aber ist, dass Marx' ökologische Ideen der Spaltung zwischen dem westlichen und dem sowjetischen Marxismus in der 1930er Jahren zum Opfer fielen.

Intellektuell konzentrierte sich diese Spaltung innerhalb des Marxismus auf die Frage nach der Anwendbarkeit der Dialektik auf den Bereich der Natur und die Position von Marx und Engels in dieser Frage. Das Konzept der »Dialektik der Natur« wurde enger mit Engels als mit Marx identifiziert. Engels hatte argumentiert, dass die dialektische Reflexion – die sich auf den kontingenten Charakter der Wirklichkeit konzentriert, auf widersprüchliche (oder nicht miteinander kompatible) Entwicklungen in ein und demselben Verhältnis, auf die Durchdringung der Gegensätze, auf das Umschlagen von quantitativen in qualitative Veränderungen und auf Prozesse historischer Transformation – für unser Verständnis der Komplexität und der Dynamik der physischen Welt entscheidend seien. Dies aber rief innerhalb des marxistischen Diskurses komplizierte philosophische Probleme (ontologische wie erkenntnistheoretische) hervor.

Die sowjetischen Denker setzten diese Tradition fort und sahen komplexe, historische, miteinander verknüpfte Sichtweisen der Entwicklung, wie sie mit dialektischer Reflexion verbunden sind, für das Verständnis von Natur und Wissenschaft als wesentlich an. Aber während der Marxismus in der Sowjetunion die Naturwissenschaften zu umfassen suchte, nahmen seine Analysen oft einen dogmatischen Charakter an, kombiniert mit einem übertriebenen technologischen Optimismus. Diese Beschränkung wurde durch den Lyssenkoismus⁵ verstärkt, der Darwins Lehre von der natürlichen Auswahl und die auf Gregor Mendel zurückgehende Genetik kritisierte und während der Verfolgungen der Wissenschaftler in der Stalinschen Ära eine politisch repressive Rolle spielte.

Jene philosophische Tradition, die gemeinhin als westlicher Marxismus bekannt wurde, trennte den Marxismus von Fragen der Natur und Wissenschaft. Er behauptete, dass die Dialektik wegen ihres reflexiven Charakters ausschließlich auf das menschliche Bewusstsein (und die menschliche Gesellschaft) angewandt werden könne, nicht aber auf

⁵ Eine informierte und ausgewogene Diskussion des Lyssenkoismus erfolgt durch Richard Levins und Richard Lewontin (1987, 163-169). »Der Lyssenkoismus war eine von dem sowjetischen Agrarwissenschaftler Trofim Lyssenko begründete pseudowissenschaftliche Theorie, die unter anderem auf den schon damals überholten Anschauungen des Lamarckismus aufbaute. Das zentrale Postulat des Lyssenkoismus lautete, dass die Eigenschaften von Kulturpflanzen und anderen Organismen nicht durch Gene, sondern nur durch Umweltbedingungen bestimmt würden.« (Wikipedia 2015b) – d. Hrsg.

die äußere Welt (siehe Russel 1983). Der westliche Marxismus, in dieser Hinsicht vor allem von der Frankfurter Schule repräsentiert, entwickelte ökologische Kritiken, die weitgehend philosophisch und abstrakt waren, eng verbunden mit ethischen Besorgnissen, die später die Grüne Philosophie dominieren sollten, aber fern von der ökologischen Wissenschaft und Fragen des Materialismus. Die Vernachlässigung der naturwissenschaftlichen Entwicklungen und eine starke antitechnologische Tendenz setzen den Beiträgen der meisten westlichen Marxisten zum ökologischen Diskurs sehr enge Grenzen.

In der Zeit zwischen den 1950er und 70er Jahren, als sich die moderne Umweltbewegung zuerst entwickelte, griffen einige der bahnbrechenden Umweltdenker wie der radikale ökologische Ökonom K. William Kapp und der sozialistische Biologe Barry Commoner auf Marx' Idee eines Stoffwechselrisse zurück, um die ökologischen Widersprüche zu erklären (Kapp 1958, 35f.; Commoner 1971, 80). In den 1980er Jahren entstand dann jedoch eine besondere Tradition des Ökosozialismus in den Werken bedeutender Denker der Neuen Linken, darunter des britische Soziologen Ted Benton und des französische Sozialphilosophen André Gorz. Diese bedeutenden frühen ökosozialistischen Denker nutzen den neuen Ökologismus der *Grünen Theorie*, um Marx dafür zu kritisieren, dass er angeblich die Fragen von Nachhaltigkeit nicht in seine Analysen einbezogen hätte. Benton war der Auffassung, dass Marx in seiner Kritik an Thomas Malthus das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und die Frage der natürlichen Grenzen in seiner Bedeutung heruntergespielt oder sogar geleugnet habe (Benton 1989; Gorz 1994). Der Ansatz, den diese Denker offerierten, bestand darin, die allgemeinen Annahmen des Mainstreams des Grünen Denkens (einschließlich der malthusianischen Vorstellungen) auf die marxistische Klassenanalyse aufzupropfen. Die Zeitschrift *Capitalism Nature Socialism*, die der marxistische Ökonom James O'Connor in den späten 1980er Jahren gründete, ging generell davon aus, dass es in Marx' Werk keine bedeutungsvolle Beziehung zur Ökologie gäbe und bestand darauf, dass die vorhandenen ökologischen Konzepte einfach der marxistischen Klassenperspektive hinzugefügt werden müssten – wie dem Leib des Zentaur ein Menschenkopf. Heute ist diese Position als »Ökosozialismus der ersten Phase« bekannt (Foster 2014).

Dieser hybride Ansatz änderte sich in den späten 1990er Jahren, als andere, vor allem Paul Burkett, den tiefen ökologischen Kontext aufzeigten, in dem Marx' ursprüngliche Kritik am Kapitalismus entwickelt worden war. Die neue Analyse schloss die systematische Rekonstruk-

tion von Marx' Argument zum Stoffwechsel ein. Im Ergebnis entwickelte sich ein wichtiges marxistisches ökologisches Konzept und die Marx'sche Theorie wurde wieder vereinigt. Die »Ökosozialisten der zweiten Phase« oder die ökologischen Marxisten wie Burkett haben folglich Engels' wichtigen Beitrag zum ökologischen Denken, verbunden mit seinen Forschungen zur Dialektik der Natur, in den Kern der Marx'schen Theorie inkorporiert. Sie sehen das Werk von Marx und Engels als komplementär an (Burkett 2014).

Jüngst wurde auch die Bedeutung der späten sowjetischen Ökologie deutlich. Ungeachtet ihrer verwickelten Geschichte hat die sowjetische Wissenschaft, insbesondere in der Zeit nach Stalins Tod, Anregungen für ein dialektisches Verständnis der natürlichen und historischen Prozesse in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit gegeben. Eine Schlüsselinnovation war das Konzept der Biogeocoenosis (dem Ökosystem äquivalent, aber aus der Tradition Vernadskys den Einfluss des Lebens auf die Erde betonend). Es wurde vom Botaniker und Theoretiker des nachhaltigen Forstmanagements V. N. Sukachev entwickelt. Eine andere wichtige Erkenntnis war die Entdeckung der Eis-Albedo-Abkühlung,⁶ durch die die Klimaänderung erstmalig zu einem aktuellen Anliegen wurde. In den 1970er Jahren wuchs in der Sowjetunion die Anerkennung einer »globalen Ökologie« als ein besonderes Problem im Verhältnis zum System der Erde – in mancher Hinsicht dem Westen voraus. Es ist kein Zufall, dass das Wort Anthropozän auf Englisch zuerst in den frühen 1970er Jahren in der *Großen Sowjetenzyklopädie* auftauchte (Foster 2015a, 20; Budyko 1980; Shantser 1973).

Marxismus und ökologische Wirtschaftswissenschaften

Mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts hat das Wissen um Marx' ökologische Analyse eine nochmalige radikale Hinwendung zum Marxismus und der klassischen Grundlegungen des historischen Materialismus und

⁶ »Eis-Albedo-Rückkopplung ist die Wechselwirkung zwischen Kryosphäre (schnee- und eisbedeckter Erdoberfläche) und globalem Klima. Nach den Begriffen der Regelungstechnik handelt es sich um eine »Positive Rückkopplung«, die die wirkende Ursache weiter verstärkt. Wasser und Boden absorbieren ca. 90% der eingestrahelten Energie und heizen sich auf, was zum Abschmelzen weiterer Schnee- und Eisflächen führt. Umgekehrt führt eine Abkühlung zu einer Ausdehnung von Schnee- und Eisflächen, damit zu einer erhöhten Rückstrahlung und zu weiterer Abkühlung.« (Wikipedia 2015a) – d. Hrsg.

der ihm zugrundeliegenden ökologischen Methodologie inspiriert. Lange Zeit haben marxistische Denker, vor allem im Westen, darüber geklagt, dass Marx so viel Zeit und Energie auf das verschwendet hat, was esoterische Fragen der Naturwissenschaft zu sein schienen, ohne Bezug zu der angenommenen engen gesellschaftswissenschaftlichen Basis seiner eigenen Theorie. Marx besuchte mit großem Interesse einige Vorlesungen über Sonnenenergie des britischen Physikers John Tyndall, bei denen Tyndall von seinen Experimenten berichtete, die erstmals nachwiesen, dass die Kohlendioxidemissionen zum Treibhauseffekt beitragen. Marx machte sich detaillierte Aufzeichnungen, wie die sich verändernden Temperaturgrenzen auf der Oberfläche der Erde infolge von Klimaveränderungen in der Erdgeschichte zum Artensterben führten. Er bemerkte, wie ein anthropogen verursachter regionaler Klimawandel in Gestalt der Ausbreitung von Wüsten zum Untergang von alten Zivilisationen geführt hatte und wandte sich der Frage zu, was dies innerhalb des Kapitalismus bedeuten könne (zu diesem Aspekt des Marxschen Denkens siehe Foster 2011). Vor dem Hintergrund der sich verändernden Bedingungen hat die Entwicklung der sozialistischen Ökologie, ganz wie Luxemburg vorhergesehen hat, zu einer wachsenden Anerkennung von weiteren Aspekten der Marxschen Wissenschaft und ihrer zentralen Rolle im System seines Denkens geführt.

Marx' und Engels' Annäherung an ökologische Wirtschaftswissenschaften nahm ihren Ausgangspunkt in der Kritik der Produktion, namentlich der kapitalistischen Warenproduktion. Es wurde davon ausgegangen, dass alle Waren den Doppelcharakter von Gebrauchswert und Tauschwert haben, jeweils bezogen auf die natürlich-materiellen Bedingungen und die Bewertungen in den Geld-Austausch-Beziehungen. Marx sah in der antagonistischen Spannung zwischen Gebrauchs- und Tauschwert den Schlüssel zum Verständnis der inneren Widersprüche des Kapitalismus und dessen Konflikts mit seiner äußeren natürlichen Umwelt gleichermaßen. Er bestand darauf, dass Natur und Arbeit zusammen die beiden Quellen des Reichtums sind (siehe Marx 1974b, 15). Indem der Kapitalismus nur die Arbeiter (oder menschliche Dienstleistungen) in die wirtschaftliche Kostenrechnung einbezieht, sichert er, dass die ökologischen und sozialen Kosten der Produktion unberücksichtigt bleiben. Marx zeigte, dass die klassische liberale politische Ökonomie die natürlichen Bedingungen der Produktion (Rohstoffe, Energie, Bodenfruchtbarkeit usw.) als »freie Geschenke der Natur« für das Kapital betrachtete. Er fundierte seine Kritik auf der Theorie offener thermodynamischer Systeme, in denen die Produktion durch den Zustrom der

Sonnenergie und die begrenzten Vorräte von fossilen Energieträgern, von Engels als »bereits fixierte« Sonnenergie bezeichnet, beschränkt wird. Sie würden zukünftig systematisch ausgeplündert (Engels 1967, 134; Foster et al. 2011, 61-64).

In Marx' Kritik bezieht der gesellschaftliche Stoffwechsel, d.h. der Arbeits- und Produktionsprozess, notwendigerweise seine Energie und seine Ressourcen aus dem umfassenderen allgemeinen Stoffwechsel der Natur. Die antagonistische Form der kapitalistischen Produktion, die die natürlichen Grenzen nur als bloße Schranken betrachtet, die zu überwinden sind, führt unweigerlich zu einem Stoffwechselriss, systematisch die ökologischen Fundamente der menschlichen Existenz untergrabend. Marx schrieb: Die kapitalistische Produktion »zwingt ... durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandnen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen« (Marx 1890, 528), wenn auch erst in einer zukünftigen Gesellschaft, die die kapitalistische Warenproduktion überwindet.

Zentral für die destruktive Dynamik ist der dem Kapital immanente Drang, seine Akkumulation auf immer höherer Stufenleiter fortzusetzen. Als System ist das Kapital aus sich heraus auf die maximal mögliche Akkumulation und entsprechenden Durchlauf von Materie und Energie gerichtet, ganz unabhängig von menschlichen Bedürfnissen und natürlichen Grenzen (ebd., 621; Foster et al. 2011, 207-11). Nach Marx' Verständnis der kapitalistischen Wirtschaft führt das Wechselverhältnis von Material- und Energieströmen (bezogen auf den Gebrauchswert) und den Arbeitswertströmen (bezogen auf den Tauschwert) zu einem sich intensivierenden Widerspruch zwischen den Imperativen der Resilienz der Umwelt einerseits und dem wirtschaftlichem Wachstum andererseits.

Burkett unterscheidet zwei unterschiedliche Quellen eines solchen Ungleichgewichts, die die ökologische Krisentheorie von Marx untermauern. Eine Quelle nimmt die Form einer Wirtschaftskrise an, die mit Ressourcenknappheit und der sie begleitenden Erhöhung der Kosten auf der Angebotsseite verbunden ist. Dies übt Druck auf die Profitrate aus. Ökologische Krisen dieser Art haben einen negativen Effekt auf die Akkumulation und führen zwangsläufig zu Reaktionen seitens des Kapitals, z.B. zu Maßnahmen der Energieeinsparung als wirtschaftlicher Maßnahme.

Der andere Krisentyp, die eigentliche ökologische Krise, unterscheidet sich davon deutlich und wird am vollständigsten in Marx' Konzept des

Stoffwechsellrisses entwickelt. Er bezieht sich auf das Wechselspiel von Degradation der Umwelt und menschlicher Entwicklung in einer Weise, die nicht durch die üblichen ökonomischen Bewertungsmaßstäbe wie das Bruttosozialprodukt erfasst wird. So sind das Artensterben oder die Zerstörung ganzer Ökosysteme durchaus mit der Ausweitung der kapitalistischen Produktion und dem Wirtschaftswachstum kompatibel. Solche negativen ökologischen Folgen werden als »Externalitäten« behandelt, da Natur als bloßes Geschenk behandelt wird. Die Folge ist, dass kein direkter, dem kapitalistischen System innewohnender Feedback-Mechanismus die Zerstörung der planetaren Umwelt verhindert.

Ein besonderes Merkmal der Marxschen ökologischen Theorie war die Bedeutung, die dem ungleichen ökologischen Austausch zugemessen wurde, dem ökologischen Imperialismus. Darunter wurde eine Beziehung verstanden, in der ein Land das andere ökologisch ausbeuten kann. Marx verwies in diesem Zusammenhang bekanntermaßen darauf, dass England über den Zeitraum von mehr als einem Jahrhundert »den Boden von Irland indirekt exportiert« (Marx 1890, 730) habe und so die Bodenfruchtbarkeit der irischen Landwirtschaft unterminiert hätte. In den letzten Jahren haben marxistische Theoretiker diese Analyse des ökologischen Imperialismus ausgeweitet und begonnen, sie als integralen Teil aller Versuche, das ökologische Problem anzugehen, zu begreifen (Foster et al. 2011, 345-72; Foster/Holleman 2014).

Die marxistische Analyse des Stoffwechsellrisses und die planetaren Grenzen

Wie oben dargestellt wurde, entstand die Marxsche Theorie des Stoffwechsellrisses als Reaktion auf die Krise der Bodenfruchtbarkeit im 19. Jahrhundert. Schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts hat Marx die Probleme des beschleunigten Tempos, der ständigen Ausweitung und räumlichen Scheidung (Trennung von Stadt und Land) der kapitalistischen Produktion systematisch betont. In den letzten Jahren haben marxistische Theoretiker auf der Grundlage dieser Perspektive den globalen Riss im Kohlendioxid-Stoffwechsel und eine ganze Reihe anderer Fragen von Nachhaltigkeit untersucht (siehe z.B. Longo et al. 2015; Wishart et al. 2013). In den letzten Jahrzehnten haben sozialistische Ökologen begründet, dass der Kapitalismus eine Beschleunigung der menschlichen Transformation des Systems der Erde hervorgerufen hat, die in zwei Phasen auftrat: (1) die Industrielle Revolution, die am Ausgang des 18. Jahrhun-

derts begann und (2) der Aufstieg des Monopolkapitalismus, insbesondere in seiner reifen Phase nach dem Zweiten Weltkrieg – die wissenschaftlich-technische Revolution durch die Entwicklung der Atomkraft und die umfassende kommerzielle Nutzung synthetischer Chemikalien einschließend (siehe Angus 2015; Foster 1994).

Die sozialistischen Ökologen haben frühzeitig die Erklärungskraft des Konzepts vom Anthropozän erfasst, das den epochalen Einschnitt hervorhebt, den die Entstehung der modernen menschlichen Gesellschaft als *der* wichtigsten planetarischen geologischen Kraft darstellt, die die Veränderung des Erdsystems beherrscht.⁷ Eng verbunden mit dieser Einsicht haben führende WissenschaftlerInnen, die das Erdsystem erforschen, 2009 das Konzept planetarer Grenzen eingeführt, um jenen Raum zu erfassen, in dem die Menschheit sich sicher entwickeln kann (Rockström et al. 2009). Es handelt sich um neun planetare Grenzen, von denen die meisten gerade überschritten werden. In unserem Buch *The Ecological Rift* haben Brett Clark, Richard York und ich die marxistische Analyse des Stoffwechselsrisses mit dem Konzept der planetaren Grenzen verbunden und diese als Risse im Erdsystem dargestellt. Von diesem Standpunkt kann der heutige planetare Notstand als »globaler ökologischer Riss« bezeichnet werden, der die Störung und Destabilisierung des menschlichen Verhältnisses zur Natur im globalen Maßstab zusammenfasst und aus dem Prozess der endlosen kapitalistischen Akkumulation hervorgeht (Foster et al. 2011, 14f., 18).

Die Große Konvergenz

Das integrative Konzept des »globalen ökologischen Risses« stellt eine wachsende Konvergenz der marxistischen ökologischen Analyse mit der Erdsystemtheorie und der Perspektive einer Großen Transformation dar. Sie haben eine komplexe, zusammenhängende Entwicklung. Die marxistischen Ökologen beginnen heute mit der Kritik des *Wirtschaftswachstums* (in seiner abstrakteren Beschreibung) oder der *Kapitalakkumulation* (konkreter betrachtet). Das fortgesetzte exponentielle Wirtschaftswachstum ist unmöglich, ohne dass es zu immer stärkeren Rissen in den Kreisläufen des Erdsystems kommt. Die Gesellschaft, vor allem in

⁷ Siehe auch die Reformulierung dieses Konzepts durch Jason W. Moore, Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater zum Kapitalozän (Moore 2015; Mahnkopf 2013; Altvater 2013) – d. Hrsg.

den reichen Ländern, muss sich hin zu einem stationären Zustand oder einer *Steady-State-Economy* bewegen. Dies verlangt den Übergang zu einer Wirtschaft ohne erweiterte Kapitalbildung, zu einer Wirtschaft, die innerhalb des Budgets der Sonneneinstrahlung bleibt. Entwicklung, maßgeblich der reichen Wirtschaften, muss eine neue Form annehmen: qualitativ, kollektiv und kulturell – eine nachhaltige menschliche Entwicklung in Harmonie mit Marx' eigentlicher Sicht auf Sozialismus.

Lewis Mumford machte darauf aufmerksam, dass ein stationärer Zustand, der ökologische Ziele verfolgt, die Verwirklichung der egalitären Bedingungen eines »elementaren Kommunismus« verlangt, in der die Produktion »nach den Bedürfnissen und nicht nach den Fähigkeiten oder dem produktiven Beitrag« erfolgt (Mumford 1973, 411).⁸ Eine solche Verlagerung des Schwerpunkts weg von der Kapitalakkumulation und hin zu einem System der Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse nach dem Prinzip des *Genug* ist – nimmt man dies irgendwie ernst – innerhalb des Regimes der Kapitalakkumulation ganz offensichtlich unmöglich. Was notwendig ist, ist eine ökologische und soziale Revolution, die eine Gesellschaft der ökologischen Nachhaltigkeit und substanziellen Gleichheit befördert.

Und während die Notwendigkeit einer solchen ökologischen Revolution jetzt offensichtlich ist, so bleibt die schwierigere Frage, wie diese notwendige gesellschaftliche Transformation ausgeführt werden kann. Die ökosozialistische Bewegung hat die Losung *System Change Not Climate Change* ausgegeben, aber ein kapitalistisches System, das tief verwurzelt ist, durchdringt alle Seiten der Realität. Die Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise bedeutet, dass ein revolutionärer Wandel jener Größenordnung, die notwendig ist, um den Erfordernissen des planetaren ökologischen Notstands gerecht zu werden, außerhalb des unmittelbaren gesellschaftlichen Handlungshorizonts bleibt.

Trotzdem müssen wir das nichtlineare kontingente Wechselverhältnis aller Prozesse, die mit menschlicher Entwicklung verbunden sind, ernst nehmen. Der konservative Kulturtheoretiker des 19. Jahrhunderts, Jacob Burckhardt, verwendete den Terminus *historische Krise*, um »eine Krisis des ganzen allgemeinen Zustandes bis zur kolossalsten Ausdehnung über ganze Zeitalter und alle oder viele Völker desselben Bildungskreises« (Burckhardt 1983, 158) zu beschreiben. Er fügt hinzu: »Der Welt-

⁸ Interessanterweise bezieht sich Mumford dabei zugleich auf John Stuart Mills *Principles of Political Economy* von 1848 (Mill 1920) und auf Marx' *Kritik des Gothaer Programm* von 1875 (Marx 1875).

prozess gerät plötzlich in furchtbare Schnelligkeit; Entwicklungen, die sonst Jahrhunderte brauchen, scheinen in Monaten und Wochen wie flüchtige Phantome vorüberzugehen und damit erledigt zu sein.« (ebd.) Es kann nicht daran gezweifelt werden, dass es in der Vergangenheit solche revolutionäre Beschleunigungen des historischen Prozesses mit Blick auf die Organisation der menschlichen Gesellschaft gegeben hat. Man kann nicht nur auf die großen politischen Revolutionen verweisen, sondern darüber hinaus auch auf so grundlegende Transformationen der Produktion wie die ursprüngliche landwirtschaftliche Revolution⁹ und die industrielle Revolution. Heute brauchen wir eine ökologische Revolution, die in Tiefe und Größenordnung diesen früheren Transformationen entspricht.

Die offensichtliche Schwierigkeit besteht in der Geschwindigkeit – und in mancher Hinsicht Unumkehrbarkeit – der fortschreitenden ökologischen Verwüstung. Die damit einhergehende Beschleunigung des historischen Prozesses, um der ökologischen Krise gerecht zu werden, muss deshalb jetzt beginnen. Wird das Ausmaß des Problems unterschätzt, dann wird dies fatale Folgen haben. Um zu verhindern, dass mehr als eine Billion akkumulierter Tonnen verbrannter Kohle überschritten werden, was dem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um zwei Grad Celsius entspricht, muss die Kohlendioxidemission jährlich um rd. drei Prozent reduziert werden. Die reichen Länder müssten ihre Emissionen um mehr als das Doppelte verringern, eine echte Herausforderung. Und wie immer müssen wir mit jenen Instrumenten arbeiten, die uns zur Verfügung stehen, und uns dessen bewusst sein, dass keine rein technische Bearbeitung ein Problem lösen kann, das auf der systematischen Maximierung eines exponentiellen Wachstums *ins Unendliche* basiert. Es bedarf »einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft« (Marx/Engels 1848, 462), die das System des Stoffwechsels verändert, als der einzigen Alternative zu dem drohenden »gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen« (ebd.).¹⁰

Diese fatale Lage hat die ökologischen Denker dazu gebracht, eine Doppelstrategie für eine ökologische und soziale Revolution zu entwickeln. Die erste Phase konzentriert sich auf die Frage »Was kann jetzt getan werden?«. Es geht darum, was kurzfristig realistisch ist, unter den

⁹ Diese ist auch als Neolithische Revolution bekannt (siehe Childe 1959) – d. Hrsg.

¹⁰ Zum Konzept der Stoffwechselreproduktion siehe István Mészáros, *Beyond Capital: Toward a Theory of Transition* (1995, 170-187).

gegebenen Bedingungen, dabei zwangsläufig sich der Logik der Kapitalakkumulation widersetzend. Das kann als *ökodemokratische Phase* der weltweiten ökologischen Revolution verstanden werden. Unter den vorherrschenden Bedingungen muss durch eine breit verankerte radikale Bewegung für ein umfassendes Spektrum drastischer Veränderungen gekämpft werden. Das würde u.a. einschließen: Ein System von Steuern auf Kohlendioxidemissionen, dessen Erträge zu einhundert Prozent an die Bürgerinnen und Bürgern zurück gegeben werden – pro Kopf; ein Verbot von Kohlekraftwerken und der Nutzung unkonventioneller Energieträger wie Schieferöle; eine umfassende Hinwendung zu Sonnen- und Windkraft und anderen nachhaltigen Energiealternativen und die Erhöhung der Energieeffizienz, finanziert durch die Reduktion der Militärausgaben; ein Moratorium auf Wirtschaftswachstum in den reichen Ländern, um die Kohlendioxidemissionen zu reduzieren, verbunden mit einer radikalen Umverteilung und Maßnahmen, die schwächeren sozialen Gruppen zu schützen; und neue internationale Klimaschutzverhandlungen, basierend auf den egalitären und ökozentrischen Prinzipien des *Peoples' Agreement* der *World Peoples' Conference on Climate Change* in Bolivien aus dem Jahre 2010 (diese und weitere Vorschläge sind entwickelt in Magdoff/Foster 2011, 124-133).

Diese Notmaßnahmen laufen alle der vorherrschenden Logik der Kapitalakkumulation zuwider, aber ungeachtet dessen können sie weitgehend unter den gegebenen Bedingungen vorangetrieben werden. Zusammen mit vielen anderen ähnlichen Initiativen bilden sie einen rationalen und realistischen Startpunkt für eine ökologische und soziale Revolution und sind Mittel, die Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren. Wir können nicht über Nacht das ganze System ersetzen. Der Kampf muss heute beginnen und in die Zukunft führen, sich in mittlerer Frist beschleunigen und in einen neuen gesellschaftlichen Stoffwechsel münden, der auf eine nachhaltige menschliche Entwicklung gerichtet ist.

Das langfristige Ziel einer systemischen Transformation stellt die Frage nach einer zweiten Phase der ökologischen Revolution, nach der *ökosozialistischen Phase*. Die Grundfrage ist natürlich die nach den historischen Bedingungen, unter denen sich ein solcher Wandel vollziehen kann. Marx bezog sich auf die Bedrängungen durch Umweltzerstörung seiner Zeit und schrieb: »Also auch wieder sozialistische Tendenz unbewusst!« (Marx 1974a, 53) Die Umweltzerstörung würde verlangen, dass der »vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln«. Diese Tendenz kann aber nur im Resultat einer Revolution realisiert werden, die durch den

größeren Teil der Menschheit ausgeführt wird und egalitäre Bedingungen und Prozesse zur Gestaltung der globalen Gesellschaft durchsetzt, einschließlich der dazu gehörigen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Planung.

In nicht allzu ferner Zukunft wird fast unausweichlich ein »Umweltproletariat« entstehen. Erste Anzeichen davon gibt es bereits. Dieses Umweltproletariat bildet sich infolge der Kombination von ökologischer Zerstörung und wirtschaftlicher Not, vor allem bei den unteren Gruppen der Gesellschaft. Unter diesen Umständen werden die materiellen Krisen, die das Leben der Menschen erfassen, in ihren ökologischen und wirtschaftlichen Folgen zunehmend nicht mehr voneinander zu unterscheiden sein (z.B. in den Ernährungskrisen). Diese Bedingungen werden die arbeitende Bevölkerung der Erde dazu zwingen, gegen das System zu revoltieren. Was wir oft missverständlicherweise als Mittelklassen bezeichnen, jene, die besser gestellt sind als die arbeitenden Armen, aber mit nicht zu starken materiellen Bindungen ans System, werden zweifelsohne in diese Kämpfe hinein gezogen werden. Wie in allen revolutionären Situationen werden einige aufgeklärte Teile der herrschenden Klassen ihre Klasseninteressen zugunsten von Menschlichkeit und dem Bedürfnis, die Erde zu erhalten, aufgeben. Und da die Herausforderung, eine widerstandsfähige lebenswerte Umwelt zu erhalten, vor allem die jüngeren Generationen betrifft, können wir erwarten, dass die Jugend durch den Niedergang der materiellen Existenzbedingungen desillusioniert und radikalisiert wird. Historisch waren Frauen in besonderem Maße besorgt, wenn es um Fragen der natürlichen und gesellschaftlichen Reproduktion ging und sie werden zweifelsohne auch an vorderster Front der Kämpfe für eine ökologischer ausgerichtete Weltgesellschaft stehen.

Ich bin davon überzeugt, dass in dieser Großen Transformation die Sozialistinnen und Sozialisten eine führende Rolle spielen werden, auch wenn die Bedeutung von Sozialismus sich entwickelt und im Maße des Kampfes einen umfassenderen Inhalt annimmt. Der große Künstler, Schriftsteller und Sozialist William Morris hat bekanntermaßen betont, »wie die Menschen kämpfen und unterliegen, und wie die Sache, für die sie kämpfen, sich durchsetzt trotz ihrer Niederlage; und wenn das Ziel erreicht ist, erweist sich, dass es nicht das ist, was sie eigentlich meinten, und dass andere Menschen zu kämpfen haben für das, was sie meinten, doch unter anderem Namen« (Morris 1953, 31f.). Heute ist der uralte Kampf für menschliche Freiheit und ein sinnvolles Leben in seine entscheidende Phase getreten. In der neuen, vor uns liegenden Epoche ist

unsere Aufgabe klar: Wir müssen für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung in dauerhafter Übereinstimmung mit der Erde kämpfen.

Übersetzt von Michael Brie

Literatur

- Altwater, Elmar (2013): Wachstum, Globalisierung, Anthropozän. Steigerungsformen einer zerstörerischen Wirtschaftsweise, in: *Emanzipation*, Vol. 3 (1), 71-88
- Angus, Ian (2015): When Did the Anthropocene Begin ... and Why Does It Matter?, in: *Monthly Review* 4 (September), 1-11
- Anker, Peder (2009): Imperial Ecology. Environmental Order in the British Empire, 1895-1945, Harvard
- Bhandari, Ravi (2015): Marxian Economics: The Oldest Systems Theory is New Again (or Always)?, abrufbar unter: <http://ineteconomics.org/ideas-papers/blog/marxian-economics-the-oldest-systems-theory-is-new-again-or-always>
- Benton, Ted (1989): Marxism and Natural Limits, in: *New Left Review*, Vol. 178 (December), 51-86
- Budyko, M. I. (1980): *Global Ecology* [1977], Moscow
- Bucharin, Nikolai I. (1931): Theory and Practice from the Standpoint of Dialectical Materialism, in: Bucharin et al., Nikolai I. (Hrsg.): *Science at the Crossroads. Papers Presented to the International Congress of the History of Science and Technology Held in London from June 29th to July 3rd, 1931 by the delegates of the U.S.S.R.*, London, 11-33
- Burckhardt, Jacob (1983): *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, Stuttgart
- Burkett, Paul (2014): *Marx and Nature: A Red and Green Perspective*, New York
- Burkett, Paul (2005): Marx's Vision of Sustainable Human Development, in: *Monthly Review*, Vol. 57(5), 34-62
- Childe, Vere Gordon (1959): *Der Mensch schafft sich selbst*, Dresden
- Commoner, Barry (1971): *Closing Circle: Nature, Man, and Technology*, New York
- Daniels, Roland (1988): *Mikrokosmos. Entwurf einer physiologischen Anthropologie* [1851], Frankfurt am Main
- Engels, Friedrich (1967): Brief an Karl Marx vom 19. Dezember 1982, in: *MEW*, Bd. 35, Berlin, 133-135
- Engels, Friedrich (1962): *Dialektik der Natur*, in: *MEW*, Bd. 20, Berlin, 305-570
- Foster, John Bellamy (1994): *The Vulnerable Planet. A Short Economic History of the Environment*, New York
- Foster, John Bellamy (2000): *Marx's Ecology: Materialism and Nature*, New York
- Foster, John Bellamy (2011): Capitalism and the Accumulation of Catastrophe, in: *Monthly Review*, 7 (December), 1-17
- Foster, John Bellamy (2014): Forward, in: *Marx and Nature: A Red and Green Perspective*, Chicago

- Foster, John Bellamy (2015a): Late Soviet Ecology, in: *Monthly Review*, no. 2 (June), 1-20
- Foster, John Bellamy (2015b): *Marxism and Ecology*, in: *Great Transition Initiative*, abrufbar unter: www.greattransition.org/images/Foster-Marxism-and-Ecology.pdf (letzter Zugriff: 14.9.2015)
- Foster, John Bellamy/Holleman, Hannah (2014): *The Theory of Unequal Ecological Exchange: A Marx-Odum Dialectic*, in: *The Journal of Peasant Studies*, Vol. 41, 1-2 (March), 199-233
- Foster, John Bellamy/York, Richard/Clark, Brett (2011): *The Ecological Rift. Capitalism's War on the Earth*, New York
- Golley, Frank Benjamin (1993): *A History of the Ecosystem Concept in Ecology. More Than the Sum of the Parts*, New Haven/London
- Gorz, André (1994): *Capitalism, Socialism, Ecology*, London
- Kapp, William K. (1958): *Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft*, Tübingen
- Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Hamburg
- Klein, Dieter (2014): *Doppelte Transformation*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, 101–125
- Lankester, E. Ray (1913): *Science from an Easy Chair*, New York
- Lester, Joe (1995): *E. Ray Lankester and the Making of Modern British Biology*, Great Britain, British Society for the History of Science
- Levins, Richard/Lewontin, Richard (1987): *The Dialectical Biologist*, Cambridge, Mass.
- Levy, Hyman (1932): *The Universe of Science*, London
- Mumford, Lewis (1973): *Condition Of Man*, New York
- Longo, Stefano B./Clausen, Rebecca/Clark, Brett (2015). *The Tragedy of the Commodity. Oceans, Fisheries, and Aquaculture*, New Brunswick/New Jersey
- Luxemburg, Rosa (1903): *Stillstand und Fortschritt im Marxismus*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 1.2, Berlin, 363-368
- Magdoff, Fred/Foster, John Bellamy (2011): *What Every Environmentalist Needs to Know about Capitalism. A Citizen's Guide to Capitalism and the Environment*, New York
- Mahnkopf, Birgit (2013): *Kapitalistische Akkumulation an den Grenzen des welt-ökologischen Systems*, in: Backhouse, Maria/Gerlach, Olaf/Kalmring, Stefan/Nowak, Andreas (Hrsg.): *Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus*, Münster, 206-225
- Margulis, L./Ceruti, M./Golubic, S./Guerrero, R. et al. (1998): *Forward*, in: McMenamin, M.A.S. (Hrsg.): *The Biosphere. Complete Annotated Edition*, New York, 14-19
- Marx, Karl (1875): *Kritik des Gothaer Programms*, in: MEW, Bd. 19, Berlin, 13-32
- Marx, Karl (1890): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, in: MEW, Bd. 23, Berlin
- Marx, Karl (1973): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band*, in: MEW, Bd. 25, Berlin

- Marx, Karl (1974a): Brief an Engels vom 25. März 1868, in: MEW, Bd. 32, Berlin, 51-53
- Marx, Karl (1974b): Randglossen zu Adolph Wagners »Lehrbuch der Politischen Ökonomie«, in: MEW, Berlin, 355-383
- Marx, Karl (1990): Ökonomisches Manuskript 1861-1863. Teil 1, in: MEW, Bd. 43, Berlin
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin, 459-493
- Mayer, Julius Robert von (2010): Die organische Bewegung in ihrem Zusammenhang mit dem Stoffwechsel [1845], Whitefish, Montana
- Mészáros, István (1995): Beyond Capital: Towards a Theory of Transition, New York
- Mill, John Stuart (1920): Principles of Political Economy, with some of their Applications to Social Philosophy, London
- Moore, Jason W. (2015): Capitalism in the Web of Life. Ecology and the Accumulation of Capital, New York
- Morris, William (1953): John Ball oder Der Aufstand der Bauern von Kent, Berlin
- Raskin, Paul D. (2006): The Great Transition Today: A Report from the Future, Boston: Tellus Institute, abrufbar unter: www.greattransition.org/archives/papers/The_Great_Transition_Today.pdf
- Rockström, Johan/Steffen, Will/Noone, Kevin/Persson, Åsa et al. (2009): A safe operating space for humanity, in: Nature, Vol. 461 (7263), 472-475
- Russel, Jacoby (1983). Western Marxism, in: Bottomore, Tom (Hrsg.): Dictionary of Marxist Thought, Hoboken/New Jersey, 523-526
- Shantser, E.V. (1973): The Anthropogenic System (Period), in: Great Soviet Encyclopedia, New York
- Tansley, Arthur G. (1935): The Use and Abuse of Vegetational Concepts and Terms, in: ecology, (3), 284-307
- Wikipedia (2015a): Eis-Albedo-Rückkopplung, in: Wikipedia, abrufbar unter: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Eis-Albedo-R%C3%BCckkopplung&oldid=146304495> (letzter Zugriff: 23.10.2015)
- Wikipedia (2015b): Lyssenkoismus, in: Wikipedia, abrufbar unter: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Lyssenkoismus&oldid=143074955> (letzter Zugriff: 23.10.2015)
- Wikipedia (2015c): Resilienz (Ökosystem), in: Wikipedia, abrufbar unter: [https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Resilienz_\(%C3%96kosystem\)&oldid=146529440](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Resilienz_(%C3%96kosystem)&oldid=146529440) (letzter Zugriff: 23.10.2015)
- Wishart, Ryan/Jonna, Jamil/Besek, Jordan (2013): The Metabolic Rift: A Select Bibliography, in: Monthly Review (October), abrufbar unter: <http://monthlyreview.org/commentary/metabolic-rift>

Frank Adler

»Postwachstum« als radikal kritische und konkret-utopische Transformationsperspektive

1. Postwachstum und »links-transformativ« – eine schwierige Beziehung?

»Postwachstum« bezeichnet ein äußerst dynamisches und heterogenes, in seinen wesentlichen Strömungen auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zielendes Diskursfeld. Von einer ökologischen Kritik an der stofflichen Dimension von ökonomischem Wachstum in den 1970er Jahren ausgehend, ist es über diverse Zwischenetappen vor allem in den letzten zehn Jahren (wieder) zu einer Metapher für kapitalismus- und modernekritische Debatten, Alternativkonzepte und für eine sich entwickelnde Alternativ-Szene und internationale (Degrowth-)Bewegung geworden. Wachstumskritik und Postwachstum (im Folgenden auch: PW) stehen in theoretisch und politisch-philosophisch unterschiedlich begründeten Ansätzen für eine radikale Variante der sozialökologischen Transformation der kapitalistischen Gesellschaften des globalen Nordens und wesentlicher Fundamente der »westlichen Zivilisation«.

Umso erstaunlicher ist es, dass diese gesellschaftskritische Richtung in Publikationen, die sich einer kritischen Transformationsforschung zuordnen, bislang entweder ausgeblendet (Brie 2014; Brie 2015a) oder einseitig und verkürzt dargestellt (siehe dazu im Folgenden) und dem Transformationsdiskurs gegenübergestellt¹ wird (ebd., 19f.). Ähnlich wird PW auch von der akademischen Mainstream-Transformationsforschung »behandelt« (Kollmorgen et al. 2015). Zentrale Thesen kritischer Transformationsforschung können m.E. erst theoretisch schlüssig begründet werden, wenn das Wachstumsparadigma uneingeschränkt infrage gestellt wird. Das betrifft vor allem den zu Recht behaupteten umfas-

¹ Schon ein Blick in das Programm des Leipziger Degrowth-Kongresses 2014 oder des Jenaer DFG-Kollegs zeigt, dass sich weite Teile von Wachstumskritik/PW »transformativ« definieren. – Degrowth ist »an attempt to re-politicise the debate on the much needed socio-ecological transformation«, indem sie ein »confluence point where streams of critical ideas and political action converge« wird (Demaria et al. 2013, 192f.).

senden gesamtgesellschaftlichen Charakter oder die epochal-zivilisatorische Tiefe einer Großen oder Gesellschaftstransformation. Wird nur die traditionelle Gestalt von Wachstum kritisiert (Reißig 2014, 69; Reißig 2015, 121), die gesellschaftliche Wachstumsfixiertheit jedoch zumindest implizit als fortsetzbar unterstellt – z.B. in Gestalt eines neu definierten (Reißig 2014, 72), »nachhaltigen« oder »qualitativen« Wachstums –, so bleiben sie m.E. bloße Postulate.

Der PW-Diskurs folgt zudem in weiten Teilen dem auch in der kritischen Transformationsforschung üblichen Begriff von Transformation (Brie 2015a, 7) und die von Wright entwickelten Kriterien für Realutopien (Wright 2015) treffen gerade auch für wachstumskritische Debattenbeiträge zu.

Linke Zurückhaltung, Skepsis oder gar Ablehnung gegenüber PW/Wachstumskritik, deren Autoren und Protagonisten sich gleichfalls mehrheitlich links verorten (Eversberg/Schmelzer 2015), mag unterschiedlich motiviert sein. Vermutlich erscheint manchen Wachstumskritik/PW

- an den gewohnten Kategorien gemessen, zu wenig kapitalismus- und herrschaftskritisch, einem begrifflich schwammigen Oberflächenphänomen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses – eben dem »Wirtschaftswachstum« – verhaftet (Altvater 2011),
- unsensibel für Soziales, für materielle Bedürfnisse der »Durchschnittsbevölkerung«, für Einkommensungleichheiten, damit auch potenziell »spalterisch«;
- zeitgeistig-lifestylemäßig bzw. zu individualistisch-konsumkritisch, was für Mehrheiten abschreckend wirken und zugleich den (privilegierten) Klassencharakter der Protagonisten verraten, die sich postmaterialistischen »Konsumverzicht« leisten könnten (Neelsen 2014, 15),
- tendenziell auch rückwärtsgewandt, technik- und fortschrittsfeindlich – somit als ein Phänomen, das den ganzen Industrialisierungsprozess begleitet habe,
- deshalb in wesentlichen Argumenten oder Veränderungsvorschlägen politisch relevanten Bevölkerungsgruppen bzw. der jeweiligen eigenen Klientel nicht zu vermitteln (z.B. ein mehr oder weniger bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) den Gewerkschaftern), auch deshalb spalterisch.

Diese Urteile haben nach meinen Beobachtungen recht unterschiedliche Gründe. Dazu gehört eine verengte Sicht auf den breit gefächerten pluralen PW-Diskurs. Bestimmte Debattenstränge (z.B. Lebensstil- und Konsumkritik, pro Suffizienz und moderne Subsistenz) und ihre Autoren

werden mit »der« Wachstumskritik gleichgesetzt. Verbreitet ist auch die Fehlwahrnehmung, PW ziele primär auf »pro oder contra Wachstum«, damit auf Wachstumsstopp, Null- oder Negativwachstum unter wesentlich unveränderten gesellschaftlichen Bedingungen.² Oft wird Wachstumskritik auch auf den ökologischen Strang reduziert.³ Dies verkennt den gesellschaftstheoretischen Kern insbesondere der neueren Debatten: die Gesellschaft systemisch so zu verändern, dass »Wachstum« kein prioritäres ökonomisches und politisches Ziel, keine strukturell und kulturell verankerte Bedingung von Stabilität und Wohlstand sein muss, also Emanzipation von Wachstumsabhängigkeiten und -zwängen.

Hinzu kommt eine für manche Linke ungewohnte kritische Sicht in z.T. unkonventioneller Terminologie auf bestimmte Momente des Gesamtprozesses gesellschaftlicher Reproduktion von (Herrschafts-)Verhältnissen, einschließlich der Konstitution der »Subalternen« in ihren »Bedürfnissen«, Konsumtionsweisen etc., die eben auch plausible Gründe dafür benennt, dass das permanente Wachstum von »Bedürfnissen« und Wünschen, Einkommen, technischen Innovationen etc. nicht zukunftsfähig ist, kein Weg zur Lösung der sozialen Frage sein kann.

Für Teile der auf sozial gerechtere Umverteilung fokussierten Linken sind solche und andere Botschaften von Wachstumskritikern in der Tat schwer verdaulich, zumal wenn sie zwecks Irritation provokant formuliert werden.⁴ Diese Kritik findet zudem in einem verminten Umfeld statt, das durch die neoliberale Legitimation von Sozialabbau und sozialen Ungleichheiten, geschwächte Gewerkschaften etc. geprägt ist. Sie kann somit leicht als Konsumverzicht predigender ökologisch verbrämter Teil dieser Hegemonie erscheinen. Erschwerend kommt hinzu, dass große Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften auf massenhafte Zustimmung und Mobilisierbarkeit von Mitgliedern angewiesen sind. Wie können irritierende »Wahrheiten« oder auch Alternativen vermittelt werden, die den Gewohnheiten, Wünschen der Subalternen, die von ihnen als ureigenster, freier Wille, verdienter Lohn etc. empfunden werden, widersprechen, ohne spalterisch zu wirken? Aber könnte

² Aber: »Degrowth is thus possible only in a society of degrowth« (Latouche 2010, 521).

³ Auch innerhalb der PW-Debatte überwiegen nach wie vor die scheinbar besonders handfesten, weil naturwissenschaftlich begründbaren »ökologischen Grenzen« als Argument – kritisch dazu siehe 2.7.

⁴ So hält N. Paech Verteilungsgerechtigkeit für notwendig, wirft aber aus einer (radikal-)ökologischen Perspektive die Frage auf, ob »Plünderung« legitim wäre, »indem die Beute gerecht verteilt wird« (Paech 2012a, 23).

nicht gerade deshalb provokant-zuspitzende »Hilfe von außen« willkommen sein?

Irritierend, weil zu wenig »formationsspezifisch« und explizit antikapitalistisch, mag für manche auch die Kritik an Industrialismus, Großtechnologie, globalisierter Arbeitsteilung, Produktivismus etc., also an industriegesellschaftlichen Basisstrukturen, Prinzipien, Entwicklungs- und Fortschrittskriterien anmuten, ebenso an deren überwiegend positiv wahrgenommenen Legitimationen (Leistungsprinzip, Effizienz etc.), also an Phänomenen, die auch in modifizierter Form den Realsozialismus prägten. Wer dies für den progressiv-modernen Kern von Produktivkräften hält, den es nur von den beengenden ausbeuterisch-entfremdeten kapitalistischen Formen zu befreien gilt und dessen Früchte gerechter zu verteilen sind, dem muss mancher PW-Alternativvorschlag rückwärtsgerichtet erscheinen. Aber galt das Fahrrad nicht auch vor nicht allzu langer Zeit als altmodisch, vom Aussterben bedroht?

Vor diesem Hintergrund möchte ich zeigen, inwiefern PW ein wesentlicher Strang eines gesellschaftskritischen Transformationsdiskurses⁵ ist, der eine umfassende, über Antikapitalismus hinausgehende, Delegitimierung des herrschenden Entwicklungsmodells beinhaltet. Er bündelt in einer Vielfalt von Strömungen wesentliche theoretisch und empirisch fundierte Argumente unterschiedlichen theoriegeschichtlichen Ursprungs zur Begründung, warum ein solcher Richtungswechsel als tiefgreifender zivilisatorischer Wandel erstrebenswert und real möglich sein kann (Abschnitt 2). PW geht über Analyse und Kritik hinaus, entwickelt Visionen, Realutopien unterschiedlicher Reichweite, übersetzt PW in Alternativvorschläge für diverse Problemfelder (Abschnitt 3). In diesem Kontext wird zudem die schwierige Frage diskutiert, wie, über welche Strategien und durch welche Akteure und Koalitionen der Weg in eine Postwachstumsgesellschaft (PWG) eröffnet werden kann (Abschnitt 4).

⁵ Ich beschränke mich hier zumeist auf die Debatte in Deutschland.

2. Postwachstum als Gesellschaftskritik

2.1 Dilemmatisch-fragile, weil wachstumsabhängige gesellschaftliche Stabilität

Ein zentraler theoretischer Ansatzpunkt insbesondere der neueren Wachstumskritik ist der Modus der dynamischen (Selbst-)Stabilisierung westlich kapitalistischer Gesellschaften, der wesentlich über ökonomische Wertzuwächse (»Wachstum«) vermittelt ist (Dörre et al. 2009). Diese Wachstumsabhängigkeit annähernd stabiler gesellschaftlicher Reproduktion und die darin eingelassenen Widersprüche und Dilemmata sind ein übergreifender Gegenstand der Kritik: Diese Gesellschaften können sich und ihre Funktionsbereiche (Seidl/Zahrnt 2010) nur stabil reproduzieren, indem sie sich permanent beschleunigen, aktivieren, innovieren, damit im o.g. Sinne wachsen – und dies in einem Maße, der durch die globalen Wettbewerbsbedingungen vorgegeben ist. Gelingt ihnen das und erreichen sie zumindest über eine längere Periode »angemessene« BIP-Wachstumsraten, so verstärken sich mit den kumulierten Nebeneffekten dieses wirtschaftlichen »Erfolgs« ökologische und andere Risiken, soziale Verheißungen bleiben seit einiger Zeit aus. Werden die für Stabilität erforderlichen monetären Zuwächse verfehlt, so kommt es zur bekannten »Abwärtsspirale« (Binswanger 2009).

In beiden Modi verhindern Steigerungslogiken und ihre Antriebskräfte (»Wachstumswänge und -treiber«) systemisch, dass die erreichten Niveaus von Produktivität und materiellem Wohlstand in Ermöglichungsbedingungen eines guten Lebens für alle »übersetzt« werden. Mehr noch, die kulturell-zivilisatorischen Leistungen und Errungenschaften der Moderne (Gewaltenteilung, soziale und demokratische Rechte, ausdifferenzierte gesellschaftliche Subsysteme mit Ansätzen eigenlogischer (Selbst-)Steuerung u.v.a.m.), die »dünne Decke der Zivilisation«, werden sowohl durch »beschleunigtes« wie auch durch längerfristig ausbleibendes Wachstum zunehmend gefährdet. Diese dilemmatischen Tendenzen haben sich in den letzten zwei, drei Jahrzehnten neoliberal entfesselter Marktkräfte verstärkt. Damit haben Befürchtungen zugenommen, dass die der (kapitalistischen) Moderne eigene Widersprüchlichkeit in eine totalitäre, die Errungenschaften und Verheißungen der Moderne unterminierende Einseitigkeit umschlägt. Auch deshalb wird das weitere »Fortschreiten« auf diesem Entwicklungspfad stärker in Frage gestellt.

2.2 Zunehmende Risiken ...

Betrachten wir einzelne Elemente dieser Argumentation genauer, beginnend mit den so genannten *ökologischen* Risiken bzw. »Grenzen des Wachstums« (Meadows et al. 1973). Waren es damals bestimmte knappe Ressourcen, die in Szenarien als stoffliche Grenzen des Wachstums der Weltwirtschaft interpretiert wurden, so sind es heute andere Ressourcen und vor allem die begrenzte Fähigkeit der Natur, die Nebenprodukte des Wirtschaftens zu »verdauen«, was vor allem als Erderwärmung problematisiert wird. Nicht minder gravierend sind Probleme, die weniger öffentliche Aufmerksamkeit erreichen (z.B. schwindende Artenvielfalt).

In der mit »ökologischen« Risiken bzw. »Grenzen« argumentierenden Wachstumskritik im globalen Norden geht es im Kern um Gefährdungen zivilisatorischer Leistungen der westlichen Moderne auf unterschiedlichen Wegen:

- Einmal durch näher rückende, nicht genau bestimmbare, z.T. bereits irreversibel überschrittene oder nur mit großem Aufwand und neuen Risiken (z.B. indem CO₂ per Geo-Engineering aus der Atmosphäre »zurückgeholt« wird) reversible Belastungsgrenzen bzw. »Kippunkte« (Rockström et al. 2009), die die Stabilität von äußeren »ökologischen« Bedingungen (wie etwa Klima) gefährden, innerhalb derer sich die menschliche Zivilisation entwickelt hat (z.B. Landwirtschaft, Bewohnbarkeit von Territorien); gegenwärtig unter den Stichworten »Anthropozän« (Crutzen 2011) oder »Kapitalozän« (Altvater 2013) diskutiert.
- Zum anderen durch die damit bzw. in deren Vorfeld ausgelösten sozio-ökonomischen Konflikte, Verwerfungen unterschiedlichster Art (z.B. Ressourcenkonflikte oder durch ökologisch induzierte Katastrophen ausgelöste Wanderungsbewegungen).
- Schließlich bedeuten sinkende, ausbleibende oder negative Wachstumsraten in einer kapitalistisch geprägten Ökonomie ökonomische Krisen, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, rauere Verteilungskämpfe. All dies kann u.a. autoritäre Formen politischer Herrschaft befördern (Candeias 2012).
- Auf den systemimmanenten »Ausweg«, Wirtschaftswachstum durch eine ökologische Modernisierung der Wirtschaftsweise ökologisch nachhaltig zu entgiften, gehe ich später ein (s.u. 2.6).

... bei ausbleibenden sozialen Gewinnen

Nun könnte man solche Risiken von »Wachstumswirtschaften« notfalls hinnehmen, stünden ihnen angemessene *soziale* »Gewinne« an Lebensqualität gegenüber. Dem ist aber nicht so, weder in Bezug auf universell gültige Basisgüter eines guten Lebens (Skidelsky/Skidelsky 2013, 197ff.), noch gemessen an den Versprechen, mit denen »wachstumsfördernde« neoliberale Reformen und Politiken begründet werden. Im Gegenteil, »Wachstumsfixiertheit« in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Lebenskonzepten hindert daran, die gegebenen Chancen für ein gutes Leben zu nutzen und sie steigert Widersprüche modernen Lebens zu gefährlichen Paradoxien.

Jenseits eines in vielen früh industrialisierten Ländern erreichten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens sind spürbare Effekte des Wirtschaftswachstums auf das Niveau der Lebensqualität nicht mehr nachweisbar (Wilkinson/Pickett 2010). In Großbritannien hat sich das Pro-Kopf-Einkommen seit 1974 verdoppelt, während das Niveau der verfügbaren Basisgüter stagniert (Skidelsky/Skidelsky 2013, 231).

Sie werden stärker von der (Un-)Gleichheit der Einkommensverteilung (negativ) beeinflusst, und zwar auch zu(un)gunsten des »Oben« der Gesellschaft (Wilkinson/Pickett 2010). Entgegen einem versprochenen egalisierenden »Trickle-down-Effekt« hat sich die Einkommens- und Vermögensschere im Gefolge neoliberaler Reformen weiter geöffnet und zwar bei zumeist stagnierenden durchschnittlichen Realeinkommen. Auch bei den gegenwärtig in Deutschland leicht ansteigenden Einkommen wächst die Ungleichheit.⁶ Sie steigt mit dem Wachstum und treibt zugleich das Wachstum an (s.u. 3.4). Dem Wirtschaftswachstum zugeschriebene positive sozioökonomische Effekte, wie etwa eine verringerte Erwerbsarbeitslosigkeit, könnten auch und besser auf andere Weise erzielt werden, z.B. über eine Reduktion und egalitäre Umverteilung von Erwerbsarbeitszeiten. Deshalb wird Wachstum auch als »Ersatzdroge für mehr Gleichheit« bezeichnet (ebd., 253).

Dennoch dämpft Wachstum Verteilungskonflikte und ist auch deshalb bei Politikern beliebt. »Wachstum« hat nach wie vor einen positiven gesellschaftlichen Klang und das Streben nach Einkommenszuwachs prägt nicht nur kapitalistische Unternehmer, sondern ebenso »Normalverbraucher«. Gerade in den 1990er Jahren begann vor allem in den USA ein Konsumrausch, befeuert durch billige (chinesische) Mas-

⁶ Von 2011 auf 2012 erzielte das obere Zehntel einen überdurchschnittlichen Zuwachs von 2,1%, die übrigen Haushalte lediglich 0,6% (Denkwerk Zukunft 2015).

sengüter und »großzügige« Konsumentenkredite. Er wurde nur kurzzeitig von der Krise unterbrochen.

Ungebrochener »Konsumismus« als Triebkraft für grenzenloses Wachstum? Warum wird kein Sättigungspunkt erreicht, also ein Niveau der Befriedigung materieller, über Waren (Güter und Dienstleistungen) konsumtiv vermittelter Bedürfnisse, jenseits dessen »höhere Bedürfnisse« bestimmend werden – freie Zeit und Muße als »Raum für menschliche Entwicklung« (Marx)? Weshalb ist dies nicht auch zentraler Gegenstand sozialer Kämpfe?

Ein erklärendes Phänomen hat Thorstein Veblen bereits vor 100 Jahren in der US-amerikanischen Oberklasse entdeckt: der demonstrative Besitz oder Konsum seltener und teurer Güter als Mittel, den eigenen gehobenen sozialen Staus demonstrativ anzuzeigen. In dem Maße, wie in den letzten Jahrzehnten existenzielle Bedürfnisse nach Nahrung, Kleidung, Wohnen etc. für breite Bevölkerungsschichten über industrielle Konsumgüter, warenförmige Dienstleistungen oder sozialstaatliche Regelungen gesichert werden konnten, haben sich die sozial-symbolischen Funktionen und Bedeutungen des Konsums verstärkt. Die Dinge werden nicht um ihrer selbst willen, ihres Gebrauches oder Genusses wegen begehrt, sondern auch als Anzeiger für Status und Zugehörigkeit, Erfolg, aber auch als Kompensation für unzureichend befriedigte Selbstverwirklichungsansprüche.

In einer von Ungleichheiten, Konkurrenz um Positionen und Marktanteile (zunehmend vermittels Innovationen), Warenfetischismus, Werbung geprägten Gesellschaft führt dies unweigerlich zu den von Fred Hirsch (1980) beschriebenen »Rattenrennen« bzw. den »Hamsterrädern und Tretmühen« (Binswanger 2006; Binswanger 2013) des positionalen oder kompensatorischen Konsums. Dass in Ländern mit stärker ausgeprägter Ungleichheit (freiwillig) länger gearbeitet wird, kann damit erklärt werden, dass hier ein höheres Einkommen nötig ist, um konsumtiv »mithalten« zu können (Wilkinson/Pickett 2010). Auch soziale Abstiegsängste haben sich verstärkt (Bude 2015). Hinzu kommt, dass der Prozess der »Landnahme« (Dörre 2011) auch als Kommodifizierung des Alltags weiter voranschreitet. Immer mehr Tätigkeiten werden aus Haushalt und Familie ausgelagert und so zu warenförmigen Dienstleistungen – vom Frühstück bis zur Organisation einer Feier, wofür in der Regel mehr Geld benötigt wird.

2.3 Grenzenlose Steigerung dank Knappheit – statt Muße und eines »guten Lebens«

Ein anderer wesentlicher Mechanismus, der zu maßlos entgrenzten konsumtiven Bedarfen führt, ist die soziale Konstruktion von Knappheit. Für R. & E. Skidelsky ist hierfür eine real- und geistesgeschichtlich ethische, »faustische« Transformation maßgeblich: Motive, die seit Aristoteles als moralisch verwerflich galten, weil sie nicht dem rechten Maß für ein gutes Leben entsprachen – wie die sogenannten Begierden oder die Bereicherungssucht – wurden in der Moderne (funktionalistisch) positiv umgewertet, wenn sie nur – vermittelt über die unsichtbare Hand – das Gute materiell schaffen, Not beseitigen, Reichtum vermehren, dem »Fortschritt« dienen. Dies war allerdings selbst bei A. Smith als historische Durchgangsstufe gedacht (Skidelsky/Skidelsky 2013, 73ff.).

Damit wurde die aristotelische Unterscheidung zwischen endlichen Bedürfnissen (ebd., 42) und grenzenlosen Begierden, Gier, Gewinnsucht (ebd., 126) weitgehend verschüttet und verdrängt. Möglich wurde dies durch ein Zusammenspiel allgemein-gesellschaftlicher (Relationalität und Vergleich), geldwirtschaftlicher und vor allem spezifisch kapitalistischer Gegebenheiten. Ohne diese Unterscheidung jedoch werden unsere Wunschvorstellungen immer von der grenzenlosen Gier nach materiellem Wohlstand beherrscht, gäbe es somit stets Armut und folglich die von den neoklassischen Ökonomen unterstellte Knappheit, die es dann eben durch Effizienz- und Wachstumsstreben zu überwinden gelte. In Relation zu den vitalen Bedürfnissen leben wir in den reichen Ländern bereits jetzt im Überfluss (ebd., 27, 238). Aber die »Konsumgier« bestimmt die Einkommenshöhe, die Menschen glauben, haben zu müssen, um auf Arbeit zugunsten von Freizeit und Muße verzichten zu können. Dies sei ein Beispiel, wie die herrschende Wachstumsfixiertheit und die Jagd nach immer mehr materiellem Wohlstand, daran hindert, die in den reichen Ländern bereits heute gegebenen Bedingungen der Befriedigung vitaler Bedürfnisse im Sinne eines guten Leben tatsächlich zu nutzen (ebd., 195f.).

Auch für M. Gronemeyer ist mit Beginn der Neuzeit der Begriff des »rechten Maßes« als »Haltung des nach dem guten Leben strebenden Menschen« (Gronemeyer 2004, 3) abhandengekommen und durch »Unersättlichkeit« ersetzt worden. Sie sieht hier eine Verbindung zu moderner Macht und Herrschaft. Denn Macht sei die »Fähigkeit, Knappheit zu schaffen und aufrechtzuerhalten« (ebd.) und damit Menschen als »belieferungsbedürftige Mängelwesen« (ebd., 1) zu reproduzieren.

»Nur, wer bedürftig ist, ist beherrschbar.« (ebd., 2) »Moderne Macht [...] wandert in die Bedürfnisse ein, so dass die Unterworfenen wollen, was sie sollen [...] befangen im Freiheitswahn« (ebd., 2) des Konsumenten angesichts einer unübersehbaren Fülle konsumtiver Wahlmöglichkeiten.

Einige Bedürfnisse (z.B. nach Bequemlichkeit) garantieren der Macht die Unersättlichkeit des Begehrens, das Nichteinlösen des Befriedigungsversprechens. Der grundlegende Mechanismus dabei: Der moderne Mensch neige dazu, unübersteigbare Grenzen seines Daseins, vor allem dessen Endlichkeit, nicht anzuerkennen, sie in Herausforderungen für die Entwicklung von Produktivkräften, von »technischen Prothesen« umzuwandeln – in der fernen Hoffnungsperspektive, das verlorene Paradies als Schlaraffenland zurückzugewinnen, dank eines überwältigenden Warenangebots, das alle Befriedigungsmittel für Bedürfnisse bereitstellt. Aber genau damit gerate er in neue Abhängigkeiten, etwa von fragilen globalen Wertschöpfungsketten und verliert handwerkliche und soziale Fähigkeiten (Paech 2012a), reproduziere so seine »Belieferungsbedürftigkeit« in selbstverstärkenden Tretmühlen und verliere an »Daseinsmächtigkeit«.

Auf Mechanismen, die (Zeit-)Knappheiten selbstverstärkend reproduzieren, verweist H. Rosa (Rosa 2013). Für ihn beinhaltet die dynamische Stabilisierung moderner, kapitalistischer Gesellschaften durch Steigerung per Wachsen und Innovieren einen Wachstums-Beschleunigungs-Zirkel, der mit der Zeitnot auch Entfremdungsphänomene verstärken kann und eine öffentliche Debatte über die Qualität eines guten Lebens akut werden lässt.

Vieles wird zwar schneller und verspricht Zeitersparnis – die Transport-, Kommunikations-, Produktionsmittel ebenso wie eine permanent wachsende Zahl »zeitsparender« Konsumgüter in Haushalt und Freizeit. Aber der Zeitwohlstand wächst nicht. Denn: Die Steigerungsraten der Nutzung einer wachsenden Menge von zeiteffizienteren technischen Hilfsmitteln sind in der Regel höher als die Beschleunigungsraten. Eine E-Mail ist zwar schneller geschrieben als ein Brief, aber wir schreiben mehr E-Mails; Ortswechsel gehen deutlich rascher, aber wir machen öfters davon Gebrauch etc. »Zeiteffizienz und Zeitnot (wachsen) historisch beispiellos an.« (Rosa 2015, 42) Die wachsende Zahl von Konsumgütern, Kontakten und Optionen trifft auf die Grenze des 24-Stunden-Tages und lässt die verfügbare Zeit für ein einzelnes Konsumgut schrumpfen, was wiederum den Bedarf an technischen »Zeitsparern« verstärkt, ohne aus dem Dilemma herauszuführen.

Die so induzierte Beschleunigung des Lebenstempos belastet »die Qualität unserer Weltbeziehungen: unserer Beziehungen zur Natur, zu unserer Arbeit, zu unseren Mitmenschen und zu unseren eigenen Körpern« (ebd., 43). Dies kann zu Entfremdung führen, allein schon weil die Zeit fehlt, Beziehungen der Resonanz, »anverwandelter« Aneignung, des Genusses aufzubauen. Ähnlich Gronemeyer: Die technische Beschleunigung der Lebensvollzüge durch allerlei Gerät führt auch zum »Weltschwund«, da Erfahrungen Zeit kosten (Gronemeyer 2004, 3).

2.4 »Totalisierung« von Wettbewerb durch Wachstum vs. Autonomie und Demokratie

In der durch neoliberale Reformen und Globalisierung geprägten kapitalistischen Spätmoderne haben einige Steigerungsdynamiken, »strukturelle Wachstumstreiber«, eine solche gesamtgesellschaftliche Dominanz und gesellschaftspolitische Priorität erreicht, dass essenzielle Verheißungen der klassischen Moderne ausgehöhlt werden. Zu diesen Kernvorstellungen der westlichen Moderne gehört wesentlich die Idee der »Autonomie« im Sinne eines selbstbestimmten guten Lebens und – als die entscheidende Bedingung dafür – die demokratische Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die politische Gemeinschaft (Rosa 2012).

Insbesondere über die »Totalisierung des Wettbewerbsprinzips« (Rosa 2013, 347), seine über die Ökonomie hinaus erheblich erweiterte Geltungs- und Wirkungssphäre werden Lebenswelten und gesellschaftliche Bereiche von marktförmigen Leistungs- und Erfolgskriterien durchherrscht. Selbstzweckhaft wird im Namen von Wachstumsbeschleunigung, höherer (betriebs-)ökonomischer Effizienz, austeritätspolitisch notwendiger Sparsamkeit etc. eine Ökonomisierung der Gesellschaft vorangetrieben. Der Kampf um den Erhalt des Status quo durch gesteigerte internationale Wettbewerbsfähigkeit als Ultima Ratio und als Legitimation für fortschreitende Kommodifizierung und für Wachstum als gesellschaftspolitisch prioritäres Ziel.

Das bleibt nicht folgenlos für die oben genannten klassisch-moderne »Essentials« der demokratischen Gestaltungsfähigkeit und Autonomie. Der Druck, sich marktförmig-wettbewerbsfähig zu organisieren oder gar zu transformieren, nimmt auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu. Er wird auch zum Hauptargument für eine marktkonforme Demokratie, die sich maßgeblich über ökonomische Kriterien der »performance« legitimiert. Sie passt sich Vorgaben und Tempi von Finanzmärkten und ihren Kernakteuren an, statt diese transparent und demo-

kratiefähig zu transformieren. Der Verzicht auf politisch-demokratischen Gestaltungsanspruch mit Verweis auf Sachzwanglogik und die »Neutralität« des Marktes immunisiert zudem gegen Kritik.

Die persönliche Wettbewerbsfähigkeit allseitig (auch auf dem Markt der persönlichen Beziehungen) zu erhalten und zu steigern, prägt Konzepte gelingenden Lebens und wird selbst zum Wachstumstreiber über die entsprechenden Märkte – vom Karriere-Coaching über Psychopharmaka bis zur Burnout-Klinik für die »Verlierer«. Denn mit der Verallgemeinerung des Wettbewerbs wachsen auch Unsicherheit und Furcht vor Statusverlust etc., zumal sich die Subjekte dank der Verknüpfung von Wettbewerbs- und »Leistungsprinzip« in der Regel selbst die Schuld für Niederlagen zuweisen. Diese Angst wirkt als Leistungsantrieb, auch wenn keine Verbesserung der Position in Aussicht steht, und sie geht tendenziell einher mit der Furcht vor gesellschaftlichen Veränderungen.

Die ökonomistische Kolonisierung betrifft auch andere gesellschaftliche Bereiche. Die Kriterien ihrer eigenlogisch-systemischen Organisation, Steuerung und Entwicklung werden stärker überlagert von Maßstäben ökonomischer Effizienz, um den Standort Deutschland durch Bildungs-, Wissenschafts-, Infrastrukturpolitik im globalen Wettbewerb fit zu machen.

Gefahren einer autoritären, entzivilisierten Moderne drohen also nicht nur von versiegenden Wachstumsquellen und dadurch brutalisierten Verteilungskonflikten, sondern ebenso von einer »erfolgreichen« »Durchherrschaft« der Gesellschaft mit Wachstums- und Wettbewerbsimperativen. Dies kann aus politökonomischer Sicht auch als Anpassung an verschlechterte Verwertungsbedingungen und sinkende Profit- und Wachstumsraten gedeutet werden.

2.5 Produktivistische (Ir-)Rationalitäten

All die bisher genannten, wachstumskritisch thematisierten Phänomene haben übergreifende, zumeist als Selbstverständlichkeit unhinterfragte, strukturell und kulturell verankerte Hinter-Gründe. Sie prägen als weitgehend geteilte, werthaltige Grundüberzeugungen das Verständnis dessen, was als rational, vernünftig und normal gilt und damit die gesellschaftliche Vorstellungswelt und Handlungen von Individuen, quer durch die soziale Struktur. Gegenstand der Wachstumskritik sind sie zumeist unter den etwas schillernden Termini »Produktivismus« oder auch »Ökonomismus«. Sie wurden zunächst hauptsächlich in der französischen »dé-croissance« thematisiert (Latouche 2015) und haben starke Parallelen zur ökologisch-feministischen Ökonomie- und Gesellschaftskritik.

»Produktivismus« bezieht sich kritisch auf (ökonomistische) Verselbständigungen und Ausblendungen in der kapitalistischen (modifiziert auch in der realsozialistischen) Moderne-Formation in den Verhältnissen zwischen Ökonomie (bzw. dem als »ökonomisch« Definierten), Gesellschaft und Natur. Dieser Sammelbegriff umfasst zumindest drei Bedeutungen, was hier nur angedeutet werden kann.

Die Entwicklung der Produktivkräfte (gemessen an Indikatoren wie Arbeitsproduktivität, Profitrate oder BIP oder in Naturalkennziffern) gilt als Basis sozialen und kulturell-zivilisatorischen Fortschritts und die Fähigkeit einer Gesellschaft, sie zu entfalten, nicht zu hemmen (etwa durch beengende Eigentumsverhältnisse), als Kriterium für deren Fortschrittlichkeit, Modernität oder Überlegenheit. Dabei spielt zwar auch die vage Vorstellung eine Rolle, dass irgendwann ein Umschlagspunkt erreicht wird, jenseits dessen die prioritäre Entwicklung dieser »Mittel« ausläuft und auf dieser Basis »höhere Zwecke« realisiert werden können. Unter der Hand sind jedoch längst das Mittel und die Voraussetzung zum Inhalt von Fortschritt mutiert. Und permanente technische Innovationen in der Konsumsphäre sind dabei, die »Nachfolge« der verblassenden alltäglichen Vorstellung von sozialem Fortschritt (»meinen Kindern geht es einmal besser als mir«) anzutreten.

All dies weitgehend ungeachtet der (ökologischen etc.) Neben- und Fernwirkungen der bereits entfalteten Produktivkräfte bzw. diese Risiken gelten als unvermeidlicher Preis des Fortschritts. Diese theoretische und alltägliche Ausblendung von »Reproduktionskosten« unterschiedlicher Art⁷ ist symptomatisch für das gesamte Verständnis des Ökonomischen und seiner faktischen Regulationsweise. Von feministischen Ökonominnen wurde die systemische Blindheit des Ökonomischen verallgemeinert als hierarchische Trennung und Abspaltung des Reproduktiven vom Produktiven: Im ökonomischen Verwertungsprozess werden *alle* Produktivitäten angeeignet, also auch die von Naturprozessen und (sozial weiblichen) »reproduktiven« Tätigkeiten. Im ökonomischen Bewertungsprozess hingegen wird nur das als produktiv anerkannt, was einen Marktwert hat. Die feministischen Ökonominnen sehen hier auch die gemeinsame Wurzel der Krise des sozial und ökologisch Reproduktiven (Biesecker/Hofmeister 2013).

Dieses enge Verständnis des Ökonomischen und Effizienten und seine positive Aufladung im Namen einer dadurch möglichen besseren Zukunft

⁷ Die Kosten für die Entsorgung eines AKW kosten den RWE-Konzern geschätzte 10 Mrd. bei einem Kapitalwert des Unternehmens von 7,5 Mrd. Euro.

wiederum begünstigen seine Verselbständigung vom Mittel zum Selbstzweck. »Effizienz« wird nicht mehr in Relation zu humanen und sozialen Zielen bestimmt, sondern tendenziell verkehrt sich diese Relation. Von dort ist es nur kleiner Schritt zu »Naturbeherrschung«, zu einem nur instrumentellen Naturverhältnis, in der Natur ein beliebig formbares »Material« (Heidegger) wird, oder zur Legitimation jeglichen Industrialismus einschließlich industrieller »Tierproduktion«.

In diesen angedeuteten Denkweisen gibt es erhebliche Parallelen zwischen (noch) einflussreichen Interpretationen des Marxismus sowie »bürgerlich-modernisierungstheoretischen« und alltäglichen Fortschrittsverständnissen.

... und ihre Paradoxien

Solche Ideologeme hindern uns auch, den Kaiser in seiner Nacktheit zu erkennen, also die Absurditäten und Paradoxien unserer gesellschaftlich-politischen Gegenwart wahrzunehmen. Die Produktivität der Arbeit und die Effizienz der Naturausbeutung waren noch nie so hoch, ebenso der monetär bezifferte Reichtum und seine ungleiche Verteilung. Aber dem von visionären Ökonomen – von J. St. Mill über K. Marx bis J.M. Keynes – erhofften Zustand, dass sich auf dieser Basis die Gesellschaft nun »höheren« Zielen zuwenden kann, dass z.B. mehr Zeit für Muße bleibt, sind wir nicht näher gekommen. Im Gegenteil, es wird wieder tendenziell länger und intensiver gearbeitet und dies nicht nur aus »Spaß«. Subjektiv wächst das Gefühl von Zeitnot, des Getriebenseins und die »Rhetorik des Müssens« (Rosa 2013) greift stärker um sich. All dies nicht trotz, sondern auch wegen der permanent wachsenden Optionenvielfalt. Denn die Wachstumsrate der Optionen in Konsum und Freizeit und der zwecks Zeitersparnis gekauften Gegenstände nimmt ständig zu, nicht aber die verfügbare Zeit. Für die Konsumtion jedes einzelnen Gegenstands bleibt weniger Zeit, weshalb sich diese zunehmend bereits im Kaufakt (»shopping«) erschöpft (Rosa 2012).

Kehrt sich das Versprechen, durch »Naturbeherrschung« mithilfe von »technischem Fortschritt« unabhängiger zu werden von den »Launen der Natur«, nicht in sein Gegenteil um (Erderwärmung, schwindende Artenvielfalt, Verlust an fruchtbaren Böden)? Und lassen die längerfristigen Folgekosten dafür die ökonomische Rationalität dieser Naturbeherrschung nicht als absurd erscheinen? Ist der Befund, dass ein grenzenlos expansives Wirtschaftssystem in Tateinheit mit einer dazu passenden Kultur und mentalen Infrastrukturen (Welzer 2011) der Maßlosigkeit das Klimasystem aus den Angeln hebt, nicht Grund genug, diese Rati-

onalität fundamental infrage zu stellen? Dennoch werden Lösungen vermittels der Probleme schaffenden Paradigmen gesucht. Unter Berufung auf die Ziele »Wohlstand und Stabilität durch Wettbewerbsfähigkeit« schreitet die »Ökonomisierung« der Gesellschaft voran, avancieren (wachstums-)ökonomische Argumente zu ultimativen Gründen für politische Reformen und treten z.T. an die Stelle humanitärer Motive (z.B. die Aufnahme von Flüchtlingen, um »Arbeitskräfte-Defizite« auszugleichen).

2.6 »Nachhaltiges Wachstum« durch ökomoderne »Entgiftung«?

Die bisher genannten Ansatzpunkte der Wachstumskritik beziehen sich direkt auf soziale Realität. Darüber hinaus werden auch Konzepte, Strategien und ihre theoretisch-weltanschaulichen Prämissen kritisiert, die die oben genannten Probleme zwar als dringlich anerkennen, deren Lösung jedoch *innerhalb* des Wachstumsparadigmas sehen. Eine prominente Denkfigur hierbei: Wachstum kann ökologisch nachhaltig werden durch gezielten technologischen und sektoralen Wandel, ohne grundlegende gesellschaftliche Transformationen.

Der einflussreichste Ansatz in diesem Kontext ist »Ökologische Modernisierung« (u.a. Huber 2011; Fücks 2013; zur Kritik Adler 2014). Die Grundidee stark vereinfacht: Ökonomisches Wachstum wird ökologisch unschädlich, indem der industrielle Stoffwechsel weniger Natur »vorn in sich hineinfrisst« (Effizienzrevolution) und keine für die Natur unverdaulichen Reste ausstößt, sich somit konsistent in Naturkreisläufe einfügt. »Abfälle« entstehen nicht bzw. sie sind entweder direkt von der Natur absorbierbar (z.B. kompostierbar) oder Ausgangsmaterial für andere Produkte. Durch eine solche aus regenerativen Energiequellen gespeiste geschlossene Kreislaufwirtschaft sei es möglich, die Umweltproduktivität (»Verbrauch« an Ressourcen und Senken pro ökonomischer Wertschöpfungseinheit) so weit und so rasch zu steigern, dass die (Welt-)Wirtschaft zurückkehrt in die Leitplanken ökologischer Nachhaltigkeit und zwar in einem Tempo, das es ermöglicht, die 2°-Celsius-Grenze der Erderwärmung einzuhalten. Die historisch erprobten kapitalistischen Triebkräfte für technologische Revolutionen und enorme Steigerungen der Arbeitsproduktivität in eine solche Richtung umzulenken, sei viel aussichtsreicher als das Projekt einer basalen gesellschaftlichen Transformation.

Gegen ein solches Modell einer ökologischen Perpetuum-Mobile-Wirtschaft werden wachstumskritische Einwände geltend gemacht. Theoretisch infrage gestellt wird diese Möglichkeit durch Argumentationen

im Gefolge von Georgescu-Roegens Entropie-Interpretation, auf die sich vor allem Protagonisten der französischen *Décroissance*-Bewegung und der ökologischen Ökonomie beziehen. Auch Altvater weist dies prinzipiell mit Hinweis auf den nach Marx unauflösbaren Doppelcharakter von Waren produzierender Arbeit als illusorisch zurück (Altvater 2011).

Auf einer empirisch-pragmatischen Ebene werden vielfältige Bumerang- oder *Reboundeffekte* angeführt, die der technologisch-optimistischen Extrapolation von tatsächlichen, relativen Entkopplungen der ökonomischen Wertschöpfung vom Naturverbrauch bei einzelnen Indikatoren auf eine absolute Entkopplung zuwiderlaufen. Vor allem Niko Paech (2005; 2012a) hat zahlreiche derartige systemische Rückkopplungen beschrieben, die diese Hoffnung durchkreuzen und die sogar wachstumstreibend wirken können. Hier können nur einige summarisch angetippt werden:

- Ein ökonomischer Anreiz für öko-effizientere Produkte und Technologien existiert nur bei entsprechenden Kostenersparnissen bzw. Gewinnen seitens der Produzenten oder/und der Käufer. Diese aber müssen in einer kapitalistischen Marktwirtschaft reinvestiert werden bzw. sie werden vom Konsumenten für zusätzliche Käufe genutzt (z.B. wird mit den eingesparten Heizkosten ein zusätzlicher Billigflug finanziert).
- Einzelne öko-effizientere Parameter (z.B. geringerer Sprit-Verbrauch bzw. CO₂-Ausstoß pro Pkw-km) werden isoliert betrachtet und mediale, zeitliche, räumliche Problemverlagerungen, »Verschiebebahnhöfe« ausgeblendet (z.B. höherer Energieverbrauch in der Produktion durch Alu-Leichtbauweise).
- Ökomoderne Innovationen verhalten sich oft nicht substitutiv, sondern additiv zur alten Technologie, blähen das materiell-technisch Vorhandene auf, gehen nicht mit verringerten Outputs einher (z.B. die Parallelität von regenerativer und konventioneller Stromerzeugung). Findet die »schöpferische Zerstörung« des Alten physisch statt, dann nicht zum ökologischen Nulltarif (extrem: Rückbau von AKWs).
- Öko-effizientere Produkte können psychologische, politische und ökonomische Hemmschwellen für zusätzliche Verbräuche senken: der öko-bewusste und bislang Pkw-resistente Konsument, der sich dann doch das »unbedenkliche« E-Mobil zulegt. Oder: Sind die Investitionskosten für Windenergie-Anlagen amortisiert, so sinken die Produktionskosten für Energie drastisch, was enorme Innovationswellen für neue Energiesklaven in Haushalt und Produktion auslösen kann.

Viele der beispielhaft genannten Fälle zeigen zudem: Ökologische Nachhaltigkeit kann nicht allein an »objektiven« Merkmalen von Produkten festgemacht werden, ohne die Subjekte, Kontexte, Infrastrukturen ihrer Nutzung einzubeziehen. Ein dreißig Jahre alter Pkw mit hohem Spritverbrauch, dessen Besitzer ihn nur wenig nutzt, ist »nachhaltiger« als ein neues Super-Öko-Auto, das viele Kilometer gefahren wird.

Solche Tendenzen erklären in ihrer Gesamtheit, warum es unter Bedingungen von Wachstumsregimen so schwierig oder gar unmöglich ist, absolute Reduktionen von Umweltverbräuchen zu erreichen und dies in der Regel nur in Krisenzeiten gelingt. Für Paech (ebd.) sind sogar relative Entkopplungen zumeist illusorisch und »nachhaltiges Wachstum« eine Schimäre, weil es mit ökologisch relevanten Reduktionen kein Wachstum und mit Wachstum kaum ökologische Entlastungen geben kann.

So weit muss man nicht gehen, um die Option »absolute Entkopplung durch ökologische Modernisierung« anzuzweifeln oder abzulehnen. Angemessener scheint mir eine Argumentation, die betont, dass

- die dafür erforderlichen Steigerungsraten der Öko-Effizienz unrealistisch⁸ sind und
- dieser technologische Weg mit hohen Risiken behaftet und nicht lohnenswert ist, da
- keine angemessenen sozialen Gewinne in Aussicht stehen (Abschnitt 2.2) und Alternativen dazu existieren, wie noch zu zeigen ist.

Zukunft ist prinzipiell offen, wissenschaftlich widerlegbar sind Glaube und Hoffnung auf technologisch-ökologische Rettungen ohnehin nicht. Welche Wege tatsächlich eingeschlagen werden, bestimmen maßgeblich Konstellationen zwischen sozialen Kräften mit unterschiedlichen Interessen- und wertegeleiteten Zukunftsvorstellungen.

Auch ein ökologisch und ethisch gezielter und sozial abgefederter sektoraler Wandel nach dem Motto »das Schlechte (Rüstung, Werbung, aufgeblähte Finanzdienstleistungen, Pkw-Produktion etc.) schrumpfen und das Gute (Bildung, Gesundheit, Pflege, öffentliche Infrastrukturen, Kreislaufwirtschaft) wachsen lassen« und der zu einer Wirtschaftsweise führt mit einem sozial-ökologisch selektiven, vorrangig qualitativ-immateriellen Wachstum (siehe u.a. Krämer 2010) ist kein Ersatz für eine gesellschaftliche Postwachstums-Transformation. Ein größerer Teil des mone-

⁸ Nimmt man beispielsweise an, dass 2050 neun Milliarden Menschen im Schnitt über das heutige (!) Einkommen der EU-Bürger verfügen, so müsste die CO₂-Intensität pro einem US-Dollar Wirtschaftsleistung 55mal niedriger sein als heute, um das 2°C-Ziel einzuhalten (Jackson 2011, 94).

tären Wertzuwaches entspräche dann zwar einem Mehr an Einkommen, z.B. für (mehr) Lehrer. Ökologisch nachhaltig oder gar »immateriell« wäre dieses Wachstum aber erst, wenn es gleichfalls wieder für öko-korrekte Dienstleistungen ausgegeben würde, nicht aber – was viel wahrscheinlicher ist – etwa für Flugreisen zu Bildungs- und Erholungszwecken. Gravierender ist jedoch der Einwand, dass mit einem sektoralen Wandel allein noch nicht die kulturellen und strukturellen »Wachstumstreiber« außer Kraft gesetzt und ein neuer, wachstumsunabhängiger Modus sozialer Stabilität institutionalisiert ist. Ähnlich wie eine ökologisierte Kreislaufwirtschaft, ist auch dieser Ansatz allerdings *ein* unverzichtbares Moment einer umfassenden Transformation (siehe Abschnitt 3.3).

Indem sie sich mit solchen, grundlegenden gesellschaftlichen Wandel vermeidenden »Auswegen« auseinandersetzt, unterstützt Wachstumskritik auch andere gesellschaftliche Transformationskonzepte. Diese »Dienstleistung« erbringt sie auch durch die Dekonstruktion der zu Bedürfnissen verklärten systemisch geformten Bedarfe oder der heiligen Konsumentenfreiheit. Damit trägt Postwachstum bei, die Vorstellungswelt für grundsätzliche Alternativen frei zu machen.

2.7 »Grenzen« des Wachstums?

Seit den »Grenzen des Wachstums« (Meadows et al. 1973) hat sich die Redeweise von den ökologischen, sozialen, ökonomischen etc. »Grenzen« eingebürgert. Oft wird dies in den scheinbar selbstevidenten Satz gekleidet: Auf einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben. Passender erscheint es mir, von Risiken, Tendenzen, Wahrscheinlichkeiten, möglichen aber unbestimmbaren Kippunkten, sich öffnenden Zeitfenstern etc. zu sprechen.

»Grenzen« hingegen assoziiert etwas Absolutes, im Gegenstand selbst liegendes nahezu Unüberwindliches. Dies mag für einzelne Phänomene und Bedingungen von Wachstum zutreffen. Irgendwann geht das konventionell förderbare Erdöl zur Neige, auch Seltene Erden oder Metalle sind auf der Erdkruste nicht unbegrenzt vorhanden. Aber daraus auf ein Ende der sozioökonomischen und kulturellen Wachstumsdynamiken zu schließen, ist m.E. irreführend.⁹

Weder sind die mikro- und makrokosmischen Möglichkeiten der Inwertsetzung von Natur durch Wissenschaft, Technik und Kommodifizie-

⁹ In der Grenz-Metapher könnte man eine gewisse Verwandtschaft zu Hoffnungen auf die transformative Kraft von Krisen oder Verelendungen sehen, auch zu den Chaos- und Katastrophen-Hypothesen mancher Ökos.

rung endlich, noch sind sie physisch auf unseren Planeten beschränkt. Sie beziehen sich tendenziell auf das gesamte Universum – man denke nur an Raumfahrt, Science-Fiction etc. als potenzielle Wegbereiter. Die Rede von den Grenzen verkennt die qualitative Unendlichkeit von Natur, die Variabilität gesellschaftlicher Naturverhältnisse und die Maßlosigkeit der herrschenden ökonomischen Verwertungslogik, deren Triebkräfte keine immanenten Schranken kennen. Diese kommt zwar nicht ohne stofflich-energetische Quellen aus, die auch das Maß von Wachstum beeinflussen, ist aber nicht auf eine bestimmte Beschaffenheit derselben angewiesen.

Ebenso wenig stößt eine auch als Verarmung (Artenvielfalt, Landschaftsbilder etc.) erfahrbare Ausplünderung des Planeten von selbst auf Widerstand. Dies dank der Plastizität von Kultur, der fortgeschrittenen Entfremdung von Natur bzw. eingeschränkt resonanzfähiger Naturbeziehungen bei (wachsenden?) Teilen der Bevölkerung, der virtuellen Welten und anderer Artefakte, die als unumgänglicher Preis oder Lohn, als angemessene Äquivalente für eine verarmte Natur wahrgenommen werden. »Grenzen« werden dieser Dynamik deshalb eher von »außen« gesetzt – zunächst durch Konfrontation mit der Gretchen-Frage, wie, in welcher Zivilisation wir künftig leben wollen. Und vor allem durch den Ausgang der Kämpfe um Antworten, die allerdings an erfahrbaren Widersprüchen und Rissen dieses »Fortschreitens« anknüpfen können.

2.8 Zwischenbilanz:

Einige Konsequenzen und Besonderheiten von Wachstumskritik

Im bisher Dargestellten werden einige spezielle Charakteristika von Wachstumskritik als Gesellschaftskritik sichtbar.

1. Zunächst einmal fällt auf, dass der Terminus »Wachstumskritik« den Gegenstand und die Motive der Kritik zu eng und ungenau beschreibt. Denn im Zentrum der Kritik steht nicht das Phänomen »Wachstum« (von einzelnen Autoren abgesehen), sondern eine gesellschaftlich-kulturelle Verfasstheit, die permanente wertökonomische Zuwächse als Selbstzweck für ihre Stabilität benötigt, ungeachtet der damit auf Dauer verbundenen Risiken. Dementsprechend hat »Wachstum« in den verschiedenen Kontexten einen unterschiedlichen Inhalt:
 - in der ökologisch orientierten Wachstumskritik werden zumeist die stofflichen Dimensionen bzw. biophysikalischen Konsequenzen ökonomischen Wachstums problematisiert.
 - Ist in (polit)ökonomischen Zusammenhängen vom Ziel des Wirtschaftens, von Wachstumstreibern und -zwängen die Rede, so geht

es um wertökonomischen Zuwachs (auf Unternehmensebene als Gewinn oder Profit, volkswirtschaftlich als BIP).

- Schließlich steht »Wachstum« in modernetheoretischen Zusammenhängen oft für Steigerungslogik und dynamische Autostabilisierung.
2. Die Kritik ist in ihren wesentlichen Strömungen radikal, zielt auf umfassenden und tiefgreifenden zivilisatorischen Wandel. Sie bezieht sich auf zentrale Dynamiken, Steigerungslogiken der industriegesellschaftlichen Moderne überhaupt oder auf ihre spätmodern-kapitalistischen Ausprägungen und sie erfolgt vom Standpunkt des Erhalts zivilisatorischer Errungenschaften der gegenwärtigen Moderne. Eine andere Moderne bzw. nichtproduktivistische Zivilisation ist die fernere Perspektive.
 3. Wesentliche Elemente »traditioneller« oder neo-, öko- etc. marxistischer Kapitalismuskritik sind im Spektrum der Wachstumskritik präsent: Akkumulation, Kapital- und Profitlogik, Krisenanfälligkeit des Reproduktionsprozesses, Entfremdung, Herrschaft, Ideologie, soziale Ungleichheit etc., wenn auch z.T. in unkonventionellen Formulierungen. Das gilt auch für zentrale Argumente feministischer Ökonomie- und Herrschaftskritik bzw. sie ist anschlussfähig dafür, ebenso für andere emanzipatorisch-kritische Richtungen.
 4. Zugleich geht sie in Analyse und Kritik über formationspezifisch-kapitalistische Ursachen hinaus. Allgemeine sozial-anthropologische Eigenschaften werden als mögliche »Andockstellen« für formationspezifische Mechanismen identifiziert; Widersprüche der Moderne überhaupt werden thematisiert, die in modifizierter Form auch im Realsozialismus zu beobachten waren (z.B. Produktivismus, Ökonomismus, Paternalismus).
 5. Die Kritik erfolgt zumeist aus einer ganzheitlichen Sicht auf umfassende Vermittlungen zwischen systemischer Herrschaft, ihren Subjektivierungsformen und Lebenswelten. Damit wird auch die »Verstricktheit« der Individuen, ihrer »Bedürfnisse«, Vorstellungswelten etc. in diverse Reproduktionsprozesse von Herrschaft deutlich, auch das Zusammendenken von System- und Selbstveränderung.
 6. Unübersehbar sind Differenzen zu einer auf Verteilungsgerechtigkeit fokussierten Kapitalismuskritik, die primär auf eine Einkommensangleichung nach oben durch die Verteilung von Zuwächsen setzt und somit »wachstumstreibend« wirkt. Manche Thesen einiger Autoren mögen deshalb direkt provokant auf Gewerkschafter und andere »Verteilungslinke« wirken. Aber auch die Betonung von Grenzen, jen-

seits derer höhere Durchschnittseinkommen keinen Gewinn an Lebensqualität bringen oder die Dekonstruktion konsumtiver »Bedürfnisse« können als Legitimation für einzufrierende Löhne und Gehälter missverstanden werden. Auch stehen soziale »Klassenunterschiede« nicht im Zentrum der Kritik, eher wird auf klassenmäßig übergreifendes, inhaltlich differentes soziales Leiden im Unten *und* Oben der Gesellschaft hingewiesen, die in mancher Hinsicht das »Oben« nicht als sonderlich attraktiv erscheinen lässt.

Zugleich aber werden egalitäre Reformen vorgeschlagen (Maximal- und Minimaleinkommen, BGE), Ungleichheiten in ihren Wachstum treibenden Effekten delegitimiert und Gleichheit nicht nur moralisch, sondern auch als »funktional« notwendiges Moment einer PWG begründet (siehe Abschnitt 3.4). Vor allem aber werden – ganz im Sinne einer emanzipatorischen Transformationslinken – die kulturellen Fundamente, Rationalitäten und damit legitimatorische »Sinn-Ressourcen« (permanente Steigerung von Effizienz, materiellem Wohlstand, technischem Fortschritt ...) des spätmodernen Kapitalismus als historisch überlebt in Frage gestellt.

3. Vision »Postwachstumsgesellschaft« – Bedingungen eines guten Lebens für alle

Postwachstum erreicht zwar nicht die Tiefenschärfe mancher neo-marxistischer Analysen des realen Kapitalismus und seiner Krisen. Aber PW bietet ein sehr lebendiges Diskursfeld für Visionen und Experimente. Über Kritik des Bestehenden hinauszugehen, Alternativen für verschiedene Bereiche und ihre Beziehungen zu entwerfen, letztlich die groben Umrisse einer Postwachstumsgesellschaft vorstellbar zu machen, scheint mir aus verschiedenen Gründen sinnvoll. Das kann ein Medium der Selbstverständigung und Mobilisierung in der PW-Szene sein; nicht als fixe Programmatik, sondern als kollektives »work in progress«. Als Brückenschlag und Signal nach »außen«, kann es auch die Politik- und Anschlussfähigkeit in unterschiedliche Milieus und Bereiche verbessern. Schließlich ist m.E. auch das »Was anders?« konzeptionell ein wichtiges konkretisierendes Zwischenglied zwischen Kritik bzw. dem »Warum?« der Transformation und dem »Wie und wer?«, den Strategien, Wegen und Akteuren. Letzteres ist ohne grobe inhaltliche Vorstellungen der Alternative schwerlich zu beantworten. Dies nur in allgemeinen Begriffen oder Adjektiven (solidarisch, nachhaltig ...) oder

einem inhaltsarmen exzessiv wiederholtem »neu« zu beschreiben, ist dafür unzureichend.

Einige der oft rege diskutierten Vorschläge für Konturen einer solchen gesellschaftlichen PW-Alternative werden nun knapp skizziert.

3.1 Das Ökonomische gesellschaftlich gestalten, Marktvergesellschaftung demokratisch einhegen

In einer Postwachstumsökonomie (PWÖ) müssten marktökonomische Prozesse und Imperative ihren selbstreferentiell expansiven, tendenziell kolonialisierenden Charakter verlieren und zu einem demokratisch gestalteten und ökologisch eingebetteten *Mittel* für lebensdienliche Zwecke werden. »Leitplanken« und Kriterien für wirtschaftliche Effizienz und Entwicklung wären dann demokratisch legitimierte Ziele, basierend auf einem Grundkonsens von einem »guten Leben« oder von universell gültigen Bedürfniskomplexen (Skidelsky/Skidelsky 2013) oder von menschlicher Fähigkeitsentwicklung (Nussbaum 2000; Sen 2009). Das schließt eine radikale Demokratisierung von Wirtschaft ein, die über erweiterte Partizipation in *bestehenden* Institutionen hinausgeht.

Das herrschende quantitativ-abstrakte Regulativ – der monetär gemessene wertmäßige Zuwachs und das daran orientierte Ziel »Wettbewerbsfähigkeit« – wird durch Entscheidungen, Planungen und Bewertungen ersetzt, deren Inhalt *außerökonomisch* bestimmt ist. Auf volkswirtschaftlicher Ebene wäre das z.B. die ökologisch begründete Fixierung von Obergrenzen oder die Erschließung systemischer Effizienzen (Thie 2013) für Ressourcenersparnis oder der Gewinn an Lebenszeit durch gezielten Strukturwandel. Bei ihrer Realisierung hingegen muss durchaus nicht auf die entlastende regulative Potenz wertförmiger Kategorien (Kosten, Preise etc.) verzichtet werden. Aber diese werden zu Hilfsmitteln und sollten annäherungsweise auch ökologische und soziale Nebenfolgen des Wirtschaftens von vornherein berücksichtigen (z.B. über Öko-Steuern, die als Kosten in Preise eingehen).

Würden das monetär bewertete »Produktive« und das natürlich oder sozial »Reproduktive« als gleichwertige Momente des Ökonomischen bzw. einer gesellschaftlichen Reichtumsproduktion (Brie 2014) behandelt, die ihre Voraussetzungen dauerhaft erhält (Biesecker/Hofmeister 2013), so schrumpft der Umfang dessen, was jetzt als Wachstum oder Profit erscheint und als Anreiz für Investitionen wirkt. Denn dann könnte nach dem Verursacher- oder Vorsorgeprinzip sozial und ökologisch nötiger reproduktiver Aufwand nicht auf Gemeingüter (Atmosphäre etc.), ärmere Regionen, künftige Generationen, Haushalte und Frauen »aus-

gelagert« werden. Sie müssten als »Kosten« in die ökonomischen Rentabilitätskalküle eingehen. Einige jetzt profitable Kapitalanlagen (z.B. Erdgasförderung durch Fracking) würden unrentabel werden. Andere Investitionen hingegen würden sich stärker rentieren, z.B. in den Klimaschutz oder in eine Sorgeökonomie, die unmittelbar die Lebensqualität verbessert und ohnehin nur begrenzt zur Produktivitäts- und Profitsteigerung geeignet sind.

Nicht nur der »Eigensinn« von Natur, auch die Eigenlogik der gesellschaftlichen Subsysteme würden stärker respektiert. Deren Reproduktion, gesellschaftliche Integration und Steuerung erfolgten weniger nach wertökonomischen Rationalitäten und über Geld, sondern stärker über spezifische Regulative. Das fördert vermutlich intrinsische Motivationen der Beschäftigten und verändert auch das Verständnis dessen, was als aner kennenswerte ökonomische Leistung gilt und in welcher Relation dies zu anderen Leistungen für ein Gemeinwesen steht. Damit gerieten die jetzt mit »Leistungsprinzip«, Wettbewerb und Markt legitimierten sozioökonomischen Ungleichheiten unter Rechtfertigungsdruck.

Die hier angedeutete Idee einer Ökonomie, die sozialökologisch »eingebettet« ist, ohne in plan- oder naturalwirtschaftliche Verhältnisse zurückzufallen, geht in wesentlichen Punkten auch auf K. Polanyi (Polanyi 1995) zurück (vgl. auch Brie 2015b). Sie ist in unterschiedlicher Terminologie und Ausprägung in verschiedenen Ansätzen präsent als: »Zweite Große Transformation« (WBGU 2011), »vorsorgendes Wirtschaften« (Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften), »Gemeinwohlökonomie« (Felber 2012), »solidarische Ökonomie« (Altwater/Sekler 2006; Voß 2012), »ökologische Gesellschaft« (Thie 2013) oder »doppelte Transformation« (Klein 2013).

Die nachfolgenden Punkte setzen eine stärker gesellschaftlich regulierte Ökonomie voraus und sind zugleich konkrete Schritte, um diese Vorstellung umzusetzen und Wachstum treibende Dynamiken einzuhegen.

3.2 Kleinräumig, dezentral und sozial innovativ produzieren und konsumieren

Charakteristisch für PW ist die Idee einer Ökonomie, die aus drei sozialökonomisch unterschiedlichen Sektoren besteht:

- einem drastisch geschrumpften Bereich globalisierter Warenproduktion,
- einer »Ökonomie der Nähe« (Paech 2012a, 113 ff.), die das Lebensnotwendige in überschaubaren, gebrauchswertorientierten Wirt-

schaftseinheiten warenförmig produziert und in lokalen oder regionalen Kreisläufen sicher bereitstellt;

- ergänzt durch Formen moderner kreativer Subsistenz.

Globalisierte Produktion bliebe nur noch für jene Güter, für die dies nachhaltig effizienter ist. So könnten Wertschöpfungsketten – entstanden, um »Kostenvorteile« von »Standorten« weltweit abzuschöpfen – verkürzt werden. Mit der Zahl der eigenständigen Wirtschaftseinheiten für Produktion, Infrastruktur und Logistik sinkt nach Paech auch der Umfang des eingesetzten Kapitals und damit der Renditeerwartungs- bzw. Wachstumsdruck. Unterstützt würde eine weitgehend de-globalisierte Wirtschaftsweise auch durch international gültige ökologische und arbeitsrechtliche (Mindest-)Standards, die nicht-nachhaltige standortspezifische Kostenvorteile reduzieren (Paech 2012a).

In einer kleinräumigeren »Ökonomie der Nähe« (ebd., 113ff.) können das eingesetzte Kapital und seine »Ansprüche« sowie der stoffliche Umfang der Wertschöpfung nicht nur durch kürzere Transportwege und bessere Bedingungen für geschlossene Kreisläufe reduziert werden. Nähe schafft auch Transparenz und Vertrauen, was monetäre Risikokompensationen mindert. Es kann Empathie zwischen den Partnern ökonomischer Transaktionen entstehen und die Logik reiner Profitmaximierung kann durch informelle soziale Normen durchbrochen werden. Auch ist in einer hinreichend kleinen Ökonomie die Wahrscheinlichkeit von Interessenkongruenzen zwischen verschiedenen Akteuren höher. Kapitalgeber, die zugleich Abnehmer sind, würden sich selbst schädigen, wenn sie ihre Zins- und Renditeansprüche unangemessen erhöhen, da die Kapitalverwender dementsprechend die Preise erhöhen würden.¹⁰ Und die Ökonomie der großen Serie ist innerhalb eines räumlich begrenzten Marktes ohnehin irrelevant, was kleine Produktionseinheiten mit geringerer Produktivität begünstigt.

Moderne Formen kreativer Subsistenz (Müller/Paech 2012) ermöglichen, dass die in einer Postwachstumsökonomie geschrumpfte industrielle Wertschöpfung und Erwerbsarbeit sich nicht proportional in konsumtiven »Einbußen« niederschlägt. Ein Teil der lebensnotwendigen Güter könnte außerhalb von Ware-Geld-Beziehungen bereitgestellt werden – sei es durch die Gemeinschaftsnutzung vorhandener Güter, ihren verlängerten Gebrauch durch Pflege, Instandhaltung, Reparatur oder auch per Eigenproduktion wie etwa urbanes Gärtnern sowie Tauschringe, Nachbarschaftshilfe, offene Reparatur-Werkstätten

¹⁰ Vgl. dazu den Beitrag von Amory Starr in diesem Band – d. Hrsg.

etc. (Paech 2012a, 122ff.). Hier wird monetärer und materieller Input ersetzt durch Zeit, handwerkliche Fähigkeiten, soziale Kompetenzen und Beziehungen. Dezentrale oder subsistente Strukturen sind zudem bei der Versorgung mit Lebensnotwendigem resilienter gegenüber äußeren Störgrößen als globale Warenströme. Die Abhängigkeit von fragilen globalen »Fremdversorgungsketten« (Paech 2012a) ist geringer.

Als wichtige Rahmenbedingungen einer wachstumsbefriedeten Wirtschaftsweise werden in der sehr vitalen Postwachstumsdebatte¹¹ u.a. diskutiert:

- eine Modifikation des Eigentumsrechts (Scherhorn 2011), die Unternehmensformen (z.B. Genossenschaften, kommunale Unternehmen) und Geschäftsmodelle (z.B. Bioenergiedörfer, CSA) begünstigt, die gut mit moderaten Gewinnen und langfristigen, relativ sicheren Rentabilitätskalkülen leben können.
- Eine gesellschaftliche Kontrolle der Geldschöpfung, etwa im Sinne der Vollgeld-Reform (Huber 2012), könnte den vom Zins ausgehenden Wachstumszwang dämpfen, die Machtkonzentration bei den Banken schwächen, die finanzwirtschaftliche Stabilität und Einnahmesituation der öffentlichen Hand konsolidieren.
- Der Wirkungsradius von Markt- und Konkurrenzprinzipien wäre radikal auf Bereiche der Wirtschaft zu begrenzen (Muraca 2014; Rosa 2012). Gedämpft würde der Innovations- und Preiswettbewerb durch Regulationen, die Öko- und Sozialdumping einschränken. Zugleich könnten die orientierenden und motivierenden Impulse von Wettbewerben und Vergleichen umgelenkt werden auf Innovationen, die Ressourcen und Lebenszeit »sparen«, Gemeingüter erhalten und die auch mit sozial-kommunikativen Innovationen erreichbar sind.

3.3 Wirtschaft und Alltag sozialökologisch restrukturieren

Ein sektoraler und öko-technologischer Wandel kann eine gesellschaftlich-kulturelle Transformation zu einer PWG nicht ersetzen, ist dafür aber unumgänglich. Würden die herrschenden (Infra-)Strukturen von Produktion, Konsum, Mobilität und das ihnen inkorporierte instrumentelle gesellschaftliche Naturverhältnis nur »maßstabverkleinert«, so verlängerte sich auch ohne Wachstum lediglich die Galgenfrist bis zum ökologischen Kollaps. Und primär über Reduktion, durch suffiziente oder

¹¹ Exemplarisch sei hier nur auf die thematische Breite des Programms des 4. Internationalen Postwachstums/Degrowth-Kongresses verwiesen (Leipzig, 2.-6.9.2014).

modern subsistente Wirtschafts- und Lebensweisen ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen, würde vermutlich die Bereitschaft zum dafür nötigen kulturellen Wandel überfordern.

Allerdings ist ein sozialökologischer Strukturwandel sozial, ökonomisch, technologisch und auch psychologisch¹² höchst komplex und nicht allein auf lokaler oder regionaler Ebene demokratisch zu gestalten. Ökologisch oder ethisch besonders problematische Bereiche müssten also sozial verträglich schrumpfen, während Sektoren, Unternehmen, Technologien, Infrastrukturen und Produkte für eine solare Kreislaufwirtschaft, für suffiziente Lebensstile und moderne Subsistenz wachsen sollten. Haben die Betroffenen Sicherheit im Wandel, so engagieren sie sich und entwickeln viel kreative Ideen für alternative Produktionen, wie auch Erfahrungen mit Konversionsansätzen aus den 80er Jahren zeigen (Pongratz/Baier 2014).

Wachsen werden auch »reproduktive« Bereiche (Gesundheit, Pflege, Bildung, Reparatur geschädigter Ökosysteme), ohne dass sie selbst zu »Wachstumstreibern« werden. Die Möglichkeiten, über technologische Innovationen die Arbeitsproduktivität zu steigern, sind hier begrenzt. Aufgrund ihrer vergleichsweise geringeren Profitabilität könnten dies eher Felder öffentlicher Investitionen und Daseinsvorsorge mit niedrigem Wettbewerbsdruck werden bzw. bleiben. Diese Bereiche können ihren Nutzen steigern, ohne permanent zu wachsen. So ist zwar zu vermuten, dass vom Gesundheitswesen aus plausiblen Gründen (Zunahme von Alten und Hochbetagten, Fortschritte der medizinischen Forschung und Technik etc.) dauerhaft Wachstum treibende Impulse ausgehen. Aber in einer PWG muss das keineswegs so sein. Dem Trend zu steigenden Aufwänden könnte erstens durch interne Reformen entgegengewirkt werden, etwa durch eine stärkere präventive Ausrichtung des Gesundheitswesens (Studer 2010), was nur gegen starke, wohl organisierte Interessen durchzusetzen (Pharma-Industrie etc.) ist. Zweitens wären entlastende Effekte aus anderen Bereichen einer egalitären und entschleunigten Gesellschaft zu erwarten: weniger Stress und Abstiegsängste, eine intakte Umwelt etc. reduzieren Krankheitsursachen. Und schließlich wären in einer Gesellschaft mit mehr freier Zeit auch nicht-monetäre, auf den reziproken Tausch von »Naturalleistungen« (z.B. von Pflegezeiten zwischen Generationen) basierende Versorgungsmodelle

¹² Dies allein schon, wenn man bedenkt, dass es sich dabei oft um hochqualifizierte, gut bezahlte Kernbelegschaften handelt, die stolz auf ihre Produkte sind (»die deutschen Autos«).

möglich. Innovative Formen eines solidarischen, nicht-monetären Generationenvertrages im Pflegebereich werden z.B. über Zeitkonten erprobt (Lang/Wintergerst 2013).

Ein sozialökologischer Strukturwandel könnte gleichzeitig andere Bedingungen einer PW-Transformation befördern. Über den Finanzierungsmodus der Investitionen könnten privatwirtschaftliche Machtkonzentrationen aufgelöst werden zugunsten »demokratiekompatibler« Eigentumsformen. Öffentliche Finanzierungsquellen wären durch den Ausbau einer ökologischen Steuerreform oder durch Wegfall der konventionellen Wachstumsförderung zu erschließen. Über Bürgerbeteiligungen, Genossenschaften oder andere, an der Commons-Idee (Helfrich/Heinrich-Böll-Stiftung 2012) orientierte Aneignungsformen, könnte Produktivvermögen breiter gestreut werden, was ja auch bei Projekten der Energiewende partiell gelungen ist. Ersparnisse könnten langfristig und relativ sicher angelegt und zugleich Wachstumsdruck reduziert werden, da für diese Akteure geringere Renditen akzeptabel sind.

Auch würde sich das Spektrum transformativer Akteure erweitern. Denn ohne das kreative Engagement von Belegschaften und ihren Interessenvertretern, von Ingenieuren und Forschern für Alternativprodukte, sind solche konfliktiven, die Beteiligten politisierenden Konversionsprozesse nicht möglich.

3.4 Soziale Ungleichheiten abbauen

Soziale Ungleichheiten treiben auf unterschiedlichen Wegen das Wachstum an und sie verstärken sich tendenziell durch Wachstum, z.B.:

- die selbst nach exorbitantem Luxuskonsum verbleibenden Einkommen werden als Kapital mit Renditeanspruch wahrgenommen und »suchen« nach profitablen oder spekulativen Anlagen. Wird dies nicht durch sozialstaatliche Umverteilung gebremst, so verstärken sich wiederum sozioökonomische Ungleichheiten.
- Je ungleicher soziale Positionen ausgestattet sind und je konkurrenzoffener der Zugang zu ihnen ist, desto kräftiger sind die subjektiven Leistungs- und Erfolgsantriebe und desto stärker auch die Angst vor Statusverlust und Abstieg. Und mit dem Umfang der Interessen und Bedürfnisse, die somit von produktivistischen Leistungs-, Erfolgs- und Aufstiegskriterien abhängig sind, werden Antriebsenergien auf wertökonomisch definierte Felder fixiert, andere gesellschaftlich wertvolle Aktivitäten und Fähigkeiten hingegen faktisch abgewertet.
- Ungleichheit induziert bzw. verstärkt Statuskonkurrenz und -konsum. In OECD-Ländern mit »höherer Ungleichheit arbeiten die Men-

schen jährlich bis zu 500 Stunden länger als in jenen mit der ausgeglichsten Einkommensverteilung« (Dörre et al. 2015, 160). Das ist auch darauf zurückzuführen, dass die unteren Einkommensgruppen mehr arbeiten müssen, um den Anschluss an den »Normalstandard« zu bekommen oder zu halten.

Egalitäre Strukturen hingegen schwächen diese »Motoren« und können unmittelbar die Lebensqualität verbessern, und zwar aller, auch der »Reichen«, wie Wilkinson/Pickett in ihrer internationalen Vergleichsstudie in Bezug auf verschiedene Indikatoren herausgefunden haben. Sie verringern zudem die Reparaturkosten für die Kollateralschäden von Ungleichheiten (z.B. für hohe Kriminalität in Ländern mit hoher Ungleichheit).

In Verbindung mit sozialer Sicherheit begünstigen sie eine längerfristige Lebensplanung und reduzieren soziale Ängste vor Wandel, erleichtern somit auch sozialökologische Konversionen von Unternehmen und Branchen. Reduzierte und als gerechter empfundene Ungleichheiten verringern zudem den Druck auf politische Akteure, das Konfliktpotenzial von Ungleichheit über die Hoffnung auf verteilbare Zuwächse zu »befrieden«. Ein demokratischer und konfliktarmer Übergang zu einer PWG, in der weniger Einkommen zu verteilen ist, ist ohnehin nur vorstellbar, wenn er begleitet ist vom transparenten, vertrauensbildenden Abbau ungerecht empfundener Ungleichheiten.

Neben moralisch-emanzipatorischen Gründen gibt es aus der PW-Perspektive also auch »funktionale« Gründe für mehr sozioökonomische Gleichheit und gerechtere Teilhabe. Einige der erörterten Wege setzen direkt an Quellen von Ungleichheit an, wie etwa:

- gesetzlich fixierte Ober- und Untergrenzen für (Arbeits-)Einkommen (Latouche 2015) und eine stärkere Besteuerung von hohen Vermögenseinkünften bzw. eine weltweit erhobene progressive Vermögenssteuer (Piketty 2014),
- mehr oder weniger bedingungslose Formen der Grundsicherung (Schachtschneider 2014) oder
- eine breitere Teilhabe am Produktivvermögen, vor allem an ökologischen Investitionen, z.B. durch Bürgerbeteiligungen oder indem Teile des Arbeitseinkommens als Besitz-Anteile vergütet werden (Jackson 2011).

Konterkariert werden können benachteiligende und Wachstum treibende Effekte von ungleichen Erwerbspositionen auch durch erweiterte öffentliche Zugänge zu Mobilität, Bildung und Gesundheit. Gleichfalls können Formen des besitzlosen Zugangs zu Gütern über Leihen,

Tauschen, Teilen etc. oder gemeinschaftliche Subsistenzarbeit (z.B. Repair-Cafés oder beim Urban Gardening) egalisierende und ökologisch günstige Effekte haben, soziale Distanzen verringern. Gemeinsam mit Schritten in Richtung »gute Arbeit« könnten so Bündelungen von Ungleichheitsdimensionen (z.B. unattraktive Arbeit plus geringes Einkommen plus wenig Ansehen/Sicherheiten/Einfluss) tendenziell aufgelöst werden, was wiederum Motive für kompensatorischen Konsum einschränkte.

All dies wären »sanfte« und langwierige Wege zu mehr Gleichheit in einer wachstumsbefriedeten Gesellschaft. Angesichts der immensen akkumulierten monetären Reichtümer und ihres enormen Drucks auf sich realwirtschaftlich verringernde Anlagemöglichkeiten werden auch Entwertungen von großen Geldvermögen erwogen, etwa nach dem Vorbild des »Lastenausgleichs« in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (Spehl nach Paech 2012a). So könnte auch erneut platzenden »Blasen« vorgebeugt werden.

3.5 Erwerbsarbeit »einbetten«, verkürzen und (geschlechter-)gerechter verteilen

In einer PWG, in der »Produktives« und »Reproduktives« nicht hierarchisch getrennt und Arbeitsteilungen sozial eingeebnet sind, verliert Erwerbsarbeit ihre »privilegierte« Position bei gesellschaftlichen Statuszuweisungen der Individuen. Unterstützt würde dies durch spürbar reduzierte und (geschlechter-)gerecht verteilte Erwerbsarbeitszeiten.

Damit verringerte sich der Umfang von Warenproduktion und Konsum, ebenso die Profit- bzw. Einkommensmasse, was den Druck auf künftiges Wachstum dämpft. Vor allem können Arbeitszeitreduktionen die Lebensqualität steigern und eine Antwort auf die empfundene Zeitknappheit sein. »Zeitwohlstand statt Güterwohlstand« ist deshalb ein prägendes Moment »postwachstumskonformer« suffizienter Lebensstile.

Mehr disponible Zeit ist zudem unabdingbar für die Teilnahme an den zeitaufwändigen Prozessen des (Mit-)Gestaltens und Aushandelns in einer grundlegend demokratisierten Wirtschaft und Gesellschaft. Über eine flexible Regulierung des gesellschaftlichen Arbeitszeitfonds könnten auch konjunkturelle Schwankungen ausgeglichen und Arbeitslosigkeit vermieden werden. Nicht zuletzt ermöglichen Arbeitszeitreduktionen egalisierende Effekte: das Ungleichheit generierende Gewicht des Erwerbsstatus relativiert sich, zumal wenn dies mit Einkommensverbesserungen im unteren Bereich zulasten des oberen gekoppelt ist

und die Chancen für Geschlechtergerechtigkeit wachsen.¹³ Weniger Erwerbsarbeit muss sich nicht zwangsläufig 1:1 als reduzierter Lebensstandard niederschlagen, sondern kann auch bei Bedarf durch Formen moderner Subsistenz z.T. kompensiert werden.

Hauptsächlich drei Wege zu Arbeitszeitverkürzungen werden diskutiert:

- Produktivitätszuwächse werden nicht monetär, sondern als dispo- nible Zeit entgolten, vor allem für höhere Einkommensgruppen. Die entsprechenden Vereinbarungen ermöglichen ein hohes Maß be- trieblicher und individueller Flexibilität (z.B. in Abhängigkeit von Le- bensphase, familiärer Situation).
- Die Entscheidung zugunsten eines Lebensstils mit drastisch redu- zierter Arbeitszeit,¹⁴ was unter den gegenwärtigen Bedingungen nur von Minderheiten zu erwarten ist.
- Die Einführung eines bedingungslosen (ökologischen) Grundeinkom- mens (Blaschke 2012; Schachtschneider 2014) oder anderer geeig- neter Formen der Grundsicherung könnte deutlich mehr Menschen diese Option erleichtern.

Ob allerdings in einer Postwachstumsgesellschaft tatsächlich der »Zeit- wohlstand« in Form von deutlich mehr frei verfügbarer Muße-Zeit »aus- bricht«, scheint mir fraglich. Allein schon, wenn man an die zeitlichen Konsequenzen des Wegfalls vieler fossiler »Energiesklaven« oder ei- ner (basis-)demokratischen Regulation ökonomischer Prozesse auf den verschiedenen Ebenen denkt. Aber das verbleibende Gefühl von »Zeit- knappheit« könnte in einer PWG ein Stachel sein für einen (PW-)Typus ökonomischer Effizienz, der sich ganzheitlich am rationellen Umgang mit *Lebenszeit* orientiert.

3.6 Wachstumsbefriedeter Wohlstand und »Gutes Leben«

Die herrschende Vorstellung von Wohlstand ist stark geprägt vom Wunsch nach einer sich permanent erneuernden Vielfalt von konsu- mierbaren Gütern, die als Ware verfügbar sind. Zwischen zunehmenden Optionen je nach »ureigener« Präferenz wählen zu können, sich somit seinen eigenen Lebensstil – zumindest als Konsument – »frei« zu ge-

¹³ Allerdings nur, wenn auch die Ungleichheitseffekte von Vermögenseinkünften spürbar begrenzt werden, woran Piketty (2014) erinnert.

¹⁴ Für Paech (2012a) ist eine Halbierung der Erwerbsarbeitszeit der entschei- dende, sofort gangbare Schritt in eine Postwachstumsökonomie mit einem ent- sprechend höheren Anteil an Selbstversorgung.

stalten, wird zudem als wesentliches Element persönlicher Autonomie wahrgenommen. Solche Dispositionen machen Lebensführung kompatibel mit den Wachstums- und Wettbewerbsimperativen unserer Gesellschaft (Rosa 2013, 165). Unter einer Oberflächenvielfalt von Optionen verknüpfen »marktpaternalistische« Mechanismen (ebd.) Vorstellungen von einem guten Leben mit sozioökonomischen Systemimperativen und prägen die verborgenen »uniformen Tiefenstrukturen« von Lebenskonzepten (Rosa 2013). Wahrgenommen wird der Markt jedoch als neutrale Instanz, die vor allem durch souveräne Konsumentenwünsche bestimmt wird. Diese politisch zu thematisieren, wird hingegen als Angriff auf die persönliche Freiheit zurückgewiesen.¹⁵

Wie kann man sich dann vorstellen, dass vor einem ökologischen oder ökonomischen Kollaps und auf *demokratische* Weise eine PWG von hinreichend einflussreichen Minderheiten gewollt und erkämpft und von Mehrheiten akzeptiert wird? Der moralisch hehre Verzicht auf die Bequemlichkeiten der Konsumgesellschaft ist wohl realistischerweise als Hauptantrieb auszuschließen. Die Chance sehe ich darin, dass vor dem Transformationsprozess, in ihm und als dessen Ergebnis zugleich auch die lebensweltlich bestimmenden Konzepte von »Wohlstand« und »gutem Leben« »PW-konform«, »nichtkonsumistisch« transformiert werden, gewissermaßen als Resultat »revolutionär umwälzender Praxis« (Marx), in der sich die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sozialkulturellen Normen und die Akteure selbst verändern

Dass dies mehr als eine vage Hoffnung ist, wurde schon punktuell angedeutet:

(a) Das hegemonial gelebte Wohlstandsmodell ist nicht ohne »Risse«. Damit können Werte eines PW-Wohlstandes attraktiv werden, zunächst für Minderheiten, die über Ressourcen für »Umstiege« verfügen. Permanenter Zeit- und Wettbewerbsdruck, Kampf um Stuserhalt in Beruf und Freizeit etc. können durchaus zu biografischen »Kipppunkten« führen, die dann einen »entschleunigten« suffizienten Lebensstil (Sachs 1993) erstrebenswert erscheinen lassen. Ein quantitatives »Weniger« an Gütern muss nicht als Verzicht erlebt werden, da es intensiver und mit reinerem öko-sozialen Gewissen genossen werden kann. Aber auch (empathisch verarbeitete) Einsichten, Erfahrungen mit Ungerechtigkeiten, die den eigenen »imperialen Lebensstil« (Brand/Wissen 2011) erst er-

¹⁵ Erinnerung sei z.B. an Debatten zum Veggie-Day – ein Vorschlag der Grünen im Bundestagswahlkampf 2013.

möglichen, können den Genuss an bestimmten Früchten des Wohlstandes verderben.

(b) Über eine »Suffizienzpolitik« (Schneidewind/Zahrnt 2013) Bedingungen zu gestalten, die es vielen erleichtert, sich suffizient zu verhalten. Sie richtet sich auf bedürfnisnahe, umweltintensive und für die konsumistische Wachstumskultur symbolträchtige Lebens- und Konsumbereiche wie Mobilität und Verkehr, Ernährung und Wohnen. Auf sie entfallen 60 bis 70% der gesamten vom Konsum ausgehenden Umweltbelastungen, ca. 1,9-2,5 t Treibhausgasemissionen (THGE) jährlich pro Bürger der Industriestaaten, also fast alles, was jedem Erdenbürger bei einer Gleichverteilung der THGE zustünde (Stengel 2012). Durch den Umbau von Infrastrukturen, durch veränderte ökonomische Anreize und gesetzliche Vorgaben (z.B. Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, Verbot geplanter Obsoleszenz), aber auch durch gezielte Aktivitäten zum Wandel der symbolischen Bedeutung¹⁶ von Produkten und Praktiken könnten hier erhebliche ökologische Entlastungen mit Gewinn an Lebensqualität erreicht werden, bei gebremstem Wachstum.

(c) Vor allem verändern sich auf dem Weg zu einer PWG mit den demokratisch umgestalteten Verhältnissen auch jene Bedingungen und Praktiken, welche die gegenwärtig herrschenden Muster eines gelungenen Lebens hervorbringen, »benötigen«, reproduzieren, strukturell erzwingen. Mit gedämpften Ungleichheiten und Statuswettbewerben oder der gleichrangigen Wertschätzung aller gesellschaftlich nützlichen Arbeiten wird den Tretmühlen des Status- und kompensatorischen Konsums, den einseitigen Erfolgskriterien etc. sozialer Nährboden entzogen. Und der suffizienzfreundliche Umbau von Infrastrukturen des Alltags (Mobilität, Wohnen, Ernährung) verändert mit erweiterten Spielräumen für nachhaltige Lebensstile auch soziale Normen und entwertet gängige Statussymbole.

(d) Konstitutiv für emanzipative PW-Visionen ist die real-utopische Idee, das Versprechen der Moderne auf gesellschaftliche und individuelle Autonomie durch eine radikal-demokratische politische Gestaltbarkeit der Reproduktionsverhältnisse (Rosa 2013) einzulösen. Ergebnisse einer diskursiven Verständigung über allgemeine Ermöglichungsbedingungen eines guten Lebens sind dafür maßgebliche Orientierungspunkte und Impulse. Indem die Individuen als Bürger Diskurse und demokra-

¹⁶ Nach (Stengel 2012) ist im Ergebnis einer gezielten Kampagne von 10 bis 15 Jahren »Fast Food« in den USA in den 1930er Jahren vom Arme-Leute-Essen zum Symbol von Modernität avanciert.

tische Prozesse gestalten, sich in wesentlichen Ausschnitten Gesellschaft aneignen und dabei Wertschätzung und Selbstwirksamkeit erfahren, können ihre Entfremdungs- durch »Resonanzerfahrungen« (ebd.) abgelöst werden. Damit können Lebenskonzepte entstehen, in denen Lebensqualität nicht abhängt »vom erreichten oder erreichbaren materiellen Wohlstand und ... der Summe von Lebensoptionen, sondern von der Möglichkeit zu und den Reichtum an Resonanzerfahrungen« (ebd., 16). Die »einseitige westliche Fixierung auf materiellen Wohlstand, Wachstum und Wahlfreiheit« (ebd., 383) kann so überwunden werden. Wesentlich für die Bedingungen eines guten Lebens in einer PWG ist es gerade, Optionen im Wesentlichen¹⁷ und Vielfalt in großer Bandbreite konfliktarm zu ermöglichen – gewissermaßen ein dialektisch aufgehobenes liberales Verständnis von Freiheit und Optionenvielfalt.

Zwei Anmerkungen zu den in den Abschnitten 3.1 bis 3.6 vorgestellten sechs Eckpunkten einer PWG-Vision.

1. Die Auswahl war nicht zufällig. Ihr lag u.a. die Überlegung zugrunde, dass ein solch tiefgreifender Wandel nur bewältigt werden kann, wenn verschiedene »Aus-Wege« beschritten werden und somit Lasten und Risiken verteilt sind. Jeder einzelne der hier angeführten Wege wird zwar in bestimmten Konzepten als besonders bedeutsam hervorgehoben, wäre aber »überfordert«, die Hauptlast des Wandels zu tragen. Das gilt für den institutionell-regulatorischen, den technisch-sektoralen Weg ebenso wie für den kulturellen Wandel oder für egalitäre Umverteilungen.

2. PW zielt zwar auf epochalen Wandel. Aber zumeist hatten wir es mit gradualistischen Termini zu tun: Einhegen, Zurückdrängen, Reduzieren, Dämpfen oder Umlenken. Von Liquidation, ersatzloser Substitution, hingegen war kaum die Rede. Auch dezidiert kapitalismuskritische oder feministische AutorInnen gehen davon aus, dass Kategorien der Wertvergesellschaftung wie Geld, Markt, Preis etc. als eingebettete Regulative zu erhalten seien. Offenbar ist qualitativer Wandel (denk)möglich als holistische Re-Formation des Bestehenden durch radikale Reformen und graduelle Veränderungen, die in eine ähnliche Richtung weisen, angeregt durch Keime des Neuen, die zunächst in Nischen gedeihen.

¹⁷ Ich denke z.B. an unterschiedliche Kombinationen von Arbeits- bzw. Aktivitätsformen, je nach Präferenz, Lebensphase und -situation etc. in je unterschiedlichen Formen von Gemeinschaften, was auch den Abstimmungsbedarf in einer (basis)demokratisch organisierten Gesellschaft verringert.

4. Postwachstums-Transformation – aber wie?

4.1 Aporien eines demokratischen Übergangs?

Unterstellt man, es lassen sich plausible und dringende Gründe benennen, warum die herrschende (Re-)Produktionsweise der spätmodern kapitalistischen Gesellschaften grundlegend verändert werden sollte (siehe Abschnitt 2) und man könnte zudem in groben Konturen mögliche Alternativen dazu skizzieren (siehe Abschnitt 3), so bliebe dennoch die wohl schwierigste Transformationsfrage: *Wie* können wir auf demokratische Weise von einer in Breite und Tiefe expandierenden globalisierten Wachstumswirtschaft und -kultur zu einer Postwachstumsgesellschaft kommen?

Dieser Übergang enthält eine Reihe schier unauflöslich anmutender Widersprüche, wie z.B.:

- Zwischen der deklarierten Tiefe und dem Umfang einer PW-Transformation und der überschaubaren Schar der sich dafür engagierenden avantgardistischen, in ihren Positionen heterogenen Akteure klappt eine erhebliche Diskrepanz. Um jedoch Mehrheiten für einen solchen alternativen, demokratisch zu beschreitenden Entwicklungspfad zu gewinnen, muss ihnen dieser attraktiv erscheinen, ein »besseres Leben« verheißen. Aber die herrschenden Maßstäbe für Attraktivität sind durch die aktuell hegemonialen Vorstellungen von Wohlstand, Fortschritt etc. vorgegeben. Warum also sollten »kritische Massen« mehr wollen als eine relative Verbesserung im Rahmen der gegebenen Normen?
- Oft wird die Tiefe des Pfadwechsels zu einer PWG verglichen mit solchen zivilisatorischen Einschnitten wie der Neolithischen Revolution, dem Übergang in die Moderne oder der Durchsetzung des Kapitalismus mit der Industriellen Revolution. Diese Zäsuren waren zwar nicht voraussetzungslos zufällig, aber auch nicht Ergebnis intendierten Handelns oder gar »bewusster Steuerung«. Ein Übergang zu einer PWG ist jedoch schwerlich vorstellbar als ein Prozess, der sich hinter den Rücken der Akteure vollzieht, als kumulatives Resultat unterschiedlicher Handlungen, Ereignisse oder Faktoren. Ebenso unwahrscheinlich ist allerdings das direkte Gegenteil, die bewusste Steuerung eines solchen komplexen Prozesses »nach Plan«. Historische Umwälzungen, die diesem Modus nahe kommen, deren maßgeblichen Akteure sich an einem real existierenden (wie etwa die postsozialistischen Transformationen) oder ideellen Modell (wie z.B. die Russische Oktoberrevolution) orientierten, waren entweder nicht so tiefgreifend, eher

beschleunigend-nachholende Modernisierungen oder aber sie waren nicht demokratisch und die Resultate divergierten stark von den ursprünglich proklamierten Zielen (wie etwa bei der Oktoberrevolution, womit ihr keineswegs historische Legitimität abgesprochen werden soll).

- Wie bereits betont, ist der Übergang zu einer PWG mit egalitären Umverteilungen von Einkommen, Vermögen und Macht verbunden, dies tendenziell zunehmend nicht aus Zuwächsen, sondern »aus der Substanz«. Bekanntlich aber werden selbst unter Wachstumsbedingungen kleinste Privilegien-Vorsprünge zäh verteidigt. Warum also sollten Eliten in einem friedlich-demokratischen Umbruch freiwillig verzichten? Und wie können dann Teile der von egalitären Umverteilungen betroffenen Eliten und Mittelschichten als Verbündete gewonnen werden?

Soweit einige Widersprüche, mit denen eine PW-Transformation zu rechnen hat. Eindeutige Antworten und Auswege sehe ich nicht. Aber Ansatzpunkte können benannt werden, die einen solchen Übergang zumindest denkmöglich machen als einen Prozess, der mehr ist als eine voluntaristische Wunschvorstellung. Dazu hier nur einige Anmerkungen.

Mehrheiten für das radikal Neue unter alten Bedingungen? Zunächst einmal ist strittig, ob gleich zu Beginn einer solchen Transformation Mehrheiten erforderlich sind. Eine »Pro-PW-Minderheit« von drei bis fünf Prozent der Bevölkerung, die in allen wesentlichen Gesellschaftsbereichen und -schichten verankert und gut vernetzt ist, könnte eventuell – so Welzer (2013, 285f.) – erste Reformschritte in Richtung PWG einleiten. So könnten suffizienzfreundliche Infrastrukturen für Mobilität, Wohnen, Ernährung etc. die Akzeptanz und Diffusion PW-kompatibler Lebensstile und damit auch die soziale Basis für eine PW-Transformation verbreitern. Darüber hinaus gibt es viele andere Wege, aus einer Minderheiten-Position Normen und Konstellationen zu verändern (siehe Abschnitt 4.4). Die allgemeine Möglichkeit dazu ist in Rissen und Widersprüchen spätmodern-kapitalistischer Entwicklung angelegt, die z.T. quer zu den traditionellen Verteilungskonflikten situiert sind.

Normen verändernde »Durchbrüche« im Massenbewusstsein werden jedoch vermutlich nur durch herausragende Ereignisse möglich. Ob sie emanzipatorisch-transformativ wirken, ist jedoch stark abhängig vom kulturellen Umfeld und den Akteurskonstellationen, auf die sie treffen und die sie »verarbeiten«. Generell scheinen mir Reformen und andere Schritte in Richtung PWG wahrscheinlicher in Ländern mit (noch) relativ hohen Standards sozialer Rechte, einer starken Zivilge-

sellschaft mit einer kulturell breit verankerten Öko-Bewegung, einer egalitären und partizipativen Kultur, einer »funktionierenden« und loyalen Verwaltung etc., wie dies z.B. in den skandinavischen Ländern und z.T. auch (noch) in Deutschland der Fall ist. Schwieriger scheint mir dies unter Bedingungen anhaltender sozialer Krisen mit Massenarbeitslosigkeit und Verelendungstendenzen. Das fokussiert die Energien von Akteuren auf elementare soziale Fragen und oft auch auf den Wunsch nach Rückkehr zum »besseren Alten«. Ein wenig PW-transformationfreundliches Umfeld bieten m.E. auch Länder mit einer ausgeprägt individualistisch-meritokratischen, deshalb auch Ungleichheiten stärker akzeptierenden produktivistischen Kultur, gekoppelt mit imperial-missionarischen Überlegenheits- und Sendungsbewusstsein, wie die USA. Aber das ist spekulativ. Vielleicht gehen andere Länder nur andere Wege. Das bedarf genauerer Untersuchungen, ebenso die Frage, inwiefern überhaupt einzelne Länder angesichts der globalen Vernetzungen und Regelungen aus wachstums- und konkurrenzgesellschaftlichen Zwängen ausscheren können; vielleicht sind es zunächst auch Regionen oder Kommunen.

Kann auf friedlich-demokratischen Wegen Elitenmacht überwunden werden? Auch dies bleibt eine offene Frage. Aber es gibt zumindest Anhaltspunkte für eine optimistische Antwort. Die herrschenden Eliten sind weder strukturell noch hinsichtlich ihrer Interessenlagen, Werte oder politischen Philosophien ein monolithischer Block. Als Individuen bleiben auch sie zudem nicht vom lebensweltlich-sozialen Leiden an Phänomenen der Totalisierung des Wettbewerbs verschont. Beides bietet Anknüpfungspunkte für interne Differenzierungsprozesse und eröffnet Chancen für unorthodoxe Pro-PW-Allianzen. Weitsichtigere Teile der konservativen intellektuellen Eliten entwickeln Zukunftsvisionen, auch als Medium der Selbstverständigung über Erfordernisse künftigen Machterhalts unter Bedingungen ausbleibenden Wachstums. So ist Miegels PW-Vision (Miegel 2009) sozial- und wertkonservativ (kritisch dazu Adler/Schachtschneider (2012)), auch wenn er die ökonomischen Eliten vor weiteren, Ungleichheit verschärfenden Exzessen der Selbstbereicherung warnt und generell eine Vorbildfunktion der Eliten anmahnt. Zugleich aber ist seine prinzipielle Kritik an einem wachstumsbasierten Fortschrittsverständnis ein Beitrag zur delegitimierenden Enthegemonialisierung von »Wachstum«, speziell in bürgerlich-wertkonservativen Milieus, den keiner seiner linken Kritiker leisten könnte. Sie steht in scharfem Gegensatz zur Wachstumsapologetik von Paqué (2010). Das ist nur ein Beispiel für ambivalente Elitendifferenzierung.

Diese Differenzierung kann in gravierenden Entscheidungssituationen auch progressiv beeinflusst werden durch politische Kämpfe oder von intellektuell aufgeklärten und mobilisierungsfähigen Milieus der gesellschaftlichen Mitte und des Oben, mit denen die Machteliten vielfältig vernetzt sind. Hierbei spielen auch akademisch-wissenschaftliche Zeitdiagnosen eine Rolle, deren kritischer Gehalt sich verschärft (z.B. WBGU 2011). Für Lernfähigkeit, Kompromiss- und Anpassungsbereitschaft von Teilen der Eliten und ihre Konfliktfähigkeit mit anderen Machtblöcken – durch politischen und intellektuell-aufklärerischen Druck und das Interesse an Machterhalt befördert – gibt es historische Beispiele (Klein 2015), allerdings ebenso für das Gegenteil.

Ist PW-Transformation nicht nur »nicht-imitativ«, sondern auch historisch beisspiellos? Welche Vergleiche aus der Geschichte auch bemüht werden, um die Dimensionalität einer PW- (oder Neuen/ Großen/Gesellschafts-) Transformation zu veranschaulichen, sie »hinken« stets in wesentlichen Merkmalen. Entspricht der Vergleichsfall in etwa dem Ausmaß des Umbruchs (z.B. Neolithische oder Industrielle Revolution), so trifft das Merkmal »intendiert« nicht zu. Ist aber »intendiert« oder annäherungsweise auch »gesteuert« zutreffend, so handelt es sich eher um einen imitativen oder nachholend modernisierenden Umbruch (z.B. postsozialistische Transformation).¹⁸ Dennoch können historisch vergleichende Transformations- bzw. Umbruchsanalysen durchaus auch mit Blick auf eine PW- Transformation heuristisch anregend sein, wenn man sich von der Ebene des »Gesamtereignisses« auf die spezieller Probleme, Aspekte und Prozesse begibt und z.B. fragt, wie und warum sich an historischen Wendepunkten Eliten ausdifferenziert haben, unter welchen Bedingungen unvermeidliche »Durststrecken« beim Übergang zu neuen Formationen nicht zu Abbrüchen und Regress führten, welche Zukunftserwartungen oder »heroischen Illusionen« (Marx) dies ermöglichten.

Im Folgenden möchte ich zwei prozessuale Aspekte einer PW-Transformation näher betrachten: Welche Akteure engagieren sich derzeit für einen solchen Übergang und welche Wege bzw. Strategien werden dabei präferiert und diskutiert?

¹⁸ Dieser allerdings mit wesentlichen nichtintendierten welthistorischen Nebenfolgen. Die auch durch den Untergang des Realsozialismus begünstigte Entfesselung kapitalistischer Marktkräfte und die Konfrontation der kapitalistischen Moderne mit sich selbst und ihren Nebenfolgen sind m.E. ein Auslöser für die neue Welle systemischer (Wachstums-, Kapitalismus-, Spätmoderne-)Kritik, die wiederum als ein Indiz für ein sich öffnendes historisch-epochales Zeitfenster gedeutet werden kann (siehe Abschnitt 5).

4.2 Protagonisten und Akteure in Diskurs ...

Im PW-Diskurs tritt ein breites Spektrum von Autoren und Protagonisten mit unterschiedlichen theoretischen oder politisch-philosophischen Positionen hervor. Dazu gehören in erster Linie WissenschaftlerInnen, die maßgeblich die gegenwärtige, bereits vor der multiplen Krise von 2007/08ff. einsetzende Welle der Wachstumskritik initiiert haben. Hier schließe ich auch jene (neomarxistisch, feministisch, regulationstheoretisch etc. orientierten) AutorInnen ein, für die »Wachstum« keine zentrale theoretische Kategorie (z.B. Altvater 2011) ist, deren Konzepte jedoch auf radikal-kritische Alternativen zu kapitalistischen Akkumulations- und Wachstumsimperativen und ihren diversen Herrschaftsformen hinauslaufen. Sie verorten sich nunmehr in »kritisch-solidarischer« Nähe zur Wachstumskritik oder als eine ihrer Strömungen. Dies ist zugleich ein Indiz für die Dynamik des Postwachstums-Diskurses, dessen interne Vielfalt der Sicht auf Ursachen, Alternativen und Übergangsstrategien damit erweitert wird.

Eine weitere Gruppierung bilden Organisationen und Initiativen, die sich bereits im Ergebnis der jüngsten wachstumskritischen Welle gegründet (Konzeptwerk Neue Ökonomie, Förderverein Wachstumswende u.v.a.) oder konzeptionell (um)orientiert haben (z.B. die Vereinigung Ökologische Ökonomie VÖÖ). Sie waren maßgebliche Initiatoren und Träger des 4. Internationalen Degrowth-Kongresses in Leipzig. Hier ist vor allem die junge Generation von kritischen AkademikerInnen vertreten.

Auch ein beträchtlicher Teil der Mitglieder und Sympathisanten von ökologischen, globalisierungskritischen, internationalistischen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich programmatisch auf (starke) »Nachhaltigkeit« und »sozialökologische Transformation« beziehen, ist zu Protagonisten oder Sympathisanten einer »PW-Wende« geworden. »Attac« steht hier exemplarisch für einen kollektiven Erkenntnisprozess, den Teile der Anhängerschaft durchlaufen haben. Aber auch auf anderen Themen- und Konfliktfeldern agierende kulturell-lebensweltlich oder politisch-aktivistisch ausgerichtete linke bzw. antikapitalistische Gruppen verorten sich z.T. unter dem Label »PW« bzw. interpretieren es positiv in ihrem Sinne.

Des Weiteren gibt es nach meinen Beobachtungen in fast allen Parteien, ihren Stiftungen und Jugendorganisationen, in Gewerkschaften, Glaubensgemeinschaften etc. Minderheiten oder Querdenker, die PW-Positionen nahestehen.

... und einer entstehenden Degrowth-Bewegung?

Über den wissenschaftlich-publizistischen Diskurs hinaus gibt es Anzeichen für eine sich nunmehr auch in Deutschland formierende PW- bzw. Degrowth-Bewegung. Dass es eine politisierte PW-Szene gibt, deutete sich bereits 2011 an, als der maßgeblich von Attac getragene Kongress »Jenseits des Wachstums?!« (Berlin, 20.-22.5.2011) über 2.500 vorwiegend junge Menschen anzog. Bestätigt wurde dies durch die internationale Degrowth-Konferenz in Leipzig (2.-6.9.2015) mit über 3.000 Teilnehmenden. Die Analyse einer Teilnehmerbefragung (mit 841 Teilnehmerinnen und Teilnehmern) zeigte, dass man auch hierzulande von einer (entstehenden) Degrowth-Bewegung sprechen kann, die »durch eine in Kernpunkten kohärente geteilte Weltsicht zusammengehalten« wird (Eversberg/Schmelzer 2015, 4).¹⁹

Diese These stützt sich vor allem auf gemeinsame Grundüberzeugungen, die u.a. in folgenden konsensualen²⁰ Statements zum Ausdruck kommen: In den Industrieländern ist eine Schrumpfung notwendig, da Wachstum ohne Naturzerstörung eine Illusion ist. Deshalb müsste hier auf Annehmlichkeiten verzichtet werden. Die notwendige Transformation zu einer PWG muss friedlich sein und von unten kommen. Sie läuft auf eine Überwindung des Kapitalismus hinaus und weibliche Emanzipation muss dabei zentrales Thema sein (ebd., 6). Dabei werden Schrumpfung und Verzicht nicht »sozial blind« radikalökologisch begründet, sondern aus einer »öko-sozialen und globalen Gerechtigkeitsperspektive« (ebd., 8). Das spezifisch Neue an dieser entstehenden Bewegung: Das eigene Leben und die eigene Praxis werden als Ansatz- und Ausgangspunkt gesellschaftsverändernden Handelns wahrgenommen (ebd., 5).

Weitere Indizien für eine sich entwickelnde Bewegung (nach Eversberg 2015): Ein beachtlicher Teil (43%) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verortet sich selbst in der Degrowth-Bewegung; außerdem sind viele miteinander vernetzt und es existiert eine hochgradig vernetzte Kerngruppe.

¹⁹ Der sehr hohe akademische Bildungsgrad der Befragten lässt die Autoren zwar vermuten, dass das Sample nicht ohne weiteres repräsentativ für die Konferenzteilnehmer bzw. für die deutsche Degrowth-Szene ist. Aber das stelle diese Einschätzung nicht infrage (ebd., 6).

²⁰ Statements wurden als konsensual klassifiziert, wenn sie von weniger als 100 Befragten abgelehnt wurden (ebd., 7)

In ihrer sozialen Struktur, ihrem Engagement und ihren Alltagspraktiken ist das Sample (nach ebd.) u.a. sehr stark akademisch geprägt;²¹ jung,²² eher weiblich (51% vs. 43%, die ihr Geschlecht mit männlich angegeben haben), großstädtisch (60%), politisch und gesellschaftlich stark und vielfältig engagiert,²³ vorwiegend in herrschaftskritischen Bewegungen aktiv. Besonderheiten im Alltagsverhalten²⁴ entsprechen dieser Zusammensetzung und dem Kongressanliegen.

Jenseits der weitgehend geteilten Grundüberzeugungen gibt es vielfältige Differenzen und Mehrheitsmeinungen werden oft von starken Minderheitenpositionen konterkariert. So betont zwar eine deutliche Mehrheit die individuelle Verantwortung für schädliche Folgen des eigenen Lebensstils, wälzt dies also nicht auf das System ab und will auch nicht auf zukünftige Gesellschaftsveränderungen warten, sondern sich in vielfältigen lokal-transformativen Praxen engagieren. Gleichzeitig aber ist strittig, wie stark individuelle Verantwortung und Alltagshandeln der Hauptansatzpunkt gesellschaftlicher Veränderungen sein könnten und sollten (Eversberg/Schmelzer, 8f.). Auch latente Spaltungslinien werden sichtbar, insbesondere zwischen »naturromantischer Zivilisationskritik vs. rationalistischem Fortschrittsoptimismus« (ebd., 15) oder zwischen

²¹ Fast zwei Drittel der Befragten hatten akademische Abschlüsse, zehn Prozent eine Promotion, die Übrigen bestanden größtenteils aus Studierenden. Auch die Eltern verfügen über einen weit überdurchschnittlichen Bildungsgrad, bezogen auf ihre Geburtsjahrgänge. Eine Dominanz von Fachrichtungen war nicht zu beobachten, eher mehrere Cluster von Fächergruppen (Sozial-, Ingenieur-, Natur-, Wirtschaftswissenschaften (Eversberg 2015, 12).

²² Die knappe Mehrheit der Befragten war jünger als 30 Jahre; ein Übergewicht der Jahrgänge 1980-1992, hier z.T. auch ein deutlich höherer Frauenanteil, hingegen gab es bei den über 60-Jährigen einen Männerüberhang.

²³ »Hoch vernetzter Bewegungskern« und »erweiterter aktivistischer Kern« (zusammen 40%) (Eversberg 2015, 15), häufig langjährige (durchschnittlich 12 Jahre) (ebd., 16) Aktivität in einer Vielfalt herrschaftskritischer Bewegungen (55% Umwelt-, 37% globalisierungskritische Bewegung, 43% Degrowth und viele andere), »traditionelle« Organisationsformen werden weniger bevorzugt, z.B. 11% sind Mitglied einer Partei (in der Gesamtbevölkerung sind es 2%, aber für eine Konferenz mit politischen Anliegen sei dies eher wenig) (ebd., 17). Häufiger in studentischen Initiativen oder Projekten alternativen Wirtschaftens engagiert (jeweils 17%). 40% gehören mindestens einer NGO an, die Hälfte davon ist regelmäßig aktiv (ebd., 18).

²⁴ Typisch innerstädtische Mobilitätsmuster: Rad häufigstes alltäglich benutztes Verkehrsmittel (83%), Auto wird weitgehend gemieden (12% – ebd., 20). Fast die Hälfte leben in WG's (ebd., 24). Fleischlose und fleischhaltige Ernährungsweisen halten sich annähernd die Waage (9% sind vegan), was im Vergleich zur Gesamtbevölkerung einen sehr hohen Anteil fleischloser Kost darstellt (ebd., 26).

»systemimmanentem technikoptimistischen Denken vs. Industrialismuskritik« (ebd., 16).²⁵

Aber diese Differenzen müssen keineswegs zu wechselseitigen Abschottungen führen. Denn gegensätzliche Auffassungen in einem Punkt werden überwölbt durch gemeinsame Einstellungen oder Mitgliedschaften und Aktivitäten in Organisationen und Initiativen. Außerdem sind die Einstellungsmuster einiger Gruppierungen so beschaffen, dass sie eine vermittelnde Rolle in der Bewegung einnehmen könnten, in einem Falle z.B. zwischen den Extremen (»naturromantische Zivilisationskritik vs. rationalistischer Fortschrittsoptimismus«). Denn hier werden zwar auch zivilisations- und industrialismuskritische Auffassungen vertreten, aber ohne »romantischen Rückzug« in Alternativgemeinschaften. Und kapitalismuskritische Einstellungen werden vertreten, ohne die »spirituellen Dimensionen unseres Lebens« zu negieren und ohne auf einen »theoretisch-stimmigen Gegenentwurf« zu warten. Deshalb sei gerade diese »Fraktion« inhaltlich und sozial (z.B. hoher Grad interner Vernetzung und multiaktivistische Zugehörigkeiten) prädestiniert, »Katalysator der Wahrnehmbarkeit von Degrowth als Allianz ihrer unterschiedlicher Strömungen« (ebd., 27) zu sein.

Und schließlich zeigen nicht nur die Erfahrungen des Leipziger Kongresses, dass es eine achtsame, argumentative Kultur des Umgangs mit Differenzen gibt, was für die Attraktivität einer solchen sich formierenden Bewegung sehr wichtig ist.

4.3 Heterogenität der Akteure als bewegungspolitische Wachstumschance?

All dies vorausgesetzt, begünstigt diese Heterogenität der PW-Bewegung und -Szene ihre Kommunikationsfähigkeit für Brückenschläge in unterschiedliche Milieus und Denkrichtungen. So ist z.B. eine Gruppierung technikoptimistischer und weniger radikal wachstumskritisch eingestellt als der Durchschnitt und sie grenzt sich auch nicht so strikt von konservativem Gedankengut ab. Das könnte es diesen Personen erleichtern, Dialoge und punktuelle Allianzen mit Wachstums skeptikern unter den »ökologischen Modernisierern« zu entwickeln und den Bazillus der Wachstumskritik in dieses einflussreiche Milieu zu tragen. Außerdem

²⁵ »Rationalistischer Fortschrittsoptimismus« und »Technikoptimismus« deuten m.E. darauf hin, dass es sich eher um Degrowth-interessierte »ökologische Modernisierer« handelt, die sich selbst der Degrowth-Bewegung zurechnen oder von den Autoren der Studie zu ihr gerechnet werden.

vermute ich hier nachhaltigkeits-desillusionierte Personen, die einst selbst von ökomodernen Positionen aus gestartet sind.

Andere »Fraktionen« können aufgrund von Herkunft, Entwicklungsweg, Einstellungen, aktuellen Mitgliedschaften oder Engagement besser in andere Szenen wachstumskritisch hineinwirken, so z.B. in die traditionelle linke Szene oder in das mit Bezug auf den PW-Diskurs schwierige Gewerkschaftslager.

Aber es gibt noch einen weiteren Aspekt. Im Unterschied zu anderen gesellschaftskritischen Bewegungen und Initiativen besitzt PW kein klar abgrenzbares, »handgreifliches« Konflikt- oder Praxisfeld als Gegenstand für Aktionen, konkrete politische Forderungen etc. Das schließt zwar symbolische Aktionen gegen besonders symptomatische Auswüchse des »Wachstumswahns« (Großprojekte, Werbung, neue Braunkohle-Tagebaue etc.) nicht aus. Aber der spezifische Gegenstand von Wachstumskritik sind grundlegende kulturelle und strukturelle Ursachen, Mechanismen, Dynamiken, die querschnittsartig den von anderen Bewegungen »bearbeiteten« Problemen und Konflikten zugrunde liegen, seien es Klima, Umwelt, Demokratie oder Tierschutz, aber auch Arbeitszeit, Stress, Burnout usw. Für all diese Problemfelder ließen sich wesentliche Zusammenhänge zu Wachstumszwängen analytisch aufzeigen. PW steht zudem für radikale Reformen und Alternativen, welche die Reproduktion von Wachstumszwängen schwächen oder aufheben.

Insofern ist PW natürlicher Partner, roter Faden oder auch Dach²⁶ eines breiten, thematisch kaum eingrenzbaaren Spektrums von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteuren, die in diesen Konfliktfeldern agieren. Dass viele PW-Bewegte aus solchen Zusammenhängen kommen, sich dort politisiert und radikalisiert haben und noch aktiv sind, kann die transformativen Potenziale beider Seiten stärken. Hier liegt auch die Chance, die Akteursbasis von PW durch Allianzen zu erweitern.

Kurzum: Die thematische Spezifik von PW bietet Chancen für einen weiten Wirkungsradius in einem vielfältigen Spektrum von Akteuren und AktivistInnen. Diese diskursiv oder durch die Gewinnung neuer AnhängerInnen und AllianzpartnerInnen zu nutzen, dafür ist eine heterogene PW-Szene und -Bewegung eine förderliche Bedingung. Realistisch vorstellbar scheint mir der erstrebte – basisdemokratisch wesentlich von unten vorangetriebene, friedliche, kulturell fundierte, vermutlich sehr langwierige, fehlerfreundlich-tastende – Wandel ohnehin nur als von

²⁶ Ausführlicher zu integrativen und mobilisierenden Potenzialen von PW vgl. Adler (2015).

einer sehr weit gefächerten Allianz von sozialen, politischen, weltanschaulich-religiösen Bewegungen, Gruppierungen und Strömungen getragener Prozess. Um allerdings aus Heterogenität Stärke nach innen und außen zu gewinnen, ist die Fähigkeit der PW-ProtagonistInnen gefragt, offen, achtsam und produktiv mit ihrer sozialen, kulturellen und politischen Vielfalt umzugehen und »falsche Gegensätze« zu vermeiden.

4.4 Strategien des Wandels zu PW – alternativ ...

Dass es in der Frage nach den geeigneten Wegen und Strategien vom Heute in eine PWG unterschiedliche Präferenzen gibt, kann angesichts der angedeuteten Vielheit der Akteure und Strömungen nicht überraschen. Wichtig ist, dass eine sich entwickelnde Bewegung als Ganzes das Repertoire ihrer transformativen Wirkungschancen ausschöpft und möglichst viele Akteure dabei etwas »nach ihrem Geschmack« finden und unfruchtbar wertende Gegenüberstellungen vermieden werden.

Diskutiert werden vor allem vier Strategien, den PW-Wandel zu befördern:

- *Aufklären*: die herrschende Ordnung, ihre Wirtschafts- und Lebensweise *delegitimierend* kritisieren als nicht in Zeit und Raum übertragbar, als parasitär, die eigenen zivilisatorischen Grundlagen zerstörend. *Attraktive Visionen*, Bilder und Geschichten entwickeln, die Alternativen verdeutlichen und zeigen wie Wirtschaft und Gesellschaft, ein gutes Leben für alle, aussehen könnten. *Spielräume* für transformatives politisches Handeln in unterschiedlichen Formen, für Innovationen oder Selbstveränderungen in Richtung PWG verdeutlichen. Das zu Verändernde auch als Einladung, sich selbst als Teil des beklagten Problems zu begreifen und durch »Selbstdenken« (Welzer 2013) zum Akteur zu werden.
- *PW-Praktiken* in Nischen erproben, vorleben, damit zeigen, dass Alternativen selbst im bestehenden Rahmen prinzipiell und durch Selbstermächtigung in begrenztem Maße möglich sind.
- Durch politische *Kämpfe* und Druck von unten Spielräume für Experimente und Reformen erweitern, dabei Selbstwirksamkeit erfahren.
- Über radikale *Reformen* Machtkonstellationen und Institutionen so verändern, dass Ergebnisse der o.g. Strategien befestigt werden und als günstigere Ausgangs- und Rahmenbedingungen für weitere Transformationen fungieren.

Für manche AutorInnen und Akteure sind die bereits erwähnten herausragenden *Ereignisse* (auch als Katastrophe, Krise, Kollaps) wichtig als Katalysatoren des Wandels. Spätestens seit den unterschiedlichen Effekten

von Fukushima in Deutschland und Japan wissen wir allerdings: Was sie längerfristig bewirken, hängt stark ab vom jeweiligen sozio-politischen und kulturellen Umfeld. In diesem Fall vor allem von der Stärke der AKW-Bewegung und dem Vorhandensein alternativer Energieerzeuger.

Hauptsächlich zwei Ansätze werden in der Postwachstumsdebatte kontrovers diskutiert.

In Variante A kommt das erhoffte Neue in die Welt vor allem in Gestalt einer radikal alternativen, gemeinschaftlich gestalteten *Parallelgesellschaft*, die sich bottom up von Nischen, herrschaftsarmen Schutzzräumen ausgehend *neben* den bestehenden Institutionen und weitgehend unabhängig von ihnen entfaltet. Gleichgesinnte mit öko-korrekten Lebensstilen, solidarischen Haltungen oder antikapitalistischen Überzeugungen experimentieren avantgardistisch gemeinschaftlich mit neuen gesellschaftlichen Formen. Für politische Forderungen und Reformen beharrlich zu kämpfen, sei eher Zeitverschwendung. Besser wäre es anzufangen, den eigenen Lebensstil zu ändern oder kollektiv alternative Unternehmungen zu starten. Denn die Politik eilt in unserem System dem kulturellen Wandel hinterher. Politische Akteure konkurrieren um Wählerstimmen in der »Logik von Konsumdemokratien«, also im »Überbietungswettbewerb« im Versprechen von noch mehr materiellen Selbstverwirklichungsmöglichkeiten (Paech 2012a; Paech 2012b). Wer als erster ausbricht, riskiere politischen Selbstmord.²⁷ Auswege seien nur systemextern möglich – sei es durch Krisen erzwungen oder durch eine nicht mehr in der Konkurrenz um Wählerstimmen zu ignorierende Attraktivität alternativer Lebensstile, was allerdings vor dem Systemkollaps wenig wahrscheinlich sei. Deshalb wäre die bis dahin realistischere Strategie eine »dezentrale und autonome Entwicklung vieler Rettungsboote« (Paech 2012a, 217), um den Kollaps dann gestalten zu können.

Oder aber geht der fundamentale PW-Wandel – wie in Variante B – nur über eine buchstäbliche »Trans-Formation«, also eine schrittweise *Umwandlung des Bestehenden*, der existierenden Institutionen (Lesenich 2014)? Gefragt sind hier Akteure, die die Mühen der Ebene und den berühmten »Marsch durch die Institutionen« auf dem Weg zu struk-

²⁷ Der nicht sehr erfolgreiche Veggie-Day-Vorschlag der Grünen im Bundestags-Wahlkampf 2013 scheint dies zu bestätigen. Wer jedoch als erster mit zukunftsfähigen, aber riskanten Ideen politisch antritt, hat eventuell auch den Vorteil des »first movers«, kann z.B. als authentischer politischer Repräsentant des jeweiligen Anliegens gelten, wie dies bei Ökologiethemata für Bündnis 90/Die Grünen gilt.

turellen, nicht-reformistischen *Reformen* nicht scheuen. Eine Umgestaltung der Wachstumsgesellschaft sei auch nicht ohne deren politische Akteure oder gegen ihren Willen – vor allem auch der Gewerkschaften – zu bewerkstelligen (ebd.). Den Protagonisten von A werden zwar edle Motive konzediert, ihr Konzept sei jedoch nicht transformativ, zeitige bestenfalls systemisch parasitäre »Inseln im Meer kapitalistischer Produktionsweise« (ebd.). Es sei ein Minderheitenprogramm, jedoch kein verallgemeinerungsfähiges gesellschaftliches Veränderungsprojekt, kein Vorbote einer gesamtgesellschaftlichen Produktionsalternative (ebd.). Zudem wäre es sozial unsensibel, brandmarke »das Streben nach Verteilungsgerechtigkeit umstandslos als Triebkraft eines ökologisch zerstörerischen Konsumerismus« (Dörre et al. 2014, 549) und übersehe transformative subjektive Potenziale bei den »ganz normalen Menschen«, den »arbeitenden ProduzentInnen«, ignoriere somit wichtige Anknüpfungspunkte für Bündnisse (Lessenich 2014). Zudem fehle es A an einer Kapitalismusanalyse (Dörre/Lessenich 2014).

... oder komplementär?

Beide Strategien haben ihre spezifischen transformativen Potenziale, die sich produktiv ergänzen können. Keine ist in der Lage, alle potenziellen Akteure zu mobilisieren. Kritikwürdig ist eher die Tendenz, die eigene Position zu verabsolutieren und andere Sichtweisen pauschal abzuwerten. Das möchte ich an wenigen Punkten illustrieren.

Die Stärke von Position A sehe ich u.a. darin, dass sie einem Bedürfnis vieler jüngerer AktivistInnen entspricht, in einem überschaubaren Zeitraum und Bereich einen sichtbaren Beitrag zu einem für sinnvoll erachteten, auch theoretisch begründbaren Wandel zu leisten und dies auf eine gemeinschaftliche, basisdemokratisch organisierte Weise zu tun. Dabei kann es sich um eine biografische Passage handeln (ebenso wie bei Position B), in der Selbstwirksamkeit und neue, politisch wichtige Erfahrungen gewonnen werden, die eben auch eine persönliche Dynamik hin zu anderen Sichtweisen auslösen können. Neue Formen von Entscheidungsfindung und des Zugangs zu Gütern, von lokaler Eigenversorgung etc. können erfunden, erprobt, am eigenen Leibe erfahren und als Argument gegen Alternativlosigkeit in politische Debatten eingebracht werden. Wird das »Experiment« als Sackgasse erfahren, so können die hier erworbenen Fähigkeiten auch für andere Formen von Engagement nützlich sein. Vor allem aber können von solchen Initiativen und Gemeinschaften wichtige Impulse für einen kulturellen Wandel ausgehen. Sind wahlrelevante Minderheiten erreicht und schließen sich

dem auch größere Verbände an, so erhöht dies den Druck auf die offizielle Politik, mit institutionellen Reformen zu reagieren und verringert das Risiko von Parteien, entsprechende Themen aufzugreifen.

Die Gefahr, dass sich werte- und überzeugungsbasierte Gemeinschaften subkulturell abkapseln, ist real, aber nicht zwangsläufig. Ebenso können sie sich öffnen, in ihr Umfeld ausstrahlen, sich an politischen Aktivitäten beteiligen und in sich ein gewisses Spektrum unterschiedlicher Lebensstile akzeptieren (z.B. Ökodorf SiebenLinden).

Zutreffend auch der Hinweis, dass die in Alternativ-Milieus entwickelten Innovationen entgegen den Intentionen ihrer Erfinder systemimmanent, Wachstum befördernd »transformiert« werden können, wie dies bei Formen der Share-Economy zu sehen ist. Dieses Risiko ist aber kaum vermeidbar und gilt auch für andere transformative Strategien. Ob die als nicht-reformistisch intendierten Reformen tatsächlich System verändernd wirken, lässt sich oft erst im historischen Nachhinein beurteilen.

Dass es sich um ein Minderheitenprogramm handelt, ist richtig, sofern damit AutorInnen und Akteure gemeint sind. Dies scheint mir aber der Normalfall für das Anfangsstadium tiefgreifenden Wandels zu sein. Daraus kann aber nicht umstandslos gefolgert werden, dass es sich auch um ein Programm *nur für* Minderheiten, etwa akademisch gebildete Mittelschichten, handelt. Dieser Vorwurf bedarf des Nachweises und wäre auch nur dann berechtigt, wenn das kritisierte Konzept mit universellem Anspruch auftritt. Ansonsten wäre der (Pauschal-)Vorwurf eher ein Fall (unbeabsichtigter) Stigmatisierung (z.B. als »zeitgeistige Mittelschichtsbewegung«), überspitzt formuliert somit einer jener distinktiven Mechanismen, vermittels derer sich die Ungleichheitsverhältnisse gegen Kritik und transformative Allianzen immunisieren.

Für die in Position B hervorgehobene Bedeutung des gezielten Wandels bestehender Institutionen und etablierter politischer Großakteure (Parteien, Gewerkschaften, Verbände etc.) gibt es triftige Gründe, die von Wachstumskritikern unterschiedlicher Positionen (Jackson 2011; Sarkar 2009; Seidl/Zahrnt 2010) betont werden: Zumindest für den Übergang in eine PWG seien aktive Institutionen und vor allem Regierungen unverzichtbar, die politische Strategien für den umfassenden Wandel entwickeln und ihn anstoßen (Jackson 2011). Weil der Wachstumswang auf vielfältige Weise strukturell verankert sei, müssten seine Ursachen durch strukturelle Reformen angegangen werden. Ein kompletter System-Umbau, die Abschaffung der alten Institutionen wäre eine Gefahr für die zivilisierte Ordnung. Besser sei eine mühsame Umgestaltung

der Gesellschaft über viele kleine Schritte (ebd., 171). Entscheidendes in Richtung Reduktion könnten dem neoliberal vermarktlichten Wirtschaftssystem nur von außen politisch aufgezwungen werden, ebenso systemische Effizienzen (Thie 2013) etwa durch »suffiziente« Infrastrukturen. Der Wirtschaft politisch vorgegebene und langfristig zuverlässige Rahmendaten (Schön 2013) können den Widerstand gegen politisch induzierten Strukturwandel reduzieren.

Institutionelle Reformen durch »viele kleine neue Gesellschaftsverträge« (Biesecker/Hofmeister 2013) können die Ergebnisse von Innovationen, die auf Druck von unten, durch Kämpfe, veränderte Kräfteverhältnisse oder durch die in Position A hervorgehobenen Experimente ermöglicht wurden, institutionell befestigen, somit für eine Zeit lang festschreiben. Zugleich können dadurch wiederum günstigere Ausgangsbedingungen für weiteren sozialen oder kulturellen Wandel von unten entstehen.

Abstrakte, je eine Seite abwertende Gegenüberstellungen der Transformationsfähigkeit durch Druck, Kämpfe, kulturellen Wandel »von unten« mit jener durch politische Reformen etc. »von oben« sind somit unfruchtbar. Das Verhältnis ist eher komplementär; beides können Wege zu einer PWG oder zu transformationsfähigen Institutionen sein. Entscheidend ist, wie den beteiligten Akteuren ein Zusammenspiel beider Momente gelingt, das die jeweiligen Stärken zur Geltung bringt. Die Frage, wovon der intendierte Wandel jeweils stärker befördert werden kann, ist nur mit Blick auf die jeweilige Situation sinnvoll zu stellen.²⁸

5. Ein spekulativer Deutungsversuch

Was könnte die Debatte um Postwachstum insgesamt bedeuten?

Ein historischer Entwicklungspfad, der mit der westlichen Moderne begann, in der industriell-kapitalistischen Revolution und mit der Nutzung fossiler Energiequellen seinen Aufschwung nahm, kommt in den früh industrialisierten Ländern in einem längeren, konfliktreichen Ausklang an sein Ende.

Ein zivilisatorisches Erfolgsmodell hat seine »historische Mission« erfüllt: Durch produktivistisch-expansionistische Naturbeherrschung und universelle Produktivkraftentwicklung schuf es Voraussetzungen, die

²⁸ So wäre die allgemeine Frage, ob die Anti-AKW-Bewegung *oder* das EEG stärker zum Atomausstieg beigetragen haben, wohl kaum sinnvoll zu beantworten.

Menschen von ihrer Subordination unter Naturgewalten und borniert-gemeinschaftliche Sozialbeziehungen zu befreien, um Grundbedürfnisse für alle zu sichern und zugleich eine Hochkultur hervorzubringen. Diese und andere zivilisatorischen Errungenschaften sind durch die akkumulierten Nebenfolgen und »Kehrseiten« weiteren »Fortschreitens« auf diesem Pfad bedroht.

Damit öffnet sich für unbestimmte Dauer ein Möglichkeitsfenster für einen Entwicklungsraum, in dem menschliche (Fähigkeits-)Entwicklung als Selbstzweck gilt. Dies ist zugleich ein Kampffeld um sehr unterschiedliche Zukünfte. Dass die Idee einer PWG von den verschiedensten Richtungen aufgenommen und ausbuchstabiert wird, ist ein Indiz dafür. Eine emanzipatorische PWG ist *eine* der umkämpften realen Möglichkeiten. Sie entspricht Visionen großer Ökonomen und Denker – J. St. Mill, K. Marx, J.M. Keynes. Sie alle – selbst A. Smith – gingen davon aus und hatten den Traum, dass die Entfesselung der Produktivkräfte ein Durchgangsstadium ist, nicht das letzte Wort menschlicher Geschichte und Entwicklung. Jenseits dessen sahen sie kein Paradies, wohl aber ein Reich der Freiheit.

Literatur

- Adler, Frank (2014): Öko-effiziente technologische Innovation – Der Ausweg aus der Öko-Krise? Kritische Anmerkungen zum Geltungsanspruch des Konzepts »Ökologische Modernisierung«. In: Bemann, Martin/Metzger, Birgit/Detten, Roderich von (Hrsg.): Ökologische Modernisierung: Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main, 161-179
- Adler, Frank (2015): Transformationsperspektive »Postwachstumsgesellschaft«. In: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.): Transformation im 21. Jahrhundert: Theorie, Geschichte, Fallstudien. I. Halbband, Abhandlungen der Leibniz-Soziologie der Wissenschaften. Berlin, 225-264
- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2012): »Nachhaltiges Wachstum« oder »Postwachstumsgesellschaft«? In: Forum Wissenschaft, (2), 8-12
- Altwater, Elmar (2013): Wachstum, Globalisierung, Anthropozän. Steigerungsformen einer zerstörerischen Wirtschaftsweise. In: Emanzipation, (3, Jg. 1), 71-88
- Altwater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006): Solidarische Ökonomie: Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, Hamburg
- Altwater, Elmar/Zeller, Christian (2011): Christian Zeller im Gespräch mit Elmar Altwater: »Wer von der Akkumulation des Kapitals nicht reden will, soll zum Wachstum schweigen«. In: Emanzipation 1 (1), 1-20

- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2013): (Re-)Produktivität als Kategorie vorsorgenden Wirtschaftens. In: Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens (Hrsg.): Wege vorsorgenden Wirtschaftens, Marburg
- Binswanger, Mathias (2006): Why does income growth fail to make us happier? In: The Journal of Socio-Economics, Vol. 35 (2), 366-381
- Binswanger, Hans Christoph (2009): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg
- Binswanger, Mathias (2013): Der Kampf gegen Tretmühlen. In: Baustelle Zukunft. Die große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, 31. Jg. (133), 51-57
- Blaschke, Roland (2012): Postwachstumsgesellschaft und Grundeinkommen. In: Woynowski, Boris (Hrsg.): Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende, Arbeitsberichte, Freiburg, 135-149
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg, 78-93
- Brie, Michael (2015a): Beiträge zur kritischen Transformationsforschung – ein erster Überblick über den Diskussionsstand. In: Brie, Michael (Hrsg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?, Beiträge zur kritischen Transformationsforschung, Hamburg, 7-29
- Brie, Michael (2015b): Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi, Hamburg
- Brie, Michael (2014): Transformationen des Reichtums – Reichtum der Transformationen. In: Futuring: Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, 7-29
- Bude, Heinz (2015): Gesellschaft der Angst, Hamburg
- Candeias, Mario (2012): Szenarien grüner Transformation. In: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Paper der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 135-150
- Crutzen, Paul J. (Hrsg.) (2011): Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang: Energie und Politik im Anthropozän, Berlin
- Demaria, Federica/Schneider, François/Sekulova, Filka/Martinez-Alier, Joan (2013): What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement. In: Environmental Values (22), 191-215
- Denkwerk Zukunft (2015): Newsletter Nr. 7
- Dörre, Klaus (2011): Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik. Eine Ideenskizze. In: Initial, Vol. 22 (4), 56-72
- Dörre, Klaus/Holst, Hajo/Matuschek, Ingo (2014): Zwischen Firmenbewusstsein und Wachstumskritik. Empirische Befunde aus einem Industriebetrieb. In: WSI-Mitteilungen: Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (7), 543-550
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan (2014): Grenzen des Wachstums – Grenzen des

- Kapitalismus? In: WSI-Mitteilungen : Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (7), 556-567
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2015): Lob der Gleichheit. Warum die Postwachstumsgesellschaft umverteilen muss. In: *Le Monde diplomatique/ Kolleg Postwachstumsgesellschaften* (Hrsg.): *Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr*, Berlin, 160-161
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik: eine Debatte*, Frankfurt am Main
- Eversberg, Dennis (2015): Erste Ergebnisse der Teilnehmerbefragung zur Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig – ein Überblick über Zusammensetzung, Engagement und Alltagspraktiken der Befragten
- Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias (2015): *Degrowth: Kapitalismuskritik muss praktisch werden! Grundkonsens und Differenzen einer entstehenden Bewegung* (Entwurf, Stand: Juni 2015)
- Felber, Christian (2012): *Gemeinwohl ist Gewinn*. In: Woynowski, Boris (Hrsg.): *Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende*, Arbeitsberichte, Freiburg, 183-187
- Fücks, Ralf (2013): *Öko-Biedermeier vs. Ökologische Moderne: Die grüne Revolution*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (8), 57-65
- Gronemeyer, Marianne (2004): *Konsumismus und Bedürfnisse*. In: *Almanach*, 1-4
- Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2012): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Bielefeld
- Hirsch, Fred (1980): *Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise*, Reinbek bei Hamburg
- Huber, Joseph (2011): *Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation*. In: Groß, Matthias (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*, Wiesbaden, 279-302
- Huber, Joseph (2012): *Ökologische Modernisierung*. In: Woynowski, Boris (Hrsg.): *Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende*, Arbeitsberichte, Freiburg, 236-242
- Jackson, Tim (2011): *Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, München
- Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Hamburg
- Klein, Dieter (2015): *Fähig zu progressiver Transformationspolitik? Die Machteliten angesichts globaler Großgefahren*. In: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.): *Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien. II. Halbband, Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften*, Berlin, 265-299
- Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015): *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden
- Krämer, Ralf (2010): *Wachstumskritik oder sozialistische Politik? (Supplement)*. In: *Sozialismus* (7-8)
- Lang, Eva/Wintergerst, Theresia (2013): *Das gute lange Leben. Wie unsere alternde Gesellschaft eine Zukunft haben kann*. In: *Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften* (Hrsg.): *Wege vorsorgenden Wirtschaftens*, Marburg

- Latouche, Serge (2010): Degrowth. In: *Journal of Clean Production*, 519-522
- Latouche, Serge (2015): Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. Dt. Erstausg., hrsg. von Niko Paech, München
- Lessenich, Stephan (2014): Ab in die Produktion oder der diskrete Charme der Ökonomie. In: *WSI-Mitteilungen: Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung* (7), 566-567
- Meadows, Dennis L./Meadows, Donella H./Zahn, Erich/Milling, Peter (1973): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Ungekürzte Ausg., Reinbek b. Hamburg
- Miegel, Meinhard (2009): *Exit: Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin
- Müller, Christa/Paech, Niko (2012): Suffizienz & Subsistenz. Wege in eine Postwachstumsökonomie am Beispiel Urban Gardening. In: Woynowski, Boris (Hrsg.): *Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende*, Arbeitsberichte, Freiburg, 262-268
- Muraca, Barbara (2014): *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*, Berlin
- Neelsen, John P. (2014): Die Zeit wird knapp. In: *RosaLux* (2), 14-15
- Nussbaum, Martha C. (2000): *Women and Human Development: The Capabilities Approach*, Cambridge
- Paech, Niko (2005): *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie*, Marburg
- Paech, Niko (2012a): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München
- Paech, Niko (2012b): *Postwachstumsökonomie*. In: Woynowski, Boris (Hrsg.): *Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende*, Arbeitsberichte. Freiburg, 315-320
- Paqué, Karl-Heinz (2010): *Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus*, München
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München
- Polanyi, Karl (1995): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944]*, Frankfurt am Main
- Pongratz, Sabine/Baier, Andre (2014): *Demokratische Konversion von Technik und Unternehmen*, Berlin: unveröff. Ms.
- Reißig, Rolf (2014): Transformation – ein spezifischer Typ sozialen Wandels. In: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring: Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, 50-100
- Reißig, Rolf (2015): Neue Transformationen – eine theoretische Konzeptualisierung und gesellschaftliche Problematisierung. In: Brie, Michael (Hrsg.): *Mit Reallutopien den Kapitalismus transformieren?, Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2*, Hamburg, 107-141
- Rockström, J./Steffen, W. et al. (2009): A safe operating space for humanity. *Nature*, No. 461, 472-475
- Rosa, Hartmut (2012): *Beschleunigung und Wachstum. Externe Triebkräfte so-*

- zialer Beschleunigung. In: Woynowski, Boris (Hrsg.): *Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende, Arbeitsberichte, Freiburg*, 103-116
- Rosa, Hartmut (2013): *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung: Umriss einer neuen Gesellschaftskritik*, Berlin
- Rosa, Hartmut (2015): *Verdichtete Zeit*. In: *Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr*, 42-43
- Sachs, Wolfgang (1993): *Die vier E's: Merkposten für einen maßvollen Wirtschaftsstil*. In: *Politische Ökologie*, 11. Jahrgang, München, 69-72
- Sarkar, Saral (2009): *Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie*, Köln/Mainz
- Schachtschneider, Ulrich (2014): *Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit: Mit dem ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle*, München
- Scherhorn, Gerhard (2011): *Die Politik entkam der Wachstumsfalle. Ein Bericht aus dem Jahre 2050*. In: *Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?*, Frankfurt am Main, 64-102
- Schneidewind, Uwe/Zahrnt, Angelika (2013): *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*, München
- Schön, Max (2013): *Schluss mit Ping-Pong*. In: *Baustelle Zukunft: Die große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, Politische Ökologie*, 31. Jahrgang, München
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.) (2010): *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*, Marburg
- Sen, Amartya (2009): *The idea of justice*, Cambridge, Massachusetts
- Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2013): *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*, München
- Stengel, Oliver (2012): *Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise*. In: *Woynowski, Boris (Hrsg.): Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende, Arbeitsberichte, Freiburg*, 284-296
- Studer, Hans-Peter (2010): *Gesundheitswesen als kosteneffizientes Solidarsystem mit Eigenverantwortung*. In: *Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft, Ökologie und Wirtschaftsforschung, Marburg*, abrufbar unter: www.metropolis-verlag.de/Gesundheitswesen-als-kosteneffizientes-Solidarsystem-mit-Eigenverantwortung/12214/book.do
- Thie, Hans (2013): *Rotes Grün: Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft*, Hamburg
- Voß, Elisabeth (2012): *Solidarische Ökonomie als Alternative zur Wachstumswirtschaft*. In: *Woynowski, Boris (Hrsg.): Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende, Arbeitsberichte, Freiburg*, 173-182
- WBGU (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, abrufbar unter: www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/ (letzter Zugriff: 27.3.2013)
- Welzer, Harald (2011): *Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*, Berlin

Welzer, Harald (2013): Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand, Frankfurt am Main

Wilkinson, Richard G./Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin

Wright, Erik Olin (2015): Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren. In: Brie, Michael (Hrsg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2. Hamburg, 59-106

Lutz Brangsch

Entwicklung, Revolution, Reform und Transformation

Eine ideengeschichtliche Skizze

In den Diskussionen über gesellschaftliche Veränderungsprozesse klappt meist eine Lücke zwischen beschriebenen Handlungsnotwendigkeiten einerseits und dem wahrscheinlichen und tatsächlichen Handeln der Subjekte von Gesellschaftsveränderung. Marx brachte dieses Problem bereits 1845 in seiner dritten Feuerbachthese auf den Punkt:

»Die materialistische Lehre, dass die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergisst, dass die Umstände eben von den Menschen verändert werden und dass der Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über der Gesellschaft erhaben ist (z.B. bei Robert Owen). Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefasst und rationell verstanden werden.« (Marx 1845, 5f.)

Die von Marx hier beschriebene Konstellation fordert dazu heraus, über das Verständnis aller Komponenten und Seiten eines gesellschaftlichen Veränderungsprozesses nachzudenken – über das Verständnis von Entwicklung und Veränderung, über das Verständnis der handelnden Akteure, über die Frage, wodurch gesellschaftliche Brüche ausgelöst werden, unter welchen Bedingungen sie sich verstetigen, wie sie folgende Entwicklungen prägen und welche Rolle dabei historische Zufälle spielen. Alle diese Fragen sind eng miteinander verbunden. *Jede einzelne* Antwort bzw. Veränderung modifiziert den Blick auf *alle anderen* der genannten Probleme. Tatsächlich konnten sich emanzipatorisch definierende Bewegungen bisher nie aus der von Marx beschriebenen Falle lösen. Der von ihm als begrenzt kritisierte »Erhabenheitsanspruch« reproduziert sich bis auf den heutigen Tag, mag er sich wie auch immer maskieren. Neben der bereits angesprochenen Frage des Verständnisses der einzelnen Komponenten des Veränderungsverständnisses steht also die Frage nach dem Vermittelnden, nach dem, was »umwälzende Praxis«, was »Fassen und rationelles Verstehen« bedeuten kann. Wie sind die Prozesse, in denen Gesellschaftsveränderung, Naturveränderung

und Selbstveränderung der Subjekte zusammenfallen, zu beschreiben? Welche Rolle können dabei Organisationen spielen, die eben nicht »erhaben« sein wollen? Wie können Organisationen überhaupt der »Erhabenheitsfalle« entgehen, ohne dabei funktionslos zu sein?

Transformationsbegriff

Betrachtet man Entwicklung als sprunghaften Wechsel von Qualitäten und verliert dabei die Phasen quantitativer, molekularer Veränderungen aus dem Blick (siehe auch Candeias 2011; Candeias 2014), entsteht »Erhabenheit«, die aus einem Scheinwissen abgeleitet ist. Die Entgegensetzung von Reform und Revolution ist ein Beispiel eines solchen Herangehens. Die Vermittlung von beidem ist das Entscheidende. Diese Vermittlung soll hier als Transformation bezeichnet werden. Dabei knüpfen wir an das von Marx in den Grundrissen beschriebene Entwicklungsverständnis an: »Dies organische System selbst als Totalität hat seine Voraussetzungen, und seine Entwicklung zur Totalität besteht eben [darin], alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen. Es wird so historisch zur Totalität. Das Werden zu dieser Totalität bildet ein Moment seines Prozesses, seiner Entwicklung.« (Marx 1983, 203) Bloßes Wissen um Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung bedeutet dementsprechend bestenfalls Wissen um Tendenzen. Ob und in welcher Form sich Tendenzen durchsetzen, hängt von einer Unzahl von Bedingungen (Wirkungsbedingungen) einschließlich historischer Zufälle ab. Selbst wenn dieses Feld sorgfältig analysiert ist, weiß man, abgesehen von groben Umrissen, nichts über das Ergebnis bestimmter Entwicklungsprozesse, noch nicht einmal Genaueres über Stufen auf dem Weg selbst. Gleiches gilt von den durch das Handeln der Menschen veränderten Bedingungen zukünftiger, anschließender Prozesse. Georg Lukács hob die Bedeutung der Analyse von Veränderungen unter diesem Gesichtspunkt des Unsicheren, Fließenden hervor, das er als »Geradesosein« bezeichnete. Er betonte, dass bei den Klassikern des Marxismus das »Geradesosein gesellschaftlich-geschichtlicher Phänomene niemals methodologische Gegensätze, vielmehr [...] eine untrennbare dialektische Einheit« bildeten. Geradesosein sei »eine gesellschaftlich-geschichtliche Kategorie, die notwendige Erscheinungsweise des widerspruchsvollen Zusammenspiels der [...] jeweils wirksamen ökonomisch-socialen Kräfte innerhalb eines gesellschaftlichen Kampfes auf einer bestimmten Stufe sei-

ner [...] historischen Entwicklung. Für Theorie und Praxis ist also die Erkenntnis der besonderen Gesetzlichkeit des Geradesoseins (zumindest) ebenso [...] wichtig wie die der allgemeinen Bestimmungen und Gesetzlichkeiten.« (Lukács 1985, 23)

Bertolt Brecht als politischer Künstler forderte in diesem Sinne in einem Brief an Karl Korsch, die »ganze Entwicklung« und den Bruch, zu dem sie führte zu sehen, »weil soviele neue Zeitalter entstehen, wenn alles beim alten bleibt«. (Brecht 1983, 366) Es ist bedenkenswert, dass die Betrachtung von Transformationsprozessen gerade in künstlerischer viel weiter entwickelt ist als in politischer oder auch theoretischer Hinsicht.¹ Die Kollision des Hergebrachten, meist in individuellen Schicksalen manifest, mit dem Neuen ist einer der klassischen Gegenstände künstlerischer Darstellung bzw. Erkenntnis.

Der Begriff »Transformation« wird hier unter dem Gesichtspunkt der in ihm zusammenfallenden theoretischen und praktischen Fragestellungen in drei Bedeutungen diskutiert werden – als Beschreibung einer bestimmten Art/Seite gesellschaftlicher Entwicklung (Transformation als Weise gesellschaftlicher Veränderung), als Beschreibung einer bestimmten politischen Strategie (Transformationsstrategie) und als ein Analyseansatz, der gesellschaftliche Entwicklung unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkt untersucht (Transformationsforschung).

Transformationsforschung

Transformationsforschung untersucht gesellschaftliche Veränderungsprozesse unter dem Gesichtspunkt der molekularen Veränderungen, die zu qualitativen Brüchen führen. Manfred Kossok stellt im Zusammenhang mit dem Verständnis bürgerlicher Revolutionen fest: »Da keine Revolution tabula rasa macht, nicht eine Stunde Null darstellt, wo alles von neuem und quasi aus dem Nichts beginnt, gilt es folglich, auch jenen Elementen nachzuspüren, die als ›Muttermales‹ der vorrevolutionären Zeit übernommen werden.« Er fordert, dass für ein fundiertes Urteil über Veränderungsprozesse der gesamte Umwälzungsprozess,

¹ Verwiesen sei auf das Stück »Blaue Pferde auf rotem Gras« von Michael Schatrow, Brechts Lehrstücke oder sein Tui-Fragment, auf Peter Weiss' Ästhetik des Widerstandes oder heute auf Dietmar Dath. Der bürgerliche Bildungsroman und die revolutionär-proletarische Literatur der 1920er Jahre sind in diesem Sinne gleichermaßen als »Transformationsliteratur« zu verstehen.

»von den frühen Anfängen bis zu dessen Beendigung« zu analysieren sei (Kossok 2000, 226f.). Kossok steht hier in einer Theorietradition, die sich von Marx' Konzept der ursprünglichen Akkumulation über Luxemburgs »Akkumulation des Kapitals« (Luxemburg 1913, insbesondere S. 319ff.) über Bucharin »Ökonomik der Transformationsperiode« (Bucharin 1990) bis in die Gegenwart hinzieht. Wie andere AutorInnen auch formuliert er aber mit dem Verweis auf »Muttermale« eine herausfordernde theoretische und praktische Aufgabe.

Transformationsforschung in diesem Sinne stellt die Frage, wie durch Veränderungen im Rahmen der gegebenen, hier: der kapitalistischen Gesellschaft, durch das praktische Handeln von Menschen Bedingungen entstehen, die qualitative Veränderungen bewirken und über den Kapitalismus hinausweisen. Sie untersucht, welche *Möglichkeiten* in diesem politischen Handeln und den durch dieses hervorgerufenen Veränderungen von Bedingungen des Handelns liegen – also in Widerstandsaktionen, in der Kommunalpolitik, in parlamentarischer Opposition oder Regierungsbeteiligung. Und sie untersucht, *welche dieser Möglichkeiten dann Wirklichkeit werden und warum – bzw. warum nicht*. Mit diesem Ansatz ist es möglich, Praxis linker Politik, wie etwa die Kommunalpolitik, besser zu beschreiben als bisher. Hier verlaufen politische Auseinandersetzungen für die Verbesserung von Lebensbedingungen der Menschen. Gleichzeitig werden so auch die politischen Handlungsmöglichkeiten dieser Menschen verändert. Es verlaufen Prozesse sozialen Lernens, in denen Widerstand, Solidarität, Bündnis- und Kompromissfähigkeit im praktischen Handeln angeeignet werden. Gleichzeitig und untrennbar damit verbunden schließt dies Tendenzen der Anpassung, der Inkorporation, der Identifizierung mit den gegebenen Verhältnissen ein. Die Wirklichkeit von Emanzipation realisiert sich in widersprüchlichem Handeln, das allen gesellschaftlichen Akteuren, unabhängig von ihrem Selbstbild, eigen ist und in ihrer Gesellschaftlichkeit eigen sein muss.

Transformationsforschung untersucht weiter, inwieweit in Entwicklungsprozessen Möglichkeitsfelder erweitert oder verengt werden und welche Interessen und welche Institutionen hinter diesen Prozessen stehen. Dabei betrachtet sie Veränderungen nicht von vornherein als »gut« oder »schlecht«. Veränderungen (Politikansätze, Projekte, Regierungsbeteiligung, Widerstand, Werte und Normen) werden erst einmal als in die Gegebenheiten eingebunden, von ihnen hervorgebracht und daher ihnen zugehörig verstanden. Ob sie emanzipativ oder konservativ wirken, betrachtet Transformationsforschung als offen, als gestaltbar und als Herausforderung an die Akteure. Sie untersucht Veränderungen hin-

sichtlich der in ihnen schlummernden Potenziale des Ausbrechens aus dem scheinbar unüberwindlichen Zwang zur Anpassung auf der einen und zu einem isolierenden Widerstand oder destruktiver Verneinung auf der anderen Seite. Transformationsforschung betrachtet so Entwicklung als unumkehrbar – jede Veränderung schafft neue Bedingungen, die selbst scheinbar gleiches Verhalten als real verändertes Verhalten versteht. Auch ein Scheitern verändert Bedingungen und beeinflusst das Feld der Möglichkeiten.

Eine solche Position beruht auf der Arbeitshypothese, dass die Richtung der Entwicklung durch eine beständig enger werdende Wechselwirkung zwischen den Entwicklungsmöglichkeiten und Entwicklungsformen menschlicher Subjektivität, Natur und der Gesellschaft geprägt wird (verstanden als *fortschreitender Vergesellschaftungsprozess*). Der Mensch wird als gesellschaftliches Wesen, als vergesellschafteter Mensch, verstanden. Er wird durch die Gesellschaft zum Menschen ebenso wie die Gesellschaft nur als Einheit vergesellschafteter Menschen mit entwickelter Subjektivität möglich ist. Gesellschaftliches Handeln (Arbeit, kulturelle Praxis, politische Entscheidungen, technische Innovationen, soziale Aktionen, Widerstand) wird so unter der Fragestellung behandelt, in welchem Maße es Vergesellschaftungsprozessen Raum bietet, in welcher Art sie das tut und welche Möglichkeiten emanzipatorischen Handelns dabei entstehen. Der Ansatz konzentriert sich nicht nur auf die Analyse und fragt, welche Widersprüche im Handeln der Menschen gelöst werden, welche Widersprüche dabei neu entstehen – und so den Ausgangspunkt weiterer Veränderungen bilden –, sondern vor allem, *wie* dies konkret geschieht. Es geht darum, eigenes Handeln, das Handeln und das Verhalten der Massen sowie alternative Praxen nicht unter dem Fokus der Schwäche, sondern der potenziellen Stärke zu verstehen. Es geht also nicht nur um die Frage nach den Interessen und Bedürfnissen der Menschen im Sinne sozialer Typen (Mitglieder sozialer Gruppen), sondern auch darum, was Menschen *als Individuen* in den letzten Jahren gelernt haben, welche neuen Fähigkeiten sie in politische Auseinandersetzungen einbringen können und wie sich das tägliche soziale und politische Handeln von größeren Menschengruppen mit dem von Organisationen verbindet.

Transformationsforschung erfasst in diesem Sinne notwendig gleichermaßen ökonomische, soziologische, kulturtheoretische oder psychologische Zugänge. In diesem Zusammenhang ist die Würdigung Scholochows durch Lukács interessant. Er schreibt 1949: »Die große Kunst Scholochow offenbart sich darin, dass er das Allgemeine und Besondere

zugleich und untrennlich voneinander darstellt.« (Lukács 1977, 478) Die künstlerische Erkenntnis schafft offensichtlich Zugänge, die der wissenschaftlichen Erkenntnis nicht ohne Weiteres offen stehen.

Die mit Übergangszeiten verbundenen kulturellen Kämpfe sind aber auch selber als Faktor mit Eigendynamik zu verstehen, der die entstehenden Möglichkeitsfelder in erheblichem Maße bestimmt. Bucharin etwa befasste sich in seiner »Ökonomik der Transformationsperiode« aus der praktischen Erfahrung heraus mit der Frage, wie denn eigentlich bei erst einmal nur politisch veränderten Bedingungen überhaupt ein anderes Verhalten, andere Produktionsverhältnisse, eine Veränderung der »sozialen Hierarchie« möglich werden könnte (Bucharin 1990, 82ff.). Dabei fasst er den Niedergang des Kapitalismus, der zur Revolution führt, und den Aufbau einer neuen Gesellschaft als einen einheitlichen Prozess, als einen Übergang ohne völligen Bruch. Er betont etwa die Rolle der Erfahrungen der Betriebsräte und anderer Organisationsformen/Praxen aus vorrevolutionärer Zeit als entscheidende Ansatzpunkte des notwendigen »Wachsens von unten« (z.B. ebd., 182ff.). Lukács verweist in ähnlichem Sinne auf die Rolle des Begriffs der »Gewöhnung« an neue Verhaltensweisen bei Lenin (Lukács 1985, 73ff.). In Staat und Revolution (1917) führt Lenin diesen Begriff mehrfach an, ohne ihn genauer bestimmen zu können (vgl. Lenin 1917, 439 und 479).

Interessant ist, dass schon Rosa Luxemburg diesem Aspekt eine große Bedeutung beimaß (vgl. Brie/Haug 2011). In ihrer Rede über die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft auf dem Parteitag der SPD 1899 in Hannover spricht sie davon, dass eine Revolution, das Erringen der politischen Macht, in »kulturellen Formen verlaufen« könne (Luxemburg 1899a, 571). Dies ist eine Feststellung, die über ihre davor entwickelten Überlegungen in »Sozialreform oder Revolution?« hinausgeht. Dort stellt sie die »subjektive Erkenntnis der Arbeiterklasse von der Unerlässlichkeit ihrer [der kapitalistischen Wirtschaft] Aufhebung durch eine soziale Umwälzung« (Luxemburg 1899b, 403) heraus. Auf dem Parteitag in Hannover führt sie aus: »Wir brauchen durchaus nicht in der Revolution Heugabeln und Blutvergießen zu verstehen. Eine Revolution kann auch in kulturellen Formen verlaufen, und wenn je eine dazu Aussicht hatte, so ist es gerade die proletarische; denn wir sind die letzten, die zu Gewaltmitteln greifen, die eine brutale Revolution herbeiwünschen könnten. Aber solche Dinge hängen nicht von uns ab, sondern von unseren Gegnern..., und die Frage der Form, in der wir zur Herrschaft gelangen, müssen wir vollkommen ausscheiden; das sind Fragen der Umstände, über die wir heute nicht prophezeien können.« (Luxemburg 1899a, 571) Wa-

rum kommt sie zu der Auffassung, dass »gerade« die proletarische Revolution ohne »Heugabeln und Blutvergießen« ablaufen kann? Sie stellt damit neben die Bedingung eines aus den Klassenkämpfen lernenden Proletariats die Möglichkeit eines kulturell aktiven, gestaltenden Proletariats. Fasst man Lernen als kulturellen Akt, so ließe sich sagen, dass das Ziel in den kulturellen Formen, die die Arbeiterklasse sich schafft, seine Verankerung hat oder wenigstens haben muss. Sie charakterisierte diese Beziehung so: »Das ist ja gerade das Bewundernswerte, das ist ja gerade das Epochenmachende dieses kolossalen Kulturwerks, das in der modernen Arbeiterbewegung liegt: dass zuerst die gewaltige Masse des arbeitenden Volkes selbst aus eigenem Bewusstsein, aus eigener Überzeugung und auch aus eigenem Verständnis sich die Waffen zu ihrer eigenen Befreiung schmiedet« (Luxemburg 1906, 465).

Es sei hier nur angemerkt, dass sich Lenins Sicht auf die hier angedeuteten Fragen vor allem nach dem Ende des Bürgerkrieges und mit Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) veränderte.² Auf der Suche nach dem Inhalt des »Gewöhnens« als politisch-kulturelle Kategorie eines Übergangs betonte Lenin die Rolle der Beteiligung der Arbeiter an den Staatsgeschäften, die Bedeutung der Kulturrevolution, die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften als Schutz gegen den Bürokratismus des neu entstandenen Staatsapparates wie vor allem auch unmittelbar das Lernen in der eigenen Praxis von Teilhabe. Bedingt durch Revolution, Krieg, Bürgerkrieg und Krisen ist dieser Lernprozess bei Lenin selbst nicht linear und setzt vor allem in den Jahren 1921/22 wieder stärker ein. Sein verzweifelter Kampf gegen die entstehende Sowjet-Bürokratie in seinen letzten Lebensmonaten und der Versuch, mit dem Konzept der Kulturrevolution die schöpferische Eigenaktivität der Massen zu einem wirksamen und eigenständigen Faktor des Aufbaus der neuen Gesellschaft zu machen, sprechen auf jeden Fall dafür. Allerdings unterschätzt diese Generation bei Weitem die für die Herausbildung neuer »Gewohnheiten« erforderliche Zeit. Die Herausbildung neuer »Gewohnheiten« und die Übernahme tradierter Werte vollziehen sich als transformatorischer Kampf mit zum Teil großer Schärfe. Ein Beispiel derarti-

² Generell beobachten wir bei den Bolschewiki zum Ende der Zeit des Kriegskommunismus einen wachsenden Stellenwert transformationstheoretischer Fragen. Kategorial schlägt sich dies in der Titelwahl eines Buches nieder, dass das Wachsen der neuen Gesellschaft zum Gegenstand hatte: »Ökonomik der Übergangsperiode. Eine Allgemeine Theorie des Transformationsprozesses« von Bucharin. Die deutsche Übersetzung verwendet statt »Übergangsperiode« den Begriff »Transformationsperiode«.

ger kultureller Kämpfe sind die Auseinandersetzungen um den Proletkult und um die Frage, welche Bedeutung traditionelle Werte der Kultur und Kunst für den Aufbau einer neuen Gesellschaft haben können. In diesen Debatten betonte Lunačarskij die Notwendigkeit für die Massen, sich in den »Vollbesitz der allgemein-menschlichen Bildung« zu versetzen (Lunatscharski 1981, 68). »Der Proletkult darf keinesfalls die ersten Ansätze der proletarischen Kunst und des proletarischen Denkens [...] als fertigen Wert betrachten und versuchen, die Kulturwerte anderer Epochen durch sie zu ersetzen [...].« (Ebd., 69) In einem Aufsatz von 1930 konkretisiert er diese Auffassung, in dem er die in der jeweiligen Epoche emanzipatorischen Werte als bleibend hervorhebt (Lunatscharski 1965, 13ff.). Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die vielfältigen emanzipativen Ansätze bezüglich der Geschlechterverhältnisse, im Erziehungswesen oder in der Sozialpolitik (vgl. ausführlich Romanov/Iarskaia-Smirnova 2007). Der Widerstreit zwischen Bruch und Kontinuität findet sich heute gleichermaßen wieder, etwa in den Diskussionen der Zapatisten oder in denen um das Buen Vivir.

Mit dem Konzept der Kulturrevolution und der Entwicklung der NÖP wurden transformatorische Prozesse eingeleitet. Hier wurden nur die Aspekte des Übergangs vom Kriegskommunismus zur NÖP betrachtet. Auf theoretischer Ebene wären z.B. die Auseinandersetzungen zwischen Bucharin, Prebraženskij, Čajanov und Trockij näher zu beleuchten. Gleiches gilt für die vielfältigen Versuche der Schaffung von rechtlichen Formen gemeinschaftlichen bzw. staatlichen Eigentums oder der Gestaltung der Kredit- und Geldpolitik (Isaev 1986). In ähnlichem Sinne wären Institutionen, wie die Komitees der Dorfarmut oder die Gewerkschaften, zu betrachten.³

Tatsächlich erfüllen viele auf Lenin und andere in dieser Zeit wirkenden Personen bzw. Gruppierungen zurückgehende Projekte der gesellschaftlichen Umgestaltung in Sowjetrußland bzw. in der frühen Sowjetunion die Anforderungen, die als Merkmale von Einstiegsprojekten formuliert werden können (siehe Brangsch 2009). Aber die von ihm selbst geschaffenen Strukturen der Partei und die von ihm vertretene Formierung politischen Verhaltens nach dem Kriterium einer unscharf beschriebenen »Zweckmäßigkeit« (moralisch sei, was der proletarischen

³ Die Komitees der Dorfarmut waren das Rückgrat der »Entkulakisierung« und Kollektivierung. Die Natur dieser Dorfarmut war Ende der 1920er Jahre aber eine andere als um 1920 (Suslov 1989).

Revolution nütze)⁴ richteten sich schließlich gegen diese Bestrebungen und lassen sie scheitern. Sie scheitern nicht an den Maßnahmen der Revolution an sich, sondern an der Art, wie politische Machtergreifung, soziales Lernen, Organisationsprinzipien, kulturelle Umwälzungen usw. verbunden waren, kurz eben am »Wie« – so nahm die »Gewohnheit« einen Lauf, den Lenin nicht unbedingt intendiert, wohl aber durch eigene Entscheidungen ermöglicht hatte. Die NÖP brachte neue Widersprüche hervor, die nicht produktiv, sondern in der zweiten Hälfte der 20er Jahre durch die Liquidation der in diesem Prozess neu entstandenen sozialen Schichten (in vielen Fällen auch der physischen Liquidation) bearbeitet wurden – durchaus unabhängig davon, ob die Personen gegen Gesetze verstoßen hatten oder nicht. Ende der 1980er Jahre vorgenommene Forschungen kommen jedenfalls anhand damaliger offizieller Unterlagen zu dem Schluss, dass die als Begründung für den Abbruch der NÖP und die »Entkulakisierung« angeführte massenhafte Sabotage des sozialistischen Aufbaus in diesem Umfang nicht annähernd nachweisbar ist. Insofern die NÖP als Zeit der Suche und krisenhafte Zeit Erfolge zeigte, wurden die entstehenden neuen sozialen Differenzierungen in der Tradition des Kriegskommunismus prinzipiell als Rückkehr des Alten (Kapitalistischen) und nicht als Resultat und Quelle neuer Dynamiken (notwendigerweise deshalb auch Widersprüche) verstanden. Dies war keinesfalls allein eine Sichtweise des Apparates, sondern weit verbreitet.⁵ Die Geschichte der NÖP bietet so tatsächlich Stoff für Trans-

⁴ Mit der in »Was tun?« vorgenommenen Unterscheidung der »Organisation der Arbeiter« von der »Organisation der Revolutionäre« versucht Lenin, ausdrücklich mit Bezug auf die Verhältnisse Russlands, Kriterien für Organisationsweise und Handeln einer revolutionären Organisation zu entwickeln. (Lenin 1978, 468) In den Diskussionen zu den »Partisanenaktionen« 1906 (Lenin 1958) und in einem Parteiverfahren wegen Verleumdung von Opponenten in Fragen von Wahlbündnissen (Lenin 1959) versuchte Lenin, die Wahl von Kampfformen unter Einschluss von Terror und Verleumdung an konkrete Interessen des Proletariats im revolutionären Prozess zu binden. Er greift diesen Versuch 1920 in »Die Aufgaben der Jugendverbände« (Lenin 1974) auf. Allerdings ist dies nur scheinbar ein hartes Kriterium, weil die Frage offen bleibt, wer letztlich mit welcher Berechtigung über die Nützlichkeit befindet. Diese Neigung zu einem moralischen Relativismus öffnete letztlich auch der kleinbürgerlich-kommunistischen und stalinistischen Linie die für ihre Durchsetzung notwendigen Räume.

⁵ Man betrachte dazu die Sicht des Dichters Wladimir Majakowski auf die »NÖP-Leute«. Er selbst zerbrach dann an der Stalinschen (kleinbürgerlich-kommunistischen) Enge nach Abbruch der NÖP.

formationsforschung – sowohl hinsichtlich der theoretischen wie auch der praktischen Auseinandersetzungen.

Die mit dem Avantgardeanspruch verbundene Unterschätzung der transformatorischen Seiten gesellschaftlicher Entwicklung prägte den Blick auf die Praxis und auf das Verhältnis von Mensch, Natur und Gesellschaft wie auch auf die Rolle der Persönlichkeit (des Subjektes). Für die weitere Arbeit könnte unter diesem Gesichtspunkt ein Rückblick auf die Praxisdiskussionen Ende der 1960er Jahre (Seidel 1966) und die um die Rolle der Persönlichkeit (exemplarisch Sève 1973) sowie zur Subjekttheorie nützlich sein. Überhaupt erschließt sich das Transformatorische nur in einer engeren Verklammerung historischer, philosophischer, soziologischer, psychologischer und ökonomischer Forschung.

Vor allem ein ökonomischer Aspekt verdient besondere Beachtung. Luxemburg, Bernstein, Bucharin und Lenin entwickelten ihre Vorstellungen vor dem Hintergrund einer Bewegung, die von der Großen Industrie und den mit ihr verbundenen sozialen Organisationsformen (Gewerkschaften, Parteien, Milieus) geprägt war. Wie bereits angeführt, bewegte diese Kontinuität Bucharin vor allem als Problem, während Lenin darin vor allem »vorweggenommenen Sozialismus« sah. Die davon abgeleiteten Leitsätze, Prinzipien und Formen politischen Handelns führen ein Eigenleben. Die durch juristische Rahmen (Parteienrecht, kollektives Arbeitsrecht, Finanzierung politischer Arbeit) gesetzte Form schlägt auf die Fähigkeit und die Möglichkeiten, sich der Versuchung der »Erhabenheit« zu entziehen, zurück. Das Verschwinden der Fabrik sowie des mit ihr verbundenen sozialen und kulturellen Umfeldes ist bis heute nur in begrenztem Maße mit einer Veränderung der Organisationen der Linken verbunden – dieser Suchprozess ist noch im Gange. Transformationsforschung ist als eine Seite dieses Suchprozesses zu verstehen.

Dies wird besonders deutlich, wenn man sich die Bedingungen vergegenwärtigt, die die proletarische Solidarität als Basis für Revolution und Transformation ermöglichen. Georgi Plechanow beschrieb diesen Prozess 1907 mit Bezug auf ein Stück Maxim Gorkis folgendermaßen: »Als Verkäufer der Arbeitskraft, d.h. als Warenbesitzer, der auf dem Markte nichts als sich selbst verkauft, stellt der Proletarier wirklich etwas äußerst Schwaches, man kann sagen Hilfloses dar... Auf diese Weise bedingt die proletarische Selbständigkeit beim Proletarier das Bewusstsein seiner Abhängigkeit vom Kapitalisten und das Bestreben, sich daraus zu befreien oder sie wenigstens zu mildern. Und dazu gibt es keinen anderen Weg als ihre Vereinigung zum gemeinsamen Kampf um die Existenz... Sein Gravitieren zur Masse hin steht in direktem Verhältnis zu

seinem Streben nach Unabhängigkeit, zu seinem Bewusstsein der eigenen Würde, mit einem Wort: Zur Entwicklung seiner Individualität.« (Plechanow 1955, 850)

Das Lernen stellt dabei ein wichtiges Moment dar, in dem sich (geistige) Aneignung der Welt und deren (materielle) Veränderung durch den gesellschaftlichen Menschen unmittelbar berühren. Die Gestaltung dieses Zusammenhanges ist von zentraler Bedeutung, wenn Möglichkeiten der Transformation Wirklichkeit werden sollen. Das Zusammenspiel von politisch-organisierendem und politisch-organisiertem Handeln sind Momente dieses Zusammenhanges; ist der entscheidende Akt, der diesen Zusammenhang »materialisiert«, der die Grundlage dafür schafft, dass sich Alternativvorstellungen in »umwälzende Praxis« verwandeln. Die Operationalisierung von Transformation (bzw. der Realisierung von Ergebnissen der Transformationsforschung) verläuft nur in Einheit von Kultur, Politik und Lernen. Es ist ein Prozess der Überwindung der Entfremdung, stellt bewusstes Verhalten zu den Bedingungen eigenen Lebens und Handelns dar. Ob die »umwälzende Praxis« nun aber dann auch den Intentionen der Handelnden wirklich entspricht, ist eine andere Frage.

Räume und Zeiten des Lernens sind also keineswegs gegenüber dem Ziel politischen Handelns gleichgültig. Was und wie in den organisierten Zusammenhängen gelernt wird, bestimmt, wie Ziele selbst wahrgenommen und inwieweit sie in ihren emanzipatorischen Momenten tatsächlich realisiert werden. Indem Transformationsforschung ein solches komplexes Bewegungsverständnis entwickelt, berührt sie, dies ist ein weiterer wichtiger Aspekt, das Verhältnis von Ziel und Mittel gesellschaftlicher Veränderung.

Das hier skizzierte Verständnis von Transformation sieht ausnahmslos alle Akteure als Teil von Entwicklung und Veränderung. Der Versuch, die Einheit der Veränderung von Bedingungen, veränderndem Handeln und Selbstveränderung in ihren Beziehungen zu fassen, macht die spezifische Praxisrelevanz eines derartigen Herangehens aus. Es werden Anforderungen an Ziele und Formen (Mittel) der politischen Organisation ableitbar. Genauer: Das Verhältnis von Zielen und Mitteln wird durch die Agierenden selbst bewusst in den Vordergrund gestellt. Sind es doch sowohl die erreichten Ziele wie auch die gewählten Mittel, die die Bedingungen für politisches Handeln im Zeitverlauf prägen. Die gewählten Mittel – seien es Agitation, Reformen durch Gesetz, physische Gewalt, strukturelle Gewalt (beides durchaus auch mit Reformprozessen verbunden), gewählte Organisationsformen usw. usf. prägen die Be-

dingungen und Richtungen zukünftigen Handelns, wenn auch z.T. erst nach längeren Zeiträumen.

Dies zeigte sich besonders deutlich in der Geschichte der bolschewistisch-kommunistischen Strömung der linken Bewegungen und des Realsozialismus. Im Kern werden die Widersprüche, die die linke Bewegung prägen, Anfang des 20. Jahrhunderts gesetzt. Transformationsforschung ist daher aufgerufen, die Entscheidungssituationen/Weichenstellungen in der Bewegungsgeschichte in ihren ideologischen, theoriegeschichtlichen, organisationspolitischen und kulturellen Dimensionen gleichermaßen in den Blick zu nehmen.

Transformation, Reform, Revolution

Aus der hier entwickelten Sicht auf Transformation ist die Auseinandersetzung, die Rosa Luxemburg bereits um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert nach zwei Seiten führte, auch noch heute von Interesse. Die Frage des »Wie« politischen Handelns bildete den Kern ihrer Kontroversen mit Bernstein (Deppe 2010, 235) auf der einen und mit Lenin auf der anderen Seite (vgl. bezugnehmend auf Bernstein Luxemburg 1899b, 400; bezugnehmend auf Lenin Luxemburg 1903, 425). Sie problematisiert in vielen Schriften die Vermittlung des täglichen Kampfes mit den Zielen von Bewegungen als originäres Transformationsproblem. Luxemburg hebt dabei die Rolle der in diesem Kontext verlaufenden Lernprozesse hervor. Bemerkenswerterweise verweist Greg Sharzer in seinem 2012 erschienenen Buch »No local. Why small-scale alternatives won't change the world« bei der Bewertung der Rolle von »kleinen Alternativen« bzw. Reformen (small-scale alternatives) gerade auf diesen Aspekt: »Das ist es, warum Reformbewegungen wichtig sind: Nicht nur wegen ihrer Ziele, die der Neoliberalismus ständig versucht zu begrenzen, sondern wegen des Selbstvertrauens und des Wissens, dass sie hervorbringen... Lokale Bewegungen sind dann entscheidend für diesen Kampf, wenn sie die kapitalistischen Verhältnisse infrage stellen und für die Kontrolle über die Arbeitsprozesse, die Ressourcen und gegen die Umweltzerstörung kämpfen« (Sharzer 2012, 156f.). Dies ist zweifelsfrei wahr – beantwortet aber nicht die Frage, wie, auf welche Weise sich in diesen Kämpfen Selbstvertrauen und Wissen herausbilden und wie sie in neues Handeln umschlagen. Sharzers berechtigte Kritik an selbstgenügsamen Alternativen von »Lokalisten«, die nicht auch die Frage nach der Überwindung des Kapitalismus bewusst aufgreifen, unterschätzt

aber selbst wiederum diese z.T. inkorporierten Prozesse in ihrer transformatorischen Wirkung. Anknüpfend an den Titel von Sharzers Buch sollte man sagen: Kleine Alternativen allein werden die Welt nicht verändern – aber ohne kleine Alternativen wird es keine große Alternative geben. Lernen ist das Bindeglied in diesem Paradoxon.

Das Lernen des Proletariats, so Rosa Luxemburg, verläuft im Kontext und unter Ausnutzung der Widersprüche, die den gegebenen Staat und die bürgerliche Demokratie prägen. Auf dieses Herangehen verweist auch Poulantzas in seiner Reflexion der Kontroverse zwischen Luxemburg und Lenin bezüglich dessen Strategie nach der erfolgreichen Oktoberrevolution: »Was Rosa Lenin vorwirft, ist nicht seine Vernachlässigung oder sein Misstrauen gegenüber der direkten Basisdemokratie, es ist das genaue Gegenteil: Dass sich Lenin nämlich ausschließlich auf sie gestützt (ausschließlich, denn die Räte Demokratie bleibt für Rosa grundsätzlich wichtig) und die repräsentative Demokratie schlicht und einfach eliminiert hat.« (Poulantzas 1978, 280) Es ist zu ergänzen, dass die Räte sich nach der Revolution dann relativ schnell in bloße Repräsentativorgane verwandeln, und dies auf schmalere Basis – etwa durch den Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen vom Wahlrecht.⁶ Die Kritik Luxemburgs bezieht sich gerade auf die Frage des Lernens der Massen, dem der neue Staat einen Raum schaffen muss. Sie sieht die Gefahr, dass das neu entstehende bolschewistisch geprägte Staatswesen die notwendigen Lernprozesse erschwert oder unmöglich macht, indem alle »Andersdenken« ausgegrenzt werden. Damit wird aus Rosa Luxemburgs Sicht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem bürgerlichen und dem proletarischen Staat verwischt: Der sozialistische Staat sei eben nicht der »auf den Kopf gestellte bürgerliche Staat«. Sie fügt hinzu: »Diese vereinfachte Auffassung sieht von dem Wesentlichsten ab: Die bürgerliche Klassenherrschaft braucht keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmassen, wenigstens nicht über gewisse eng gezogene Grenzen hinaus. Für die proletarische Diktatur ist sie das Lebenselement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag.« (Luxemburg 1918, 359)

⁶ Das sowjetische Staatsrecht betrachtete die Räte (Sowjets) wie auch die davon unterschiedenen Organe der Volkskontrolle als Staatsorgane. Ende der 1980er Jahre wird der Versuch unternommen, mit den konzeptionellen Ansätzen der »Selbstverwaltung des Volkes« und des »allgemeinen Volksstaates« diese enge Bindung der Repräsentativorgane an den Staatsapparat zu lösen.

In jedem Fall zeigt sich also, dass der Erfolg politischer Strategien auch und in erheblichem Maße davon abhängt, inwieweit sie den »kleinen« Veränderungen in der Gesellschaft entsprechen, diese ernst nehmen – damit aber auch die Selbstveränderung und Selbstkritik der Strategien einschließen – und durch eigenes Handeln beeinflussen. Transformationsforschung, so eine weitere Konsequenz, muss eine Antwort nach den Lernorten und Lerngelegenheiten formulieren. Transformationsprozesse erhalten ihr politisches Gewicht auch und vielleicht in erster Linie durch die in ihrem Rahmen ablaufenden Lernprozesse – den informellen wie den formell organisierten. Weiter muss sie sich den konkreten Entscheidungsprozessen, den formalen wie informellen Prozessen, der Frage, wie Entscheidungen entstehen, zuwenden. Sie muss die Bedingungen diskutieren, in denen Lern- und Entscheidungsprozesse miteinander verbunden werden. Dies betrifft nicht nur die Entscheidungsprozesse innerhalb der Bewegungen, sondern auch die innerhalb des Staates/Staatsapparates und des parlamentarischen Betriebes. In diesem Sinne geht es also darum, Transformationsforschung und Transformationsprozesse in spezifischen politischen Projekten zu operationalisieren (vgl. ausführlich Brangsch 2014).

Dabei sind es heute vor allem auch die Tendenzen, die gemeinhin als Globalisierung bezeichnet werden, in denen wesentliche transformativische Prozesse ablaufen, die es zu verstehen gilt. Als Veränderungen der Qualität gesellschaftlicher Arbeitsteilung stellen sie vor allem neue Anforderungen an die Fähigkeit zur Kooperation und an die Fähigkeit, Welt sowohl wissenschaftlich als auch in Totalität (und in ihrer Entwicklung bzw. Veränderung, ihrer Dynamik) anzueignen. Dies schließt alle Phasen der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse ein – von der Produktion bis zur Konsumtion. Die Aufhebung »fordistischer« Arbeitsteilung als eine Seite neuer Vergesellschaftungsweise wäre so unter dem Gesichtspunkt der in ihr wurzelnden gesellschaftsverändernden Potenziale zu befragen. Die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, von Stadt und Land wie auch von geschlechtsspezifischen Formen der Arbeitsteilung vollzieht sich zwar im Korsett des Imperativs der Verwertungsfähigkeit menschlicher Arbeitskraft. Wie aber verändert dies selbst die Akteure und Subjekte und welche Möglichkeiten eines anderen Verhaltens zu der Totalität ihrer Reproduktion entstehen damit? Teil dieser Veränderungen in der Reproduktion ist die Privatisierung wichtiger Teile des bisher Öffentlichen und der damit verbundene Verlust von Räumen des sozialen Lernens und sozialer Selbstorganisation. Die Kritik dieser Prozesse in den Konzepten des »Kampfes um die Stadt« bildet

hier einen wichtigen Bezugspunkt für Transformationsforschung (Harvey 2012). Inwieweit die mitunter vertretene These, dass diese Auseinandersetzungen um städtische Räume die im Bereich der Wirtschaft in ihrer Bedeutung ablösen würden, sollte jedoch weiter diskutiert werden.

Schlussbetrachtung

Transformationsforschung ist notwendig eingreifende Forschung, weil sie durch die Befragung der konkreten Alltagspraxen hinsichtlich ihres Platzes in gesellschaftsverändernden Prozessen die Akteure dazu provoziert, ihr eigenes Handeln zu reflektieren. Transformationsforschung, transformative Diskurse und konkretes gesellschaftliches Handeln bilden eine Einheit, die in akademischer Weise nicht herzustellen ist. Vielmehr fordert sie eine enge Verklammerung von Forschung, Lehre und Praxis in umfassenden Lernprozessen heraus, dem sich im Sinne Marx' »LehrerInnen« und »Lernende« gleichermaßen und gemeinsam stellen. Ein solcher Ansatz bietet nicht zuletzt Chancen, die in revolutionären Prozessen notwendig entstehenden Dilemmata-Situationen, denen Brecht sich in seinen Lehrstücken zu nähern versuchte, zu verstehen und zu bewältigen. Wir diskutierten dies in dem vorliegenden Beitrag kurz an der Frage »revolutionärer Moral« bei Lenin.

Es zeigt sich, dass Transformationsforschung aus der Natur des Gegenstands heraus einen interdisziplinären praxisbezogenen Ansatz braucht. Der Brückenschlag zwischen der Untersuchung von Veränderungen grundlegender gesellschaftlicher Strukturen, den kulturellen Prozessen und der Lebensweise liefert einen Schlüssel zum Verständnis der Vielfalt der Wechselwirkungen zwischen dem gesellschaftsverändernden Handeln sich verändernder Menschen, wie es Marx in der eingangs zitierten dritten Feuerbachthese anmahnt. Sie macht die notwendig enge Verbindung der scheinbar »großen« und der scheinbar »kleinen« Veränderungen verständlich. Brecht hielt in diesem Sinne nach dem Triumph des Faschismus in Deutschland rückschauend fest: »Wir sahen also, dass das Unrecht nicht nur in der endgültigsten, seine Ursachen mit einbeziehenden Weise, sondern auch in der allgemeinsten Weise, das heißt mit allen Mitteln, das heißt auch den schwächsten, bekämpft werden muss. Schlimmer als die Illusion, ohne die Entfernung der Ursachen des unnötigen Elends, könnten seine Folgen entfernt werden, ist nämlich die Illusion, diese Ursachen könnten bekämpft werden ohne die Folgen und getrennt von ihnen auch und unter Verzicht auf die schwächsten und al-

lerschwächsten Mittel. Ich habe viele beobachtet, die durch ihre Kenntnis der schlimmen Ursachen geradezu verhindert wurden, die schlimmen Folgen zu bekämpfen.« (Brecht 1968, 77)

Literatur

- Brangsch, Lutz (2009): »Der Unterschied liegt nicht im Was, wohl aber im Wie.« Einstiegsprojekte als Problem von Zielen und Mitteln linker Bewegungen. In: Brie, Michael (Hrsg.): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin, 39–51, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte-62.pdf
- Brangsch, Lutz (2014): Transformationsprozesse und ihre Politisierung in Einstiegsprojekten. In: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, 368-391
- Brecht, Bertolt (1968): Man muss das Unrecht auch mit schwachen Mitteln bekämpfen. In: Schriften zur Politik und Gesellschaft. Band II (1933-1956), Berlin/Weimar, 76-77
- Brecht, Bertolt (1983): Briefe 1913-1956, Band 1: Texte, Berlin/Weimar
- Brie, Michael/Haug, Frigga (Hrsg.) (2011): Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung. Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg, Baden-Baden
- Bucharin, Nikolai I. (1990): Ökonomik der Transformationsperiode. Mit Randbemerkungen von Lenin, Berlin
- Candeias, Mario (2011): Interregnum. Molekulare Verdichtung und organische Krise. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg, 45-61
- Candeias, Mario (2014): »Wenn das Alte stirbt...« – Organische Krise bei Antonio Gramsci. In: Brie, Michael (Hrsg.): »Wenn das Alte stirbt...« Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Zweite Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte, Neue Folge. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 14-28
- Deppe, Frank (2010): Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert. Rückfall in die Barbarei oder Geburt einer neuen Weltordnung?, Hamburg
- Harvey, David (2012): Kapitalismuskritik. Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise. Den antikapitalistischen Übergang organisieren, Hamburg
- Isaev, I.A. (1986): Stanovlenie chosjaistvenno-pravovoi mysli v SSSR. 20-e gody, Moskva: Juridičeskaja literatura
- Kossok, Manfred (2000): Das Proletariat im neuzeitlichen Revolutionszyklus – Probleme einer komparativen Analyse. In: Ausgewählte Schriften Band 3. Zwischen Reform und Revolution: Übergänge von der Universal- zur Globalgeschichte, Leipzig, 205-229
- Lenin, Wladimir I. (1917): Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution. In: Werke. Bd. 25, Berlin, 393-507

- Lenin, Vladimir I. (1958): Der Partisanenkrieg (1906). In: Werke, Bd. 11, Berlin, 353-549
- Lenin, Vladimir I. (1959): Lenins Verteidigungsrede (bzw. Anklagerede gegen den menschwistischen Teil des ZK) vor dem Parteigericht (1907). In: Werke, Bd. 12, Berlin, 353-549
- Lenin, Vladimir I. (1974): Die Aufgaben der Jugendverbände (1920). In: Werke, Bd. 31, Berlin, 272-290
- Lenin, Vladimir I. (1978): Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung (1902). In: Werke, Bd. 5, Berlin, 353-549
- Lukács, Georg (1977): Scholochow. In: Kunst und objektive Wahrheit. Essays zur Literaturtheorie und -geschichte, Leipzig, 478-521
- Lukács, Georg (1985): Demokratisierung heute und morgen. Veröffentlichungen des Lukács-Archivs, Budapest
- Lunatscharski, Anatoli (1965): Vom Erbe der Klassiker. In: Das Erbe. Essays. Reden. Notizen, Dresden, 5-16
- Lunatscharski, Anatoli (1981): Vom Proletkult zum sozialistischen Realismus. Aufsätze zur Kunst der Zeit, Berlin
- Luxemburg, Rosa (1899a): Rede über die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 14. Oktober 1899 in Hannover. In: Gesammelte Werke, Bd. 1.1, Berlin, 567-573
- Luxemburg, Rosa (1899b): Sozialreform oder Revolution? In: Gesammelte Werke, Bd. 1.1, Berlin, 369-445, abrufbar unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/index.htm
- Luxemburg, Rosa (1903): Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. In: Gesammelte Werke, Bd. 1.2, Berlin, 422-444
- Luxemburg, Rosa (1906): Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin, 91-170, abrufbar unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1906/mapage/index.htm
- Luxemburg, Rosa (1913): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin, 5-411, abrufbar unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1913/akk-kap/index.htm
- Luxemburg, Rosa (1918): Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin, 332-365
- Marx, Karl (1845): [Thesen über Feuerbach] [1845]. In: MEW, Bd. 3, Berlin, 5-7
- Marx, Karl (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [1857-1859]. In: MEW, Bd. 42, Berlin
- Plechanow, G.W. (1955): Zur Psychologie der Arbeiterbewegung (Maxim Gorki, »Die Feinde«). In: Kunst und Literatur, Berlin, 838-858
- Poulantzas, Nikos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg
- Romanov, P./Iarskaia-Smirnova, E. (Hrsg.) (2007): Sovetskaja socialnaja politika: 1920-ch-1930-ch godov. Ideologija i povsednevnost, Moskva
- Seidel, Helmut (1966): Vom praktischen und theoretischen Verhältnis der Menschen zur Wirklichkeit. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie (10), 1177-1191

Sève, Lucien (1973): *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*, Berlin

Sharzer, Greg (2012): *No Local: Why Small-Scale Alternatives Won't Change The World*, Winchester

Suslov, I.F. (1989): *Sakonomerny final koncepczii ogasudarstvlenija krestjanstva*. In: *Voprossy ekonomiki* (8), 85-95

Dieter Klein/Joachim Wahl

Progressiver Wandel in Lateinamerika – doppelte Transformation?

Nach Jahrhunderten kolonialer Unterdrückung, nach Jahrzehnten der Herrschaft von Militärdiktaturen und neoliberaler Dominanz vollziehen sich in Lateinamerika seit den späten 1990er Jahren progressive Transformationsprozesse, deren transformatorischer Atem emanzipatorische Perspektiven eröffnet – mit beeindruckenden Erfolgen und zugleich voller Gefahren für den begonnenen Aufbruch.

Im hier vorliegenden Beitrag wird erwogen, ob das am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung zunächst mit Blick auf die Verhältnisse in Deutschland und in anderen europäischen Ländern zur Diskussion gestellte Konzept doppelter Transformation auch bei der Analyse lateinamerikanischer Transformationsprozesse dienlich sein kann. Um die Gefahr einer stark europäischen Sicht zu vermeiden, kann auf ein breites Spektrum differenzierter Auffassungen der lateinamerikanischen Linken zu Transformationsprozessen zurückgegriffen werden. Die hier vorliegende Arbeit bezieht sich auf eine anregende theoretische Diskussion in Lateinamerika. Tatsächlich muss es uns im internationalen Dialog darum gehen, die unterschiedlichsten Denkgänge zu gegenwärtigen Transformationsprozessen wechselseitig zu verstehen und zu einer produktiven Ergänzung zu führen.

Der hier vorliegende Beitrag ist konzentriert auf die Entwicklungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador und Brasilien. Der Charakter der vor Kuba liegenden Transformationsprozesse unterscheidet sich erheblich von den Übergangsprozessen in diesen Ländern. Deshalb wurde Kuba nicht in diese Analyse einbezogen. Zu untersuchen ist längerfristig, wie sich Transformationsprozesse in Ländern der Peripherie oder Semiperipherie vollziehen, welche Besonderheiten sie aufweisen und unter welchen konkreten historischen Bedingungen innerer und äußerer Kräfteverhältnisse sie ablaufen. Da diese Transformationsprozesse auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse vor sich gehen, stellt sich auch die Frage nach dem Entwicklungsstand des Kapitalismus, der in den besprochenen Ländern vor Kurzem noch als abhängig sich entwickelnder Kapitalismus charakterisiert wurde.

Divergierende Einschätzungen des lateinamerikanischen Transformationsprozesses

In den Diskursen der lateinamerikanischen – und auch der europäischen – Linken werden die gesellschaftlichen Veränderungen in Lateinamerika, insbesondere in Venezuela, Bolivien und Ecuador sehr unterschiedlich eingeschätzt. In Venezuela wurde im Dezember 2005 der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« als Regierungsprojekt ausgerufen – als »eines neuen produktiven Modells, das in der Lage ist, das kapitalistische langfristig zu überwinden«, wie Edgardo Lander interpretierte. Lander bezeichnet diesen Sozialismus kritisch als »etatistischen Sozialismus« (Lander 2007). Álvaro García Linera, Vizepräsident Boliviens, sieht Bolivien auf dem Weg zu einem »kommunitären Sozialismus« (Linera 2010b). Wenn Morales und Linera über »Sozialismus« reden, meinen sie nach Ansicht von Prada »nicht [...] den real existierenden Sozialismus, auch nicht [...] den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, sondern [...] einen anderen Sozialismus, der von den Bolivianerinnen und Bolivianern im Rahmen ihrer sozialen Kämpfe und des antikolonialen Kriegs erfunden worden ist. Wenn man diese Merkmale interpretiert, handelt es sich um einen Sozialismus, der sich die Gleichheit und Gerechtigkeit in einem Radikalisierungsprozess der Demokratie auf die Fahnen geschrieben hat und sie mit dem Wiederaufbauprojekt der Gemeinden, Nationen und der ursprünglichen indigenen Völker kombiniert« (Prada 2010, 57). Helma Chrenko unterscheidet deutlicher zwischen einem gegenwärtigen demokratisch-sozialen Prozess und einer sozialistischen Orientierung als fernem Horizont. Sie schreibt nach unserer Ansicht zutreffend über den Charakter der jüngeren Entwicklung in Bolivien: »Das Gesellschaftsprojekt, das die MAS vorschlägt, ist kein sozialistisches Projekt im bekannten Sinne. Ohne sozialistische Orientierungen aufzugeben, steht eine sozialistische Gesellschaft noch in weiter Ferne. Der demokratische Prozess richtet sich auf die Konstituierung eines Sozialstaates, der seine Politik durch Konsultationen mit den sozialen Organisationen als Vertretern der Bevölkerung definiert und über verschiedene informelle und institutionelle Gremien mit Unternehmern, Exporteuren, Landwirten, Comunidades abstimmt.« (Chrenko 2008, 95)

Während also in Venezuela von Regierungsseite der Anspruch formuliert wird, an einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu arbeiten, wird von vielen lateinamerikanischen und europäischen Linken dieser Sozialismus mehr als Ziel aufgefasst und die Aufmerksamkeit auf einen langen demokratischen Prozess dorthin konzentriert. Ahmed Abed, Maximilian

Jablonowski, Lucia Schnell und Ben Stolz allerdings sehen Venezuela bereits gegenwärtig als »ein Land auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus« (Abed et al. 2008, 102).

Raul Zelik und Aaron Tauss formulieren weit kritischer: »Doch im politischen Alltag werden partizipative, direktdemokratische und gemeinschaftliche Formen der Demokratie häufig von klientelistischen Praktiken neuer und alter Staatlichkeit konterkariert. Ähnlich auch die ökonomische Entwicklung: Der Neoliberalismus mag in Teilen Lateinamerikas besiegt erscheinen, doch das herrschende Entwicklungs- und Akkumulationsmodell steht nicht zur Disposition« (Zelik/Tauss 2013, 10). Zelik und Tauss unterscheiden deutlich zwischen konzeptioneller Proklamation und davon abweichender gesellschaftlicher Realität: »Dass der von den Regierungen Venezuelas, Boliviens und Ecuadors programmierte ›Sozialismus des 21. Jahrhunderts‹ als antikapitalistische Alternative verstanden wird, stellt einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel dar, materialisiert sich – wie wir in diesem Buch zeigen wollen – bislang aber kaum in praktischer Politik.« (Ebd.) Andrés Antillano geht noch weiter: »Die venezolanische Gesellschaft ist weiterhin kapitalistisch und läuft Gefahr, sich in eine staatskapitalistische zu verwandeln.« (Antillano 2013, 47) Jairo Estrado Álvarez glaubt, einen regressiven Richtungswandel der Transformationsprozesse zu erkennen: »Während sich Lateinamerika vor einem Jahrzehnt die Frage nach Alternativen zum Kapitalismus stellte, wird heute verstärkt über das Problem diskutiert, ob einige der neuen Projekte nicht viel mehr Ausdruck einer Rekonfiguration der Klassenmacht und der Bündnisse innerhalb und außerhalb des Blocks an der Macht sind.« (Álvarez 2013, 152) Gerade unter diesem zuletzt genannten Aspekt ist die Analyse der brasilianischen Entwicklung seit dem Wahlsieg Luiz Ignácios da Silvas 2002 nach nun zehn Jahren Mitte-Linksregierung Lula/Dilma Rousseff interessant. Jedoch: »Es lässt sich noch nicht einschätzen, ob die politisch-ökonomischen Projekte in Venezuela, Ecuador und Bolivien wirklich einen langjährigen und soliden Strukturwandel nach sich ziehen.« (Ebd., 154) Anders schätzt das Ernesto Kroch ein: »Die drei Jahrzehnte währende neoliberale Politik in Lateinamerika kann als abgeschlossen betrachtet werden. Was nicht heißt, nun gäbe es keine Länder mehr auf diesem Kontinent, die nach den Rezepten der Chicago Boys regiert würden, aber sie sind in der Minderheit.« (Kroch 2012, 9) »Radikale« und »gemäßigte« linke Regierungen würden in Ländern mit mehr als drei Viertel der Bevölkerung Lateinamerikas residieren. Darin glaubt Kroch den vorherrschenden Entwicklungstrend zu erkennen. Auch Joachim Wahl sieht in den letzten Jahrzehnten

einen Aufschwung der Volkskämpfe (Wahl 2008, 121), die letztlich für die Wahlsiege von Mitte-Linksparteien ausschlaggebend waren.

Zelik schwankt in seinen Urteilen. Im Unterschied zu der zitierten Aussage über das Fortwirken des neoliberalen Entwicklungsmodells stellt er an anderer Stelle für Venezuela, Bolivien und Ecuador eine postneoliberale Entwicklung fest, jedoch nicht eine sozialistische Entwicklung jenseits des Kapitalismus: »Die ecuadorianischen ›Bürgerrevolution‹ trägt Züge eines bürgerlich-nationalen Modernisierungsprojekts. In Venezuela und Bolivien kann man von einer sozialen Demokratie ... unter antiimperialistisch-revolutionären, aber auch caudillistischen Vorzeichen sprechen. Im Großen und Ganzen verbleibt diese soziale Demokratie jedoch innerhalb kapitalistischer und staatszentrierter Entwicklungsmuster.« (Zelik 2011, 68) Álvaro García Linera definierte: »Wir denken nicht an Sozialismus, sondern an eine profunde demokratische, dekolonialisierende Revolution.« Er nannte den Status Boliviens den »eines andinen Kapitalismus« (Linera 2006).

Das Spektrum linker Einschätzungen der in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnisse in Venezuela, Bolivien und Ecuador oder auch in Brasilien und Argentinien reicht also von »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, »etatistischer Sozialismus«, »demokratischer Sozialismus« über »antiimperialistisch-revolutionäre, antikoloniale soziale Demokratie mit autoritären Zügen« und mit noch neoliberal geprägten ökonomischen Grundlagen bis zu »postneoliberaler andiner Kapitalismus« und »Rekonfiguration kapitalistischer Klassenmacht«. In diesen unterschiedlichen Auffassungen spiegelt sich vor allem die extreme Widersprüchlichkeit in den realen Verhältnissen, der Kampf zwischen ganz unterschiedlichen Tendenzen und ihren gegensätzlichen Akteuren wider. Ähnlich wie Karl Kraus schrieb:

»Mein Wort berührt die Welt der Erscheinungen,
die darunter oft leider zerfällt.

Immer noch meint ihr, es gehe um Meinungen,
aber der Widerspruch ist in der Welt.«

(Karl Kraus, zitiert nach Mayer 2000, 116)

Analysten und Beobachter der Entwicklung in Ländern mit linksorientierten Regierungen, die dort bereits einen sozialistischen Transformationsprozess zu erkennen meinen oder ihn auf der unmittelbaren politischen Agenda glauben, sind versucht, an diese Regierungen Maßstäbe anzulegen, als seien sozialistische Voraussetzungen für ihr Handeln bereits vorhanden oder greifbar nahe. Dass die Regierungen zwangsläufig unter den Bedingungen dominierender kapitalistischer Eigentumsver-

hältnisse und (noch) nicht oder nur teilweise überwundener politischer Macht bürgerlicher und halbfeudaler Eliten handeln müssen, wird häufig übersehen. Das führt unvermeidlich zu linksradikaler Kritik an diesen Regierungen jenseits von deren realen Handlungsspielräumen. Bei der Einschätzung von postneoliberalen Prozessen in Lateinamerika sind also Nüchternheit der Erwartungen und Realismus der Analyse angemessen. Andere verteidigen mit Blick auf die überwiegend oder stark kapitalistischen Strukturen, also auf begrenzende Konditionen für die Politik linksorientierter Regierungen, deren Handeln auch dann, wenn diese hinter bereits möglichen Zielsetzungen zurückbleiben, wenn sie in ihrer schwierigen Lage Kritik von unten unterdrücken, wenn sie autoritär vorgehen oder die Enge ihrer ökonomischen Handlungsfähigkeit zulasten der Umwelt in problematischer Weise überschreiten. In allen Fällen gehören zu den Hintergründen für die unterschiedlichen Bewertungen linker Regierungspolitik Differenzen zwischen einseitigen und abgewogen-realistischen Einschätzungen des Charakters der sich real vollziehenden Transformationsprozesse oder/und der bei gegebenen Verhältnissen möglichen Transformationsstrategien.

Für die Versachlichung der Diskussion könnte es hilfreich sein, einzuschätzen, welche Tendenzen bedingt durch die realen Verhältnisse in den einzelnen Ländern für die gegenwärtigen Transformationsprozesse bestimmend sind. Sind es überwiegend Tendenzen radikaler Demokratisierung, des Antikolonialismus, der Behauptung nationaler Souveränität, der Anerkennung plurinationaler und pluriethnischer Verhältnisse, Tendenzen der Armutsbekämpfung und Selbstermächtigung der Subalternen *noch im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse*? Oder erstarken – etwa in Venezuela – in der jüngsten Zeit auch rückwärts gerichtete Kräfte, wirkt eine Tendenz zur Entfremdung zwischen Regierungen und Teilen ihrer ursprünglichen Anhängerschaft und treten als Reaktion darauf autoritäre Momente der Regierungspolitik deutlicher hervor? Es stellt sich auch die Frage: Zeichnet sich in einzelnen Ländern bei noch kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen in wichtigen gesellschaftlichen Sphären schon ein Vorstoß *über den Kapitalismus hinaus* ab und eröffnet er neue Handlungsräume, die zu höheren Erwartungen und Forderungen berechtigen? Die mit diesen Fragen angedeuteten Entwicklungen wirken gleichzeitig. Als eine erstrangige Aufgabe für Forschung und Politik zeichnet sich ab, die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern und die Tendenzen ihrer Entwicklung konkret einzuschätzen. Zu prüfen ist hier, ob für eine solche differenzierende Betrachtung das im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stif-

tung mit Blick auf die Bedingungen in Europa entwickelte Konzept einer doppelten Transformation Anregungen birgt.

Grundgedanken des Konzepts doppelter Transformation

Das Konzept einer doppelten Transformation (Klein 2013; Brie 2014) umfasst, grob vereinfacht, folgende Grundgedanken:

- Die jüngste mehrdimensionale Krise spiegelt die Dringlichkeit gravierender postneoliberaler Veränderungen in der Gesellschaft wider.
- Grundlegende Umwälzungen von revolutionärer Qualität bilden immer eine Einheit von Reformveränderungen, kleinen und großen Brüchen. Schnelle und zeitlich geraffte Veränderungen und langandauernde Reformprozesse gehören zusammen. David Harvey fasst dies so: »Die Revolution ist ein Prozess, keine Veranstaltung. Wir sprechen über eine Transformation auf lange Sicht.« (Harvey 2014) Es gibt viele solcher Momente, die aktuell praktiziert werden: z.B. Formen solidarischer Ökonomie in Brasilien, Menschengruppen, die Momente alternativen Lebens entwickeln, Umweltaktivisten und Übernahme stillgelegter Unternehmen in Argentinien.
- Eine Politik des »Aufhebens« von *Reform* und *Revolution* jedoch, das heißt eine Bewahrung der Stärken von beiden und eine Überwindung ihrer Defizite, zielt auf eine *Transformation* der gegenwärtigen Gesellschaften. Die Perspektive für das 21. Jahrhundert ist eine Große Transformation, das heißt der Übergang vom Kapitalismus zu einer solidarischen, gerechten Friedensgesellschaft im Einklang mit der Natur bzw. zu einem demokratischen grünen Sozialismus (Reißig 2011).
- Um jedoch ein Zurückrollen solcher möglichen systeminternen Transformation auszuschließen, muss die plurale Linke alle potenziell sozialistischen Tendenzen, Elemente, Institutionen und Praxen aufgreifen und entfalten. Sie muss bereits in die systeminterne bürgerliche Transformation den Einstieg in eine Große Transformation hineinholen. Das meint der Begriff *doppelte Transformation*, der auf eine Verschränkung progressiver bürgerlicher Transformationsprozesse mit dem Beginn einer Großen Transformation über den Kapitalismus hinaus zielt.
- Für lange Zeit werden Regierungen, die einen progressiven Richtungswechsel der Politik anstreben, weder nur an herkömmlichen, in das System integrierbaren Reformen noch an Anstrengungen für einen unmittelbaren Übergang zu einem sozialistischen Gesellschafts-

system zu messen sein, sondern an sozialistischen Maßstäben für viele Teilprojekte und ihre Perspektiven sowie an der Fähigkeit, einzelnen emanzipatorischen Projekten durch Vorstellungen von den Konturen eines alternativen Gesellschaftsprojekts eine gemeinsame Richtung zu geben.

Doppelte Transformation auch in lateinamerikanischen Ländern?

Um zur Versachlichung des vielfach polarisierenden Diskurses beizutragen, werden im Folgenden die Verflechtung 1) andauernder kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen, 2) emanzipatorischer Transformation noch unter den Bedingungen dieses kapitalistischen Rahmens und 3) von Ansätzen zu weiterreichender Transformation über die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften hinaus betrachtet.

Erstens: Die gegenwärtig bestimmenden ökonomischen Verhältnisse in Lateinamerika, auch in Venezuela, Bolivien, Ecuador und erst recht in Brasilien, sind bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern überall durch kapitalistische Profitdominanz gekennzeichnet. Überdies sind diese kapitalistischen Wirtschaften tief durch die Folgen von Kolonialismus, Imperialismus und Neoliberalismus geprägt. Dazu gehören Dominanz des Primärsektors, Unterentwicklung anderer Wirtschaftszweige, Festhalten ausländischer und inländischer kapitalistischer Unternehmen an der profitablen Ausbeutung von Naturressourcen, Wachstumsorientierung ohne Rücksicht auf die Umwelt und auf die naturverbundenen Lebensweisen der indigenen Bevölkerungsgruppen, Widerstand der Großagrarien gegen die Bodenreformpläne der progressiven Regierungen und Stärkung von konservativen und marktliberalen Parteien in Wahlkämpfen.

Die lateinamerikanische Transformation verläuft im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und kapitalistischer internationaler Arbeitsteilung und begrenzt damit die Handlungsräume der Regierungen. Edgardo Lander fügt deshalb diesen Debatten – trotz eigener kritischer Position – realistisch hinzu, dass »eine Art struktureller Unterschätzung geopolitischer Dimensionen, Dimensionen globaler Machtverhältnisse und der Formen der internationalen Arbeitsteilung, bes. hinsichtlich des Südens« festzustellen ist (Lander 2013).

Zweitens: Die politische Grundtendenz in der Gegenwart und in der absehbaren Zukunft ist eine radikal-demokratische, sozial progressive,

plurinationale und pluriethnische antikoloniale Transformation, die unter zunehmend postneoliberalen Vorzeichen verläuft – trotz der noch starken neoliberalen Bastionen. Diese Tendenz wird jedoch vielfach durch die Wirkungen der kapitalistischen Verhältnisse, durch das internationale Kapital, durch die Abhängigkeit von den neoliberal geprägten Weltwirtschaftsbeziehungen, durch das Handeln konservativer bürgerlicher und großagrarischer Kräfte und durch die von diesen Akteuren beeinflussten Teile der Bevölkerung blockiert. Auch eine Umkehr der Grundtendenz kann nicht ausgeschlossen werden.

Diese widerspruchsvolle Konstellation führt dazu, dass die Sozialpolitik von Linksgierungen auf Grenzen stößt und die in den Verfassungen ihrer Länder festgeschriebenen Rechte und Freiheiten der indigenen Bevölkerungsgruppen nicht selten mit der Verfassungswirklichkeit kollidieren. Ihre Verwirklichung erfordert einen starken Staat und führt wiederholt auch zu Konfrontationen mit Bevölkerungsgruppen, die ihre Interessen verletzt sehen. Zu fragen ist deshalb auch, inwieweit die gegenwärtigen Entwicklungsmodelle an ihre Grenzen stoßen und neue Perspektiven durch gemeinsames Handeln der emanzipatorischen Kräfte eröffnet werden können. Solche Perspektiven entstehen aber erst in neuen Suchprozessen und oft heftigen Kämpfen.

Drittens: Erkennbar zeichnen sich erste Schritte des Einstiegs in eine systemüberschreitende Große Transformation bereits im Verlauf der progressiven innersystemischen Transformationsverläufe ab. Noch sind diese Tendenzen mit der möglichen Veränderung der Kräfteverhältnisse im Inneren oder durch die Änderung der äußeren Bedingungen durchaus umkehrbar. Aber die den Rahmen des Kapitalismus potenziell überschreitenden Prozesse, die auf eine doppelte Transformation hinweisen, sind in einigen lateinamerikanischen Ländern stärker als in Europa ausgeprägt – trotz ihrer entschieden schwierigeren Wirtschaftslage. Beispielsweise verlief der Verfassungsprozess in Bolivien, Ecuador und Venezuela durchaus im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer ökonomischer Verhältnisse; aber besonders im Geburtsprozess dieser Verfassungen, im öffentlichen Diskurs der Verständigung über die Konturen einer besseren Gesellschaft vollzog sich eine Selbstermächtigung beachtlicher Bevölkerungsteile. Die Verfassungen eröffnen so transformativische Horizonte.

Die Realprozesse selbst verlaufen höchst ambivalent. Soweit beispielsweise die *consejos comunales* zu Fortschritten für Volksbildung, Gesundheitsversorgung und Armutsminderung führen, ist dies ein progressiver Reformprozess. Soweit diese Räte der befriedenden Einbin-

derung populärer Bewegungen in das Funktionieren der alten Bürokratie dienen oder neue Bürokratien hervorbringen, geraten sie aber zu einem Moment passiver Revolution (Gramsci), d.h. der Herrschaftssicherung durch Integration von Vertretern subalternen Akteure und durch deren Ruhigstellung. Soweit sich die *consejos comunales* dem jedoch entziehen und eine Selbstermächtigung von unten praktizieren, soweit sie also Gegenmacht von unten konstituieren, entfalten sie bereits eine Potenz der Systemüberschreitung.

So vollziehen sich unterschiedliche reale Prozesse, die mit dem Konzept einer doppelten Transformation erfasst werden können. Das heißt, dass eine progressive innersystemische Transformation stattfindet, die in unterschiedlichen Formen für den Einstieg in eine systemüberschreitende Große Transformation geöffnet werden kann.

Die Radikalität alternativer populärer Bewegungen als Chance für postneoliberale und weiterreichende Transformationsprozesse

Die progressiven lateinamerikanischen Transformationsprozesse sind vor allem das Resultat der Kämpfe sozialer, oft indigener Akteure. Viele ihrer Aktionen und Initiativen zeichnen sich durch eine höhere positive Militanz und größere revolutionäre Kühnheit als in West- und Osteuropa aus. Boaventura de Sousa Santos schätzt ein: »Seit 1998 mit der Machtübernahme durch Hugo Chávez hat die Linke Lateinamerikas eine brillante Periode ihrer Geschichte durchlaufen, vielleicht sogar die beste der Weltlinken. Offensichtlich dürfen wir nicht die Anfänge der Revolutionen in Russland, China und Kuba, nicht die Erfolge der europäischen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Aber die progressiven Regierungen der letzten zwanzig Jahre sind aus verschiedenen Gründen besonders beachtenswert« (de Sousa Santos 2014). Dieser revolutionäre Druck von unten hat das Potenzial, die Politik zu radikalisieren und eher als in den meisten europäischen Ländern ein Gemisch von zwangsläufig begrenzten Reformen und von Brüchen bereits revolutionärer Tiefe hervorzubringen.

Den Wahlen linksorientierter Präsidenten und Regierungen in mehreren lateinamerikanischen Ländern waren in der Regel heftige und langjährige außerparlamentarische Auseinandersetzungen, Rebellionen, Aufstände und Straßenkämpfe vorangegangen. »Ende Februar 1989 erhoben sich die Bewohner der Armenviertel von Caracas zu einem

mehrtägigen, erst nach brutaler Repression und unzähligen Toten niedergeschlagenen Aufstand.« (Antillano 2013, 30) Ein »neues populares Subjekt« ist nach Antillanos Befund entstanden. In Bolivien war es der »Krieg um das Wasser«, der Kampf gegen die Privatisierung der Wasserversorgung von Cochabamba, der einschneidende Bedeutung für Mobilisierungen im ganzen Land hatte. Der Wahl von Evo Morales als Präsident Boliviens gingen weitere Kämpfe voraus, beispielsweise die militanten Aktionen von Widerstandsnetzwerken gegen die Veräußerung der bolivianischen Gasförderung an ausländische Unternehmen und Straßenblockaden in den Armenvierteln von El Alto, deren gewaltsame Räumung durch die Militärs Dutzende Menschen das Leben kostete (Rodas Chaves 2007, 158ff.). Überaus bemerkenswert ist, dass die außerordentliche Dynamik der Bewegungen alternativer Akteure in Bolivien, Ecuador und Venezuela im Verlauf breiter öffentlicher Diskussionen zu verfassungsgebenden Prozessen und schließlich zu Verfassungen führte. In Europa ist dies bisher nirgendwo gelungen.

Doch das aufständische und revolutionäre Potenzial Lateinamerikas, das zu progressiven Aufbrüchen geführt hat, wird durch die aufreibenden Mühen der langen Wege zur Verwirklichung der Verfassungsziele permanent bedroht. Die ökonomischen und sozialen Fortschritte in den progressiv regierten Ländern haben neue Mittelschichten hervorgebracht. Teils führt ihr Aufstieg dazu, dass sie, wie in Brasilien, weiterreichende Forderungen stellen und dafür auf die Straße gehen. Teils wirkt aber die Tendenz, sich in den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen zu etablieren und den Fortgang progressiver Transformation eher aufzuhalten. Dies ist Teil einer Vielzahl gravierender Widersprüche in den lateinamerikanischen Transformationsprozessen. Sie verweisen auf größte Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Verfassungstexte in Verfassungswirklichkeit. Exemplarisch wird dies deutlich in den Konflikten um eine fortgesetzt extraktivistische Politik in Bolivien, Ecuador und Venezuela, aber auch in Brasilien und weiteren Ländern.

Der Extraktivismus-Streit und der Konflikt zwischen den Mitte-Links-Regierungen und sozialen (indigenen) Bewegungen

Einer der gravierendsten Widersprüche in der Realität progressiv regierter lateinamerikanischer Länder und in ihrer diskursiven Widerspiegelung ist der Widerspruch zwischen der Forderung nach einem schnellen Abbruch extraktivistischer Politik und dem Streben danach, für rasch

wirksame Sozialprogramme eine Finanzierung zu sichern, noch bevor diese durch eine neue Produktionsstruktur jenseits des Primärsektors erwirtschaftet werden kann.

Die Wirtschaftsstruktur in Venezuela, Bolivien, Ecuador und anderen lateinamerikanischen Staaten wird auch nach der Wahl linksorientierter Regierungen weiter von der Förderung und vom Export des Erdöls und anderer Rohstoffressourcen dominiert. Präsident Chávez setzte nach seiner Regierungsübernahme sowohl zur Finanzierung der Sozialprogramme als auch für die wirtschaftliche Fundierung von regionalen lateinamerikanischen Integrationsprojekten – von ALBA (Bolivarische Alternative für Lateinamerika) und von den Programmen Petrocaribe und Petroandino – auf die Gewinne aus der Förderung und Vermarktung des Erdöls. Die andauernde Abhängigkeit der Staatsfinanzen von Erdöl- und anderen Rohstoffexporten vernichtet unwiederbringlichen Naturreichtum und gefährdet die Biosphäre. Deshalb ist die Kritik an dieser Entwicklung legitim und darf nicht unterdrückt werden (Brand/Dietz 2013). Aber sie wird dort unglaublich und destruktiv, wo sie die Zwänge für die progressiven Regierungen ignoriert und verschweigt. Nach neoliberaler Herrschaft ist die Erwartung an linke Regierungen übergroß, schnelle Verbesserungen für die große Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen. Sie stehen unter extremem Zeitdruck, wenn sie ihre soziale Basis im Volk nicht verlieren wollen. Mittelfristig gibt es kaum einen anderen Weg. Sachlich zu streiten ist aber darüber, in welchem Ausmaße der gegenwärtig praktizierte Extraktivismus tatsächlich unverzichtbar ist, wie stark der Primärsektor sein soll und auf welchen Wegen so schnell wie möglich andere, ökologisch orientierte Wirtschaftssektoren entwickelt werden können, um den Extraktivismus zurückzudrängen. Diese Abhängigkeit wird von Vertretern des lateinamerikanischen kritischen Denkens thematisiert und erkannt. Ihr kann nur begegnet werden, wenn es gelingt, die Länder zu industrialisieren und in diesem Prozess vor allem die Bedürfnisse der Menschen und ihre soziale Gleichstellung im Auge zu haben. Kritik am Extraktivismus muss deshalb mit Alternativen verbunden werden, die Auswege aus der gegenwärtigen Situation aufzeigen. Allerdings ist die bloße Ergänzung der Förderung von Naturressourcen durch verstärkte Verarbeitung im eigenen Land selbst im Fall des Erfolgs nur eine begrenzte Lösung. Denn die Ausbeutung der Natur würde mit sozialen Zielen fortgesetzt, jedoch ohne ökologische Lösungen, die in der Richtung einer die Ressourcen und die Natur schonenden Gesamtökonomie liegen – in Richtung einer doppelten Transformation. Aber ein solcher Weg wäre

viel eher von den industriell entwickelten reichen Ländern zu fordern und bedarf dort noch langer großer Kämpfe.

Wenn – wie Gudynas meint – in einem Vergleich der Industriepolitik von progressiven Regierungen mit konservativer Politik keine Änderungen festzustellen sind, kann nicht außer Acht gelassen werden, welche Zeit und Möglichkeiten die neuen linken Regierungen hatten, um andere Entwicklungspfade zu beschreiten. Ein wesentlicher Anteil des Wirtschaftswachstums, ca. 50%, ist einer Binnenmarktexpansion zuzuschreiben. Indikatoren dafür sind der Anstieg der Reallöhne, die Erhöhung der Mindestlöhne, die Zunahme des Anteils formeller Arbeitsverhältnisse und bessere Tarifabschlüsse. Hinzu kommt die Ausweitung des Handelsaustausches in der Region. Besonders in Bolivien, Venezuela und Ecuador veränderten sich die Eigentumsverhältnisse und die Kontrolle über die Gewinne. Nur so ist es möglich, eine bessere Verteilung des Erwirtschafteten zu erreichen, Sozialprogramme aufzulegen und Kurs auf die Einschränkung der einseitig auf Rohstoffexport orientierten Wirtschaft zu nehmen. Den progressiven Regierungen muss Zeit gegeben werden, strukturelle Veränderungen vorzunehmen. Dieser Prozess kann nur in seiner Widersprüchlichkeit beurteilt und gesehen werden. Unbestreitbar ist nach unserer Auffassung, dass die Regierungen Boliviens und Ecuadors Schritte in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens eingeleitet haben. In Venezuela dagegen hat sich die Abhängigkeit vom Erdöl über die letzten Jahre immer weiter erhöht.

Eduardo Gudynas nennt eine Reihe notwendiger Schritte, um einen »plündernden Extraktivismus« schnell durch einen »behutsamen Extraktivismus« abzulösen: Einsatz umweltfreundlicher Technologien, rigorose staatliche Kontrollen extraktiver Branchen, Einpreisung ökologischer Folgekosten und eine deutliche Erhöhung der Besteuerung des extraktiven Sektors im Interesse von Investitionen im Tertiärsektor, wenn die progressiven Regierungen dies im Rahmen regionaler Integration abstimmen (Gudynas 2012, 28).

Bei all dem ist die Ausgangslage für die Mitte-Linksregierungen nicht zu vergessen. Boliviens Wirtschaftsstruktur war eine vom Kolonialismus geprägte Wirtschaft, die die alten Eliten bevorteilte. Inzwischen ist »durch die Übernahme der Kontrolle eine Modifizierung der politischen Macht, der Kontrolle der wirtschaftlichen Überschüsse und einer Veränderung der Struktur des Staates vor sich« (Linares 2010a, 18) gegangen. Die Veränderung der Produktionsstruktur in Venezuela sieht zum einen die Schaffung neuer Formen sozialen (öffentlichen), populären und kommunalen Eigentums und zum anderen die Transformation

des Rentierkapitalismus in eine diversifizierte sozialistische Wirtschaft vor. Diese Schritte sind dringend notwendig, um eine Verarbeitung der Rohstoffe mit Wertschaffung im Lande zu gewährleisten. In Venezuela ist nie eine im produktiven Sektor der Wirtschaft verankerte Industrie-bourgeoisie entstanden, sondern eine Rentierbourgeoisie, die in hohem Maße von der Erdölrente lebt. Das aktuelle Wirtschaftsmodell Brasili-ens ist vom Export von Rohstoffen geprägt. Um Veränderungen herbei zu führen, muss Brasilien die regionale Integration fördern und massiv Mittel in Bildung investieren.

Lander, der die extraktivistische Politik der Regierungen Venezue-las, Boliviens und Ecuadors für unverantwortlich hält, räumt ein: »Eine schnelle Antwort auf diese Bedürfnisse und Erwartungen zu finden, hatte für die Regierungen oberste Priorität, sowohl aus sozialen Grün-den und Gründen der Gerechtigkeit sowie auch aus der Notwendigkeit heraus, ihre Legitimität zu bewahren und ihre WählerInnen bei Laune zu halten.« (Lander 2014) Und er fügt hinzu: »Ein Aspekt, den die linke Kritik am Extraktivismus viel zu wenig berücksichtigt, ist der Kontext, in dem die Regierungen sich bewegen.« Aber Lander warnt nicht nur mit größtem Nachdruck vor den Umweltkatastrophen. Er beklagt wie an-dere Kritiker linksorientierter Regierungen deren repressive Reaktionen auf den Widerstand aus sozialen und besonders indigenen Bewegungen gegen verschiedene Seiten ihrer Politik, besonders gegen ihren Extrak-tivismus. In der Tat ist eine tragische Entwicklung für den progressiven transformatorischen Prozess in Lateinamerika nicht auszuschließen. Vor allem indigene Bevölkerungsgruppen Boliviens und Ecuadors – weniger in Venezuela – leisten zunehmend verhärtete Gegenwehr.

Die nicht zuletzt durch die Kämpfe dieser Bewegungen zur Macht gelangten Regierungen dagegen halten die verstärkte Ausbeutung der Naturressourcen für eine unverzichtbare Übergangspolitik bis zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise auf nicht-extraktivistischen Grundlagen, die nur bei Strafe eines Scheiterns des revolutionären Prozesses aufge-geben werden könne. Beide Seiten handeln in ihrer Sicht aus existen-ziellen Gründen. Zur Durchsetzung ihrer Politik bedienen sich die links-orientierten Regierungen auch administrativer Gewalt, um Gegenkräfte zu unterdrücken und werfen diesen vor, der Reaktion in die Hände zu arbeiten (Mokrani 2012). Boliviens Vizepräsident Linera reagiert auf die Kritik sachlich argumentierend: »Es handelt sich um diesen Widerspruch ›Staat der sozialen Bewegungen‹ zu sein und zu entscheiden zwischen Demokratisierung der Macht und dem Monopol des Staates. Offensicht-lich müssen wir mit diesem Widerspruch leben. Der Staat als Repräsen-

tant der indigenen Bewegung und der Bauern, der den Gemeinden ihr Recht auf Landbesitz sichert, muss aber auch das kollektive, allgemeine Interesse im Auge haben.« (Linares 2009).

Die so sichtbar werdenden Konflikte zwischen Bewegungen und Regierung ergeben sich auf dem Hintergrund tiefer Entwicklungs- und Interessenwidersprüche in starkem Maße aus dem gewachsenen Selbstbewusstsein indigener bäuerlicher Bewegungen und sind nur durch mehr Dialog und Kompromissbereitschaft beiderseits zu lösen. Der regierenden Partei kommt nicht nur die Aufgabe zu, gemeinsam mit allen progressiven Kräften die Kräfteverhältnisse zu ändern, sondern – wie Marta Harnecker schreibt – »pädagogische Arbeit zu leisten. Oftmals wird angenommen, dass das Volk entmutigt und unlustig wird. Wenn offen über Probleme informiert wird, hilft dies, die Prozesse besser zu verstehen und bestimmte Forderungen im Moment nicht zu stellen.« (Harnecker 2013, 74)

Die Regierung Ecuadors hatte aufgrund eines von Alberto Acosta erarbeiteten hochinnovativen umweltpolitischen Vorschlags einen äußerst ungewöhnlichen Vertrag mit dem »Programm der UNO für Entwicklung für Lateinamerika und die Karibik« abgeschlossen. Diese Vereinbarung wurde international als bahnbrechend gefeiert. In der vertraglichen Vereinbarung wurde vorgesehen, etwa 20% der gesamten Erdölreserven Ecuadors, die im Nationalpark Yasuni liegen, nicht auszubeuten. Als Gegenleistung für diesen Verzicht zugunsten der Umwelt und des Weltklimas sollten Ecuador während 30 Jahren jährlich 350 Millionen US-Dollar aus einem Treuhandfonds bei den Vereinten Nationen erstattet werden, der vor allem durch die wohlhabenden Länder der Erde aufgebracht werden sollte. Das hätte etwa 50% der entgangenen Erdöleinnahmen ausgemacht. Als aber 2013 lediglich 13,3 Millionen Dollar – nach anderen Angaben 40 Millionen – tatsächlich eingezahlt waren, beschloss das Parlament von Ecuador mit 108 gegen 25 Stimmen, Ölbohrungen im Yasuni-Park unter Auflagen zu erlauben (Wikipedia 2015).

Es gilt die Mahnung des portugiesischen Philosophen Boaventura de Sousa Santos: »Man muss kritisch sein, aber nicht überkritisch, weil die Rechte uns ständig im Auge hat und über jede Kritik erfreut ist, die wir, die wir letzten Endes auf der Seite der Veränderung stehen, gegen unsere eigene Sache, gegen uns selbst richten.« (de Sousa Santos 2010a, 196) In diesem Sinne sind die von der Fraktion der Partei der LINKEN im Bundestag 2013 verabschiedeten »Entwicklungspolitischen Richtlinien« formuliert: »Im Rahmen demokratisch organisierter Verfassungsprozesse werden neue Formen der politischen Teilnahme und soziale Rechte ver-

ankert. Einnahmen aus dem Rohstoff-Reichtum wie in Venezuela und Bolivien werden zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen eingesetzt. Der Staat übernimmt wieder die Kontrolle über strategische Wirtschaftszweige wie Energieversorgung oder Transport.« Helma Chrenko verweist auf die Förderung von Genossenschaften und der kommunalen Wirtschaft sowie auf Versuche einer Arbeiterselbstverwaltung in aufgegebenen Betrieben außerhalb der Rohstoffwirtschaft in Ecuador. »Ihre Entwicklung und ihr transformatorisches Potenzial, nicht ihre Begrenztheit oder Unzulänglichkeit sollte im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der internationalen Linken stehen.« (Chrenko, 2011, 4)

Die Behauptung, in Venezuela, Bolivien und Ecuador würden die Regierungen nur das alte kapitalistisch-extraktive Wirtschaftssystem reproduzieren, trifft so pauschal nicht zu. Zwar wurden in Venezuela die Anlagen und Investitionen ausländischer Erdölkonzerne nicht enteignet. Aber die Förderkonzessionen wurden neu ausgehandelt, die Abgaben für Konzessionen erhöht, die Gewinne stärker besteuert, die Preisgestaltung in staatliche Hand genommen und eine progressive Arbeitsgesetzgebung eingeführt. Wesentliche Unternehmen wurden verstaatlicht, überleben allerdings in vielen Fällen nur mithilfe von Subventionen aus den Erdölgewinnen. In Bolivien wurden die Elektrizitätserzeugung, Telekommunikation und die Zementindustrie nationalisiert. Die Wasserversorgung wurde den ausländischen Unternehmen entzogen. Im Ergebnis dessen verfügt die Regierung Morales über 34% der industriellen Wertschöpfung. Das weist auf die noch andauernde Dominanz kapitalistischer Eigentumsverhältnisse wie auf den Beginn ihrer Zurückdrängung hin – aber eben nicht auf die pure Fortsetzung der kapitalistischen oder neoliberalen Wirtschaftspolitik. Doch diese wesentliche Veränderung geht einher mit dem Andauern der aus kolonialen und imperialen Zeiten ererbten extraktivistisch geprägten Grundstruktur der Wirtschaft, mit der daraus folgenden Abhängigkeit von der Bewegung der Preise auf den Weltmärkten, mit Knappheiten, die infolge der Unterentwicklung eigener verarbeitender Industrien nicht ausgeglichen werden können, mit chronischen Versorgungsproblemen, Schwarzhandel und daraus resultierender demoralisierender Korruption. Je mehr die neuen Regierenden versuchen, dieser Probleme doch wieder durch den Zuwachs der extraktiven Branchen Herr zu werden, desto abhängiger werden sie von der die Natur zerstörenden extraktivistischen Wirtschaftsstruktur.

Gleichwohl, im Ergebnis neuer Eigentumsverhältnisse und anderer Veränderungen konnten die verfügbaren Staatshaushaltsmittel erheblich erhöht werden, und marktradikalen Tendenzen wurde entgegenge-

wirkt. Bereits im ersten Jahr nach der Neuregelung der Erdölwirtschaft Venezuelas erhöhten sich die staatlichen Erdöleinnahmen, vor allem dank der gestiegenen Erdölpreise, um mehr als 320 Millionen US-Dollar. Fünf Jahre nach ihrem Antritt konnte die Regierung Morales die öffentlichen Investitionen verdoppeln und fast die Hälfte davon in die Infrastruktur lenken. In Ecuador stiegen die verfügbaren Staatshaushaltsmittel – nicht allein aus Erdöleinnahmen – von sechs Milliarden US-Dollar im Jahre 2006 auf 21 Milliarden 2011 an. Dies deutet durchaus auf erhebliche Veränderungen in der Wirtschaftspolitik hin, die überdies nicht getrennt von der Verwendung der erwirtschafteten Ressourcen und von ihrer Verteilung im Rahmen der Sozialpolitik zu bewerten ist.

Venezuela ist laut CEPAL das Land mit den größten Erfolgen der Armutsbekämpfung und dem niedrigsten Gini-Koeffizienten in Lateinamerika. Der Anteil der Armen ist in Venezuela von 23% auf 10% gesunken, in Bolivien von 47,2 auf 29,2 und in Ecuador von 36,5 auf 18,1%. Die Arbeitslosenquote ist zwischen 1999 und 2010 von 15,5 auf 7% gesenkt worden, um mehr als die Hälfte also. In Bolivien wurde eine vollständige Alphabetisierung erreicht.

Solche Erfolge sichern den links orientierten Regierungen noch immer eine starke Anhängerschaft. Aber die Gefahr ist übergroß, dass die Ansätze zur Stärkung des Gewichts nichtextraktivistischer Branchen viel zu gering ausfallen, dass die Bildungserfolge nicht in Entwicklung, Produktivität und Nachhaltigkeit der verarbeitenden Wirtschaft umgesetzt werden. Dann kommt es dazu, dass der Fortschritt öffentlicher Sozialleistungen vom Mangel an bezahlbaren Gütern des alltäglichen Verbrauchs überdeckt wird.

Insgesamt macht der Extraktivismus-Streit deutlich, wie widerspruchsvoll sich die Transformationsprozesse in Lateinamerika vollziehen und wie schwierig es ist, zwischen vielfältigen gegensätzlichen Interessen progressive Kompromisse zu finden. Deutlich wird, wie wichtig dabei die Rolle des Staates ist und wie spannungsreich die Beziehungen zwischen Staat und popularen Bewegungen sind, zumal in den Staatsapparaten selbst alte Kräfte und die Vertreter einer demokratischen Erneuerung des Staates im Widerstreit miteinander liegen.

Neue, aufbrechende Widersprüche wie die zwischen Linksregierungen und sozialen Bewegungen/indigenen Völkern, Verbesserung sozialer Verhältnisse vs. Umweltschäden usw. treten während dieses Transformationsprozesses auf, die von den Linksregierungen nicht entsprechend wahrgenommen und einer progressiven Lösung zugeführt werden. Zu sehr dominiert noch das Denken in Kategorien des Wach-

tums und eines Entwicklungsmodells auf kapitalistischer Basis. Zusammenfassend wird in der Diskussion auf folgende Faktoren verwiesen:

Aktuell besteht die Gefahr (oder ist schon gegenwärtig), dass, vor allem in Brasilien, ein Prozess der Deindustrialisierung beginnt, der sich infolge der Position des Landes in der Weltwirtschaft vollzieht (rückläufige Investitionsrate, Zurückdrängung nationaler Produktion), sodass jeglicher Versuch, von traditioneller Industrieproduktion abzukommen, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Ansätze für eine Veränderung der Produktionsstruktur, z.B. in Ecuador, basieren auf dem Reichtum an Biodiversität und stützen sich auf die Entwicklung der Bio- und Nanotechnologie, deren Ergebnisse sich aber erst im Verlaufe der nächsten Jahre zeigen werden.

Beispiele wie die Yasuní-Initiative oder die Klage des Staates Ecuador gegen das US-amerikanische Erdölunternehmen Chevron (hat als Texaco in 90er Jahren im ecuadorianischem Amazonasgebiet Umweltschäden hinterlassen, die vielfach höher sind als die der British-Petrol-Katastrophe 2010 im Golf von Mexiko) zeigen, dass der Versuch Ecuadors, Lösungen zu finden, verhindert oder wie im Fall Chevron Forderungen nach Kompensationszahlungen von transnationalen Unternehmen negiert werden. Extraktivismus ist in diesem Sinne ein Problem der Auseinandersetzung auf internationaler Ebene und kann nur in diesem Kontext gelöst werden. Die Linksregierungen Lateinamerikas sind in gewisser Weise Gefangene dieses Systems.

Die Linksregierungen Lateinamerikas sind entstanden, »als der neoliberale Kapitalismus auf dem Vormarsch war und mit aller denkbaren Wucht und Feindseligkeit auf die von seinen Idealen abweichenden Projekte reagierte« (de Sousa Santos 2014). Er setzt hinzu: »Correa (ist) zweifelsohne der große Modernisierer Ecuadors« und »angesichts der beschriebenen Lage und der Widersprüche, die den von Correa angeführten Transformationsprozess prägen, ist Mittellinks vielleicht doch die korrekteste politische Bezeichnung. Vermutlich ist das Problem nicht vor allem eines der Regierung, sondern der Art des Kapitalismus, die sie befördert. Es mag paradox klingen, aber wir haben es in gewisser Weise mit einer post-neoliberalen Variante des Neoliberalismus zu tun.« (Ebd.) Hinsichtlich der Debatte über den Extraktivismus stellt dieser Transformationspfad trotz aller Versuche, neue Wege zu gehen, die Fortsetzung überbrachter Produktionsstrukturen dar – auch im Sinne der »Art des Kapitalismus«, der sich entwickelt.

Die Rolle des Staates in lateinamerikanischen Transformationsprozessen

Die Debatte in Lateinamerika um die Rolle des Staates kann durchaus als Fortsetzung einer anhaltenden, alten Auseinandersetzung unter Linken verstanden werden. Rauber stellt fest, dass »die Transformation der Gesellschaft nicht möglich sein wird, wenn das Neue nicht im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft durch den Widerstand, durch die Kämpfe und das tägliche Erleben in verschiedenen Zusammenhängen des sozialen Lebens, der Familie und des Individuums geschaffen wird« (Rauber 2010, 171). Die »Machtergreifung« ist nicht die Hauptfrage, sondern die Fähigkeit, »eine andere, sich vom Kapital unterscheidende revolutionäre Macht aufzubauen« (ebd., 173).

Der Ausgangspunkt der Übergangsprozesse in den Ländern mit Mitte-Links-Regierungen ist der übernommene Staat. Die Feststellung, dass die »kolonial-kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen staatlichen Strukturen sich als erstaunlich erfolgreich erweisen«, ist außerordentlich wichtig. »Denn die Regierungsübernahme bedeutet eben noch keine Staatstransformation – und die Wirkungsmacht der Institutionen kann Transformationsziele leicht absorbieren.« (Brand 2011) Die Transformation des Staates und seiner Institutionen wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen müssen. Sie erfordert auch im Sinne Isabel Raubers die Entwicklung der Akteure und Kräfte, die diesen Prozess führen und gegen die Kräfte des Alten durchsetzen.

Die koloniale und abhängige Entwicklung prägte in Lateinamerika den bürgerlichen Staat. Die periphere Lage diktierte die Stellung des Staates in Lateinamerika in der internationalen Arbeitsteilung und schuf eine von außen aufgezwungene Produktionsweise, die v.a. durch Rohstoffexport und Unterentwicklung charakterisiert wird. Auf diesen Umstand verweist Dieter Boris, wenn er feststellt, dass die »unterschiedlichen Produktionsweisen und Ethnien [...] im Vergleich zu den meisten Gesellschaften des Zentrums sich auf die Eigenheiten des Staates niedergeschlagen« haben (Boris 2013, 6). Die Herausbildung bestimmter Herrschaftsmechanismen führte historisch in einer differenzierten Klassengesellschaft, die zum großen Teil durch diktatorische Herrschaftsformen geprägt wurde, zu erheblichen Brüchen.

Lateinamerika wurde zudem in den neunziger Jahren zum Experimentierfeld neoliberaler Politik, in deren Folge die staatlichen Institutionen in einen »Minimalstaat« verwandelt wurden. Mehr und mehr wurde der Staat dem internationalen Finanzkapital untergeordnet und zur Deregu-

lierung des Marktes eingesetzt. Dieter Boris unternimmt es, drei Hauptpositionen darzustellen:

1. Eine »anti-etatistische Position«, die den bürgerlichen Staat als »Sitz der Macht« negiert;
2. Eine neo-desarrollistische Position, die eine staatliche Regulierung mit sozialen Maßnahmen ohne antikapitalistische Perspektive vorsieht;
3. Eine Position der »Neugründung« und »Transformation«, die dem Staat eine wichtige Rolle bei der grundlegenden Veränderung der Gesellschaft zuschreibt. (Boris, 2013, 8).

Eingebettet in die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in der Welt und in Lateinamerika ist eine Neuauflage der Theorie des Desarrollismus und damit des desarrollistischen Staates (Entwicklungsstaat) zu beobachten. Die entstandenen Mitte-Links-Regierungen gehen davon aus, dass dem Staat bei der Sicherung der Souveränität und der Unabhängigkeit jedes Landes eine zentrale Rolle zukommt. Keine der Mitte-Links-Regierungen hat im Ergebnis der demokratischen Wahl die »Macht« errungen bzw. einen neuen Staat geschaffen. Wohl aber wurde die neoliberale Abwertung des Staates beendet, wurde begonnen, den Einfluss der alten Machteliten in den Staatsapparaten zurückzudrängen und staatliche Macht von unten zu schaffen.

Natürlich kann »soziale Transformation nicht einfach an den Staat delegiert werden« (Lang 2012, 13). Ohne eigenständige soziale Bewegungen geht das emanzipatorische Potenzial schnell verloren. Aber nach dem Minimalstaat des Neoliberalismus wurde eine Wiederaufwertung des Staates notwendig. Der Neo-Desarrollismus unterscheidet sich vom traditionellen dadurch, dass er sich sowohl in seinem Staatsverständnis vom traditionellen Staat als auch vom neoliberalen Staat abgrenzt. In der Auseinandersetzung mit den Folgen neoliberaler Politik war die »Wiederkehr des Staates, seiner Rolle in der öffentlichen Politik, der Industrialisierung ein großer Beitrag Lateinamerikas« (Ferrer 2010).

An dieser Aufwertung des Staates wird Kritik laut: »Um Verteilungspolitik zu betreiben, wird (sie) oft genug assistentialistisch in Form von Zuwendungen durch den Staat« realisiert, und da »mit dem Extraktivismus ein spezielles Modell von Staatlichkeit einhergeht, wird Demokratisierungs- und Emanzipationsbestrebungen zuwider gehandelt« (Brand 2011). Trotz der sicher berechtigten Kritik an Defiziten staatlichen Handelns in den hier betrachteten Ländern ist zugleich zu fragen, ob diese linke Kritik ausreichend die Ausgangslage der Mitte-Links-Regierungen berücksichtigt und nicht von allen Seiten weit stärker die Widersprüchlichkeit dieses Entwicklungsmodells aufgearbeitet werden sollte. Denn

der neo-dasarrollistische Staat eröffnete die Möglichkeit, die öffentliche Sphäre aufzuwerten, Sozialpolitik (die durchaus »assistenzialistisch« ist und ihre Grenzen hat) zu realisieren, die Stärkung gewerkschaftlicher Rechte zu ermöglichen, Bildungsmöglichkeiten zu erweitern und zum anderen die »Handlungsbedingungen der Linken deutlich zu verbessern« (Boris 2013, 19). Die Garantie der Bürger- und soziale Rechte, die Kontrolle von Kapitalzirkulation und die Verhinderung von Privatisierungen verlangen einen handlungsfähigen Staat, der zugleich den Fall eines neuen Autoritarismus entgeht, der durch das extraktivistische Modell gefördert wird. Geschehen kann das nur via Neugründung des Staates, wie dies einige Mitte-Links-Regierungen begonnen haben. Nach David Harvey haben politische Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen »dem linken Denken einen klaren Anstoß gegeben. Die Volksbewegung in Lateinamerika und die Entstehung progressiver Regierungen sind Hoffnungssignale für eine Wiederbelebung einer neuen Form eines anderen linken Etatismus.« (Harvey 2013) Dieser »linke Etatismus« müsste aber zugleich mit der Stärkung außerstaatlicher solidarisch-emanzipatorischer Bewegungen und ihrer ökonomischen und sozialen Machtbasen einhergehen.

In einer Veröffentlichung des Büros der RLS, Quito, werden im Text »Den Staat erneuern oder Emanzipation erringen?« (Lang 2010) Fragen aufgeworfen, die die Gefahr des Staatssozialismus und die möglicherweise Überbetonung der Rolle des Staates betreffen. Die Welle von Wahlerfolgen progressiver Kräfte in Lateinamerika habe die Konzentration der Linken auf den Staat als Akteur der Veränderung bewirkt und zugleich die Frage des Verhältnisses von sozialen Bewegungen und fortschrittlichen Regierungen gestellt. Es müssten grundsätzliche Fragen wie die nach der »Macht«, nach dem »Staat« oder den »politischen Parteien« und »sozialen Bewegungen« gestellt werden.

In der Tat müssen die Gefahren, die in Tendenzen zu autoritärer Herrschaft, Diskreditierung und Unterdrückung von KritikerInnen aus popularen Bewegungen und zu unzureichender Transparenz der Regierungspolitik liegen, kritisch benannt und mit großen Anstrengungen zur Demokratisierung von unten und der Demokratisierung des Staates selbst beantwortet werden. Gleichwohl sind problematische Tendenzen in den progressiv regierten Ländern Lateinamerikas nicht ohne Einschränkung wie die früheren staatssozialistischen Herrschaftsverhältnisse zu bewerten. Wenn wie in Venezuela zivilgesellschaftliche demokratische Organisationen nur schwach entwickelt und stabile demokratische Institutionen nicht herausgebildet sind, wenn linke Politik anfänglich mit einem sehr

niedrigen Volksbildungsniveau umzugehen hatte, lag es nahe, dass charismatische Persönlichkeiten diese Defizite zu kompensieren versuchten. Doch die Kehrseite dessen sind Tendenzen zur Erosion des Demokratisierungsprozesses. David Harvey und andere sehen die Herausforderung für linke Staatlichkeit im weiteren Ausgestalten der Macht im Interesse der Menschen. Nicos Poulantzas verweist deshalb darauf, dass »der Staat nicht bloß ein Verhältnis (ist), sondern die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses« (Poulantzas 2002, 185) darstellt. Für Mitte-Links-Regierungen »ist der Staat der Rahmen, in dem sie ihre Autonomie aufrechterhalten müssen, aber gleichzeitig nicht auf die ›Macht‹ verzichten, um Einfluss zu nehmen« (ebd.). Nach Sader müssen die sozialen Bewegungen direkt am Staat beteiligt, die Formen partizipativer Demokratie ausgeweitet werden, wofür die progressiven Regierungen dafür Sorge zu tragen haben (Wahl/Chrenko 2011, 58). Dieser ist im gewissen Sinne der »Rahmen«, in dem emanzipatorische Kräfte ihren Kampf austragen und andere Kräfteverhältnisse anstreben. Das schließt ein, dass der Staat verändert und »von unten« gestaltet werden muss. Umbau der Staatlichkeit im engen Sinne und Aufbau eines weiten politischen Feldes zur solidarischen Austragung der Widersprüche linker transformatorischer Projekte sowie die Untersetzung durch eine entsprechend veränderte Struktur- und Sozialpolitik bedingen sich.

Bisherige Entwicklungen in Lateinamerika zeigen, dass wesentliche Veränderungen nur möglich sind, wenn sich politische und soziale Kräfte und starke Volksbewegungen aktiv einschalten und neue Formen direkter Demokratie und Selbstverwaltungen entwickeln. Es waren und sind die unterschiedlichsten Akteure, die diese Veränderungen möglich machten, die sich aber fortwährend neu konstituieren müssen. Die Entfaltung der demokratischen, partizipativen Prozesse »von unten«, unterstützt durch den Staat, kann den Prozess der Vervollkommnung des kollektiven Subjekts/Akteurs vertiefen. Maßnahmen wie Alphabetisierungskampagnen, Entstehung und Ausweitung von kommunalen Räten, Verbesserung der sozialen Lage und Beibehaltung der Autonomie der Bewegungen werden den Prozess der Transformation des Staates, d.h. der Institutionalität, vertiefen. Partielle und korporative Interessen können so formuliert werden, dass sie die solidarische Austragung der Widersprüche befördern oder ihnen entgegenstehen. Dies gilt für staatliche wie außerstaatliche Akteure. »Alte Identitäten und korporative Gewohnheiten begleiten nicht nur die alten, sondern auch die neuen Akteure, was zum Hemmschuh für die Transformationsprozesse werden kann.« (Rauber 2010, 199)

Im Weiteren wird kurz versucht, Positionen zu rezipieren, die sich den dargestellten Widersprüchen zu stellen versuchen. Es geht also gezielt nicht darum, den Realprozess selbst zu analysieren und die jeweiligen Ergebnisse der Entwicklung darzustellen, sondern nur zu zeigen, wo Ansätze formuliert wurden, die von transformatorischer Bedeutung sein könnten.

Marta Harnecker

Marta Harnecker meint, dass die »linken Kräfte für die Eroberung der Staatsmacht kämpfen müssen, um den Staatsapparat mit einer revolutionären Perspektive orientieren zu können« (Harnecker 2007, 102). »Es müssen immer neue Räume eröffnet werden für die direkte Teilnahme des Volkes, weil nur so in der Praxis die erforderliche kulturelle Transformation möglich wird.« (ebd., 122) Ausgehend von den Erfahrungen der *Misiones* und der *Consejos* stellt M. Harnecker fest, dass das venezolanische Volk in den Wahlauseinandersetzungen gelernt hat, den Staat auf neuer Basis – »von unten« – aufzubauen. Widerstand gegen diese Entwicklung kommt aus den alten Ministerien. Deshalb sei es erforderlich, den *Consejos* und *Misiones* den erforderlichen Platz einzuräumen und sie mit entsprechenden Vollmachten auszustatten.

Es ist sicher ein Phänomen des »bolivarischen Prozesses«, wenn die Frage nach der Entwicklung und Rolle sozialer Bewegungen und danach gestellt wird, wie sich ihre Beziehungen zu Parteien und der Regierung gestaltet haben. Die Entwicklung in Venezuela war nicht Resultat einer Massenbewegung, obwohl die Bevölkerung mit der neoliberalen Politik und der Krise, die das Land durchlebte, unzufrieden war. Erst mit der Durchführung der Sozialprogramme, die vor allem den armen Schichten zugute kamen, verstärkten diese ihre politischen Aktivitäten und wurden zu aktiven Unterstützern des »bolivarischen Prozesses«. Auch in Venezuela war zu beobachten, dass die sozialen Bewegungen im Staat immer einen Feind sahen, nun aber vor der Herausforderung standen, die Macht selbst auszuüben. Erst die Initiativen von Hugo Chávez erreichten eine Mobilisierung der sozialen Bewegungen »von oben«. Das heißt aber auch, dass sie im starken Maße von seiner Person abhingen und daher auch Gegentendenzen von »Bevormundung« hervorbringen.

Akute Gefahr für den bolivarianischen Prozess ist aus der Wechselwirkung zwischen dem Einmünden extremer Abhängigkeit der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft von der Förderung und dem Export des Erdöls in eine chronische Versorgungskrise und sich auf dieser Grundlage entwickelnder Korruption, zunehmendem Schmuggel und Schwarz-

handel mit staatlich subventionierten, aber knapper werdenden Gütern entstanden. Der versäumte Strukturwandel der Wirtschaft wurde zur Bedrohung der dafür verantwortlichen Regierung, als der Erdölpreis fiel, Importe daher eingeschränkt werden mussten und die Versorgungsschwierigkeiten Korruption und Kriminalität anheizten. Die ökonomische Krise unterminiert auf solche Weise auch die Demokratisierung des Staates von unten und bietet der Obstruktionspolitik konservativer Kräfte einen Nährboden.

Àlvaro García Linera

Der bolivianische Prozess hat politisch und ideologisch andere, spezifische Vorstellungen eines Modells der Staatsmacht, basierend auf Multikulturalität und Multinationalität, hervorgebracht. Der multinationale Staat ist danach Ausdruck für die Transformation in einen modernen Staat: neue Formen des Zusammenlebens der Menschen, bewusster Umgang mit der Umwelt, neue Formen der Ausübung der Macht.

Àlvaro García Linera geht von den Widersprüchen aus, die der neue Staat zu bewältigen hat und die ausgelebt werden müssen, wenn vom bolivianischen Staat als Regierung der sozialen Bewegung gesprochen wird. Staat heißt Machtmonopol. Soziale Bewegung heißt demokratische Vielfalt und Partizipation. Wenn der Staat priorisiert wird, bedeutet das, dass sich eine neue Elite herausbilden kann. Werden die sozialen Bewegungen priorisiert, kann das zum Nachteil notwendiger Funktionen des Staates geraten. »Die Lösung besteht im permanenten Nebeneinander und in der Beachtung dieses Widerspruchs.« »Seit acht Jahren ist Bolivien in diesem Stadium der beschleunigten und antagonistischen Transformation ein lebendes Laboratorium von einer Staatsform in die andere.« (Linera 2010a)

Für García ist wichtig, dass der Staat in der Lage war, entscheidende Vorteile durch die teilweise Ausübung wirtschaftlicher Macht zu erringen. Er beschnitt durch die Nationalisierung der Erdölindustrie die Macht der Bourgeoisie. Mit der Kontrolle von unten (Gewerkschaft, Kooperative, kommunitäre Gruppen) soll verhindert werden, dass sich neue (Macht-)»Eliten« herausbilden. Der Staat im Übergang ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch »ein kollektiver Unternehmer«. Seit 2005 hat sich der Anteil des Staates an BIP von 15 auf 31% 2009 erhöht (ebd.).

Verfassungsprojekte

Der bolivianische Staat versteht sich in seiner Verfassung als plurinational, kommunitär und autonom. Nach Prada ist der Plurinationalismus, die Wiedergeburt der kommunitären traditionellen Gemeinschaften und ihrer Modernisierung die Grundlage für die Sicherung der Territorialität mit ihren ökologischen Nischen (Prada 2010). Die demokratische Legitimation der politischen Institutionen ermöglicht die Durchführung ökonomischer und politischer Reformen, die die Grundlagen für ein neues ökonomisches und ökologisches Entwicklungsmodell schaffen. Prada stellt sich dieses Modell als polyzentrisches System nachhaltiger Produktionsformen vor, in dem die bestimmende Rolle des Staates gewährleistet ist (z.B. Nationalisierung der Naturreichtümer).

Eine besondere Rolle wird in Ecuador dem Staat zugeschrieben. Er hat das Recht zu regulieren, zu kontrollieren und strategische Wirtschaftssektoren zu lenken. Grundlage des Staatsaufbaus sind Basisorganisationen, die sich aus Bürgern unterschiedlichster Orientierungen und Interessen zusammensetzen, die aber die »Bürgerrevolution« unterstützen und »Komitees der Bürgerrevolution« in Fabriken, der Landwirtschaft, an Universitäten oder territorial bilden. »Wie Ricardo Patino und Eduardo Paredes sagen, ermöglicht das politische Instrument, das die Veränderung der ecuadorianischen Gesellschaft, aufbauend auf organisierte und nicht organisierte Menschen fördert, direkt hin zu flexiblen, offenen und unterschiedlichsten Organisationen, die sich gegenseitig ergänzen, d.h. zu den verschiedensten Modalitäten der Organisation und Arbeitsweisen.« Und »[w]ir müssen in Netzwerken, neuen Formen der sozialen und politischen Organisation und in neuen Formen der Beziehung zwischen dem Sozialen und Politischem denken« (Harnecker 2011, 17).

Die in Venezuela, Bolivien und Ecuador vollzogenen Verfassungsprozesse sind ein wichtiger Ausgangspunkt für die Transformation des Staates und seiner Institutionen. Sie knüpfen an die Erfahrungen der indigenen Gemeinschaften und ihre kommunitären Wurzeln: Die Gemeinschaft erzeugt ihre Produkte gemeinsam, sie kontrolliert ihre Verteilung. Erste Aufgabe ist es, den Staat und die Gesellschaft zu dekolonisieren und den multinationalen Staat zu konstituieren. Venezuela, Bolivien und Ecuador können als Beispiele für eine Neugründung des Staates angesehen werden, in denen versucht wird, den »Staat von unten« über Selbstverwaltungsprozesse neu zu schaffen. Dieser Prozess ist in der Auseinandersetzung mit den noch in den Staatsapparaten vertretenen alten Machteliten und auch mit autoritären Tendenzen in den neuen Eliten im Gange.

In einer ersten Phase der Umgestaltung ihrer Gesellschaften ist es unabdingbar, dass der Staat in der Wechselwirkung mit dem Erstarren emanzipatorischer Bewegungen zentrale Bedeutung gewinnt. Im Rahmen des Nachdenkens über ein Szenario des sozial und ökologisch regulierten postneoliberalen Kapitalismus wird dafür plädiert, »demokratische, soziale und ökologische Tendenzen eines postneoliberalen Kapitalismus gegen dessen Herrschaftsstrukturen derart zu stärken, dass diese Entwicklungsvariante einen Übergangscharakter annimmt« (Klein 2013, 48). Auf die Transformation des Staates bezogen, zeichnet sich in einigen lateinamerikanischen Staaten ab, dass dieser Prozess einen Übergangscharakter hat und durchaus in der Lage ist, gegebene Herrschaftsstrukturen zu verändern. Es ist aber nicht zu übersehen, dass sich auch neue Formen von Staatlichkeit herausbilden, die selbst wieder einer weitergehenden Transformation entgegenstehen.

Brasilien – Wege einer komplizierten und offenen Transformation

Nach mehr als zehn Jahren einer von der brasilianischen Partei der Arbeit (PT) geführten Koalitionsregierung stellt sich die Frage nach den Wegen, Konflikten und Erfahrungen eines komplizierten Transformationsprozesses. In den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts vollzog sich unter der Dominanz des Neoliberalismus eine Umorganisation des brasilianischen Kapitalismus. Begleitet wurde dieser Prozess von bedeutenden Fusionen im Banken- und Agrarbereich. Im Ergebnis entstanden ein Finanzkapitalismus und neue Fraktionen der Großbourgeoisie. Die Funktionen des Staates wurden minimiert und das Land weitgehend dem Auslandskapital geöffnet. Es ging eine Verschmelzung der bisher dominierenden Form der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft, den Latifundien, mit dem Industrie- und Bankkapital zum sogenannten Agrobusiness vor sich. Die brasilianische Landwirtschaft wurde vollständig auf Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse reorganisiert. Verschiedene Analysen verweisen auf die Tatsache, dass sich eine interne Großbourgeoisie herausbildete, die ihre eigene Basis der Kapitalakkumulation besitzt und sich im Konkurrenzverhältnis mit Teilen des internationalen Finanzkapitals und seiner nationalen Alliierten befindet (Boito 2013).

Diese Widersprüche charakterisieren die Risse im bourgeoisen Herrschaftsblock und die Interessengegensätze zwischen dem Bankkapital, das besonders stark mit dem internationalen Finanzkapital verbunden

ist, dem Industriekapital und dem Agrobusiness. Bezeichnend für die Position der internen Bourgeoisie ist ihr relativ hoher politisch-wirtschaftlicher Organisationsgrad. Industrieföderationen und Handelskammern sind direkte Interessenvertreter verschiedener Kapitalfraktionen. Parallel zur Stärkung der internen Bourgeoisie bildete sich eine Mittelklasse heraus, die in sich stark differenziert ist. Verändert wurde die Verteilung des Reichtums, ohne dass der gravierende Unterschied zwischen Arm und Reich aufgehoben wurde.

Die Lula-Regierung, die 2003 als Mitte-Links-Koalition entstand, war Ausdruck der Veränderungen. Mit der Entstehung der internen Bourgeoisie wurde die Bildung einer breiten Allianz ermöglicht, die sowohl diese Fraktion der Bourgeoisie als auch wesentliche Sektoren der Volkskräfte umfasste, die mit dem Widerstand gegen die neoliberale Politik und ihre Auswirkungen wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Mitte-Links-Regierung hatten. Die unmittelbar mit dem internationalen Kapital verbundenen Sektoren verloren ihre hegemoniale Stellung und gerieten sich als neokonservative Opposition. Das erklärt die Veränderung vom orthodoxen Neoliberalismus hin zu einer neo-desarrollistischen Politik (ebd.). Die neue Allianz ist ihrem Charakter nach heterogen und in sich widersprüchlich. Repräsentiert wird sie politisch durch die PT als führende Kraft des Koalitionsbündnisses.

Die in Brasilien entstandene Situation ist vergleichbar mit der im Institut für Gesellschaftsanalyse erarbeiteten Vorstellung von dem möglichen Entwicklungsszenario eines »sozial und ökologisch regulierten postneoliberalen Kapitalismus«, der »einen Richtungswechsel auf erneuerter bürgerlicher Grundlage, d.h. post-neoliberaler Transformation im Rahmen des Kapitalismus zu einem veränderten Akkumulationsregime und zu einer veränderten Regulationsweise gegenüber dem neoliberalen Kapitalismus bedeuten« würde (Klein 2013, 48). Fraktionen der brasilianischen Bourgeoisie haben Züge von einem »flexiblen Teil der Macheliten, die affin für solche Wandlung sind« (ebd.). Allerdings ist in Brasilien auch zu beobachten, wie sehr neoliberale Beharrungskräfte einer postneoliberalen Entwicklung entgegenwirken. Und die ökologische Dimension dieser Entwicklungsvariante ist in Brasilien kaum entwickelt. Die zeitweilige Interessenübereinstimmung ist der Ansatzpunkt für die Affinität dieser Kapitalfraktion für eine Wendung hin zu einem postneoliberalen Modell: Stärkung des Staates, Zusammenarbeit mit dem brasilianischen Privatkapital (Public Private Partnership), Stärkung des Binnenmarktes, Realisierung von Sozialprogrammen, regionale Integration und Förderung extraktivistischer Aktivitäten. Nach

Sader sind Antworten auf die Frage zu geben, ob der Postneoliberalismus antikapitalistische Elemente enthält und der Neo-Desarrollismus Impulse für alternative Entwicklungen geben kann. So ist es nicht verwunderlich, dass die Wege, die die Regierungen Lula und Dilma beschritten haben, sich konfliktreicher und komplexer gestalteten, als zu erwarten war (Sader 2013).

In der zweiten Legislaturperiode Lulas (ab 2006) erfolgte eine stärkere Hinwendung zum neo-desarrollistischen Wirtschaftsmodell. Stärker als bisher entwickelte sich der Staat zum Finanzier, Investor und Sozialstaat. Die staatliche »Nationale Bank für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung« (BNDES – Banco Nacional de Desenvolvimento Economico e Social), die Zentralbank (BC – Banco Central) und Föderale Wirtschaftsbank (CEF – Caixa Economica Federal) übernahmen die Aufgabe, private Großunternehmen zu kapitalisieren und direkte Beteiligungen staatlicher Banken an diesen Unternehmen zu forcieren. Die Regierung engagierte sich aktiv und aggressiv auf den Kapitalmärkten.

Charakteristisch für diese Jahre ist eine Veränderung der Position Brasiliens im lateinamerikanischen und internationalen Maßstab. Im Gefüge der existierenden internationalen Ordnung stellt diese Veränderung ein Gegenstück zu den weltweiten Tendenzen der Neoliberalisierung dar. Die Elemente einer Transformation vom neoliberalen System zu einem postneoliberalen können zum Ausgangspunkt für weitere antineoliberale Schritte (Einschränkung des Finanzkapitals und seiner Spekulationen, produktive Investitionen in Wissenschaft und Technologie, Realisierung einer sozial ausgerichteten Steuerreform, aktive Rolle der öffentlichen Banken, Schaffung hochspezialisierter Arbeitsplätze usw.) werden. Das sind Bestandteile eines zukunftsweisenden nationalen Projektes. Sie weisen über den Post-Neoliberalismus hinaus. Im Sinne eines Transformationsprozesses ist das eine gradualistische Politik, die »gekennzeichnet ist durch post-neoliberale Hegemonie bis zu einem Punkt, der als ›demokratischer Kapitalismus‹ charakterisiert werden kann, d.h. mit mehr Demokratie und sozialem Wohlstand als in der neoliberalen Periode« (Pomar 2010).

In einem Land der Peripherie ist ein Kapitalismus »demokratischen« Charakters, der mehr Unterstützung den kleinen und mittleren Unternehmen zusichert, den Werkträgern mehr Rechte gibt, mehr Demokratie und mehr nationale Souveränität garantiert, eine Möglichkeit zur Transformation der Gesellschaft. Für linke emanzipatorische Kräfte entstehen Freiräume, die von ihnen zur Durchsetzung weiterer Reformen genutzt werden können. Deshalb wäre es ein Fehler, diese Freiräume nicht zu

nutzen und sich in dieser Allianz heterogener Kräfte zu isolieren. »Die sozialen Bewegungen müssen an dieser ›neo-desarrollistischen Front‹ teilnehmen, weil der Versuch, ein unabhängiges Programm durchzusetzen, im gegenwärtigen Moment unweigerlich in die Isolation führen würde. Kritisch teilzunehmen heißt zuallererst, nicht von den eigenen Zielen abzulassen, selbst wenn das innerhalb dieser Allianz zu Konflikten führt.« (Boito 2012) Das heißt, jeden möglichen Einstieg in eine system-überschreitende weitergehende Transformation zu nutzen.

Verschiedenste Anzeichen deuten darauf hin, dass der komplizierte und offene Transformationsprozess neue Konflikte geschaffen hat oder alte nicht überwinden konnte. Brasilien erlebte im Juni/Juli 2013 große Massendemonstrationen. Die Proteste zeigten die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsteile. Sie sind Ausdruck für die Forderung nach demokratischen Veränderungen der brasilianischen Gesellschaft. Offenkundig stößt das gegenwärtige Entwicklungsmodell einer einfachen systeminternen Transformation ohne weiterreichende Perspektiven an seine Grenzen.

Der Ausgang der Wahl im Oktober 2015 (51,64% der Stimmen für Dilma Rousseff) zeigte, dass die Passivität der Regierung und die Offensive rechter Kräfte Wirkung zeigten. Der Handlungsspielraum der Präsidentin Rousseff ist zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit stark begrenzt. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation ist der Zyklus des Wachstums beendet. Die politische Dimension der Krise äußert sich in der Entscheidung der internen Bourgeoisie, die Allianz mit der PT-Regierung aufzukündigen und die sogenannte Frente Desenvolvimentista (Entwicklungsfrente) zu verlassen (Wahl 2015). Die gegenwärtige Lage ist durch eine verschärfte Spaltung und Polarisierung der brasilianischen Gesellschaft gekennzeichnet. Mit dem Aufkommen stark konservativer Kräfte besteht die Gefahr eines Rückfalls in neoliberale Zustände, der verbunden wäre mit der Beendigung eines begonnenen Transformationsprozesses.

Eigene Charaktere lateinamerikanischer Transformation

Das »Vivir Bien« (oder »Buen Vivir«), das Gute Leben, als Leitmotiv

Das Vivir Bien hat Eingang in die Verfassungen Venezuelas, Ecuadors und Boliviens gefunden und bietet Orientierungen für die Regierungstätigkeit. Es entspricht der Lebensweise indigener Gemeinschaften, die über die Jahrhunderte kolonialer Unterdrückung hinweg ihre Vorstellungen vom Vivir Bien erhalten haben. Zweifellos wird damit eine De-

batte angestoßen, die inmitten der Zivilisationskrise neue Aspekte für Entwicklung und Wachstum aufwirft.

»Die Fraktion DIE LINKE begrüßt, dass die Regierungen von Venezuela, Ecuador und Bolivien den Ansprüchen und Anregungen aus dem Konzept politisch Geltung verschaffen. Ob *Vivir Bien* auch als Orientierung für Gesellschaften mit hochkomplexer Arbeitsteilung taugt, ist unter LINKEN umstritten. Schnittpunkte wie solidarische Gemeinschaftsgüter und die Kritik an der Kommerzialisierung der Natur existieren dennoch und bieten Anknüpfungspunkte im gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur im Kapitalismus.« (Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag 2013).

Nach David Choquehuanca ist das *Vivir Bien* das Leitmotiv des Modells, das die Regierung Morales realisieren will: Ein Leben in Harmonie mit der Natur. Weder der Sozialismus des 20. Jahrhunderts noch der Kapitalismus sind Modelle, die mit der indigenen Betrachtungsweise verträglich sind. Soziale Bewegungen und Anhänger des *Vivir Bien* sehen sich zunehmend in Opposition zu ihren Regierungen, weil diese die in der Verfassung festgeschriebenen Prinzipien angeblich und teils auch tatsächlich missachten. In Bolivien und Ecuador haben sich erhebliche Spannungen zwischen Regierung und sozialen Bewegungen ergeben.

Außenstehende Beobachter übersehen nicht die Probleme, Widersprüchlichkeiten und Konflikte, die sich in den letzten Jahren seit Bestehen der Mitte-Links-Regierungen ergeben haben. Immanuel Wallerstein stellt fest, dass »eine Linke des *Vivir Bien* und eine desarrollistische Linke existieren. Die eine in den Andenländern verfißt die Idee einer alternativen und nachhaltigen Gesellschaft, basierend auf einem Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Natur. Die andere, die in Brasilien dominiert, stellt sich das wirtschaftliche Wachstum als Hauptaufgabe. Aber selbst in den Anden gibt es heftige Konflikte zwischen den beiden Richtungen«, d.h. zwischen dem Prinzip des *Vivir Bien* und dem Neo-Desarrollismus (Wallerstein 2012).

Anhänger und Kritiker des *Vivir Bien* stimmen darin überein, dass die Zivilisationskrise eine Änderung in der Lebensweise der Menschheit und des Wachstumsparadigmas erforderlich machen. Das *Vivir Bien* kann und müsste in dieser Auseinandersetzung ein Ausgangspunkt für eine konstruktive Wertedebatte sein. Jedoch – und darauf wird auch in den Leitlinien der LINKEN hingewiesen – muss die Frage beantwortet werden, ob und wie das Konzept auf »Gesellschaften mit hochkomplexer Arbeitsteilung« angewendet werden kann. Kann es in kapitaldominierten Gesellschaften Veränderungen schaffen? Wie kann das *Vivir*

Bien für die Gestaltung konkreter ökonomischer Zusammenhänge, der Arbeitsverhältnisse, von Innovationsprozessen und Technologie, von Rahmensetzungen für den Markt und konkrete Veränderungen der Produktionsverhältnisse wirksam werden, d.h. als Projekt einer postneoliberalen und perspektivisch postkapitalistischen Entwicklung? Selbst ein Vertreter des Vivir Bien wie Alberto Acosta meinte auf dem Attac-Kongress in Berlin im Juni 2011, dass es sich dabei eher um Diskurse als um konkrete Sachverhalte handelt. Nach Acosta überwindet das Vivir Bien den Begriff der »alternativen Entwicklung« und versucht, »eine Alternative zu sein« (Acosta 2011).

Das Vivir Bien ist in den Verfassungen Boliviens und Ecuadors als Prinzip des pluralen Wirtschaftens verankert, ohne zu beschreiben, wie komunitäre Wirtschaftsformen mit dem staatlichen und privaten Sektor auskommen sollen. Lateinamerikanische Gesellschaften, auch die Boliviens und Ecuadors, erleben einen Prozess einer verstärkten Urbanisierung und damit von Landflucht und Migrationsströmen. Francois Houtart meint in seinem Artikel »Das Konzept des sumak kawsai (Vivir Bien) und seine Übereinstimmung mit den Allgemeingütern der Menschheit«, dass »es einen Diskurs verschiedener Autoren mit einem hohen Interpretationsniveau hinsichtlich der gegenwärtigen Beunruhigungen gibt« und dass »keineswegs die präkolonialen Gesellschaften idealisiert werden können, auch nicht die heute existierenden Widersprüche der autochthonen Völker, so wie sie auch in allen menschlichen Gemeinschaften existieren. Die hierarchischen Beziehungen, die Stellung der Frau, der Respekt vor dem menschlichen Leben waren nicht immer vorbildlich in solchen sozialen Gruppen [...] und das, was wir heute »imperialistisch« nennen, kann für die Inkas und Azteken nicht negiert werden.« (Houtart 2011) Sie durchleben ihre Konflikte im Denken und in Machtfragen. Sie gehen Bündnisse mit anderen politischen und ökonomischen Kräften ein und »haben ihre ideologischen Differenzen, die vom Neoliberalismus bis zum Sozialismus gehen.« »Sie verdienen soziale Anerkennung, besonders nach einem halben Jahrtausend Unterdrückung und Zerstörung.« (Ebd.)

Es geht darum, das Vivir Bien, das aus den indigenen Kosmvisionen entstanden ist, mit der Lebenswirklichkeit und den real existierenden Gegebenheiten zu verbinden. Das positive Bestreben, nach Alternativen zu suchen, entbindet nicht von der Pflicht, ein Konzept auf Machbarkeit, Widersprüche und Seriosität zu untersuchen, wenn es um ernste Überlegungen geht, ein postkapitalistisches Denken zu erarbeiten. Auch Vertreter des Vivir Bien wissen, dass das Konzept des Vivir Bien nicht einheitlich ist und mit der Realität in den indigenen Gemeinschaften oft

nicht übereinstimmt. »In keinem Land stellen die Indigenen einen homogenen Block dar.« (Ebd.) Houtart wendet sich aber auch gegen die Auffassung, die u.a. von Gudynas vertreten wird, dass »der Sozialismus den gleichen materialistischen Aspekt wie der Kapitalismus hat, die Natur als Gebrauchs- und Tauschwert anzusehen«. Houtart unterstreicht, dass Marx in einigen Schriften, besonders aber in den »Grundrissen«, betont hat, dass der Mensch Teil der Natur ist und erst der Kapitalismus den Menschen von der Natur trennte. Für Houtart ist das *Vivir Bien* ein Projekt, das er in seinen Ausführungen direkt mit den »Allgemeingütern der Menschheit« in Verbindung bringt, womit es auf eine reale Grundlage gestellt werden kann und einen praktischen Sinn bekommt.

Mit Recht wird auf diese Auseinandersetzungen in Lateinamerika hingewiesen. Sie zeigen, dass die eingeleiteten Prozesse praktisch und theoretisch umstritten sind und eine nüchterne Einschätzung zur Feststellung führt, dass die politische und soziale Linke, vor allem auch intellektuelle, noch keinen gemeinsamen Weg gefunden haben. Stefanoni ist zuzustimmen, wenn er sagt: »Das, was noch fehlt, ist gewaltig: Es geht nicht nur darum, eine ›andere Zivilisation‹ aufzubauen, sondern dafür zu sorgen, dass fast die Hälfte der Bevölkerung aus der Armut geholt wird. Das ist die Aufgabe, nicht die Hervorhebung der Exotik der Indigenen, denn diese entfernt sie von der Macht und bringt sie ihr nicht näher.« (Stefanoni 2012)

Mit dem Begriff des *Vivir Bien* (*Buen Vivir*) wurde eine Suche nach Alternativen, nach einem Paradigmenwechsel eingeleitet. Dabei wird der Begriff sowohl als »Entwicklungskonzept, als politisches Paradigma, als ethnischer Diskurs und als Geschlechterbegriff« aufgefasst, »wobei der Rückgriff auf indigene Traditionen oft ohne Erklärung dessen, was daraus übernommen bzw. was darunter verstanden wird, erfolgt« (Cortez/Wagner 2010). Boaventura bezeichnet diesen Prozess »nicht unbedingt als Konflikt, sondern als Stärkung der Idee einer eigenen Nationalität der Diversitäten [...]. Es sind Nationalitäten, Identitäten, die sich um ein nationales Projekt gruppieren.« Er sieht das Neue im Konstitutionalismus der Transformation. »Wir sind dabei, die Vergangenheit als Zukunftsform zu erhalten, d.h. die Vielfalt dieses Kontinentes. Das ist nach meinem Dafürhalten der Sozialismus des *Vivir Bien*. Es ist ein sehr schöner Ausdruck. Sprechen wir davon, meinen wir eine völlig neue Sache, die im Entstehen ist.« (de Sousa Santos 2010b)

Unter diesem Aspekt erscheint das Prinzip *Vivir Bien* als eine Wertedebatte, die gegen den westlichen Begriff des steten Wachstums und der Entwicklung steht. Die Schwierigkeit besteht darin, auf dem Weg wei-

terer Emanzipation die Werte indigenen Lebens in der heutigen Zeit konstruktiv aufzuheben. Bei allen Missverständnissen, die in der Debatte um das *Vivir Bien* aufkommen können und auch bei aller Unterstützung, die das Projekt erhält, ist es Sache der Linken, unterschiedliche Positionen miteinander zu verknüpfen und für einen anderen Umgang mit der Natur, für eine andere Lebensweise und für eine antikapitalistische Transformation zu kämpfen. Für die Linke Europas heißt das, sich konstruktiv und solidarisch an diesen Auseinandersetzungen zu beteiligen.

Entwicklung versus Wachstum

Das *Vivir Bien* eröffnet damit grundsätzlich die Debatte um das Begriffspaar Entwicklung versus Wachstum. Alberto Acosta sagt in einem Interview, »die These der Entwicklung ist gescheitert... In letzter Zeit spricht man von *Post-Entwicklung*, ... es geht um eine Alternative zur Entwicklung ... Die Idee des Wachstums wird als der beste Weg infrage gestellt, die Probleme der armen Länder zu lösen. Es geht nicht darum, Wachstumsmöglichkeiten zu verhindern, aber das Wachstum an sich gilt nicht mehr als Lösung.« (Acosta 2011) Acosta verwendet dabei »Entwicklung« und »Wachstum« offenbar als Synonyme. Er schließt »Wachstumsmöglichkeiten« nicht aus, da er von »einem guten und schlechten Wachstum« spricht. »Alternativen zur Entwicklung« sind – unter Beachtung der dargestellten Positionen – demzufolge eine umstrittene und bisher in der linken Debatte ungelöste Fragestellung. Nach Gudynas »zielen Alternativen zur Entwicklung auf einen substanziellen Wandel dieser Grundlagen (gemeint sind materieller Fortschritt, Linearität der Geschichte, Notwendigkeit von Naturaneignung durch Wirtschaftswachstum) von Entwicklung hin« (Gudynas 2012).

Offensichtlich liegt dieser Debatte ein grundlegender Unterschied im Verständnis von Entwicklung zugrunde. Eine Gleichsetzung beider Begriffe erschwert den Zugang zum ambivalenten Verhältnis Entwicklung/Wachstum. Eine Fragestellung des »Jenseits von Entwicklung« (oder »Alternativen zur Entwicklung«) erscheint zwingend und im Lichte einer Ablehnung von Entwicklung im westlichen hegemonialen Sinne sinnvoll. Deshalb muss es in erster Linie um die Ablehnung des profitdominierten Entwicklungs- und Wachstumsmodells westlicher Prägung gehen. Denn dieses Modell hat Entwicklung verhindert und Ungleichgewichte und wachsende Abhängigkeit geschaffen. Wenn Länder Lateinamerikas eine vom Norden unabhängige Entwicklung anstreben und konkrete Alternativen suchen, muss Entwicklung in einem anderen Sinn verstanden werden: nämlich einer »Entwicklung als Entfaltung von individuellen

und gesellschaftlichen Potenzialen hin zu mehr Autonomie, Selbstbestimmung und einem besseren Leben für alle« (Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag 2013). Damit wird ein anderer Entwicklungsbegriff eingeführt, der sich deutlich vom Entwicklungsbegriff des Westens abgrenzt und klarmacht, dass die Länder der Peripherie ihre Probleme nur durch einen alternativen Typ von Entwicklung lösen können. Bisher hat das Wachstum des Nordens immer von den Ressourcen des Südens gelebt. Es geht deshalb eher und richtiger um Post-Wachstum und eine Postwachstumsökonomie.

Rainer Land definiert elementar »das *Wirtschaftswachstum* als Zunahme oder Abnahme (Schrumpfung) der Größe des Sozialprodukts als der Gesamtheit aller Güter und Leistungen einer wirtschaftlichen Reproduktionsgemeinschaft« (Land 2011, 99). Im Unterschied dazu versteht er »unter wirtschaftlicher *Entwicklung* elementar das Auftreten von »Neukombinationen« (Schumpeter), also das Entstehen neuer Produkte, neuer Produktions- oder Konsumtionsverfahren, also auch neuer Produktions- und Konsumtionsmittel [...]. Entwicklung und Wachstum sind häufig verbunden. Aber es gibt auch Wachstum ohne Entwicklung bzw. Entwicklung ohne Wachstum.« (Ebd.) Kapitalistische Entwicklung im marxistischen Sinne heißt Entwicklung in Widersprüchen, die sich aus dem Akkumulationsprozess ergeben, krisenhaft verlaufen und von dem Bestehen subjektiver und objektiver Voraussetzungen abhängen. Das gilt auch für den Kapitalismus der Peripherie. Transformationsprozesse in Lateinamerika stehen nicht isoliert im Raum. Um Armut zu bekämpfen, braucht jedes Land, das dafür die erforderlichen Wirtschaftspotenziale noch nicht hat, mit diesem Ziel auch Wachstum – jedoch ein anderes als jenes, das stets Armut als Kehrseite hervorbringt.

Die These, nach der die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ausschließlich das Ergebnis der Expansion des Rohstoffexports sei, kann nicht aufrechterhalten werden. Die Ausweitung des Binnenmarktes, die Sozialpolitik, die Verbesserung der gewerkschaftlichen Rechte usw. widerlegen diese Annahme. Erforderlich sind neue Produktions- und Konsumtionsverfahren, die sich von bisherigen Entwicklungsparadigmen durch Innovation und weniger Ressourcenverbrauch unterscheiden, die nicht auf Profit für Wenige ausgerichtet sind, sondern direkte materielle und immaterielle Verbesserungen der Mehrheit erbringen. Es geht um eine Entwicklung mit anderen Strukturen, die es ermöglichen, Akkumulationsprozesse zu kontrollieren und lokale, nationale und kontinentale Wirtschaftskreisläufe zu schaffen. Das geht nicht ohne Entwicklung und nachhaltiges Wachstum, sodass es bereits unter noch kapitalistischen

Bedingungen auf den Ausbau kooperativer, kommunitärer und staatlicher Unternehmen ankommt, deren Nutzen in der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen bestehen muss.

Ein solcher Mix verschiedener Eigentumsformen zeichnet sich in einer Reihe lateinamerikanischer Länder bereits ab. In Venezuela arbeiten Produktionskooperativen, in denen die Mitglieder Eigentümer sind und über ihre Einkünfte gemeinsam verfügen. In Bolivien existieren, entsprechend der Verfassung, verschiedene Eigentumsformen, die eine mixed economy ausmachen: öffentliche und private Unternehmen, kommunitäre und kooperative, die aber auch als Mischform auftreten. In Brasilien hat sich ein breiter Sektor solidarischer Ökonomie in Form von Kooperativen und Familienbetrieben entwickelt, die Produktion, fairen Handel und Finanzierung verbinden. Sie sind auf lokaler Ebene tätig, produzieren aber nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern sind auch Teil lokaler Kreisläufe. Für viele der Beteiligten sind sie ein erster Schritt zur Selbstermächtigung und Selbstverwaltung. Es sind Keimzellen einer anderen Wirtschaftsform und der Überwindung des Entwicklungsparadigmas des Kapitalismus. Um sie als solche zu erkennen und bewusst in alternativer Richtung zu entfalten, kann ihre Betrachtung aus der Sicht des Konzepts doppelter Transformation hilfreich sein.

Eine Zusammenfassung: Transformation linksregierter Länder Lateinamerikas und das Konzept doppelter Transformation

Erstens: Transformationsprozesse in Lateinamerika stehen historisch bedingt vor weit größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Blockaden als Transformationsanstrengungen in Europa. Es fehlt eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur, die es erlauben würde, elementare soziale Aufgaben kurzfristig ohne schwere Belastungen für die Umwelt durch das Übergewicht der Förderung und des Exports von Naturrohstoffen zu finanzieren. Es geht um die Überwindung der Erbschaft des Kolonialismus, des Hungers, absoluter Armut und der Arbeitslosigkeit großer Teile der Bevölkerung. Schließlich gilt es, die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Rohstoffexport und die periphere Unterentwicklung zu überwinden. Zu fragen ist, welche Veränderungen der bislang abhängige Kapitalismus durchmacht und inwiefern sich mit dem wachsenden internationalen Gewicht Brasiliens und eigener lateinamerikanischer Wirtschaftszusammenschlüsse bessere Bedingungen für einen progressiven Transformationsprozess ergeben.

Dringlich ist linke Politik für einen sozialökologischen Umbau in Europa, der solidarische Unterstützung progressiver lateinamerikanischer Regierungen einschließt. Erforderlich ist linkes Engagement für solche internationale Wirtschaftsbeziehungen, die ausgewogene ökonomische Strukturen in Lateinamerika fördern. Gilt nach unserer Überzeugung – formuliert in dem Konzept doppelter Transformation – schon für Europa, dass die Größe, Komplexität und Kompliziertheit der zu lösenden gesellschaftlichen Probleme einen langen Übergangsprozess, zunächst im Rahmen neu konditionierter kapitalistischer Verhältnisse, erfordern wird, so ist ein solcher langer Zeithorizont trotz revolutionärer Aufbrüche in Lateinamerika angesichts der noch komplizierteren Aufgaben auf dem Subkontinent sicher auch für den Transformationsprozess dort zu erwarten.

Vermutlich gilt also eine wesentliche Annahme in dem Konzept doppelter Transformation trotz sehr unterschiedlicher Bedingungen in Europa und Lateinamerika für beide Regionen gleichermaßen: dass lange Zeit auch ein progressiver Verlauf der Transformation den bürgerlich-kapitalistischen Rahmen (noch) nicht sprengen wird. »Wir haben es mit einer zivilisatorischen Debatte zu tun, und alle solche Debatten dauern Jahrzehnte an. Wir rechnen mit der Zeitskala des Menschen, die nicht der sozialen und historischen Zeitskala entspricht. Es gibt eine große Anzahl von Übergangsprozessen, die länger dauern, als wir uns vorstellen können.« (de Sousa Santos 2010a, 196) In einer Reihe lateinamerikanischer Länder zeichnen sich postneoliberale Entwicklungen und einschneidende demokratische Erneuerungsprozesse ab – wenn auch noch im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse.

Zweitens impliziert das Projekt doppelter Transformation, dass im Verlauf der innersystemischen Transformation bereits Einstiegsmöglichkeiten in eine weitergehende Große Transformation über den Kapitalismus hinaus zu suchen sind. Deshalb ist es auch legitim, wenn KritikerInnen von den linksorientierten Regierungen in Lateinamerika ein volles Ausschöpfen solcher Einstiegschancen einfordern und ihre Stimme erheben, wo dies nach ihrer Ansicht nicht genügend stattfindet. Die jüngsten Protestbewegungen in Brasilien weisen darauf hin, dass linke Politik in gefährliche Gewässer gerät, wenn Teile der Bevölkerung sie als festgefahren empfinden, als unempfänglich für berechnete Erwartungen und Kritiken von unten, als unentschlossen, einen begonnenen sozialen und demokratischen Entwicklungspfad mit neuen Impulsen weiter zu gehen. Doppelte Transformation heißt eben, progressive bürgerliche Transformationsprozesse mit dem Einstieg in radikalere Perspektiven zu verbinden.

In progressiven Entwicklungen in Lateinamerika zeichnen sich stärker als in West- und Osteuropa bereits politische Überschreitungen der Grenzen des Kapitalismus ab. Das Konzept einer doppelten Transformation orientiert darauf, solche Ansätze einer systemüberschreitenden Großen Transformation ihrem oft noch beschränkten Nischendasein zu entreißen und ihre alternativen Potenziale voll zu entfalten.

Für die Radikalität progressiver Transformationsprozesse im Rahmen des Kapitalismus und erst recht für den Einstieg in systemüberschreitende Transformationsverläufe sind die Verfasstheit und Wirkungsmacht alternativer Akteure entscheidend. Und diese entwickeln in Lateinamerika eine in Europa bisher nicht erreichte erhebliche Durchsetzungskraft. Die transformatorischen Kämpfe in Lateinamerika verlaufen allerdings wellenförmig wechselnd zwischen rebellischer Massenmobilisierung, veränderungsstarker populärer Selbstermächtigung und ihrer subversiven Wirkung auf verkrustete und autoritäre Strukturen einerseits und zeitweiligem Abebben dieses Elans sowie ambivalenter Befriedung des »Unten« in der Gesellschaft durch die Integration progressiver Akteure in die staatlichen Mechanismen andererseits. Doch per Saldo agieren die alternativen Kräfte in Lateinamerika radikaler und in breiteren Bündnissen als in Europa. Vielleicht sind deshalb die realen Chancen der Verflechtung innersystemischer emanzipatorischer Transformation mit dem Einstieg in systemüberschreitende Transformationsprozesse in Lateinamerika gegenwärtig größer als in Europa. Doch sie sind angesichts ihres widerspruchsreichen Verlaufs und der starken Machtpositionen konservativer und reaktionärer Kräfte ständig gefährdet und bedürfen gerade deshalb größter Solidarität.

Drittens: Ein wesentlicher Unterschied bereits im gegenwärtigen Verlauf emanzipatorischer Übergangsprozesse in einigen lateinamerikanischen Ländern im Vergleich zu Europa wurzelt darin, dass zum Beispiel in Bolivien und Ecuador große indigene Teile der Bevölkerung von kapitalistischer und kolonialer Ausbeutung doppelt betroffen waren: als Unterdrückte wie alle anderen subalternen Klassen und Schichten, aber außerdem mit besonderer Härte als national und ethnisch Diskriminierte. Aber sie bergen ebenso ein besonderes Kraftpotenzial für eine produktive Verbindung von progressiven Veränderungen mit traditionellen Erfahrungen und Wissensformen jenseits westlicher Denkstrukturen und Verhaltensweisen – auch wenn diese durch Modernisierungsprozesse zum Teil erodiert werden. Daraus erwuchs ein besonders großer Anteil der indigenen Bevölkerung in beiden Ländern an den Kämpfen gegen die alten Regime und an progressiven Neuerungen bis zur Neukonsti-

tuierung dieser Staaten. Die progressive Transformation in einer Reihe lateinamerikanischer Länder wurde durch diese Besonderheit in den Widerspruchs- und Kräftekonstellationen erheblich gestärkt. Doch zugleich geht es auch darum, Kompromisse mit ihnen zu erreichen, wenn Regierungen für eine begrenzte Zeit Sozialpolitik zulasten von Naturressourcen betreiben und dabei tief in die Lebensräume indigener Teile der Bevölkerung eingreifen.

Viertens: Der radikale Charakter des Handelns progressiver lateinamerikanischer Akteure und die nachweisliche Auslösung demokratischer Umgestaltungen, sozialer Programme und der Abwehr konterrevolutionärer Umsturzversuche durch das massive Aufbegehren großer Teile der Bevölkerung gegen die herrschenden Zustände verweisen auf die Richtigkeit einer Grundannahme in dem Konzept doppelter Transformation: dass wesentliche, tiefgreifende Transformationsprozesse nur unter der Voraussetzung der Formierung von kämpferischer Gegenmacht, nur getragen von einem emanzipatorischen Wandel in der öffentlichen Massenstimmung, nur durch die Herausbildung breiter Bündnisse erreicht werden können.

Die lateinamerikanischen Erfahrungen bieten Anregungen dafür. Erfolgreiche Kämpfe wurden um *konkrete Projekte* geführt. In den Verfassungsdiskursen wurden konkrete Schritte mit *breiten öffentlichen Diskussionen* über die in den Verfassungen zu verankernden *Konturen einer besseren Gesellschaft* verbunden. Die Vorstellungen davon speisten sich zum Teil aus *Erzählungen* vom Bien Vivir, Sumak kawsay oder Suma qanana, von einem erfüllten Leben. Auch in Europa bedarf die Linke einander Erzählungen, die das Gemeinsame der vielen Kämpfe und Projekte hervorheben und den voneinander getrennt handelnden Akteuren eine Gemeinsamkeit des Wirkens ermöglichen. Auch die Linke in Europa sollte trotz des Scheiterns einer europäischen Verfassung erwägen, welche Bedeutung Verfassungsdiskurse womöglich auch für europäische Transformationsprozesse haben könnten (Brie 2014, 232f.).

Fünftens: In den lateinamerikanischen Transformationsprozessen tritt deutlich der komplexe Charakter von Übergängen hervor. Sie sind nicht die bloße Summe zusammenhangloser Einzelmaßnahmen. Es kann zudem davon ausgegangen werden, dass die Summe der Transformationsprozesse in den einzelnen Ländern Lateinamerikas ihre Wirkungsmacht erhöht. Darauf machen sowohl Boaventura und als auch Pomar aufmerksam: »Die Transformationsprozesse in Gesamtheit auf dem Kontinent sind wesentlicher als die in den einzelnen Ländern... Der Prozess in Lateinamerika ist in seiner Gesamtheit qualitativ wichtiger als das, was in

den einzelnen Ländern vor sich geht. Das zeigt uns, dass der Transformationsprozess einen potentiell mehr antiimperialistischen (national-kapitalistischen, antineoliberalen) als sozialistischen Charakter trägt.« (Pomar 2010)

Der Extraktivismus-Diskurs macht exemplarisch den engen Zusammenhang von Wirtschaft, Umwelt und Sozialem sowie Veränderung der Staatlichkeit deutlich. Die boliviarische Revolution in Venezuela, die Bürgerrevolution in Ecuador und die bolivianische Revolution sind von kulturellen Vorstellungen in kritischer Distanz zur westlichen Moderne getragen. Eduardo Gudynas sieht in dieser Dimension des Kulturellen »eine Plattform, die die Welt auf andere Füße stellt« (Gudynas 2012, 37). Gewiss waren und sind beispielsweise für die Landlosenbewegung in Brasilien und in den Andenstaaten der Zugang zu Boden, für große Teile der Bevölkerung die Überwindung des Hungers oder für die Betriebsbesetzer der Gewinn von Arbeitsplätzen primäre Interessen. Aber immer wieder scheint in den einzelnen Kämpfen eine kulturelle Grundkomponente auf, gibt die Vorstellung von einem erfüllten guten Leben den Akteuren Rückhalt und ist in gewissem Sinne der moralische Boden für ihr Handeln. Michael Brie betont in seiner Arbeit »Transformationen des Reichtums – Reichtum der Transformationen«, dass der volle Reichtum menschlicher Persönlichkeitsentfaltung als eigentlicher Dreh- und Angelpunkt einer solidarischen gerechten Gesellschaft nur erreichbar ist, wenn der natürliche Reichtum, sozialer Reichtum menschlicher Beziehungen, gesellschaftlicher Reichtum, der durch die gesellschaftlichen Institutionen Vertrauen und Sicherheit stiftet, und kultureller Reichtum das Ganze von Transformationsprozessen bestimmen. Die lateinamerikanischen Erfahrungen bestätigen dies. Sie legen der Europäischen Linken eine entschieden größere Zuwendung zu kulturellen Dimensionen emanzipatorischer Transformation nahe.

Sechstens: Das Konzept einer doppelten Transformation schließt die Annahme ein, dass sich progressive Transformationsprozesse in Europa für längere Zeit wahrscheinlich im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse vollziehen werden. Als sich in Gestalt des New Deal in den USA und kapitalistischer Wohlfahrtsstaaten in Skandinavien eine inner-systemische Transformation vollzog, wurde dies möglich, weil sich auch Teile der Machteliten einer solchen Entwicklung zuwendeten. Für Brasilien wurde festgestellt, dass sich Teile der internen Bourgeoisie mit der Politik Lulas arrangierten. Seine Regierung hielt internationale Verträge ein, leitete eine Außen- und Außenwirtschaftspolitik zugunsten nationaler Souveränität Brasiliens ein, kam damit – u.a. durch Indus-

trieförderung und Exportsubventionen – den Selbstbehauptungsinteressen der internen Bourgeoisie gegen Herrschaftsbestrebungen der USA und internationale Konkurrenz entgegen und stützte mit den Anstrengungen zur Überwindung der Armut und zur Stärkung der Massenkauftkraft auch den Binnenmarktumsatz von Unternehmen. Das Wirken Brasiliens für eine andere globale Finanz- und Wirtschaftsordnung, für unabhängige Wirtschaftszusammenschlüsse in Lateinamerika und neue Süd-Süd-Bündnisse entsprach ebenfalls wichtigen Interessen auch der internen Bourgeoisie (Ebenau/Schmalz 2011, 59-79).

Doppelte Transformation – dieses Konzept mag helfen, die Komplexiertheit von Übergangsprozessen auch in Lateinamerika theoretisch besser zu erfassen und Diskurse darüber zu versachlichen. Die Grundthesen dieses Konzepts finden Bestätigung auch in den lateinamerikanischen Erfahrungen. Umgekehrt bergen die Erfahrungen der lateinamerikanischen Linken reiche Anregungen für künftige Transformationen in Europa. Es gibt keinen einseitigen Theorie- und Erfahrungstransfer, wohl aber wechselseitige Bereicherung.

Literatur

- Abed, Ahmed/Jablonowski, Maximilian/Schnell, Lucia/Stotz, Ben (2008): Venezuela und die Bolivarianische Revolution. Ein Land auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus, in: Modrow, Hans/Schulz, Dietmar (Hrsg.): Lateinamerika, eine neue Ära?, Berlin, 101-120
- Acosta, Alberto (2011): Rede auf dem Kongress »Jenseits des Wachstums«, Attac
- Álvarez, Jairo Estrada (2013): Zur politischen Ökonomie der Sozialpolitik in Lateinamerika, in: Zelik, Raul/Tauss, Aaron (Hrsg.): Andere mögliche Welten? Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen. Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte, Hamburg, 151-168
- Antillano, Andrés (2013): Von der Demokratie der Straße zu den Consejos Comunales. »Demokratie von unten« in Venezuela, in: Zelik, Raul/Tauss, Aaron (Hrsg.): Andere mögliche Welten? Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen – Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte, Hamburg, 29-47
- Boito, Armando (2012): Participar de modo independente da frente neodesenvolvimentista, in: Cadernos de Debates, (4. Nacionales Plenum der Consulta Popular (15.-18. 11. 2012), 3
- Boito, Armando (2013): Do neoliberalismo ao neodesenvolvimentismo. Análise crítica de uma década, in: Jornal da Unicamp
- Boris, Dieter (2013): Staatlichkeit und Transformationsprozesse in Lateinamerika. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2013, Hamburg

- Brand, Ulrich (2011): Alternativen zu Entwicklung, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung, abrufbar unter: www.rosalux.de/news/37436/alternativen-zu-entwicklung.html (letzter Zugriff: 26.10.2015)
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2013): Simples Freund-Feind-Denken, in: ak – analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis, Vol. 587, 19
- Brie, Michael (2014): Transformationen des Reichtums – Reichtum der Transformationen. Eine Vier-in-Einem-Perspektive, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, 194-241
- Chrenko, Helma (2008): Bolivien – Aufbruch in eine neue Zeit, in: Modrow, Hans/Schulz, Dietmar (Hrsg.): Lateinamerika, eine neue Ära?, Berlin, 81-100
- Chrenko, Helma (2011): Linksregierungen in Lateinamerika – Errungenschaften und offene Probleme. Unv. Manuskript. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Cortez, David/Wagner, Heike (2010): Zur Genealogie des indigenen »guten Lebens« (»sumak kawsay«) in Ecuador, in: Gabriel, Leo/Berger, Herbert (Hrsg.): Lateinamerikas Demokratien im Umbruch, Wien, 167-201
- Ebenau, Matthias/Schmalz, Stefan (2011): Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Reihe_21/Reihe_21_Bd4.pdf
- Ferrer, Aldo (2010): El desarrollo es siempre un proceso de transformación en un espacio nacional. Diálogo, in: Crítica y Emancipación, Vol. 4 (Juli)
- Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag (2013): Für eine gerechte und solidarische Welt, abrufbar unter: linksfraktion.de/suche/?q=Entwicklungspolitische+Leitlinien&x=4&y=6&t=&m=&j=&l=&a=
- Gudynas, Eduardo (2012): Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum, in: Lang, Miriam (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation, Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 28-45
- Harnecker, Marta (2011): Ecuador. Una nueva izquierda en busca de la vida en plenitud, Mataró: Ediciones De Intervención Cultural, abrufbar unter: www.rebelion.org/docs/135337.pdf
- Harnecker, Marta (2007): Reconstruyendo la Izquierda, Caracas: Milenio Libre, abrufbar unter: www.rebelion.org/docs/97076.pdf
- Harnecker, Marta (2013): Un Mundo a Construir – Nuevos Caminos, Barcelona
- Harvey, David (2013): Organizarse para la transición anticapitalista, in: Rebelión, abrufbar unter: www.rebelion.org/noticia.php?id=165505
- Harvey, David (2014): Das democracias totalitárias ao pós-capitalismo, abrufbar unter: <http://outraspalavras.net/outrasmidias/destaque-outras-midias/dasdemocracias-totalitarias-ao-possivel-pos-capitalismo/> (letzter Zugriff: 15.1.2015)
- Houtart, Francois (2011): El concepto de sumak kawsai (buen vivir) y su correspondencia con el bien común de la humanidad, abrufbar unter: <http://alainet.org/active/47004&lang=es>
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg
- Kroch, Ernesto (2012): Eine neue Ära hat begonnen. Stand und Perspektiven lin-

- ker Regierungen in Lateinamerika, in: Lang, Miriam (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation, Manuskripte, Berlin, 9-26
- Lander, Edgardo (2007): Interview, in: Biblioteca Diplo (Dezember)
- Lander, Edgardo (2013): En América Latina no estamos partiendo del cero en la lucha por los communes (Interview), abrufbar unter: <http://pillku.com/article/en-america-latina-no-estamos-partiendo-del-cero-en/>
- Lander, Edgardo (2014): Extraktivismus in Bolivien, Ecuador und Venezuela – Spannungsfelder und Widersprüche, unveröffentlichtes Manuskript
- Land, Rainer (2011): Zur Unterscheidung zwischen Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung, in: Thomas, Michael (Hrsg.): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen Debatten und Deutungen, Münster u.a., 99-137
- Lang, Miriam (2010): ¿Recuperar el Estado o buscar la emancipación? Notas sobre debates pendientes en Bolivia, Ecuador y Venezuela, in: Lang, Miriam/Santillana, Alejandra (Hrsg.): Democracia, participación y socialismo, Quito: Fundación Rosa Luxemburg, 7-20
- Lang, Miriam (2012): Linke in Europa und Lateinamerika heute: Solidarität, Reziprozität und Internationalismus. Einleitung, in: Lang, Miriam (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation, Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 7-16
- Linera, Álvaro García (2006): No estamos pensando en socialismo sino en revolución democratizadora (Interview), in: Pagina/12, abrufbar unter: www.alainet.org/active/35302&lang=es
- Linera, Álvaro García (2009): Linera analisa o atual momento político do governo Evo Morales, in: Carta Maior
- Linera, Álvaro García (2010a): Catastrophic equilibrium and point of bifurcation, in: Crítica y Emancipación. Revista Latinoamericana de Ciencias Sociales., Vol. 2 (3), 23-34
- Linera, Álvaro García (2010b): El sujeto revolucionario es el que hace la revolución (Interview), in: LAI, América Latina en Movimiento, abrufbar unter: www.alainet.org/active/35302&lang=es
- Mayer, Hans (2000): Bürgerliche Endzeit. Reden und Vorträge 1980-2000, Frankfurt am Main
- Mokrani, Dunia (2012): Konfliktszenarien in der zweiten Amtszeit von Präsident Evo Morales, in: Lang, Miriam (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation, Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 63-80
- Pomar, Valter (2010): Rede in der Sitzung des Nationalen Direktoriums der PT
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg
- Prada, Raul (2010): Abbau des Staates und Neukonstituierung der Gesellschaft. Kommunitärer Sozialismus und plurinationaler Staat, Vortrag
- Rauber, Isabel (2010): Revoluciones desde abajo – Gobiernos populares y cambio social en Latinoamérica, Buenos Aires

- Reißig, Rolf (2011): Die neue »Große Transformation«. Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad, in: *vorgänge*, (3), 79-88
- Rodas Chaves, Hugo (2007): Bolivia: Crisis estatal y proceso de transformación, in: Stolowicz, Beatriz (Hrsg.): *Gobiernos de izquierda en América Latina – un balance político*, Bogota
- Sader, Emir (Hrsg.) (2013): *Lula e Dilma. 10 anos de governos pós-neoliberais no Brasil*, São Paulo: Boitempo Editorial, abrufbar unter: www.boitempoeditorial.com.br/v3/titles/view/10-anos-de-governos-pos-neoliberais-no-brasil
- De Sousa Santos, Boaventura (2010a): Conciliar diversas formas organizativas, in: Lang, Miriam/Santillana, Alejandra (Hrsg.): *Democracia, participación y socialismo*, Quito, 193-199
- De Sousa Santos, Boaventura (2010b): Enriquecer la democracia construyendo la plurinacionalidad, in: Lang, Miriam/Santillana, Alejandra (Hrsg.): *Democracia, participación y socialismo*, Quito, 23-34
- De Sousa Santos, Boaventura (2014): Wer verteidigt die Bürgerrevolution? Carta Maior, 7.5.2014 oder »Die Bürgerrevolution Ecuadors am Scheideweg«, Berlin
- Stefanoni, Pablo (2012): ¿Y quién no querría »vivir bien«? Encrucijadas del proceso de cambio boliviano, in: *Crítica y Emancipación. Revista latinoamericana de ciencias sociales*, Vol. IV (7), 9-26
- Wahl, Joachim (2008): Die Linke Lateinamerikas und die sozialen Bewegungen, in: Modrow, Hans/Schulz, Dietmar (Hrsg.): *Lateinamerika, eine neue Ära?*, Berlin, 121-130
- Wahl, Joachim (2015): Hat Präsidentin Rousseff kapituliert? Brasiliens Dilemma: Austeritätspolitik oder Weiterführung des Weges seit 2002, abrufbar unter: <https://amerika21.de/analyse/123644/brasilien-kapitulation>
- Wahl, Joachim/Chrenko, Helma (2011): *Lateinamerikas Linke in der Diskussion. Strategische Überlegungen und transformatorische Ansätze*, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_LateinamerikasLinke.pdf (letzter Zugriff: 26.10.2015)
- Wallerstein, Immanuel (2012): E se não houver saída alguma?, in: Carta Maior, abrufbar unter: <http://cartamaior.com.br/?/Editoria/Economia/Wallerstein-E-se-nao-houver-saida-alguma-/7/25791> (letzter Zugriff: 29.10.2015)
- Wikipedia (2015). Nationalpark Yasuní, in: Wikipedia, abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Nationalpark_Yasun%C3%AD&oldid=141790011 (letzter Zugriff: 26.10.2015)
- Zelik, Raul (2011): *Nach dem Kapitalismus? Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communismus anders denken*, Hamburg
- Zelik, Raul/Tauss, Aaron (2013): Vorwort, in: Zelik, Raul/Tauss, Aaron (Hrsg.): *Andere mögliche Welten? Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen. Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte*, Hamburg, 7-12

Cornelia Hildebrandt

Linksparteien in Europa als Subjekte der Transformation

Es gibt eine beeindruckende Diversität linker Akteure, die zudem in ständiger Veränderung sind. Der nachfolgende Beitrag konzentriert sich auf die *parteilpolitischen* Akteure der Linken in Europa. Er fragt, welche programmatisch-strategischen Ansätze und Praxen von ihnen entwickelt werden, um Kooperations- und Handlungsfähigkeit in Bezug auf eine solidarische Transformation herzustellen.

Bevor ich mich jedoch den Linksparteien zuwende, möchte ich zunächst kurz auf nachfolgende Fragen eingehen: Wer sind Subjekte bzw. Akteure der Transformation? Unter welchen sich verändernden Bedingungen agieren sie und was bedeuten diese Entwicklungen für die Wirkungsbedingungen der Linksparteien? Wie stellt sich ihre Situation dar und was bedeutet das Experiment SYRIZA für die europäische Linke? Welche grundsätzlichen Fragen werden mit der SYRIZA-Regierung aufgeworfen – welche Fragen bleiben offen?

Wer sind die Akteure der Transformation

Als Karl Marx in der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie seinen kategorischen Imperativ formulierte, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist (Marx 1844, 385), richtete er diese Forderung an jene, die er als das revolutionäre Subjekt seiner Zeit bezeichnete – die Arbeiterklasse – und verband dies mit seiner Vision einer Gesellschaft, bei der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Nun wurde zwar die Arbeiterbewegung tatsächlich zum Subjekt tiefgreifender Veränderungen im Kapitalismus und auch der ersten Revolutionen gegen den Kapitalismus, dessen Überwindung wurde jedoch durch die Arbeiterklasse nicht erzielt (Küttler 2012, 80). Immerhin wurde erreicht, dass ein Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter, vor allem in den nordischen und westlichen Ländern Europas, heute mehr zu verlieren hat als ihre Ketten. Dies bedeutet für einen schrumpfenden Teil der ArbeiterInnenklasse eher gut bezahlte Arbeit, bröckelnde, aber eben noch

vorhandene soziale Absicherung. Dem steht eine wachsende Zahl von nichtorganisierten ArbeiterInnen und Angestellten in prekären Arbeits- und Lebensbedingungen gegenüber. Gerade sie, die »alten sozialen Bewegungen« im Westen – so Nancy Fraser – sind im Kampf mit dem bürokratischen, autoritären, patriarchalischen und auch rassistisch geprägten fordistischen Kapitalismus fatale Bündnisse mit dem Neoliberalismus eingegangen, in dem sie zwar »etwas mehr Schutz der Gesellschaft« (zit. n. Brie 2015, 9) auch für die Schwächsten der Gesellschaft forderten und eben auch durchsetzen konnten, also die Verteilungsfrage in das Zentrum ihrer Kämpfe stellten, ohne sie jedoch mit den neuen Kämpfen um gesellschaftliche Emanzipation zu verbinden, wie sie sich seit den 1960er Jahren formierten. Insbesondere die kommunistischen Parteien, die in den 1960er und 70er Jahren im Zenit ihrer politischen Einflussnahme standen, hatten die kulturelle Dimension dieser Auseinandersetzungen, der auf neue Weise verknüpften individuellen und kollektiven Kämpfe (das Private ist politisch) und die damit verbundene Ausweitung der Kämpfe auf alle Bereiche des Lebens gegen die gesellschaftlich verwurzelten und individuell eingeschriebenen Herrschaftsmechanismen als Kämpfe nachrangiger Ordnung unterschätzt oder gar als Relativierung des eigentlich zentralen Kampffeldes von Kapital und Arbeit gewertet. Hinzu kam ein zweiter Aspekt: In den neuen sozialen Bewegungen wurde die Frage der Befreiung als Selbstbefreiung über die ArbeiterInnenklasse mit dem Anspruch einer Politik der »ersten Person« verbunden, die Stellvertreterpolitiken – auch der damaligen politischen Linken – ablehnte. Der Anspruch selbstbestimmter Politik, der sich mit unterschiedlichen Formen auch an die politische Organisation wandte, also nicht nur an die politischen Parteien, kollidierte nicht nur mit den Prinzipien des demokratischen Zentralismus der kommunistischen Parteien, sondern auch mit ihrem Verständnis als führende Kraft im Kampf um Befreiung. Dies und die Geringschätzung partizipatorischer Demokratie machten es den kommunistischen Parteien Westeuropas schwer, sich klar vom Stalinismus abzugrenzen und die Niederschlagung demokratischer Bewegungen gegen die Herrschaft kommunistischer Staatsparteien in Osteuropa zu verurteilen. Einerseits gab es also fatale Bündnisse aus den neuen sozialen Bewegungen mit dem Neoliberalismus und andererseits das Unvermögen vor allem der kommunistischen und sozialistischen Parteien bis 1989, sich als Träger eines alternativen, emanzipativen Projektes gegen die neoliberale Einbindung der ArbeiterInnenklasse zu entwickeln.

Zur *Überwindung* von neoliberaler Herrschaft, die den Prozess gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Zerstörung permanent wei-

tertreibt, muss der Kampf um sozialen Schutz vor den Auswüchsen des Kapitalismus heute auch den Schutz von Millionen von Flüchtlingen einschließen und als Kampf um den *sozialen und demokratischen* Charakter offener Gesellschaften geführt werden. Nie war die Wahrnehmung der »einen Welt« so unmittelbar nachvollziehbar wie angesichts der millionenfachen Flüchtlingsbewegungen in die europäischen Gesellschaften, die, selbst im Umbruch begriffen, von Prozessen gesellschaftlicher, insbesondere sozialer Exklusion, demokratischer und mehr noch partizipativer Selbstausschlüsse geprägt sind und deren politische Eliten nunmehr auch offen mit demokratischen Grundprinzipien brechen, wie der Umgang mit Griechenland zeigte.

So braucht der kategorische Imperativ am Beginn des 21. Jahrhunderts eine breite Allianz gegen alle Tendenzen der Selbsterstörung, auch infolge eines ungebremsen, die Natur zerstörenden Ressourcenverbrauchs, gegen die zerstörerischen Wirkungen einer Gesellschaft wachsender ökonomischer und sozialer Ungleichheiten, gegen den neuen postdemokratischen Autoritarismus (Deppe 2013) sowie gegen neue Kriege.

Wie aber lässt sich eine so breite Allianz formieren, die diese unterschiedlichen Arenen und die darin Kämpfenden zusammenbringt? Was sind ihre mobilisierenden Erzählungen, Orte gemeinsamer Praxen und wie kann eine gemeinsame Strategie- und Projektentwicklung ermöglicht werden? Wie also ist ein produktiver Umgang »mit Fragmentierungen und Differenzen, mit Machtungleichgewichten und unterschiedlichen Funktionslogiken zwischen parlamentarischer, betrieblicher und zivilgesellschaftlicher Politik, zwischen Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften, verschiedenen Bewegungen und kleinen Initiativen und Gruppen, zwischen (Selbst-)Organisation und Repräsentation« (Candeias/Völpel 2014, 205) möglich?

Der Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban hat hierzu den Begriff eines linken Mosaiks geprägt, das weniger einen »Künstler« meint, der kreativ beliebige Bilder zusammenfügt, noch statisch-passive Akteure, die nebeneinander handeln, sondern ein Netzwerk aus Organisationen und Bewegungen der gesellschaftlichen Felder, die in ihren Kontexten nach je eigenen Regeln und Zielen agieren, dieses Engagement jedoch im Kooperationszusammenhang übergreifender Projekte verorten. Das Konzept – so Urban – schließe weder an traditionelle Vorstellungen linker Bündnispolitik mit der Avantgarde an noch an bisherige Crossover-Strategien gutwilliger Personen in isolierten Randlagen, sondern zielen auf organisationsübergreifende Kooperationen pluraler Akteure, deren ge-

ballte Kraft ihre Wurzeln in der Durchsetzungskraft der Akteure in ihren eigenen Feldern hat. Das heißt, ohne Selbstveränderung auf der Basis der Stärkung der *eigenen* Potenziale bleibt jedes Mosaik genauso wirkungslos wie ohne ein übergreifendes eigenständiges emanzipatives, linkes Projekt zur Überwindung neoliberaler Herrschaft. Ein solches Projekt kann sich jedoch nur in gemeinsamen Praxen herausbilden.

Ausgangspunkt müssen die gesellschaftlichen Realitäten sein, wie die grundlegenden Veränderungen der Gesellschaft unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung sowie der Ausdifferenzierung von Arbeits- und Lebensweisen, in deren Folge die Fragmentierung der ArbeiterInnenbewegung zunimmt. Zugleich entstehen neue Bedürfnisse politischer Artikulation und Partizipation nicht nur nach mehr Selbstbestimmung im Arbeitsprozess, der Aufhebung von Entfremdung durch Autonomiegewinn, der Rücknahme der Trennung von Hand- und Kopfarbeit bis hin zu geschlechtergerechter Reproduktionsarbeit (Detje 2012, 152), sondern neue Visionen der selbstbestimmten Lebensgestaltung, wie sie in der Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug angelegt ist (Haug 2009), prägen das Nachdenken über Emanzipation.

Die Bedingungen für eine breite gesellschaftliche Allianz der Mosaik-Linken, die solche grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen trägt und vorantreibt, haben sich jedoch verschlechtert. Wirft man einen Blick auf die Veränderungen allein der letzten zehn Jahre, so haben sich infolge der Krise 2008/09 die Kräfteverhältnisse zugunsten jener Machtzentren verschoben, die am Neoliberalismus mit aller Macht festhalten, einen Festungskapitalismus installieren und dafür auch Zivildisziplinarmaßnahmen in Kauf nehmen.

Veränderungen in Europa im Spiegel politischer Kräfteverhältnisse

Der Satz Walter Benjamins, »dass es ›so weiter‹ geht, *ist* die Katastrophe« (Benjamin 1982, 592), verknüpft sich heute mit Bildern der Eskalierung und brutalen Folgen der seit Jahrzehnten ungelösten Probleme: Welternährungsproblemen nicht nur in den afrikanischen Ländern, einer weltweiten Flüchtlingsbewegung infolge von Klimaveränderungen, neuen Kriegen und kaum zu stoppenden Terrorsystemen. Die weltweiten Rüstungsausgaben liegen um mehr als ein Drittel höher als am Ende der Blockkonfrontation (Crome/Kleinwächter 2014, 7). Der Nahe und Mittlere Osten sind durch Kriege und Bürgerkriege nachhaltig destabilisiert

worden. Nie waren die brutalen Folgen globaler Probleme der »einen Welt« so sichtbar wie die fehlenden Strategien zu ihrer Beseitigung bis hin den europäischen Abschottungspolitiken.

Aber auch Europa hat sich verändert. Die ungelösten Reformprobleme infolge der Erneuerung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft (EG) nach 1989/90 haben sich zugespitzt. Die Anpassung der postsozialistischen Staaten an das westliche Modell mit schnellstmöglicher Integration in die EG und NATO, ohne die differenzierten Ausgangsbedingungen, verbliebenen politischen und wirtschaftlichen Potenziale und Entwicklungsunterschiede zwischen den Ländern Osteuropas zu berücksichtigen (Matthes 2012), beschleunigte den Prozess ungleicher EU-Integration. Dessen ungeachtet wurden von den Parteien der gemäßigten konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien – auf der Basis eines neoliberalen Grundkonsenses – die Währungsunion und die Ausrichtung Europas zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt (im Rahmen der Lissabon-Strategie) vorangetrieben (Dellheim 2014). Die Rückwirkungen globaler Wettbewerbsorientierung auf die Verfasstheit der EU und das Verhältnis der Staaten innerhalb der EU, die sich nunmehr als globale Konkurrenten gegenüberstehen, wurden unterschätzt, ebenso die damit verbundene Zunahme sozialer Spaltungen und ökonomischer Ungleichgewichte mit Deutschland als wirtschaftlich und politisch dominierendes Land der EU.¹

Zwar wurde mit der Wirtschaftskrise 2008/09 die latente Krise der europäischen Integration sichtbar, dies führte jedoch nicht zur Abkehr vom bisherigen Politik- und Entwicklungsmodell. Die Weiterentwicklung undemokratischer autoritärer Instrumente auf nationaler und europäischer Ebene drängte zur Ausprägung eines zunehmend autoritären Konstitutionalismus (Oberndorfer 2012), der nicht mehr nur die Aushöhlung demokratischer Institutionen (Crouch 2008) bedeutet, sondern den offenen Bruch mit diesen vollzieht. Zur Einhaltung dieser Stabilitätsmechanismen – zusammengefasst im ESM – wurden ab 2013 verschärfte Regelungen für die Länder der Euro-Zone festgeschrieben. Das heißt, künftig wird die Auszahlung von Krediten an die Umsetzung von Maßnahmenpakten in den so genannten Memoranden of Understan-

¹ Betrachtet man die Wirtschaftsleistung der 28 EU-Länder, so sind Deutschland mit 20,6% und Großbritannien mit 17,6% die beiden stärksten Länder der EU. Es folgen Frankreich mit 15,0%, Italien mit 11,2% und Spanien mit 7,5% im Vergleich zu Griechenland oder Portugal mit je 1,2%. Alle elf mitteleuropäischen, postsozialistischen Länder zusammen haben laut EU-Kommission einen Anteil von 8%.

dings (MoU) gebunden. Unterzeichnet werden mussten diese Abkommen von den Regierungen Griechenlands, Portugals 2011 und Zyperns 2013. Für Spanien gilt ein MoU für den Bankensektor. Der Fünf-Präsidenten-Plan fordert die Absenkung der Lohnkosten, ganz im Sinne der neuen Außenhandelsstrategie der EU kontrolliert durch einen EU-Finanzminister und Methoden einer »better regulation« zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und zum Abbau bisheriger Sozialstandards. Das dritte Memorandum verwandelt Griechenland in einen Euro-Staat mit begrenzter Souveränität: Sämtliche Gesetzesentwürfe sind mit angemessener Vorlaufzeit mit den Institutionen der Troika abzustimmen, dies soll zunächst für die Euro-Zone verallgemeinert werden.

Diese systematische Aushöhlung demokratischer Verfahren und Institutionen auf nationaler (und europäischer) Ebene, verbunden mit einer neoliberalen Politik des Rückbaus von Sozialstaaten in Europa, musste einerseits den Widerstand vor allem eines Teils der nationalen politischen Eliten hervorrufen, die das unmittelbare Eingreifen der EU-Institutionen in das Haushaltsrecht der Euro-Länder wie bei der Schuldenbremse als Einschränkung von ökonomischer wie politischer Macht und als Einschränkung nationalstaatlicher Politikgestaltung – einschließlich der Arbeits- und Sozialpolitik ihrer Länder auf nationaler Ebene – begreifen. Dieser zunächst innerelitäre Konflikt zwischen dem Block der pro EU- bzw. Euro-orientierten politischen Eliten der gemäßigten Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen und den stark national orientierten politischen und wirtschaftlichen Eliten vor allem in den nordischen und westlichen Ländern der EU findet zunehmend Unterstützung breiter Mittelschichten, die den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Absturz ihrer Länder befürchten und ihre Kritik an der EU rechtspopulistisch formulieren und dabei die nationale Frage mit der sozialen Frage verbinden. Sie lehnen jede europäisch gesteuerte Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik ab.

Im Unterschied dazu behält die Linke bei ihrer Kritik an der erdrückenden Politik des Sozial- und Demokratieabbaus ihren *europäischen* Bezug, gerade auch bei den gegenwärtigen Diskussionen um eine alternative Währungsunion oder bei den Diskussionen um den Grexit. Allerdings stellt sich auch für die Linke in Europa auf neue Weise sehr grundsätzlich die Frage nach dem Verhältnis von nationalen und europäischen Politikansätzen wie auch die nach den grundsätzlichen Möglichkeiten eines Umbaus der EU.

Die hier nur skizzierte Polarisierung auf der politischen Ebene befördert das ohnehin vorhandene soziale und ökonomische Spaltungspoten-

zial als auch das politische Auseinanderdriften der Länder in der EU, so dass heutige Szenarien zur Entwicklung der EU mehrheitlich von der Entwicklung eines Kerneuropas ausgehen.² Dies beschreiben letztlich ebenso die Pläne und Reden des Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker, die nun auch angesichts der Flüchtlingskrise zeigen, dass längst ein Europa unterschiedlicher Kooperationen und EU-Integrationen zugrunde gelegt ist. Dafür stehen auch erste Institutionen wie die Herausbildung der Euro-Gruppe, d.h. Finanzminister der Euro-Länder als Kontrollorgan der Durchsetzung von Stabilitätspakten und Memoranden, oder die Beteiligung an Kriegen in »Koalitionen der Willigen« in Afghanistan, Libyen, Irak usw. In der *Flüchtlingskrise* der EU spiegeln sich derzeit die verschiedenen Dimensionen der Krise der EU: europäisch handlungsunfähig infolge der wachsenden inneren, auseinandertreibenden sozialen und ökonomischen Spannungen und ungelösten Entwicklungsprobleme.

Insofern befindet sich die Europäische Union – aber nicht nur sie – in einer Scheidewegsituation, wie sie in den Analysen des Institutes für Gesellschaftsanalyse zwischen 2008 und 2011 beschrieben worden ist (Institut für Gesellschaftsanalyse 2011). Dabei werden in der Analyse des Instituts vier mögliche Szenarien genannt: der entzivilisierte Festungskapitalismus, der autoritäre Finanzmarktkapitalismus, der Ökokapitalismus auf neoliberaler Grundlage und ein sozial-libertärer Green New Deal (siehe auch Candeias 2014).

Für Europa verknüpft sich der Kampf um die europäische Verfasstheit mit dem Kampf um Durchsetzung von Strategien zur Durchsetzung der genannten Szenarien. Das heißt, die gesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen autoritär durchgesetzter Marktradikalität und globaler Wettbewerbsorientierung einerseits, sozialer und demokratischer Gestaltung von Gesellschaft andererseits, zwischen libertär offenen vs. ethnisch schließenden, zwischen ressourcenvernichtenden vs. sozial-ökologischen Konfliktlinien werden zugleich durch den Konflikt zwischen EU-Integration auf gegebener Grundlage vs. Verstärkung nationaler Politikansätze geprägt. Insofern verändert sich die politische Landschaft in Europa zum Teil quer zu den klassischen Parteienfamilien. Es kommt zu neuen Parteien-Bündnissen. Dazu gehören jene, (1) die für eine hart

² Verwiesen sei hier insbesondere auf die Überlegungen der Studie zu europäischen Szenarien der »Stiftung neue Verantwortung«, bei der vier der fünf genannten Szenarien von einem künftigen Kerneuropa ausgehen (siehe stiftung neue verantwortung 2015).

marktliberale und sich im offenen Wettbewerb befindende EU stehen, mit harten Bandagen nach außen, vertreten durch Parteien wie CDU/CSU in Deutschland; (2) marktliberale und national orientiert sind wie z.B. die Tories in Großbritannien; (3a) sozial und national agieren wie die sozialistische Partei in den Niederlanden, (3b) national und sozial vorgehen wie die polnische PIS; (4) sozial und offen agieren wie linke Vertreter von sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien wie der neue Vorsitzende der britischen Labour-Party oder Linksparteien wie der portugiesische Bloco oder DIE LINKE in Deutschland. Dazwischen finden sich viele Schattierungen. Insgesamt können sowohl dezidiert linke als auch dezidiert rechte Regierungen von bisher dominierenden Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Regierungen unterschieden werden, wobei die nationalen und EU-Dimensionen als zentrale Konfliktlinie zunehmend auch Koalitionsoptionen prägen.

Betrachtet man anhand der Ergebnisse der Wahlen zum Europaparlament 2009 und 2014 und der anschließenden nationalen Wahlen die realen politischen Kräfteverhältnisse, so übersetzen sich die gewachsenen Spannungen innerhalb und zwischen den Ländern auf der politischen Ebene in eine Polarisierung.

Die politische Rechte hat an Einfluss deutlich zugenommen. Sie droht, in einem Teil der Länder der EU wie Großbritannien, Frankreich, Dänemark hegemoniefähig zu werden. In Polen regiert seit Oktober 2015 die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PIS), während die neoliberale Bürgerplattform (PO) verlor. Die Sozialdemokraten sind erstmals nicht mehr im Sejm – im Nationalparlament – vertreten. Auf der anderen Seite entwickelt sich eine politische Linke vor allem in den südlichen und zunehmend auch wieder in den postsozialistischen Ländern der EU – auch in Polen.

Der Trend der Polarisierung zeichnete sich bereits bei den Europawahlen von 2009 ab und setzte sich bei den Europawahlen von 2014 und allen anschließenden nationalen Wahlen fort. UKIP (Großbritannien), Dänische Volkspartei und Front National (Frankreich) nähern sich der Schwelle der Mehrheitsfähigkeit. Bei allen Parlaments-, Präsidentschafts- oder regionalen Wahlen der letzten Jahre legten rechtskonservative und nationalistische Parteien zu – letztens auch bei den Wahlen in Oberösterreich im September 2015 mit einem Ergebnis der zur extremen Rechten offenen, rechtspopulistischen FPÖ mit über 30%. Diese politische Rechtsverschiebung in Europa geht mit einer Stärkung von *nationalkonservativen* und *euroskeptischen* Parteien und Bewegungen in Europa einher, die im Namen von mehr nationaler Souveränität und

Marktfreiheit wirkungsvoll die autoritäre Neuausrichtung der neoliberalen Politiken in Europa und die Neuverhandlung des europäischen Mehrebenen-Systems vorantreiben.

Die von diesen Parteien formulierte Kritik hat zwei Dimensionen: Sie richtet sich *erstens* gegen die bisherige, von den konservativen und sozialdemokratischen Großparteien vorangetriebene Marktintegration wie auch gegen die herrschenden nationalen und europäischen Eliten und EU-Institutionen. Sie will diese jedoch nicht beseitigen, sondern national neu legitimieren: Das heißt, die soziale Frage wird national oder gar nationalistisch formuliert. Die zweite Dimension ist die zunehmende wertekonservative Dimension, die sich letztlich auch als Gegenbewegung zu konservativen Modernisierungsprozessen vollziehen. Beide Dimensionen treffen sich in der Ab- und Ausgrenzung von Asylbewerbern oder Zuwanderern auch als Träger anderer Religionen vor allem des Islam.

Dem hat die sozialdemokratische Linke bisher wenig entgegenzusetzen. Schließlich war der neoliberale Umbau europäischer Sozialstaaten nur durch Aufkündigung der sozialdemokratischen »Friedensformel« eines »demokratischen Kapitalismus« zugunsten einer Politik des Dritten Weges – fixiert im Schröder-Blair-Papier von 1999 – möglich geworden. Infolgedessen mussten die Sozialdemokraten gravierende Verluste hinnehmen. In Finnland rutschten die Sozialdemokraten bei den Europawahlen von 19 auf 12%, in Frankreich auf 14%, in Irland auf 5,3%. In den Niederlanden landete die Sozialdemokratie auf Platz 5 hinter den Sozialisten. In Ungarn hat sie mit ca. 10% kaum noch eine öffentliche Wirkung. In Griechenland erhielten die Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen 6%. Noch sind die Sozialdemokraten stark in Kroatien, Dänemark, Schweden, Frankreich, Italien, Rumänien, der Slowakei und in Tschechien.

Die Sozialdemokratie konnte zwar erreichen, dass bei mehr als der Hälfte der Parlamentswahlen zwischen 2011 und 2015 es zu Regierungswechseln kam und Mitte-Links-Regierungen bzw. große Koalitionen gebildet wurden. Jedoch keine der sozialdemokratisch geführten Regierungen, auch nicht die Regierungen in Frankreich oder Italien, haben dies mit einem Politikwechsel verbunden. Daher lässt sich die Beteiligung von Sozialisten und Sozialdemokraten an den Regierungen in 17 EU-Ländern (2009 waren es nur sieben Länder) nicht als wirkliche tiefergehende politische Verschiebung nach links beschreiben. Trotz einiger Unterschiede in den acht Ländern, in denen Sozialisten die Regierung führen, können bestenfalls Modifizierungen beschrieben werden, jedoch keine Abkehr von der Sparpolitik. So bearbeitet Renzi in Italien

die Krisenprobleme Italiens mit dem Abbau öffentlicher Sozialstrukturen und der Liberalisierung des Arbeitsmarktes.

So lange der neoliberale Politikansatz des Schröder-Blair-Papiers für sozialdemokratische Parteien bestimmend bleibt, ist die Unterscheidung zwischen gemäßigt Konservativen und neoliberalen Sozialdemokraten nur marginal. Insgesamt hat der Block aus gemäßigten Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen 10% ihrer Wählerinnen und Wähler verloren – vor allem zugunsten der Rechtskonservativen. Die Bindungskraft dieser Parteien – wie auch der liberalen – lässt nach. Folgerichtig kommt es auf nationaler Ebene zunehmend zur Herausbildung von Anti-Parteien-Typen wie der Partei *Deine Bewegung* in Polen, der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien oder der Potami-Partei in Griechenland. Zunehmend bilden sich Milliardärsparteien heraus wie die NEOS in Österreich – die Gemeinsamkeiten mit der Berlusconi-Partei Forza Italia sind deutlich.

Wird vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen die gesamte Entwicklung in der EU betrachtet, so wird sichtbar, dass sich die Vormacht des herrschenden Parteienblocks aus gemäßigten Konservativen und Sozialdemokraten zunehmend auflöst. Der bisher bindende neoliberale Konsens wird vor allem von den Mittelschichten in den Ländern der EU immer weniger mitgetragen. Gerade in den sozio-ökonomischen wie auch soziokulturell eher konservativ geprägten Mittellagen der europäischen Gesellschaften ist eine »wachsende Anfälligkeit für rechtspopulistische Haltungen zu beobachten« (Bischoff et al. 2015, 11). Die Kritik der Rechtspopulisten an den politischen Eliten europäisch wie national oder das »populistische Mantra: dem Volk die Politik zurückzugeben, zielt jedoch nicht auf die Demokratisierung der Gesellschaften« – weder national und noch weniger europäisch (Baier 2015a, 130).

Der Neoliberalismus kann offenbar nur durch eine Schwächung der Demokratie gerettet werden, die Fähigkeit zur Schaffung eines passivierenden Konsenses ist stark reduziert. Das politische Feld befindet sich in Bewegung und führt in den nächsten Jahren zur Modifizierung der bisherigen Konfrontationslinien zwischen den Lagern entlang der klassischen sozio-ökonomischen Konfliktlinie »*Marktradikalismus vs. Sozialstaat*« und der soziokulturellen Konfliktlinie zwischen *libertärer Öffnung* und *autoritär-ethnischer Schließung* der Gesellschaften innerhalb der EU. Quer dazu bildet sich nun eine neue Konfliktlage heraus, die zwischen den Lagern der *Befürworter einer weiteren EU-Integration* und denen einer *Verstärkung nationaler Politikansätze*.

Zur Situation der radikalen Linken in Europa

Zunächst gilt auch für die Linksparteien, dass sie als Institutionen der politischen Willensbildung intermediäre Organisationen zwischen Staat und Gesellschaft bilden und zu den wichtigen Akteuren der repräsentativen Demokratie gehören. Sie sind unmittelbar von der Krise der politischen Repräsentanz betroffen. Ihre Stellung im politischen System – und das ist angesichts der Betrachtung konkreter politischer Spielräume nicht unwichtig – ist abhängig von der Struktur parlamentarischer, präsidentieller oder anders verfasster Demokratien. Zugleich ist die Organisierung der Linksparteien stark von ihrer eigenen Geschichte – einschließlich ihrer »historischen Zäsuren«³ – geprägt, infolge derer sie nicht nur an Einfluss verloren haben, sondern hierbei immer schöpferische intellektuelle Kräfte die Parteien verließen, die bis in linksliberale Kreise integrativ wirken konnten (Neubert 2009, 90). Der Ausschluss bzw. die Ausdünnung der emanzipatorischen Potenziale in den kommunistischen Parteien beförderten deren Erstarrung und Handlungsunfähigkeit zu einem Zeitpunkt, als der Kapitalismus sich grundlegend erneuerte.

Dieser Prozess spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen der westeuropäischen Linksparteien, die ihre größten Zuwächse sowohl an Mitgliedern als auch an Wählerunterstützung in den 1970er Jahren hatten. Allerdings nimmt »während der gesamten zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts« (Baier 2015a, 59) das Wählerpotenzial der Linksparteien ab: Das Scheitern des Sozialismus-Versuchs traf die gesamte politische und gesellschaftliche Linke. Sie hat nach 1989 zunächst dramatisch an Einfluss verloren und befindet sich bis heute in der »Position der strategischen Schwäche« (Baier 2015b, 12). Das gilt in besonderer Weise für die Parteien der radikalen Linken in Europa. Nur in 14 von 28 Ländern wurden sie ins Europaparlament gewählt, in 19 Ländern sind sie wahrnehmbar vertreten und in neun Ländern spielen sie so gut wie keine Rolle (Baier 2015b, 13). Lediglich in acht Ländern stellt sie eine Kraft zwischen ca. 10 bis 35% dar, nur in einem Land ist sie gesellschaftlich hegemoniefähig (Hildebrandt 2015, 166ff.). Sie ist de facto in eine Nord- und Süd-Linke gespalten, die in den stark von der Krise betroffenen Ländern erfolgreich ist, während sie im Norden bzw. in den Kernländern der EU wie in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland stagniert. Sie ist

³ Dazu gehören die Verbrechen und späteren Enthüllungen des Stalinismus anlässlich des XX. Parteitags der KPdSU, die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956, in Polen und der Einmarsch in die CSSR 1968.

mit Ausnahme der KP in Tschechien und neuerdings auch in Slowenien in den ostmitteleuropäischen, insbesondere den postsozialistischen Ländern der EU kaum präsent.

Allerdings vollziehen sich gerade in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU neue Entwicklungen wie die auf dem Balkan, ausgehend von den Protesten an Universitäten in den vergangenen Jahren, die von zahlreichen Initiativen, Nichtregierungsorganisationen und Medien unterstützt wurden. So formiert sich eine neue »Neue Linke« als politisches Subjekt – bisher mehr oder weniger stark in den Gesellschaften verankert. Immerhin gelang der Initiative für Demokratischen Sozialismus (IDS) in Slowenien im Juli vergangenen Jahres im Verbund mit der Listenkoalition der Vereinigten Linken mit einem Wahlergebnis von 6% der Sprung ins Parlament. In Mazedonien profiliert sich die Solidarnost als ein politischer Akteur, der zunehmend von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wird. In Serbien ist mit dem Levi Samit Srbije (LSS) eine Koalition aus aktivistischen Gruppen, der Grünen Jugend, einem Roma-Netzwerk und lokalen Gewerkschaftsorganisationen entstanden. In Kroatien entwickelten sich eine Reihe linksorientierter Medienprojekte wie die kroatische Ausgabe von *Le Monde diplomatique* oder das Internetprotal *Bilten.org*. In Polen erreichte die Vereinte Linke unter Einschluss der sozialdemokratischen SLD lediglich 7,5%, die erst 2015 gegründete Partei Razem, die vor allem junge Leute anspricht und sich an Podemos orientiert, erzielte 3,6%.

Die völlig zersplitterte italienische linke Parteienlandschaft versucht unter dem Namen »La cosa rossa« eine linke plurale Plattform zu schaffen, an der neben der SEL (Partei Linke, Ökologie und Freiheit), der *Rifondazione Comunista* (PRC) auch viele linke Kleinstparteien, Gruppen und Personen mitarbeiten. Man will auf diese Weise über gemeinsame Praxen die Voraussetzungen für ein neues Linksbündnis »Possibile« (Möglichkeit) schaffen, das die Erfahrungen von SYRIZA und vor allem Podemos aufgreift.

Ein grundsätzliches Problem der Linken bleibt: Sie hat seit 1989 zum Teil einen grundlegenden Veränderungsprozess durchlaufen, sodass die politische Landschaft der Linksparteien heute linkssozialdemokratische, sozialistisch-plurale, reformkommunistische, kommunistische und grün-alternative Parteienbündnisse umfasst (Hildebrandt 2010a, 9). Zugleich wird damit ein entscheidendes Problem der europäischen Linken sichtbar – ihre Fragmentierung –, die sich in fast allen west- und südeuropäischen Ländern der EU zeigt, weshalb sie statt eines anzustrebenden Mosaiks linker Diversität als Linksparteien auch – wie in Griechenland,

Tabelle 1: Fragmentierung der politischen Linken

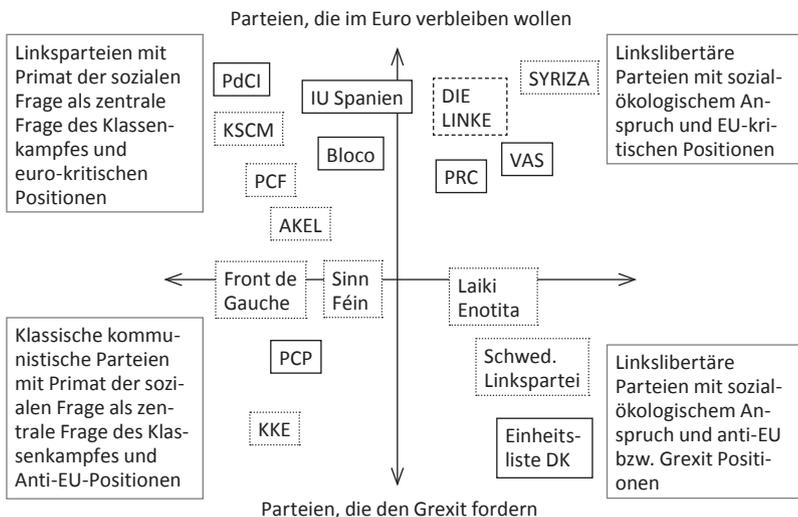
	Linkssozialdemokratische Parteien	Sozialistische plurale Parteienallianzen	Reformkommunisten	Kommunisten	Grün-alternative Parteien und Parteienbündnisse
Beispiele	Sozialistische Linke Islands	SYRIZA	PCF, KPÖ	KKE, PCE, PdCI, PCF	Einheitsliste (DK) SV Norwegen
Soziale Verankerung (soziale Dimension)	Wählerpotenzial aus den Unter-, aber auch aus aufsteigenden Mittelschichten mit starkem Anteil von Gewerkschaftern	Starke Verankerung in Milieus der Angestellten, Akademiker und in der alternativen Linken	Stark durch untere Schichten geprägt, Arbeiter, untere und mittlere Angestellte im sozialen Bereich	Stark durch untere Schichten geprägt, Arbeiter, untere Angestellte und Gewerkschafter	Starke Verankerung bei Angestellten des öffentlichen Dienstes
Kooperations- und Koalitionsoptionen	Bündnis mit Sozialdemokraten und anderen Linken + Gewerkschaften	Plurales Parteien-Bündnis mit soz. Bewegungen	Bündnisse mit relativiertem Avantgarde-Anspruch	Avantgardeanspruch, ggf. Bündnisse mit anderen linken Parteien (PFF) + Gewerkschaften	Rot-rot-grüne politische + gesellschaftliche Bündnisse
Projekte	Verteidigung Sozialstaat	Sozial-ökologische Transformation (Gewicht bleibt bei der sozialen Frage)	Revolutionäre Transformation der kapitalistischen Gesellschaft	Sozialismus des 21. Jahrhunderts mit praktischer Politik zur Schaffung von Voraussetzungen	Ökologisch-soziale Transformation (soziale und ökologische Fragen sind gleich gewichtet)
Kampfformen	Eher Bezug auf traditionelle Kampfformen in Organisationen und Parlament	Diversität von Kampfformen, parlamentarisch und außerhalb d. Parlaments	Traditionelle Kampfformen und Erschließen neuer Kampfformen	Traditionelle Kampfformen wie Streiks, Demonstrationen	Diversität von Kampfformen unterstützt

Portugal, Polen oder Spanien – in Konkurrenz zueinander antreten können. Die Fragmentierung der Linken gehört zu ihrer Geschichte und Gegenwart und ist geprägt durch verschiedene Konfliktlinien, die unterschiedlich bearbeitet werden und ihren Ausdruck in jeweils anderen oder gegensätzlichen Positionierungen, der Formulierung strategischer

Ziele bis hin zu Koalitionsfragen oder der Art der Entwicklung von Politik als mehr oder weniger partizipativem Prozess finden. Dies gilt auch hinsichtlich einer politischen Entscheidungsfindung oder der Entwicklung von konkreten politischen Projekten, z.B. der Neugestaltung eines friedlichen, demokratischen und sozial-ökologischen Europas.

Was die linken Parteien eint, ist die Kritik an den sozialen, ökonomischen und ressourcenerstörenden Strukturen der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft, die Systemkritik und die Forderung zur Systemüberwindung, das Eintreten für kollektive Eigentumsformen, für die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln (March/Mudde 2005, 25), für gleiche soziale und demokratische Rechte. Zunehmend bestimmen auch ökologische Fragen linke Politikansätze, wobei die hierzu diskutierten Wege, wie z.B. in der Energiewende mit oder ohne Atomkraft, weit auseinanderdriften.

Völlig unterschiedliche bzw. gegensätzliche Positionen finden sich zur Europäischen Union. Hier sind die Linksparteien in Parteien gespalten, die eher souveränistische oder föderalistische Positionen zur EU vertreten. Während die griechische SYRIZA, die spanische Vereinte Linke IU, der portugiesische Bloco (BE), die italienische Rifondazione Comunista (PRC), DIE LINKE in Deutschland, die französische PCF und die kommunistische Partei Böhmen und Mährens (KSČM) sowie das finnische Linksbündnis (VAS) ihre politischen Ziele grundsätzlich im Rahmen einer demokratisierten sozialen EU umsetzen wollen, verfolgen die Dänische Einheitspartei (ERG), die schwedische Linkspartei (V), die griechischen Kommunisten (KKE) und die portugiesischen Kommunisten (PCP) sowie in abgeschwächter Form die irische Sinn Féin und die niederländische Sozialistische Partei (SP) souveränistische Strategien (Janssen 2013, 44). Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Austeritätspolitik und mehr noch die Politik der Memoranden vor allem gegenüber Griechenland haben jedoch auch die Spaltungen in der Euro- bzw. Europafrage vertieft und innerhalb der Linken die Diskurse zugunsten stärkerer souveränistischer Positionen verschoben. So verweist Janssen völlig zu Recht bereits 2013 darauf, dass in der französischen Front de Gauche (FG), der LINKEN in Deutschland, der Vereinigten Linken in Spanien (IU), dem Bloco und der PRC die Stimmen lauter werden, die einen Rückzug in den souveränen Nationalstaat fordern, um soziale Standards zu verteidigen und sich gegen die Vorgaben der neoliberalen politischen Mehrheiten im Europäischen Rat und in den EU-Institutionen zu wehren. Darüber hinaus fordern die VertreterInnen von SP und schwedischer Linkspartei »die Regierungen ihrer Länder auf, dem nationalkonservativen britischen Pre-

Abbildung 1: Konfliktlinien von Linksparteien in Europa

Quelle: eigene Darstellung

mier Cameron zu folgen und nationale Referenden über den Verbleib in der EU abzuhalten oder die Bedingungen für die EU-Mitgliedschaft neu zu verhandeln« (Janssen 2013, 37).

Wo ansetzen? Neue Formen der Organisation

Infolge der sich vollziehenden Globalisierung entwickelten sich Ende der 1990er Jahre neue Akteure, die globalisierungskritischen Bewegungen, die neue Formen des Protests und neue internationale Räume globalen Lernens schufen. Dazu gehörten die Proteste gegen die G7-/G8-Gipfel und die Herausbildung der sich zunächst als Gegengipfel verstehenden Weltsozialforumsbewegung, deren Losung, »Eine andere Welt ist möglich«, nach dem Scheitern des Staatssozialismus die erfolgreiche Vision einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus platzierte. Hunderttausende kamen im Jahrzehnt der Sozialforen in Porto Alegre, Mumbai und in anderen Städten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens zusammen, die auf großen Podien, Seminaren oder Workshops alternative Wege diskutierten. Diese Bewegung fand in Europa ihr Pendant

in den Bewegungen der europäischen Sozialforen, getragen auch hier von globalisierungskritischen Organisationen wie Attac – zuerst 1999 in Frankreich gegründet. Dieser neu geschaffene offene Raum, in dem alle Akteure gleichrangig zueinander standen, stellte mit dem bewussten Ausschluss der politischen Parteien deren bis dahin in Anspruch genommene führende Rolle grundsätzlich infrage. Andererseits war den Parteien auf diese Weise die Möglichkeit gegeben, Foren als Räume des gemeinsamen Lernens, der gemeinsamen Suche, des gemeinsamen Arbeitens und kollektiver Praxen anzunehmen.

Letztlich beförderte dies die Selbstveränderung der Linksparteien, die sich nach 1989 als plurale Parteien oder Parteialianzen bildeten, zu denen der griechische Synaspismos ebenso gehörte wie der Bloco in Portugal (die Vereinigte Linke in Spanien bildete sich bereits 1986), die PDS in Deutschland und letztlich auch das neue konnektive (verbindende) Parteienprojekt von Rifondazione Comunista 2003 in Italien, wo das erste europäische Sozialforum mit mehr als 40.000 Menschen aus ganz Europa stattfand und über eine andere Welt jenseits des Kapitalismus und fern von Kriegen diskutierte und an deren Abschlusskundgebung sich knapp eine Million Menschen beteiligten.

Parteipolitische Organiserungen in Europa: die Europäische Linkspartei EL

Auch die politische Linke in Europa suchte nach neuen Formen europäischer Kooperation. Ende 1991 wurde das Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) gegründet. Die Vereinte Linke Spaniens (Izquierda Unida) hatte linke, radikaldemokratische, sozialistische, rot-grüne und kommunistische Parteien zu einer offenen Diskussion nach Madrid eingeladen, darunter Linksparteien aus den skandinavischen Ländern wie die SF aus Dänemark, die Sozialistische Linkspartei aus Norwegen und den Linksbund aus Finnland, aber auch den Synaspismos aus Griechenland und die damalige PDS aus Italien. Es ging zunächst um neue lose Formen der Zusammenarbeit in einer Phase der inhaltlichen, organisatorischen und programmatischen Neuausrichtung vieler Linksparteien.

2003/04 begannen die Vorbereitungen zur Gründung einer europäischen Linkspartei, die ihren Gründungsparteitag 2005 in Rom durchführte. Die Europäische Linkspartei (EL) vereint heute 31 Mitglieder- und Beobachterparteien. Ihre Stärken und Schwächen werden maßgeblich durch die Stärken oder Schwächen ihrer Mitglieder in den jeweiligen

Ländern bestimmt: Nur zehn der 35 Mitglieds- und Beobachterparteien der Europäischen Linkspartei (EL) sind im Europaparlament vertreten und nur in zwölf Ländern sind sie auf nationaler Ebene in der Legislative verankert.

Damit steckt die EL in einem strategischen Dilemma: Wenn sie als attraktives europaweit ausstrahlendes Projekt wirken will, muss sie allen demokratischen Linksparteien in Europa, die den Grundkonsens der EL, den Bruch mit dem Stalinismus als System, mittragen, den Zugang zur EL ermöglichen. Damit aber wächst aufgrund auch der Zersplitterung der politischen Landschaft der Linken der Anteil jener Parteien, die parlamentarisch nicht vertreten sind, die sich aber nun von der EL jenen Bedeutungszuwachs erhoffen, der ihnen national allein nicht gelingt. Zugleich ist dieser erhoffte Bedeutungszuwachs einer europäisch ausstrahlenden EL an die Stärke ihrer Mitgliedsorganisationen gebunden.

Das heißt, die EL vereint Parteien, die unter völlig unterschiedlichen Bedingungen, Spielräumen und Möglichkeiten für linke Politikansätze wirken, sie versteht sich als plurale offene Linkspartei mit kommunistischen, reformkommunistischen, linksozialistischen und linksgrünen Parteien mit unterschiedlicher Geschichte, Kultur, politisch-strategischer Ausrichtung und ideologischer Grundlegung sowie divergierender Bedeutung in ihren jeweiligen Ländern.

Dies bedenkend, spielt vor dem Hintergrund ihrer eigenen internationalen Geschichte – insbesondere der Kommunistischen Internationale – die Frage der Organisation und Arbeitsweise eine existenzielle Rolle. Internationale Zusammenarbeit zwischen den Linksparteien muss also so organisiert werden, dass jede Mitgliedspartei über gleiche Rechte und Pflichten und vor allem gleiche Teilhabe- und Entscheidungsrechte verfügt – ungeachtet ihrer Größe und Bedeutung und unter Berücksichtigung ihrer spezifischen nationalen Bedingungen, Kultur und Geschichte. Organisationspolitisch wurde dieser historisch gebotene Ansatz für politische Prozesse der Meinungsbildung (Stellungnahmen der Partei) und Entscheidungsfindung mithilfe des Konsens-Prinzips geregelt. Das heißt, Stellungnahmen, Positionierungen, die Entwicklung linker Strategien erfolgen auf der Grundlage des Konsenses und vereinen das europäisch gemeinsam Mögliche der Mitglieds- und Beobachterparteien.

Erstmalig gab es auf dem Madrider Parteitag der EL im Dezember 2013 davon abweichende Verfahren, die dazu führten, dass von einer großen Mehrheit der Delegierten des EL-Parteitages mit Alexis Tsipras erstmalig ein Spitzenkandidat der EL für die Europawahlen 2014 gewählt wurde. Zum ersten Mal traten die Linksparteien mit einem eigenen Kandidaten

an, der für die organische Verknüpfung des Kampfes von SYRIZA als Kampf der gesamten europäischen Linken gegen die Memoranden-Politik der europäischen Institutionen unter deutscher Hegemonie stand. Mit dieser Wahl hatten die in der EL vereinigten Linksparteien die Möglichkeit, deutlich zu machen, dass Tsipras' »Opposition zur neoliberalen Politik nicht anti-europäisch wie die der radikalen Rechten, sondern pro-europäisch ausgerichtet ist« (Baier 2015a, 9). Die europaweite Ausstrahlung von Alexis Tsipras als Spitzenkandidat der Linken half vor allem auch kleineren Linksparteienbündnissen wie der Liste Tsipras in Italien sowie der Entwicklung von Parteienbündnissen in Slowenien oder Österreich. In anderen Ländern aber wurden der Spitzenkandidat und die Tatsache eines gemeinsamen europäischen Antretens linker Parteien bewusst nicht ins Zentrum gerückt. Teilweise gab es die Auffassung, dass sich dies negativ auf die Wahlergebnisse auswirken würde.

Zugleich verdeckte die Spitzenkandidatur die konzeptionellen Schwierigkeiten einer in der Europafrage gespaltenen Linken (Janssen 2013, 67-89). 2009 konnte sich die EL zwar ohne Spitzenkandidaten immerhin auf eine *gemeinsame programmatische* Plattform zu den Europawahlen verständigen. 2013 verabschiedete die EL auf ihrem dritten Kongress in Madrid zwei Papiere: das politische Dokument, das die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Krisenbewältigungspolitik zusammenfasst, und die programmatischen Achsen – ein Dokument, in dem einzelne strategische Projektlinien zusammengefasst und in unterschiedlicher Dimension bearbeitet worden sind. Während das politische Dokument mit den Grundaussagen zum Kampf gegen die Austeritätspolitik als gemeinsame Handlungsgrundlage beschlossen wurde, behielten die programmatischen Achsen eher empfehlenden Charakter, auf den sich die Mitgliedsparteien entsprechend ihrer nationalen Bedingungen beziehen können. Das heißt, die Erarbeitung einer gemeinsam getragenen Strategie für einen Neustart der EU steht noch aus. Die Brücke zwischen den unterschiedlichen Positionen innerhalb der EL bildete Tsipras.

Die unterschiedlichen Positionen in der Europafrage bestimmen maßgeblich den Raum europäischer Handlungsfähigkeit. So wird die Agenda der EL stärker von Initiativen der einzelnen Mitgliedsorganisationen als durch länderübergreifende Aktionen bestimmt. Die EL erfüllt ihre Funktion als europäischer Resonanzboden bzw. europäische Erweiterung des nationalen Handlungsraumes – dies ist vor allem für die kleinen Mitgliedsparteien der EL wichtig und sollte auch nicht unterschätzt werden, aber sie ist eben deutlich weniger der Ort gemeinsamer strategischer Diskurse. So konnten die Forderungen nach einem Neustart der

EU kaum strategisch untersetzt werden. Insofern kann die Europäische Linkspartei derzeit nur so gut sein, wie dies die nationalen Mitglieds- und Beobachterparteien zulassen. Angesichts dieser stagnierenden programmatisch-strategischen wie nur zögerlichen organisationspolitischen Entwicklung der Europäischen Linkspartei kann sie weder Motor noch Impulsgeber für ihre Mitgliedsorganisationen sein. Sie ist auf dem Feld der politischen Auseinandersetzungen in Europa bisher weitgehend wirkungslos, eine europäisch angelegte und öffentlich wirksame solidarisch-kritische Begleitung der ersten Linksregierung in Europa in Griechenland über wenige Solidaritätserklärungen hinaus gab es nicht.

Die Experimente SYRIZA und Europäische Linke

Bisher hatten die Linken in Europa kritisch-solidarisch die linken Regierungen in Lateinamerika begleitet und sich hinter deren Bemühungen zur Entwicklung eines »Sozialismus im 21. Jahrhundert« gestellt. Nun aber geht es um die Begleitung einer Linksregierung in Europa, in unmittelbarer politischer Nachbarschaft auch mit Spanien und Portugal, die im September 2015 gewählt haben bzw. Dezember 2015 wählen. In Portugal verfügen die Sozialisten (PS) zusammen mit dem Wahlbündnis aus kommunistischen Parteien und Grünen (CDU) über 122 der 230 Parlamentssitze. Diese rechnerische Mehrheit stützt derzeit eine Minderheitsregierung der Sozialisten auf der Grundlage sozialer Kürzungen der Memoranden-Politik, ohne diese jedoch grundsätzlich revidieren zu können. Auch hier wird wie für SYRIZA die Haltung zu den Memoranden ausschlaggebend sein müssen. In Spanien schwindet derzeit eher die Hoffnung auf eine sich der SYRIZA-Regierung anschließende spanische Linksregierung vor dem Hintergrund der gespaltenen Linken und der abnehmenden Umfragewerte für Podemos (derzeit eher zwischen 12 und 15%).

Was aber war für die bisher einzige Linksregierung, die Regierung in Griechenland, überhaupt durchsetzbar?

SYRIZA wies bereits im Programm zu den Januar-Wahlen 2015 darauf hin, dass für die Verhandlungen mit den Ländern der EU und den Institutionen der Europäischen Union, mit EZB und IWF die Solidarität einer breiten gesellschaftlichen wie politischen Allianz der radikalen Linken nicht ausreichen wird, sondern darüber hinaus auch Linksozialisten, linke Sozialdemokraten und ebenso Grüne für eine solidarische Allianz gebraucht werden – zumindest eines relevanten Teils ihrer linkssozia-

listischen bzw. linkslibertären Strömungen, gestützt auf solche Kernstaaten der EU wie Frankreich und Italien.

Werden die Ergebnisse der Europawahlen 2014 zugrunde gelegt, so vereinen die Parteien von Sozialdemokraten, Grünen und radikaler Linke jedoch nur knapp 40% der europäischen Wählerschaft, d.h. deutlich weniger als die politische Rechte. Allerdings muss hierbei einerseits eine Wahlbeteiligung von 43% in Rechnung gestellt werden und andererseits die Tatsache, dass dies lediglich eine rechnerische Größenordnung beschreibt, die für kein gemeinsames Projekt steht. Der Wähleranteil der Grünen bleibt 2014 mit ca. 7% knapp hinter ihrem Ergebnis von 2009, d.h. die Grünen verfügen zwar über eine europaweit gefestigte Wählerschaft, sie können diese jedoch gegenwärtig nicht ausweiten.

Was die Sozialisten in Frankreich und die Demokratische Partei Italiens unter Renzi betrifft, so haben sich beide gerade nicht solidarisch an der Seite von SYRIZA gezeigt. Die italienische Regierung wollte zwar ebenso wie SYRIZA für die Rückzahlung ihrer Schulden Zeit gewinnen, doch sind die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Spielräume Italiens andere als die der Griechen. Zudem liegt die italienische Staatsschuldenquote (Schulden im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt) bei 135%, die griechische bei 176%.

Und: Italien ist nach Deutschland und Frankreich mit 40 Milliarden Euro der drittgrößte bilaterale Gläubiger Griechenlands und hat somit kein Interesse an einem Schuldenschnitt. Immerhin wandten sich die Sozialisten gegen den Grexit-Vorschlag von deutscher Seite, wobei es sich weniger um einen solidarischen Akt gegenüber Griechenland handelt als vielmehr um einen Akt gegen die deutsche dirigierende Vorherrschaft. Es war auch nicht der Sozialist Hollande, sondern der französische Politiker der Grünen, Daniel Cohn-Bendit, der öffentlich die EU-Sparpolitik der letzten Jahre für einige Länder der EU als »unerträglich« beschrieb und die dieser Politik zugrundeliegenden Verträge infrage stellte: »Man muss auch mal nachdenken, ob die Verträge, die man geschlossen hat, richtig waren angesichts des Einbruchs der Löhne von 30 bis 40%.« (Cohn-Bendit 2015)

Auch von den regierenden Sozialdemokraten aus Mitteleuropa (Tschechien und Slowakei) kommt angesichts der in ihrem Land herrschenden Armut und dennoch von ihnen durchgesetzten Sparmaßnahmen keine Unterstützung. »Es wäre unmöglich, der Öffentlichkeit zu erklären, dass ausgerechnet die arme Slowakei für Griechenland aufkommen soll«, erklärte der slowakische Ministerpräsident (Geinitz 2015). Dies alles bedeutet, dass es in der zentralen Frage der Fortset-

zung einer strikten Austeritätspolitik in den sogenannten Schuldnerländern weder zwischen Deutschland und Frankreich (als dem »Tandem« der EWU) noch zwischen dem Zentrum und der Peripherie der Euro-Staaten zu einer Spaltung gekommen ist. Bei der Durchsetzung einer unsolidarischen Politik waren sich – bis auf Griechenland – die Euroländer einig.

Anders die linken sozialen Bewegungen und Netzwerke, die zu europaweiten Protesten aufgerufen haben. Dazu gehören auch die Aktivitäten von Blockupy, dessen Protest gegen die Politik der Troika sich im Prozess der Organisierung zunehmend »europäisierte«. Wichtig war hierbei die Fokussierung auf die zentrale Rolle der Europäischen Zentralbank als eigenständiger Akteur wie auch als Instrument der Troika. Der Aufruf der Gewerkschaften zur Unterstützung von SYRIZA war wichtig, blieb aber folgenlos. Die Versuche, neue Allianzen oder Räume zu erschließen bzw. neu zu erfinden, wie die des »Alter Summit« unter Einschluss von Gewerkschaftern, sind noch zu schwach. Das gilt noch stärker für das eher aus dem Boden gestampfte »Forum der Alternativen« – anders die Fete de L' Humanité 2015 in Paris, die mit neuen Initiativen aufwartete und so zumindest den europäischen Diskurs »zum wie weiter und was weiter in Europa« weitertrieb. Aber gerade mit der Initiative von Varoufakis, Mélenchon und Lafontaine zur Einberufung einer Konferenz, um an einem europäischen Plan B – einem »Lexit« – zu arbeiten, wurde die konzeptionelle Leerstelle der Europäischen Linkspartei sichtbar, obwohl alle drei Genannten wichtige Repräsentanten jener Parteien-Allianzen darstellen, die zu den Gründungsparteien der EL zählen.

Die Europäische Linkspartei ihrerseits selbst erklärte sich mehrfach solidarisch mit Alexis Tsipras und mit der Linksregierung SYIZRA in den Zeiten der Verhandlungen, anlässlich des Referendums der Griechen, anlässlich des Erfolgs der Wahlen im September 2015. Trotzdem fehlt es ihr an linken Strategien, mit dem Projekt SYRIZA das Programm von Thessaloniki als Grundstock einer europäischen Agenda zu formulieren. Dieses Programm hat vier Pfeiler:

1. Der Bekämpfung der humanitären Katastrophe mit Zugang zu kostenloser Elektrizität für Haushalte unter der Armutsgrenze, Essenszuschüsse für einkommenslose Familien, Wohnraumgarantie, einer Mindestrente, kostenloser medizinischer Versorgung, bezahlbarem öffentlichen Nahverkehr;
2. mit einem durch öffentliche Investitionen gestützten Rettungs- und Konvergenzprogramms, mit gerechten Steuern, einer öffentlichen Entwicklungsbank und Mindesteinkommen;

3. mit Beschäftigungsförderung, mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Wiederherstellung des Arbeitsrechts und der Wiederinkraftsetzung von Tarifverträgen;
4. mit der Demokratisierung der Gesellschaft und des staatlichen Handelns: mit Verbesserung von Transparenz, Steigerung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der Wirksamkeit von Gemeinden und Regionen, der Stärkung von Elementen der direkten Demokratie und Stärkung der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger; Einführung neuer Institutionen wie Gesetzesinitiativrecht der BürgerInnen, Bürgerveto und Initiativrecht für Referenden sowie Stärkung der Parlamentsrechte, Einschränkung der Immunität und Aufhebung des rechtlichen Sonderstatus, der Abgeordnete vor Strafverfolgung schützt.

Die EL steht vor der Aufgabe, endlich die gemeinsame Arbeit an einer alternativen Agenda zu intensivieren. Dafür gibt es durchaus ein Fundament: »Alle Linksparteien sprechen sich für eine soziale Union oder ein soziales Modell der internationalen Zusammenarbeit aus.« (Janssen 2013, 45) Dazu gehören die Absicherung sozialer Rechte, das Recht auf Streik, eine soziale Fortschrittsklausel als Zusatz zu den EU-Verträgen, soziale Mindeststandards auf europäischer Ebene, Mindestlöhne, Mindestrenten, Mindesteinkommen.

Um eine solche Arbeit leisten zu können, ist es an der Zeit – und das wurde am Beispiel der Unterstützung der ersten Linksregierung nach 1989 sichtbar –, dass auch die politische Linke sich nach 15 Jahren ihres Bestehens reorganisiert und Arbeitsweisen aufbaut, die sie in die Lage versetzt, einen *europäischen* Diskursraum zur Entwicklung gemeinsamer europäischer Strategien zu schaffen, offen für soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Initiativen der Zivilgesellschaft, offen auch für möglichst politisch breite Bündnisse. Denn die Unterzeichnung des dritten Memorandums am 13. Juli 2015 erfolgte auch mit dem Wissen um die Schwäche der europäischen Linken, mit dem Wissen um das viel zu geringe Gewicht der Grünen und mit dem Wissen um die Bindungen der Sozialdemokraten an den neoliberal konservativen Block. Die eigene Stärke in Griechenland brachte SYRIZA an die Regierung – die fehlende Allianz einer breiten Linken in Europa hält sie unter dem Diktat der Troika. Die radikale Linke – weder die parteipolitisch gebundene noch die in Gewerkschaften oder Bewegungen organisierte, weder die national noch die europäisch agierende – ist derzeit nicht in der Lage, politisch wirksam gegen die Fundamente europäischer Austeritätspolitik anzukämpfen. Es reichten auch nicht die vernünftigen, an den politischen Realis-

mus appellierenden Stimmen der Grünen. Die Sozialdemokraten blieben letztlich zögerlich an der Seite der Neoliberalen. So mussten die politischen Strategien, von Varoufakis 2015 als »bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise« (Varoufakis et al. 2015), als europäischer New Deal vorgelegt, ins Leere laufen. Die Formulierung, dass SYRIZA dafür stehe, aus der Hegemonie herauszutreten, beschreibt weniger eine Realität als die erforderliche Richtung und die Notwendigkeit einer neuen europäischen Dynamik auf Seiten der Linken. Aber auch wenn derzeit unklar ist, ob die zweite Regierung SYRIZA unter den Bedingungen der begrenzten Souveränität erfolgreich sein kann, so trägt doch die von ihr entfachte Dynamik zur Selbstveränderung und so zur Stärkung auch der politischen Linken bei.

Dass linke Mobilisierungen auch nach den Massendemonstrationen und Generalstreiks in verschiedenen Ländern der EU zwischen 2010 und 2013 auch europäisch möglich sind, wurde bereits nach Ankündigung des griechischen Referendums – als Abstimmung des *griechischen Volkes über die Spardiktate der Troika* – sichtbar. Hunderttausende demonstrierten in Griechenland selbst und viele darüber hinaus in London, Paris, Berlin, Wien oder organisierten öffentlich sichtbare Protestaktionen wie in Italien etc. Gleich einem Wetterleuchten wurde in diesen Momenten, wie auch nach Bekanntgabe des überwältigenden Ergebnisses dieses Referendums, das Potenzial europäischer Solidarität und Mobilisierung sichtbar. Hintergrund war, dass erstmalig mitten in Europa die deutliche Mehrheit eines Volkes die europäische Memoranden-Politik ablehnte. Vielleicht war sogar diese Abstimmung die politisch wichtigste Maßnahme der ersten SYRIZA-Regierung.

Europäische Mobilisierungen sind also möglich. Das zeigen auch die Protestaktionen gegen TTIP: Mehr als 3,2 Millionen Menschen unterschrieben die europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA, über 250.000 Menschen protestierten im Oktober 2015 gegen diese Abkommen in Berlin – neben den Demonstrationen gegen den Irakkrieg (2002) und gegen die Agenda 2010 (mit dem Höhepunkt im August 2004) die ersten wirklich großen Massendemonstrationen in Deutschland. Erfolgreich war auch die europäische Bürgerinitiative gegen die Privatisierung des Zugangs auf Wasser, bei der 1,9 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger für das Menschenrecht auf Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung eintraten. An diesen Initiativen sind neben sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft, Linksparteien, Grüne und linke Sozialisten und Sozialdemokraten und bei TTIP auch Bauernorganisationen beteiligt – also Potenziale eines nach linken

Alternativen suchenden Mosaiks, das für Momente sichtbar wird. Eine so breite Allianz lässt sich jedoch nur dann auf Dauer stellen, wenn sich Spaltungen oder zumindest deutliche Differenzierungen im Block der Regierenden abzeichnen und so Räume für Linksverschiebungen öffnen. Dies aber ist ohne eine Neupositionierung der Sozialdemokratie und bei den Grünen schwer vorstellbar. Nur dann gewinnt die Bevölkerung den Eindruck, dass überzeugende, machtpolitisch durchsetzbare Alternativen vorhanden sind. Bisher ist dies eher bei einem Nein gelungen als bei der Durchsetzung von positiven Ansätzen.

Herausforderungen und Fragen bleiben

Welche Schlussfolgerungen können aus der vorgelegten Analyse gezogen werden? Sechs Thesen seien dazu formuliert:

1. Die Linke muss stärker als bisher die Analysen von ökonomischen, politischen Kräfteverhältnissen voranbringen, um auf dieser Grundlage reale Handlungsräume der Linken herausarbeiten zu können. Sie muss sich der Szenarien der absehbaren Entwicklung bewusst werden und strategische Handlungsoptionen entwickeln, die der Dynamik des politischen Systems gerecht werden. Dazu gehört die Analyse aller politischen Lager, insbesondere aber jener, mit denen es mit der Linken in sozialen, ökologischen, libertären oder konkret auch in der Flüchtlingsfrage Übereinstimmungen gibt, auch wenn diese nicht mehrheitsfähig sind. Allianzen werden über Jahre aufgebaut. So ist es eine Lehre der Politik von SYRIZA, dass neue Koalitionsprojekte Zeit und gemeinsame Praxen brauchen, Zeit des Lernens und des Entstehens von Vertrauen, auf dessen Grundlage später Gelegenheitssituationen genutzt werden können. Niemand hätte 2009 geglaubt, dass fünf Jahre später SYRIZA über 30% einer Wählerschaft an sich bindet, die sich als Mitte-Unten-Bündnis beschreiben lässt und die weit mehr erfasst als nur die Vertreter der radikalen Linken.
2. Auch auf europäischer Ebene muss die Linke stärker als bisher über die radikale Linke hinausdenken. So forderten die europäischen Grünen (EGP) im Februar 2015 eine »vernünftige und angemessene Verminderung« der öffentlichen Schuldenlast Griechenlands und einen »Grünen Marshall-Plan« für die Bewältigung der aktuellen sozialen Probleme (Weichold 2015). »Es ist falsch, dass eine verbindliche Vereinbarung über die notwendige Schuldenerleichterung weiter vertagt wird. Mindestens die erforderliche Verlängerung der Stundungs- und

Rückzahlungszeiträume für bestehende und neue Kredite ist notwendig«, heißt es im Entschließungsantrag der Grünen zur Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen. Die Linke muss ebenso den Kampf *um* die Labour-Party unter Jeremy Corbyn, den Kampf *gegen* die Politikansätze von Renzi und anderen marktorientierten Sozialdemokraten, also den Kampf *um* die Sozialdemokratie dort führen, wo in dieser der Kurs von Blair und Schröder infrage gestellt wird.

3. Die Durchsetzung der Bedingungen des dritten Memorandums in Griechenland bedeutet nicht nur für die griechische, sondern auch für die europäische Linke eine ihrer größten Niederlagen und letztlich auch die Anerkennung der Tatsache, dass *derzeit* ein europäischer Kampf mit dem Ziel eines grundsätzlichen Bruchs mit der Logik der europäischen Memoranden-Politik nicht erfolgreich ist. Das beinhaltet jedoch keine Absage an den europäischen Kampf, sondern die Notwendigkeit, die Linken in den nationalen Kämpfen gegen die europäische Politik der Austerität, des Demokratieabbaus, der Verteidigung der Menschen- und Freiheitsrechte für jede und jeden zu stärken und damit die *Voraussetzungen* für wirksame europäische Kämpfe führen zu können.
4. Es ist eine Illusion zu glauben, dass sich eine europäisch schwache Linke gegen die europäische Memoranden-Politik national besser durchsetzen könne. Das gilt weder für das einzige Land in der EU, in der die Linkspartei hegemoniefähig ist, noch für die Linke in Ländern, in denen die Linksparteien bei Wahlen zwischen 10 und 15% der Wähler auf sich vereinen und schon gar nicht für die große Mehrheit der Linksparteien, die deutlich unter 10% bleiben oder parlamentarisch kaum oder gar nicht verankert sind. So lange also die Linke nur dort hegemoniefähig ist, wo die »Kettenglieder« des Kapitalismus ökonomisch, sozial und politisch zu schwach sind, um das ganze Gerüst der EU infrage stellen zu können, wird sie nicht in der Lage sein – und das zeigt das Scheitern von SYRIZA mit der Unterschrift unter das dritte Memorandum –, europäische Politik grundsätzlich zu verändern. Es kommt jetzt gerade darauf an, in den wirtschaftlich-politischen starken Ländern der EU die nationalen Mehrheitsverhältnisse zu verändern, um von dort aus auch die europäische Politik anders zu gestalten. Dies wäre also ein Kampf vor allem im nationalen Raum mit europäischer Stoßrichtung, die ungesetzt werden muss mit konkreten Strategien, die sich angesichts der realen Stärke der Linken auf sichtbar werdende Durchbruchstellen des neoliberal herrschenden Blocks konzentrieren. Dieser Block ist geeint, wenn es

um Griechenland geht, er ist tief gespalten, wenn es um die Lösung der Flüchtlingsproblematik geht. Risse werden sichtbar, wenn auch für Vertreter dieses Blockes der libertär-freiheitliche Charakter der europäischen Gesellschaften infrage gestellt wird – wie gegenwärtig mit der Flüchtlingsfrage. Der Linken muss es in dieser Auseinandersetzung um die Frage des Schutzes der Schwächsten, um die Zugänge zu den Grundgütern eines Lebens in Würde für jede und jeden gehen, um die Verteidigung der Demokratie – als Grundbedingung offener, pluraler Gesellschaften. Gerade in dieser Frage unterscheidet sie sich fundamental von der politischen Rechten.

5. Dabei geht es auch die praktische Gestaltung dieser offenen, pluralen Gesellschaften, um konkrete verbindende Praxen, die mit der Besetzung von Straßen und Plätzen beginnen können und von diesen sich in die Viertel ausbreiten (Candeias/Völpel 2014, 177ff. bzw. 132ff.) und sich hier mit dem unmittelbaren Lebensalltag der Menschen verbinden und diesen organisierend solidarisch prägen können. Dies kann man von den Praxen in Griechenland, wie von Solidarity for all, oder von den Plattform der Hypothekengeschädigten (PAH) in Spanien neu lernen. Wichtig aber ist es, wie sich die Gestaltung des Lebens durch eine Regierungsübernahme oder Regierungsbeteiligung von linken Parteien verändert, wie sich dann die Machtasymmetrien zwischen linken Akteuren verändern und wie dies mit Solidarität und Lernprozessen verbunden werden kann. Hierzu ist die systematische Auswertung auch der gescheiterten Linksregierungen in Europa und Lateinamerika wie auch die systematische Auswertung von linken Regierungen auf regionaler Ebene sinnvoll.
6. Eine europäische Linke sollte gerade bei ihren europapolitischen Positionierungen auf falsche Gegensätze (Candeias) verzichten. So spielen die nationalen Wettbewerbsstaaten eine »entscheidende Rolle im Prozess der Transnationalisierung« (Candeias 2015, 64), insbesondere Deutschland. Ein Prozess, der eben nicht mit einer Vertiefung der EU einhergeht, sondern zum Charakter der EU als Freihandelszone drängt, die immer weniger an europäische Sozialstandards gebunden ist und diese im Interesse globaler Wettbewerbsfähigkeit absenken soll. Die damit bereits jetzt vorhandenen und weitertreibenden sozialen und ökonomischen Spaltungen hemmen nicht nur die Spielräume für europäische Lösungen, sondern öffnen Räume für Nationalismus und Ausländerhass. Deshalb muss die Linke über linke Konzepte zu Einwanderung und Migration in Europa so nachdenken, dass sie diese Frage nicht spaltet, sondern als soziale und

Demokratiefrage für alle – als Frage nach Grundgütern für ein Leben in Würde – verbindet, mit der Frage eines Europa als Solidargemeinschaft. Was heißt das für die einzelnen Länder, Regionen und Kommunen? Und was heißt das für friedenspolitische und klimapolitische Ansätze, damit nicht mehr Millionen aus Existenz- oder Überlebensgründen zur Flucht aus ihren Heimatländern getrieben werden? Es geht neben wirksamer Kritik immer auch um die Entwicklung eigenständiger europapolitischer Konzepte, in denen sich das linke Mosaik Europas finden muss.

Literatur

- Baier, Walter (2015a): Linker Aufbruch in Europa?, Wien
- Baier, Walter (2015b): Europas Linke und die Krise Europas, Wien
- Benjamin, Walter (1982): [Erkenntnistheoretisches, Theorien des Fortschritts]. In: Das Passagen-Werk, Frankfurt am Main, 570-611
- Bischoff, Joachim/Elisabeth, Gauthier/Müller, Bernhard (2015): Europas Rechte. Das Konzept des »modernisierten« Rechtspopulismus, Hamburg
- Bokis, Dimitis (2015): Wir waren diese komischen Typen. Interview Neues Deutschland vom 2./3.4.10.2015, 32, www.neues-deutschland.de/artikel/986415.wir-waren-diese-komischen-typen.html
- Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith/Wolf, Frieder-Otto/Zimmer, Gabi (2014): Die Europäische Frage und die Linken. RLS-Standpunktepapier, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_05-2014.pdf
- Brie, Michael (2015): Vorwort. In: Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi. Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 1, Hamburg, 7-12
- Candeias, Mario (2014): »Wenn das Alte stirbt ...« – Organische Krise bei Antonio Gramsci. In: Brie, Michael (Hrsg.), »Wenn das Alte stirbt...« Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Zweite Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte, Neue Folge. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 14-28
- Candeias, Mario (2015): Gegenmittel gegen autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus – Perspektiven einer verbindenden linken Partei. In: Mario Candeias (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa – Linke Gegenstrategien. Reihe Materialien, Berlin, 55-73, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien12_Rechtspopulismus.pdf
- Candeias, Mario/Vöpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg
- Cohn-Bendit, Daniel (2015): Im Interview mit Nana Brink im Deutschlandradio, abrufbar unter: www.deutschlandradiokultur.de/daniel-cohn-bendit-die-spar

- politik-der-eu-ist-unertraeglich.1008.de.html?dram:article_id=315003 (letzter Zugriff: 11.2.2015)
- Crome, Erhard/Kleinwächter, Lutz (Hrsg.) (2014): Neues Denken in der DDR: Konzepte zur Sicherheit in Europa in den 1980er Jahren, Potsdam
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Berlin
- Dellheim, Judith (2014): Kapitaloligarchien und Transformation. Zur Entwicklung der Europäischen Union. In: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, 332-367
- Demirović, Alex (2013): Keine Zeit mehr. Das Ende des sozialdemokratischen Projekts, PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 171, 43. Jahrgang, 305-316
- Deppe, Frank (2013): Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand, Hamburg
- Detje, Richard (2012): Zwischen Ohnmachtserfahrung und Systemkritik. Linke Politik in der neuen »großen Transformation«. In: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 151-154
- Geinitz, Christian (2015): Europa grollt den Griechen. In: faz.net, abrufbar unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/in-osteuropa-sinkt-die-bereitschaft-griechenland-zu-helfen-13454900.html
- Haug, Frigga (2009): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg
- Hildebrandt, Cornelia (2010a): Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa. In: Daiber, B./Hildebrandt, C./Striethorst, A. (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin, 9-38
- Hildebrandt, Cornelia (2010b): Europapolitische Positionen europäischer Linksparteien. In: Daiber, B./Hildebrandt, C./Striethorst, A. (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin, 67-88
- Hildebrandt, Cornelia (2015): Analyse der Ergebnisse der Europawahlen 2014. In: Baier, Walter/Müller, Bernhard/Himmelstoss, Eva (Hrsg.): Vereintes Europa – Geteiltes Europa. Jahrbuch Transform, Hamburg, 161-171, abrufbar unter: www.transform-network.net/de/zeitschrift/jahrbuch-2015/news/detail/Journal/the-european-elections-an-analysis-of-the-results.html
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Thesen, Berlin
- Janssen, Thilo (2013): Linke Parteien in Europa. Vergleich der europapolitischen Positionen vor den Europawahlen 2014. RLS Studien, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_Linke_Parteien.pdf
- Janssen, Thilo (2015): Misstrauensvotum. Rechte EU-Gegner profitieren von der Krise der Politik. In: Mario Candeias (Hrsg.) Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien, RLS-Materialien, 15-19
- Küttler, Wolfgang (2012): Entstehung und Überwindung des Kapitalismus bei Karl Marx – ein asymmetrisches Verhältnis. Konsequenzen für die Perspektiven aktueller Transformation. In: M. Brie/M. Candeias (Hrsg.). Transformation des Ka-

- pitalismus und darüber hinaus. Münster, 79-82
- March, Luke/Mudde, Cas (2005): What's Left on the Radical Left? The European Radical Left After 1989: Decline and Mutation. *Comperative European Politics*, 9. Jg., Heft 3, 23-49
- Marx, Karl (1844). Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW, Bd. 1, Berlin, 378–391
- Matthes, Helmut (2012): Krisen und notwendige Neuorientierung der Europäischen Union. RLS Papers, Berlin, abrufbar unter: www.hessen.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_KrisenEU_web.pdf
- Neubert, Harald (2009): Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer: Erneuerung oder Revisionismus in der kommunistischen Bewegung?, Hamburg
- Oberndorfer, Lukas (2012): Vom neuen zum autoritären Konstitutionalismus. Soziale Bewegungen, Recht und Demokratie in der europäischen Krise. In: *Kurswechsel* (2), 62-67
- stiftung neue verantwortung (Hrsg.) (2015): Worauf wir vorbereitet sein sollten. Das Umfeld des sozialen Europas 2030, Berlin, abrufbar unter: www.stiftung-nv.de/sites/default/files/eu_szenarien_snv.pdf
- Varoufakis, Yanis et al. (2015): Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise, München
- Weichold, Jochen (2015): Die European Green Party im Frühjahr 2015. RLS Papers, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Die_European_Green_Party.pdf

KRITIK

Rolf Reißig

Transformation in unterschiedlichen Diskursen

Anmerkungen zum »Handbuch Transformationsforschung«¹

»Transformation« als Gegenstand sozialwissenschaftlichen Denkens und intellektueller sowie politischer Diskurse ist durch eine lange Geschichte des Auf und Ab gekennzeichnet. Genau genommen reicht sie vom 18. Jahrhundert (Französische Revolution und erste Große Transformation) bis in die Gegenwart. Systematisch aufgearbeitet ist sie bis heute nicht. In jüngster Zeit erfuhr das Thema mit den Systemumbrüchen in den ehemals staatssozialistischen Ländern 1989/90 eine besondere, letztlich aber doch nur kurze Aufmerksamkeit. »Transformation« wurde nun – von einer medialen und wissenschaftlichen Mehrheit – gar mit »Postsozialistischer Transformation« weitgehend gleichgesetzt, denn mit ihr sollte das »Ende der großen Gesellschaftsalternativen« (Bell) und das »Ende der Geschichte« (Fukuyama) eingeleitet sein. Für viele überraschend entstand jedoch kaum zwanzig Jahre danach ein neuer und breit gefächerter Transformationsdiskurs. Ins Zentrum rückt nun die Frage nach einer »Neuen Transformation«, nach einer »Transformation im 21. Jahrhundert«. In den letzten Jahren erschienen dazu auch erste empirisch und theoretisch-konzeptionell angelegte Arbeiten. Fundierte Aussagen gehen einher mit der Thematisierung neuer, offener und ungelöster Fragen. Trotz der Fortschritte der Transformationsforschung in jüngster Zeit wird das heute dominierende Wissen den neuen Herausforderungen von gesellschaftlichem Wandel und Umbruch noch nicht gerecht. Da kann ein fast 800 Seiten umfassendes »Handbuch Transformationsforschung« hilfreich sein. Und in der Tat werden in ihm Paradigmen, Forschungsansätze und Methoden der Transformationsforschung in systematischer Form vorgestellt, wichtige historische Wellen gesellschaftlicher Transformation im 20. Jahrhundert beschrieben und Sphären der Transformation wie Staat und Recht, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und schließlich einzelne transformatorische Grundprobleme behandelt. Es spannt somit einen fundierten und weiten Bogen über die sozialwissenschaftliche Transformationsfor-

¹ Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden. Die Seitenangaben im Text, soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich auf dieses Werk.

schung und – so wird formuliert – »sieht sich ausdrücklich einer inter- und transdisziplinären Perspektive verpflichtet und nimmt die Komplexität des Transformationsdiskurses auf« (11).

Zwei Transformationstypen – Zwei Transformationsdiskurse

Um der Vielfalt sozialen, politischen, wirtschaftlichen Wandels zu entgegen und einer klaren Transformationsperspektive zu folgen, wird ein konzentrierter Rahmen gesetzt: »Unter Aufnahme der sich vor allem nach dem Epochenumbruch im Jahr 1989 herausbildenden und heute dominierenden Semantik in Politik und Wissenschaft fokussiert das Handbuch jene sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umformungen, die substanziellen und systemischen Charakter tragen, durch identifizierbare Akteure eher revolutionär und steuerungsorientiert begonnen werden sowie deutlich imitative Merkmale aufweisen.« (12) Wenngleich das Handbuch auch nicht allein darauf reduziert werden kann, spiegelt sich hierin doch seine Fokussierung. Neben einer breiten sozialwissenschaftlichen Rahmensetzung wird Transformation zugleich in einer spezifischen typologischen Struktur gesehen und behandelt: Transformation als imitativer Wandlungstyp, verstanden als »Beschleunigungsperiode des Übergangs traditionaler oder partiell bzw. alternativ modernisierter Gesellschaften zur (hegemonialen) Moderne« (85), als »beschleunigte, radikale und politisch gesteuerte Modernisierungsprojekte«, bei denen durch Adaption des Vorbild-Modells auch manch »Eigenes und Innovatives generiert wird« (305).

Im heutigen Transformationsdiskurs, so unterschiedlich und gegensätzlich er sich im Einzelnen auch zeigt, wird hingegen ein anderer Transformationstyp thematisiert, eine andere Transformationsperspektive diskutiert. Hierbei wird Transformation – wovon auch das Handbuch ausgeht – als ein spezifischer Typ sozial-strukturellen Wandels verstanden (Reißig 2014). Transformation als gesellschaftlicher Pfadwechsel, als Resultat einer Wechselwirkung von eigendynamischen, evolutionären, nicht steuerbaren Prozessen und vor allem von eingreifendem und gestaltendem Handeln individueller und kollektiver Akteure. Ein Wandlungsprozess, der sowohl durch Konstanz als auch Ereignishaftigkeit, Kontingenz und Brüche, Konflikte und Kämpfe charakterisiert ist. Transformation wird so zuerst analytisch, aber auch normativ gefasst.

Die heutige Orientierung auf eine Transformation mit der Perspektive des 21. Jahrhunderts, also auf die Gegenwart und die vor uns lie-

gende Zukunft gerichtet, nimmt einen Wandlungstyp und -prozess in den Blick, der sich aus den evolutionären Trends, den Fortschritten, Krisen und Risiken der Moderne und Zivilisation speist und zugleich auf Veränderung in der Logik des bisherigen gesellschaftlichen Wandels und auf neue, zukunftsfähige sozioökonomische und soziostrukturelle Entwicklungstypen und -weisen drängt. In diesem Transformationsverständnis geht es nicht – wie es im gegenwärtigen Transformationsdiskurs auch zu hören ist – um Transformation als ein aktuelles politisch-strategisches Projekt, das man je nach Wahrnehmung »auflegen« oder »absetzen« kann, sondern um einen tiefgreifenden Prozess sozioökonomischer, politischer und soziokultureller Veränderung und Neuschöpfung, in den gesellschaftliche Steuerung und Strategie eingehen, der aber nicht darauf reduzierbar ist. Im Handlungskontext wird Transformation dann nicht wie im Handbuch als Nachahmung und Implementation bestehender Moderne-Modelle, sondern eher als ein offener Such-, Lern- und Experimentierprozess auf den Weg zu einem neuen Entwicklungspfad verstanden. Theoretisch-konzeptionell treten in diesem Transformationsverständnis deshalb solche Perspektiven hervor, die stärker Bewegung, Veränderung, Selbst-Veränderung, Suchprozesse und gesellschaftliche Innovation erfassen können.

Mit einer solchen Charakterisierung von Transformation als komplexe »Gesellschafts-Transformation« und der Orientierung auf substantielle Veränderung und grundlegende Erneuerung von Strukturen, Institutionen, Kultur und Lebensweise wird also eine typologische Unterscheidung zum im Handbuch präferiertem Transformationstyp adaptiven und imitativen Charakters sichtbar. Und in gesellschafts-politischer Hinsicht lautet die Differenz: Transformationsdiskurs als Veränderungsdiskurs *oder* Transformationsdiskurs als Stabilisierungsdiskurs des gegebenen Entwicklungspfad.

Historische Transformationsfälle – Vergleich als Herausforderung

Geleitet vom eingangs formulierten Transformationstyp werden im Handbuch dann verschiedene Fälle des 20. Jahrhunderts charakterisiert: die »postabsolutistischen« Transformationen im eurasischen Raum (Ende des 19. Jahrhunderts einsetzend), die staatssozialistischen Transformationen, die postsozialistischen, die chinesischen, die postkolonialen Transformationen, die islamistische Transformation sowie die ver-

schiedenen demokratischen Transitionen. Dieser durch die jeweiligen Spezialisten aufbereitete Abriss der verschiedenen Transformationsfälle geschieht erstmals und ist ein echter Erkenntnisgewinn. Die zentrale Frage dieser Darstellungen bleibt jedoch die beschleunigte Formierung spezifisch moderner, an westlichen Vorbildern orientierter Gesellschaftlichkeit. Die Tatsache, dass bereits in diesen Transformationsprozessen unterschiedliche Varianten von Moderne sichtbar wurden bzw. werden, bleibt unterbelichtet. Darüber hinaus fällt auf, dass die erste »Große Transformation« der Neuzeit (Polanyi 1944), aber auch die New-Deal-Transformation und besonders die zeitgeschichtlich geprägte »Sozial-ökologische Transformation« ausgespart werden. Offensichtlich, weil sie nicht dem gewählten Bezugsrahmen und dem definierten Transformationstyp – imitatives, politisch gesteuertes und an existierenden Vorbild-Modellen orientiertes Projekt – entsprechen. Ausgangspunkt ist vielmehr die japanische Meiji-Ishin-Transformation (1867 bis 1912), die den »welthistorisch ersten Fall einer Gesellschaftstransformation des imitativen Typs« repräsentiere (307).

Es bleibt eine Herausforderung künftiger Transformationsforschung, die verschiedenen Fälle von Transformationen der Neuzeit nun auch mit der heute anstehenden Transformation zu vergleichen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus zu arbeiten. Einen ersten diesbezüglichen Versuch – unter Zugrundelegung der ersten Großen Transformation – unternahm vor einiger Zeit der Historiker Jürgen Osterhammel (Osterhammel 2011). Neuere diesbezügliche Ansätze (Reißig 2015b) bedürfen der weiteren Vertiefung und Diskussion.

Neue Transformation – jenseits der Imitation

Im Mittelpunkt des heutigen Transformationsdiskurses stehen – wie gesagt – die im Handbuch leider ausgeblendeten Fragen einer »Neuen Transformation«, einer »Transformation im 21. Jahrhundert«. Im Unterschied zum Handbuch wird die westliche Moderne nicht mehr nur als eine »Folie« (Burkhardt Lutz) von imitativer Transformation betrachtet, sondern als Objekt und Subjekt tiefgreifender Wandlungsprozesse (Helmut Wiesenthal).

Ausgangspunkt dieses Transformationsverständnisses ist nicht ein theoretisches Paradigma, sondern eine kritische Gesellschafts- und Zeitdiagnose. Denn das über mehr als zwei Jahrhunderte hegemoniale Entwicklungs-, Wachstums-, Industrie- und Fortschrittsmodell, das

letztlich immer wieder beachtlichen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erzeugte, ist inzwischen durch grundlegende Funktionsstörungen gekennzeichnet. Und diese sind mit zunehmenden und sich verschärfenden Risiken und Konflikten verbunden, ökologisch, sozial, politisch und global.

Eine systemische Entwicklung im Kapitalismus, die inzwischen einhergeht mit ungebremsstem und die *Natur* (Boden, Landschaft, Wasser, Meere) zerstörenden Ressourcenverbrauch, mit einem permanent sich vollziehenden Klimawandel und Klimakatastrophen; mit einer *Gesellschaft* des Überflusses und einer gleichzeitigen ungeheuren Vertiefung der sozialen Ungleichheit und Spaltung weltweit; mit einer Entkopplung von Kapitalismus und *Demokratie* (Wolfgang Streeck); und mit zunehmenden globalen Ungleichgewichten, Spaltungen sowie Anarchie und Kriegen bei gleichzeitiger Herausbildung einer neuen, bisher wenig kooperativen *multipolaren Weltordnung*.

Was sich abzeichnet, ist ein gesellschaftlicher und epochaler *Bruch* in der Moderne, wobei die 1970er Jahre als Wendepunkt dieser Umbruchperiode gelten. Die der westlichen kapitalistischen Moderne eigenen Ambivalenzen können angesichts des expansiven »Steigerungsspiels« (Gerhard Schulze) in akute Selbstgefährdungen umschlagen (Beck 2007; Dörre/Rosa/Lessenich 2009) und verhindern, mit den eigenen Möglichkeiten sinnvoll umzugehen (Michael Brie). Deshalb, so die Schlussfolgerung, ist in unserer Zeit gesellschaftlichen Umbruchs ein transformativer Wandel, eine tiefgreifende Veränderung in der Gesellschaft *und* im Gesellschaft-Natur-Verhältnis erforderlich, angesichts der materiellen und kulturellen Voraussetzungen aber auch möglich. Transformation ist also nicht durch Ideologie begründet, sondern durch die sozialen Verhältnisse.

Transformationstheoretisch rückt damit ein neuer Typ von Transformation in den Blick, der auch eine neue Transformationsperspektive erfordert. Es geht um eine komplexe Gesellschafts-Transformation, in der die ökologische Transformation sich als Koevolution mit einem Gesellschafts-, Kultur- und Konsumwandel vollzieht, und in dem nicht die Verwertungsinteressen des Kapitals, sondern die gesellschaftlichen, die sozialen Interessen die Richtung von Umbau und Transformation bestimmen. Damit wird die heutige Transformation verstanden als Übergang zu einem neuen Typ ressourceneffizienter, umweltkompatibler, nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Teilhabe, demokratischer Bürgerbeteiligung und sozialer und humaner Lebensqualität. Am Ende geht es immer um ein funktionierendes System wirtschaftlicher und

sozialer Entwicklung und individueller Selbstentfaltungsmöglichkeiten, vermittelt durch eine neue Regulationsweise.

Zu diesem Transformationsverständnis gehört auch die Annahme, dass eine solche Transformation als *grundlegender* gesellschaftlicher Umwandlungsprozess eine ganze Epoche umfassen wird (so auch der Club of Rome in seinem neuesten Bericht »2052«, vgl. Randers 2012) und zunächst vor allem in Form *gradueller* Veränderungen verlaufen dürfte. Nicht wenige sehen in einer »Transformation im 21. Jahrhundert« eine mögliche neue (zweite) »Große Transformation«, weil es in einer anderen historischen Epoche doch wiederum um eine grundlegende Wandlung von Produktions- und Lebensweise, um die Herausbildung eines neuen Typs des Wirtschaftens, Arbeitens und Lebens gehe (Reißig 2009; Randers 2012; WBGU 2011).

Solche gesellschaftlichen und historischen Umbruchzeiten eröffnen, wie die Geschichte zeigt, neue Chancen des Wandels (z.B. New Deal), beinhalten aber auch erhebliche Unsicherheiten und Gefährdungen mit möglichen Regressionen (z.B. Vormarsch des Neoliberalismus seit den 1970er Jahren) oder können selbst zu Niedergängen und Kollapsen führen (Larry Diamond). Die historisch und aktuell auf der Tagesordnung stehende sozial-ökologische Transformation ist alles andere als ein Selbstläufer.

Neues Kapitel der Transformationsforschung

Die zeitgenössische Transformationsforschung steht angesichts einer komplexen, disparaten und auch offenen zeitgeschichtlichen und epochalen Grundsituation einerseits und dem Erfordernis eines Übergangs zu einem alternativen Entwicklungspfad andererseits vor neuen analytischen und nicht zuletzt theoretischen Herausforderungen. Dafür legt das Handbuch auch für die heutige Transformationsforschung ein umfangreiches theoretisches Fundament. Das gilt nicht zuletzt für die Beschreibung der theoretischen Paradigmen der Transformationsforschung, die mit »System«, »Institutionen« und »Akteure« charakterisiert werden. Hervorzuheben sind ferner die Abhandlungen zu den verschiedenen Forschungsansätzen: von Modernisierungstheorien über Strukturalismus, kulturtheoretische Ansätze, Historischer Institutionalismus und Gesellschaftstransformation, die verschiedenen transformationsökonomischen Ansätze bis zu steuerungstheoretischen, mobilisierungs- sowie zivilgesellschaftlichen Ansätzen. Schon diese Aufzählung

zeigt, wie breit und differenziert die Autorinnen und Autoren die Forschungsansätze zur Beschreibung, Erklärung und Deutung von Transformation sehen. Sie plädieren völlig zu Recht für einen Theoriepluralismus, denn es »gibt nicht das *eine* wahre Paradigma sozialer Wandlungsforschung« (207). Wichtig für die Transformationsforschung scheint ihnen besonders, die paradigmatische Konkurrenz von System- und Handlungstheorien dadurch zu überwinden, dass sie durch struktur-, kultur- und institutionentheoretische Konzepte zu einem integrativen Ansatz vernetzt werden (213).

Die Erkenntnis, dass die Transformationsforschung über ein reichhaltiges theoretisches Fundament verfügt, wird also (auch) mit diesem Handbuch überzeugend begründet. Doch ob die (zumeist klassischen) System-, Struktur-, Kultur-, Handlungs- und Akteurstheorien – auch in ihrer Summe und Kombination – allein über ausreichende Erklärungskraft verfügen, um in einer neuen Epoche sich abzeichnenden neuen und vielfach anders strukturierten sozialen und kulturellen Phänomenen gesellschaftlicher Transformation zu beschreiben, zu erklären und zu deuten, ist umstritten. Selbst im Rückblick auf den postsozialistischen Fall der Transformation wurde dies bereits kontrovers diskutiert. Das Handbuch lässt dies weitgehend offen. Heute geht es jedoch – gestützt auf das vorhandene Fundament – um ein weiterentwickeltes, um ein neues und zeitgemäßes Paradigma der Transformation. Ein Paradigma, in dem die Fragen nach der Art und Weise des heute anstehenden transformatorischen Wandels, nach seiner Logik und Dynamik und nach der Natur, dem Typ, dieser Wandlungsprozesse und ihrer historischen Verortung im Mittelpunkt stehen.

Das erfordert, sich zuerst den qualitativ neuen Herausforderungen und Trends einer Transformation im 21. Jahrhundert zuzuwenden. Hier sei nur auf folgende derartige Herausforderungen und Trends verwiesen: Die neue, für die Transformation heute entscheidende Rolle des gesellschaftlichen Naturverhältnisses und damit von Ökologie und Nachhaltigkeit; die Erfordernisse einer ausschließlich umweltkompatiblen Wirtschaftsweise, die jedoch nicht primär mit Verzicht, sondern mit Wohlstand – verstanden vor allem als sinnvolles Tun, Zeitwohlstand, Muße, gute Bildung, gesunde Umwelt und intakte soziale und menschliche Beziehungen – verbunden sein sollte. Ferner: Transformation im 21. Jahrhundert unter Bedingungen einer neuen Welle von Globalisierung bei gleichzeitig zunehmender Bedeutung von Regionalisierung und funktionaler Dezentralisierung. Und: eine Transformation, die einhergeht mit einer spezifische Verflechtung von rasanten evolutionären (z.B.

digitalen) gesellschaftlichen Umwandlungstendenzen und neuen Anforderungen nach eingreifendem Handeln und komplexer gesellschaftlicher Steuerung; einhergeht mit neuen Narrativen und Zukunftsannahmen, aber ohne entsprechende historische Beispiele und Vorbilder und ohne Masterplan; einhergeht mit vielfältigen Krisen, Konflikten und Widerständen und dem Erfordernis einer breiten demokratisch-gesellschaftlichen Transformations-Akzeptanz; einhergeht mit militärischen Auseinandersetzungen und Kriegen und der Notwendigkeit eines friedlichen Entwicklungsweges der heutigen Transformation. Und vor allem – eine Transformation ohne ein eindeutig zu definierendes Subjekt, dafür eine Vielzahl und Vielfalt möglicher und heterogener individueller und kollektiver Akteursgruppen. Schließlich trifft diese Transformation auf bislang so nicht gekannte strukturelle und kulturell-mentale Hindernisse.

Auch deshalb kommt die sozial-ökologische Transformation über einzelne Ansätze nicht hinaus und dominiert seit 40 Jahren noch immer das marktliberale Entwicklungsmodell im europäischen und globalen Raum. Selbst der dringend erforderliche Übergang zu einer post-neoliberalen Entwicklungsphase, zu einer sozial, ökologisch, demokratisch veränderten Formation des heutigen Kapitalismus, erweist sich gegenwärtig als fast unmöglich.

Die Bewältigung dieser neuen Transformation ist also aufgrund der Einmaligkeit, der fehlenden Vorbilder und Erfahrungen, des Beharrungs- und Anpassungsvermögens der alten Strukturen und des Zeitdrucks eine Herkulesaufgabe.

Statt fester Gewissheiten sehen sich die heutigen Akteure mit neuen praktischen und zugleich mit neuen theoretischen, intellektuellen Herausforderungen und einer Vielzahl offener, ungelöster Fragen konfrontiert. Die entscheidende theoretische wie praktische Herausforderung verbindet sich mit der Frage: Transformation ja, aber *wie*? Das berührt dann zwei Fragen, auf die bis heute keine überzeugende theoretische und politische Antwort gefunden wurde. Wo und wie bilden sich heute handlungs-, diskurs- und steuerungsfähige Akteure für eine Gesellschafts-Transformation heraus und auf welche Art und Weise können sich transformatorische Umwandlungen und Umgestaltungen unter Dominanz eines marktliberalen Ordnungssystems vollziehen?

Im zeitgenössischen Transformationsdiskurs wird daher – aus verschiedenen Perspektiven – nachdrücklicher für empirisch fundierte Studien wie für theoretische Öffnungen und Neuerungen und für einen Suchprozess nach zeitgemäßen theoretischen (Transformations-)Konzepten plädiert. Dabei greifen die verschiedenen Autoren auf Marx, Durk-

heim, Weber, Schumpeter, Polanyi, Gramsci, Marcuse, Adorno, Elias und Bourdieu zurück, um von da aus sich den neuen Fragen zu stellen und nach neuen Antworten zu suchen. Hierbei fällt auf, dass das Werk Polanyis eine neue Relevanz erlangt, zumal jetzt endlich die Gesamtheit seiner Arbeiten, Schriften, Artikel und Manuskripte aus den Jahren 1920 bis 1945 vorliegt (Polanyi 2002). Auch im Handbuch wird festgehalten: »Die bis heute umfassendste Theorie sozialer Transformation wurde von dem Ökonomen, Wirtschaftshistoriker und Anthropologen in seinem Werk *The Great Transformation* (1944) vorgelegt.« (154) Im Handbuch wird diese »umfassende Theorie sozialer Transformation« dann jedoch nur knapp (154f.) dargestellt. Gerade um »Vorzüge« und »Defizite« der in Polanyis Werk enthaltenen »Theorie sozialer Transformation« hat sich im Kontext der Diskussion um eine »Transformation im 21. Jahrhundert« und um neue theoretische Transformationskonzepte nun eine interessante nationale und internationale (USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich sowie Ostasien) Debatte entfaltet. Sie reduziert das Werk nicht länger auf seine Beschreibung der Transformation als immer wiederkehrende »Doppelbewegung«, sondern fokussiert verstärkt seine Überlegungen für ein neues, über die kapitalistische Wirtschaftsweise hinausreichendes freiheitlich-demokratisches und sozio-ökonomisch nachhaltiges Gesellschafts- und Entwicklungsmodell (Brie 2015a).

Mit der heutigen Transformationsforschung müssen wir uns aber auch eingestehen, dass manche der vielen neuen und offenen Fragen weder heute noch morgen und schon gar nicht »abschließend« beantwortet werden können. Denn sie berühren – anders als bei Karl Polanyis Analysen einer bereits abgeschlossenen Großen Transformation – einen in vielem noch vor uns liegenden und dazu offenen Such-, Lern- und Experimentierprozess. Das stellt ganz neue Anforderungen an eine solide, empirisch und theoretisch fundierte Transformationsforschung. Das eigentliche Problem ist hierbei nicht die Behandlung unterschiedlicher Transformationstypen und die damit einhergehenden unterschiedlichen Reflexionen und Sichtweisen. Im Gegenteil – dies kann durchaus der wissenschaftlichen Bereicherung dienen. Das Problem ist vielmehr, dass diese Diskurse zumeist nebeneinander existieren und wechselseitige Dialog- und Lernprozesse die Ausnahme bilden. Tatsächlich ist die Zeit herangereift, um einen übergreifenden, kritisch-intellektuellen Diskurs über Transformation gestern-heute-morgen zu generieren und sich zugleich der Erarbeitung eines zeitgemäßen Paradigmas der neuen Transformation zu stellen. Das »Handbuch Transformationsforschung« liefert

dafür ein nicht zu unterschätzendes Fundament, indem es verschiedene theoretische Paradigmen, eine Vielzahl relevanter Forschungsansätze, qualitative und quantitative Methoden der Transformationsforschung vorstellt und transformative Grundprobleme – zum Beispiel Fragen der Demokratie und Institutionalisierung, des Rechts und der sozialen Sicherheit, der Lebenswelt, der politischen Kultur oder der Eliten – behandelt.

Die Sozialwissenschaft wird jedoch – wie auch die Vergangenheit zeigt – nur als unabhängige und kritisch-emanzipative Wissenschaft mit der Präferenzierung eines Transformationsdiskurses als Veränderungsdiskurs gesellschaftliche Resonanz erlangen können und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

Literatur

- Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft: Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt am Main
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster
- Brie, Michael (2015a): Polanyi neu entdecken: Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi, mit Beiträgen von Polanyi, Karl/Polanyi-Levitt, Kari/Fraser, Nancy, Hamburg
- Brie, Michael (Hrsg.) (2015b): *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?* Hamburg
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt am Main
- Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015): *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden
- Osterhammel, Jürgen (2011): Große Transformation. In: *Merkur*, (7), 625-631
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944]*, Frankfurt am Main
- Polanyi, Karl (2002): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920-1945)*. Bd. 1: *Wirtschaftliche Transformation, Gegenbewegungen und der Kampf um die Demokratie*, hrsg. von Michele Cangiani/Claus Thomasberger, Marburg
- Randers, Jørgen (2012): *2052 – der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre*, München
- Reißig, Rolf (2009): *Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*, Wiesbaden
- Reißig, Rolf (2014): *Transformation – ein spezifischer Typ sozialen Wandels. Ein analytischer und sozialtheoretischer Entwurf*. In: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring*.

- Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, 50-100
- Reißig, Rolf (2015a): Gesellschafts-Transformation. Eine theoretisch-konzeptionelle Fundierung, Erklärung und Deutung. In: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.): Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien. I. Halbband, Berlin, 73-113
- Reißig, Rolf (2015b). Neue Transformation – eine theoretische Konzeptualisierung und gesellschaftspolitische Problematisierung. In: Brie, Michael (Hrsg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?, Hamburg, 107-141
- Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.) (2015): Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien. I. und II. Halbband, Berlin
- WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation, Berlin
- Wiesenthal, Helmut (2009): Transformation oder Wandel? Impressionen aus (fast) zwei Jahrzehnten Transformationsforschung. In: SFB 580 Jena, Vol. 31, 8-20
- Wright, Erik Olin (2010): Envisioning real utopias, London/New York

Philipp Piechura

Transformationsdesign – Zwischen angewandter Kunst und Gesellschaftsveränderung

»There's those thinking more or less, less is more.
But if less is more how're you keeping score«
Eddie Vedder – Society

Die »zukunftsvergessene und innovationsversessene Kultur des unbegrenzten Wachsens und Konsumierens ist ein Endzeitphänomen« (10), so die apokalyptische Ausgangsdiagnose von *Transformationsdesign. Wege in eine Zukunftsfähige Moderne* (Sommer/Welzer 2014).¹

Harald Welzer ist Mitbegründer und Direktor der gemeinnützigen Stiftung »Futurzwei« und seit Juli 2012 Honorarprofessor für Transformationsdesign an der Europa-Universität Flensburg, wo er das Norbert Elias Center for Transformation Design & Research leitet. Er beschäftigte sich als Sozialpsychologe und Soziologe zunächst 1993 mit biographischen Transitionen und lange Jahre mit Fragen des Holocaust. Während er 2008 eine Untersuchung zu *Klimakriegen* (Welzer 2008) vornahm und bereits 2013 *Wege aus der Wachstumsgesellschaft* (Welzer/Wiegandt 2013) beschriftet, sucht er jetzt zusammen mit Bernd Sommer nach den Gestaltungsmöglichkeiten einer solchen Veränderung. Dafür diskutieren sie zunächst »Was warum zu transformieren ist« (Kapitel 1): Eine auf Wachstum durch Energie aus fossilen Brennstoffen beruhende *expansive*, soll zur *reduktiven* Moderne werden, wobei der Geltungsbereich auf die »wohlhabenden frühindustrialisierten Gesellschaften« (14) beschränkt wird. Dass diese Umgestaltung komme, sei angesichts von Peak Oil und der Überschreitung planetarischer Rohstoff- und Verschmutzungsgrenzen klar. Lediglich ob sie »By design or by disaster« (Kapitel 2) statfinde, sei noch offen.

Die Autoren stellen die Frage, ob überhaupt eine zukunftsfähige Moderne möglich sei. Die Wirtschaft sei strukturell nicht nachhaltig, da Effizienzgewinne nicht zu weniger, sondern zu mehr Produktion, Ressourcenabbau und Verschmutzung führen. Zudem gäbe es eine imperiale

¹ Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Seitenangaben im Text auf diesen Titel.

Lebensweise in den wohlhabenden Gesellschaften, »die unbeschränkten Zugriff auf Ressourcen, Raum und Arbeitsvermögen« (42) andernorts zur Voraussetzung hat. Ziel müsse es sein, die zivilisatorischen Standards von individuellen Handlungsspielräumen, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsversorgung zu bewahren und gleichzeitig zu einem Ausstieg aus der Wachstumslogik zu gelangen. Denn: »Nachhaltigkeit und Wachstum schließen sich wechselseitig aus.« (50) Dafür bedürfe es einer »Kritik vorherrschender Transformationsvisionen« (Kapitel 4) wie sie etwa in Form eines technoiden Transformationsverständnisses (der Fortschritt wird's schon richten) auftreten. Da die ökologische Bewegung zudem als entweder vereinnahmte (etwa in der Idee des Green Growth) oder politisch erfolglos gebliebene Strömung angesehen werden muss, sei ein Blick in die Geschichte bisheriger Transformationen (Kapitel 3) nötig.

Aus diesem Rückblick ergibt sich zusammen mit einem aus einer transformationstheoretischen Lesart des Soziologen Elias gewonnenen Einblick in die »Verflechtungszusammenhänge« und »Eigendynamik[en] gesellschaftlicher Entwicklungen« (Kapitel 5) die Einsicht: Erfolgreiche gesellschaftliche Veränderungen finden nicht als moralische Ermahnungen oder Veränderungen von Bewusstseinsprozessen statt, sondern müssen in einem langfristigen nicht-linearen Prozess immer wieder auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion erprobt, erkämpft und verankert werden. Kapitel 6 präsentiert dazu eine Reihe lustvoller, kluger und anschaulicher Beispiele und entwickelt mit dem Begriff des Transformationsdesigns einen theoretischen Werkzeugkasten. Im letzten Kapitel (*Heterotopie als Gesellschaftsdesign*) wird schließlich durch eine Betrachtung von Konzepten der Gemeinwohlökonomie, des Bedingungslosen Grundeinkommens, der Postwachstumsökonomie usw. aufgezeigt, wie die Übertragung einer solchen reduktiven, transformativen Gestaltung auf größere gesellschaftliche Bereiche aussehen könnte.

Zu zeigen, »dass Reduktion zugleich Erkenntnis und Spaß erzeugen kann – gutes Leben eben« (123), darin liegt die Stärke des Buches. Neben der enormen Pragmatik, die sich als Grundstimmung durchzieht, und die mit der theoretischen Bedeutung, die der gestaltenden Kraft sozialer Praxis zugerechnet wird, korrespondiert, zeichnet es sich durch besondere Wendigkeit in der Kunst interdisziplinärer Übertragungen aus. Vielstimmigkeit und Dialog, die als demokratische Grundwerte das Buch ausmachen, finden durch eine Fülle von Interviews ihren Raum. Für sozial-ökologische informierte Leserinnen gibt es in den ersten vier Ka-

piteln ebenso wie im letzten allerdings wenig Neues, es wird eher Bekanntes neu dargestellt und lebendig gemacht. Im Folgenden sei daher vor allem auf die Geschichtstheorie, die transformationstheoretische Lesart Elias', den Begriff des Transformationsdesigns sowie seine Implikationen für politische Praxis eingegangen. Hier gibt es viel Neues und Wichtiges.

Geschichte als Abfolge von Produktionsweisen und als Ergebnis von Kämpfen

Welzer und Sommer betrachten die Neolithische und die Industrielle Revolution als großskalige bzw. große Transformationen, den Abolitionismus, die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei in den europäischen Kolonien, sowie Frauen- und Gleichstellungsbewegung als Beispiele intentionaler Transformationsprozesse. Gemeinsamkeit der Neolithischen und der Industriellen Revolution, »die ihre Klassifikation als Große Transformationen rechtfertigt«, sei, dass sich »nicht allein das Energieregime der Gesellschaften beziehungsweise der Stoffwechsel mit der Natur, sondern nahezu alle gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend« (59) geändert hätten. Bemerkenswert ist hier ihr Verweis auf Rolf-Peter Sieferles Verständnis der »bisherige Menschheitsgeschichte als Abfolge unterschiedlich organisierter sozialmetabolischer Regime« (58) (Sieferle 2010). Bei genauerer Betrachtung erwiesen sich große Transformationen als Einheit vielfältiger segmentarischer Transformationen. Dies schließe die Ebenen der Energiebasis, der Produktionstechniken, der Machtverhältnisse, die soziale Zusammensetzung sowie die Organisations- und Herrschaftsformen ein. Bei der Gestaltung einer Transformation könne es daher nicht um die Entwicklung eines großen Masterplans, sondern nur um eine »Kombinatorik unterschiedlichster Technologie, politischer Interventionen und sozialer Praktiken« gehen (11).

Unter dem Stichwort *Frauen- und Gleichstellungsbewegungen* zusammengefasst, werden politische Kämpfe um Emanzipation und Gleichberechtigung, verstanden als intentionale Veränderungsbemühungen, abgehandelt. Exemplarisch werfen Welzer und Sommer einen Blick auf die Errungenschaften »der Frauenbewegungen«, die sie dann doch eher als eine einzige behandeln. Zu lernen sei, dass es sich »von Beginn an um eine internationale Bewegung« handelte, deren Zielsetzung »jeweils die Veränderung der sozialen Praxis, die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse« (67) auf lokaler Ebene gewesen sei. Auch wenn dies

noch immer nicht vollständig erreicht sei, zeige sich doch der Erfolg der Bewegung in der erreichten rechtlichen Absicherung angestrebter Veränderungen, etwa durch »die Einführung des Frauenwahlrechts, die explizite Gleichstellung in Verfassungsurkunden oder Änderungen in der Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch« (67).

Detaillierter besprechen sie den Abolitionismus, wobei ihr besonderes Interesse darin liegt, dass es sich bei ihm sowohl um eine soziale Bewegung, als auch um eine Veränderung der Produktionsweise handelte. Ausgehend von John McNeills Metapher des Energiesklaven (McNeill/Elstner 2005) parallelisieren sie Nutzung fossiler Rohstoffe mit der Ausbeutung von Sklaven. Die wirtschaftliche Bedeutung der Sklavenarbeit war ähnlich zentral wie heute billiger Strom und so wie das Herr-Sklave Verhältnis gesellschaftliches Bewusstsein und alltägliche Praktiken geprägt habe, sei die Nutzung fossiler Ressourcen die Basis vorherrschender »Urlaubs- und Freizeitaktivitäten, Mobilitätsmuster, Konsummuster etc.« (62). Eine Schwachstelle ihrer Betrachtung des Abolitionismus ist die unkritische Übernahme von Osterhammels These, dass ideelle Motive ausschlaggebend für die Abschaffung der Sklaverei waren, und eine ausbleibende Auseinandersetzung mit der beispielsweise von Eric Williams vertretenen Ansicht, dass handfeste ökonomische Motive eine Rolle spielten.

Insgesamt, so ihr historisches Fazit, erwiesen sich *Gerechtigkeitsbewegungen*, die in die Verhältnisse von Produktion und Reproduktion eingreifen, als wirkungsmächtiger als reine *Korrekturbewegungen*, etwa gegen Überwachung oder gegen einzelne Erscheinungsformen von Umweltzerstörung. In dem Fehlen eines solchen Eingriffes und der Ausklammerung der Ebene des Sozialen sehen sie daher auch den Fehler bisheriger sozialökologischer Bewegungen. Zu bedenken sei dabei stets, dass es sich um langfristige und nicht-lineare Entwicklungen handele, die sich im globalen Maßstab durch Ungleichzeitigkeiten auszeichnen.

Sozialer Wandel als konflikthafte Ent- und Refunktionalisierung

Für die Transformationsforschung ist besonders der Versuch interessant, Norbert Elias transformationstheoretisch zu lesen. Sommer und Welzer verweisen auf die lange sozialwissenschaftliche Tradition der Diskussion sozialen Wandels, die sie ausgehend von Elias' *Prozess der Zivilisation* (Elias 1976) aufgreifen. Ihr Ausgangspunkt besteht darin, natürliche Wandelbarkeit als »die eigentliche Konstante der menschlichen Daseins-

form« (99) anzunehmen und im Gegensatz zum vorherrschenden Blick auf die Reproduktion und Stabilität gesellschaftlicher Verhältnisse, die Aufmerksamkeit auf Transformationsprozesse zu legen. Mit ihm kritisieren sie, es »als »normal« zu betrachten, wenn eine Gesellschaft in dem einmal erreichten Zustand verharrt« (99). Was sind die Kernpunkte ihrer Elias-Rezeption?

1. Ausgehend von Elias' spieltheoretischen Betrachtungen über exponentielle Komplexitätssteigerungen schließen sie auf die Eigendynamiken gesellschaftlicher Entwicklungen und die damit einhergehende Möglichkeit unbeabsichtigter und sogar der ursprünglichen Intention zuwiderlaufender Handlungsfolgen. Als Beispiel nennen sie den aggressiven Lobbyismus der Atomindustrie als Widerstands- und Ausstiegskatalysator.
2. Trotz der prinzipiellen Kontingenz und Offenheit gesellschaftlicher Entwicklung gilt es, die hohe Pfadabhängigkeit einmal vorhandener Strukturen und Institutionen, von Elias als »Richtungsbeständigkeit« (103) bezeichnet, zu beachten.
3. Aus Elias Wandlung der Wir-Ich Balance (Elias 1996) gewinnen sie ein dreistufiges Modell des sozialen Wandels, das soziale Prozesse in eine funktionale/strukturelle, eine institutionelle und eine habituelle Ebene gliedert. Sie verweisen auf die Notwendigkeit in Transformationsprozessen »Ungleichzeitigkeiten« und »die unterschiedlichen Wandlungsgeschwindigkeiten verschiedener Ebenen des Sozialen« (104) zu bedenken. Exemplarisch für eine solche Ungleichzeitigkeit sei im Bezug auf den Klimawandel das Entstehen einer globalen Öffentlichkeit mit Problembewusstsein bei gleichzeitigem Festhalten an der Idee nationaler Vorteile durch Staats- und Regierungschefs.
4. Als Spezifizierung des Mehrebenenmodells betrachten sie die Interdependenzen von Sozio- und Psychogenese. Die »Strukturen der menschlichen Psyche und die Struktur der menschlichen Gesellschaft« (105) seien als Komplementäerscheinungen desselben historischen Prozesses zu verstehen. Konkret heißt das: »Zeitvorstellungen sind an die Synchronisierungserfordernisse transnationaler Mobilität gebunden; Leistungsideale an die kompetitiven Prinzipien internationaler Konkurrenz; Beziehungstypen an die Flexibilitätsanforderungen moderner Produktionsverhältnisse [...] und das individuelle Konsumverhalten korrespondiert mit der Dynamik von Ökonomien, die unbegrenzt wachsen sollen.« (105) Nicht nur die ökonomischen und institutionellen Infrastrukturen seien daher von der beschriebenen Pfadabhängigkeit betroffen, sondern ebenso die mentalen In-

frastrukturen. Deren Bearbeitung kann daher nicht Ergebnis moralischer Forderungen und allenfalls in einem sehr schmalen Ausschnitt eine Aufgabe kognitiver Bearbeitung sein, sondern müsse vorwiegend praktisch, durch die Etablierung neuer sozialer Strukturen gelingen. Ihr Ansatz weist an dieser Stelle eine bemerkenswerte Nähe zum Althusserschen Gedanken der praktisch-materiellen Dimension von Ideologie auf (Althusser 2010).

Der eben ausgeführte Punkt kann explizit ideologiekritisch verstanden werden, in dem er die Vorstellung einer Win-Win-Ideologie im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeits- und Transformationsdiskussion (107f.) angreift und die notwendige Konflikthaftigkeit betont: »Spannungen und Konflikte zwischen Gruppen, deren Positionen sich entfunktionalisieren (wie beispielsweise bei Mineralölkonzernen), und anderen, die Positionen mit neuen Funktionen besetzen (wie Bürgerenergiegenossenschaften), bilden das Kernstück einer Transformation im Sinne des Wechsels von einem expansiven zu einem reduktiven Entwicklungspfad« (109). Konkret beziehen sie sich auf den Umweltaktivisten Bill McKibben. Dieser betont, dass um das 2-Grad Ziel der internationalen Klimapolitik zu erreichen, eine Reduktion des Kohlendioxidausstoßes erfolgen müsste, die einem Kohle-, Öl- und Gasverbrauch im Wert von etwa 20 Billionen US-Dollar entsprächen. Daran seien jedoch »Ölfirmen (wie ExxonMobil oder Royal Dutch Shell) oder Länder, die wie Ölfirmen agieren (wie Kuwait oder Venezuela)«, (108) keinesfalls interessiert. Leider brechen ihre Betrachtungen an dieser Stelle ab. Dabei verweist die Bedeutung von Konflikten in Transformationsprozessen auf die Notwendigkeit entsprechender Konfliktstrategien. Wer genau wird wie genau funktionalisiert und entfunktionalisiert und was können etablierte und neue Politikformen dazu beitragen? Ironischerweise ließen sich Lehren für eine solche Konfliktstrategie möglicherweise aus genau solchen Verstaatlichungsprozessen von Öl und Erdgas ziehen, wie sie im *als Ölfirma agierenden* Venezuela stattfinden.

Transformationsdesign: intelligent, emanzipatorisch und reduktiv?

Zumindest in kreativer Hinsicht kann der Begriff des Transformationsdesigns (TD) als Werkzeugkiste politischer Strategien verstanden werden. Er entstammt aus der Betrachtung von Problemlösungsansätzen aus Kunst, Design, Stadtplanung und Architektur, wobei die schon we-

sentlich frühere Verwendung des Begriffs durch den RED »Do-Tank« des britischen Design Councils Erwähnung verdient.

Im Gegensatz zu konventionellem Design, dass es Produkte als Antworten auf Fragen, die gar nicht gestellt werden, gibt, setzt TD bei der Definition der Frage an und zielt damit auf die *Gestaltung sozialer Praxen*. Ergebnis ist nicht notwendig ein Produkt, sondern auch ein Handeln oder Nicht-Handeln: Zunächst ist nach Nutzungs-, erst dann nach Produktinnovationen zu suchen. Etwa wenn der Umbau der für die gewachsene Schülerzahl zu klein gewordenen Gänge einer viktorianischen Schule durch die Desynchronisierung der Pausenzeiten der einzelnen Klassen umgangen wird.

Der Begriff der *Resilienz*, der eigenständigen Widerstandskraft eines Systems gegenüber Störungen, ist für TD ein weiterer Orientierungspunkt. Im Gegensatz zu *Kulturen der Fremdversorgung*, die Bedürfnisbefriedigungen aller Art durch Konsumangebote realisieren, müsse für eine reduktive Moderne eine Verringerung der Abhängigkeit von kritischer Infrastruktur und damit zusammenhängenden Interdependenzketten erreicht werden. In diesem Sinne ist TD als *emanzipatorisches Design* zu verstehen, dass auf die Ermöglichung von Mündigkeit durch Vergrößerung der Autonomie der Menschen strebt. Stark gemacht werden vor allem Bottom-up-Strategien, wie das aus der Stadtplanung stammende *Advocacy Planning*, der Vorschlag von CO₂-Einsparungen durch die Vereinbarung lokaler Einsparziele anstatt durch gesetzliche Verordnungen und die Umkehrung klassisch hierarchischer Verhältnisse. Hervorgehoben sei ein Projekt Arno Brandlhubers, bei dem potenzielle MieterInnen gefragt wurden, wieviel Miete sie zahlen können und wollen. Davon ausgehend wurde nun in einem anhaltenden kommunikativen Prozess der Bau geplant und durchgeführt.

Da eine Vergrößerung von Autonomie jedoch nicht notwendig in einer Vergrößerung der Möglichkeiten besteht, sei TD die Einübung des Weglassens. Angestrebt wird der kleinstmögliche Aufwand – als Faustformel gilt, dass jede Veränderung durch eine entsprechende Verbesserung gerechtfertigt sein sollte: »Das kardinale Beispiel für eine so orientierte architektonische Haltung lieferten die französischen Architekten Anne Lacaton und Jean-Philippe Vassal, die im Rahmen eines Wettbewerbs zu einer Neugestaltung eines Platzes in Bordeaux vorschlugen, den Platz zu belassen, wie er war, und die verfügbare Bausumme in die regelmäßige Pflege zu investieren.« (132). Als Checkliste für den reduktiven Charakter eines Projekts eignet sich das aus der ursprünglich aus der Abfallwirtschaft übernommene Reduce, Reuse, Recycle Prinzip: »re-

duce meint die Vermeidung von (künftigem) Abfall, *reuse* die Weiterverwendung, *recycle* die materielle Umformung.« (129).

Als kritische Dimension des TD lässt sich die Forderung nach der Lesbarkeit der Geschichte und der Herkunft von Produkten verstehen. Dahinter steckt die Idee, sichtbar zu machen, was konventionelles Design verbirgt: »[W]elche Fertigungsbedingungen, welche Wertschöpfungsketten, welcher Ressourcen- und Transportaufwand, welche Arbeit und Energie in allem steckt, was man konsumiert.« (158) Anders ausgedrückt, Sommer und Welzer verweisen hier auf die Möglichkeit eines ästhetisch-pädagogischen Ansatzes zur Auflösung des Fetischcharakters der Ware.

Zum Verhältnis von Transformationsdesign und klassischen politischen Formen

Insgesamt überwiegt ein fast voluntaristisch anmutendes Primat der Praxis: Welzer und Sommer betonen die Bedeutung der »Schnittstelle zwischen dem Beibehalten der bisherigen Richtung und der Entscheidung für den Pfadwechsel«, die weder theoretisch noch abstrakt sei, sondern nur praktisch erschlossen werden könne. Sie verweist auf den Schritt »in die andere Richtung, den man tatsächlich *macht* [und der] ist selbst transformatorisch« (177f.). Es versteht sich, bei ihrer Absage an die Vorstellung eines Masterplans, dass es kein allgemeingültiges Rezept geben wird: Die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Transformationsdesign wird in den vielen übers Buch verstreuten Interviews gewissermaßen abgegeben. Trotz der Vielfalt der Antworten, lautet das ziemlich übereinstimmende Fazit: Politik hat eine Rahmen setzende und unterstützende Funktion. Diese sei idealerweise eine dienende, »bei der Gemeinden die Werkzeuge, Ressourcen und Unterstützung bekommen sollten, die sie brauchen, um zu entwickeln, was sie für sinnvoll halten« (184). Als Arena der Veränderung wird damit vor allem »die soziale Einheit ›Stadt‹ bzw. ›Kommune‹« (184) verstanden.

Welche Ziele und Strategien einer transformatorischen Politik können nun aus den besprochenen Beispielen gewonnen werden? Ein erster, wesentlicher Punkt ist, wo immer möglich, die Stärkung von Demokratisierungs- und Partizipationstendenzen und die Orientierung an Resilienz und Suffizienz.² Weiterhin die simpel erscheinende und umso schwie-

² Zur Frage der Suffizienz siehe auch (Schneidewind/Zahrnt 2013).

riger umzusetzende Forderung der De-Ökonomisierung und Stärkung des öffentlichen Raums sowie die Bereitstellung gemeinschaftlicher Güter. Bei aller Begeisterung für neuere Open-Access, Open-Source und Sharing-Projekte verweisen Welzer und Sommer auf die Tradition öffentlicher Leihbibliotheken, Schwimmbäder und Parks, die vor dem Hintergrund neoliberaler Politik von Kürzung und Abschaffung bedroht sind. Die allgemeine und gleiche Zugänglichkeit zu öffentlichen Gütern zu sichern, sei zentrale Aufgabe des Staates; auch weil lokale und allen zugänglichen Güter im Krisenfall die Resilienz erhöhen. Im Zweifelsfall müsse zur Verteidigung und Bereitstellung solcher Güter die Nutzungsvor die Besitzfrage treten. Neben dem Erproben neuer Formen von Eigentum, seien alternative Formen des Wirtschaftens zu unterstützen – gerade aufgrund ihrer Bedeutung für eine starke politische Bewegung. In diesem Zusammenhang erinnern die beiden an den sowjetischen Ökonom Nikolai Kondratieff: »Die meisten Organisationen, in denen sich Menschen kollektiv wehren können, besitzen keine eigene Produktionsstruktur. Im Ernstfall sind sie erpressbar.« (180) Aufgabe von Politik wäre es also, solchen Alternativen Produktionsstrukturen, d.h. ganz materiell Räume, Infrastruktur und Starthilfe, zu geben.

Fazit

In ihrem Resümee betonen Welzer und Sommer, dass die anstehende Transformation in weiten Teilen eine der Veränderung von Machtdifferenzialen sein wird. Der Erfolg der Ökologiebewegung hängt davon ab, ob sie es schafft, ihre bisher vor allem auf der symbolischen Ebene erreichten Fortschritte bis »hinein in die Machtdifferenziale innerhalb der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion« zu tragen. Dafür sei es wichtig, die ökologische Frage als Gerechtigkeitsfrage zu formulieren und sich damit einhergehender Konflikte bewusst zu sein. Der notwendige Pfadwechsel in eine reduktive Moderne könne nicht ohne »den Abstieg bestimmter sozialer Gruppen und Einheiten und den komplementären Aufstieg anderer – wachstumsneutraler Unternehmen, ökologischer Landwirte, Energiegenossenschaften etc.« (222) – gelingen. »Dies bedeutet nicht, dass ›der Kapitalismus‹ oder ›das System‹ abgeschafft wird. Auch der Aufstieg der Arbeiterbewegung hat den Kapitalismus nicht ›abgeschafft‹, aber das Verhältnis von Kapital und Arbeit neu konfiguriert.« (222) Während ein Großteil der von ihnen vorgeschlagenen Wege und Alternativen und politischen Strategien überzeugt, wir-

ken sie hier erstaunlich inkonsequent. Denn wenn die von ihnen immer wieder betonte Wachstumslogik, von der es abzukommen gälte, nicht die der kapitalistischen Ökonomie inhärente Vermehrungslogik des Kapitals ist, was soll dann der Kapitalismus sein und was würde von ihm übrig bleiben, wenn diese abgeschafft wird?

Dies ändert insgesamt nichts an der Positivität des von Welzer und Sommer vorgestellten Konzepts, das für die praktische Kritik und Politik einiges zu bieten hat. Von dem, was Transformationsdesign an Veränderungslust und praktischer Klugheit mit sich bringt, davon wünscht man sich etwa angesichts des Anstiegs der Zahl geflüchteter Menschen ausgerufenen Krise mehr. Mit einer Erweiterung der für die Unterbringung stattfindenden Nutzungsinnovationen um die Idee des emanzipatorischen Designs und der Ermöglichung von Autonomie oder einer Anwendung der reduktiven Idee des kleinstmöglichen Aufwands bezüglich staatlicher Verwaltungs- und Souveränitätsansprüche von hier ankommenden Menschen wäre schon einiges erreicht.

Literatur

- Althusser, Louis (2010): Ideologie und ideologische Staatsapparate. In: Wolf, Frieder Otto (Hrsg.): Gesammelte Schriften. Ideologie und ideologische Staatsapparate, Bd. 5, Teil 1. Hamburg
- Elias, Norbert (1976): Über den Prozess der Zivilisation: Soziogenetische u. psychogenetische Untersuchungen, Frankfurt am Main
- Elias, Norbert (1996): »Wandlungen der Wir-Ich-Balance«. In: Schröter, Michael (Hrsg.): Die Gesellschaft der Individuen, Frankfurt am Main
- McNeill, John R./Elstner, Frank (2005): Blue Planet: die Geschichte der Umwelt im 20. Jahrhundert, Bonn
- Schneidewind, Uwe/Zahrnt, Angelika (2013): Damit gutes Leben einfacher wird: Perspektiven einer Suffizienzpolitik, 2. Aufl., München
- Sieferle, Rolf-Peter (2010): Lehren aus der Vergangenheit. Expertise für das WBGU-Hauptgutachten »Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation«, Berlin.
- Sommer, Bernd/Welzer, Harald (2014): Transformationsdesign: Wege in eine zukunftsfähige Moderne. Transformationen, Bd. 1, München
- Welzer, Harald (2008): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt am Main
- Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.) (2013): Wege aus der Wachstumsgesellschaft, Frankfurt am Main

KONKRETE PROJEKTE

Amory Starr

Wie wird um Hegemonie gekämpft?¹

Eine Fallstudie zur Local-Food-Bewegung –
ein Modell für Transformation

Meine Biofoodografie

Im Jahr 1995 war ich auf der Suche danach, wie ich Wirtschaftswissenschaften für farbige Studentinnen und Studenten lehren könne, die ihre Communities stärken wollten. Ich erfand einen Kurs, den ich »Die Politische Ökonomie der Nahrung« nannte. Ich hoffte, dass dadurch der Gegenstand der Wirtschaftswissenschaften handhabbarer werden würde. 14 Jahre lang habe ich diesen Kurs unterrichtet. In dieser Zeit wurde Nahrung zu einem wichtigen Thema der Sozialwissenschaften (wie auch in den Communities der farbigen Bevölkerung).

2005 eröffnete ich dann ein Untergrundrestaurant.² Für das Restaurant gab es verschiedene Gründe. Einer der Gründe war, dass die gesamte anarchistische Linke mit aller Macht für John Kerry Wahlkampf machte.³ Ich wollte was anderes tun. Zum anderen war ich durch die Beschreibung beeindruckt, die Leo Panitch über die radikale jüdische Kultur in den Städten Kanadas und der US-Ostküste in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegeben hatte. Er berichtete von der Dichte der lokalen Institutionen, durch die die Leute etwas über Politik lernten, sie debattierten und ihre Ideen entwickelten. Die Nachbarschaften quollen über von den Möglichkeiten politischen Denkens und Handelns. Ich begann mein Restaurant damit, jede und jeden, den ich in Los Angeles kannte, zum Abendbrot einzuladen.

In der Bewegung für eine andere Globalisierung hatte ich Menschen dadurch politisiert, dass ich sie der Gewalt der Polizei aussetzte. Jetzt versuchte ich, sie zu politisieren, indem ich sie mit dem Geschmack reifer edler Tomaten konfrontierte, die noch aus alten traditionellen Züchtungen stammen.

¹ Dies ist eine erweiterte Fassung des Vortrags am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Februar 2015.

² Das sind nichtkommerzielle Angebote für die gemeinsame Vorbereitung von Essen unter Fremden unter Anleitung durch eine Köchin oder einen Koch – Anm. d.Ü.

³ John Kerry trat 2005 bei den Wahlen zum Präsidenten der USA als Kandidat der Demokratischen Partei gegen George W. Bush an und unterlag – Anm. d.Ü.

2008 bat mich dann Juliet Schor, sie mit der Literatur über soziale Bewegungen vertraut zu machen.⁴ Ich beschloss, diese Literatur neu zu studieren. Dies war zehn Jahre, nachdem ich mein Buch *Naming the Enemy* veröffentlicht hatte (Starr 2000). Inzwischen hatte ich weitere zehn Jahre des Aktivismus hinter mir. Und anders als bei meinem ersten Durchgang durch diese Literatur sprachen mich plötzlich die Bücher von Eyerman und Jamison (1991) und Melucci (1989) an. Und eines Tages sah mich Juliet beim Verzehr unserer Slow-Food-Sandwiches über den Tisch hinweg an und fragte: »Ist Local Food eigentlich eine soziale Bewegung?«

Auch wenn ich mich mit Fragen von Ernährung über so viele Jahre beschäftigt hatte, betrachtete ich das, was ich da tat, niemals als »Aktivismus«, und es fühlte sich auch nicht so an. Hier gab es nicht das Empfinden, irgendwie am Rande zu stehen. Leute aus allen politischen Parteien und sozialen Schichten waren interessiert. Niemand warf mir vor, eine Reformistin zu sein. Und vor allem brachte mich durcheinander, dass es hier keine Polizei gab.

Sobald ich einmal damit begonnen hatte, Juliets Frage zu beantworten, begriff ich, dass sich viel geändert hatte, seit ich 1987 zum ersten Mal in einem Genossenschaftsladen Nahrungsmittel erstanden und dann 1990 schwarze Himbeeren auf einem Bauernmarkt gekauft hatte. 2008 wurde über Local Food faktisch in jeder Zeitschrift am Kiosk berichtet mit Ausnahme der Pornos (das habe ich nicht wirklich geprüft) – es ging um Nachrichten, Mode, Fitness, Design, Kochen, Elternschaft... Selbst die Linke begann, sich da reinzuknien. (Das *Z Magazine* hatte 1998 einen Artikel, den ich eingereicht hatte, mit dem Verweis darauf kategorisch abgelehnt, dass Nachhaltigkeit eine linke Frage, eine Frage sozialer Gerechtigkeit sei.)

Im Jahre 2012 sorgte Local Food für ein Einkommen kleiner Farmen von 4,8 Mrd. Dollar. Dies bedeutete, sie hörten auf, eine bedrohte Spezies zu sein, und wurden wieder lebensfähig. Im gleichen Jahr hatten Großhändler einen Auftrag an eine Firma für Unternehmensberatung, A.T. Kearney, vergeben, die herausfand, dass 70% der Befragten bereit sind, mehr Geld für lokal hergestellte und vertriebene Nahrungsmittel zu bezahlen, darunter auch 57% jener, die nur über ein geringes Einkommen verfügen. Hauptgrund war, dass sie glauben, dass dies der Wirtschaft

⁴ Juliet Schor ist eine US-amerikanische Soziologin, die zum Zusammenhang von Nachhaltigkeit, Ökonomie und Lebensstilen sowie den neuen Konsumentenbewegungen publiziert hat. Sie hat u.a. die Bücher *The Overspent American* und *The Overworked American* veröffentlicht – Anm. d.Ü.

hilft. Außerdem gehen sie davon aus, dass Local Food mehr Auswahl bietet und gesünder ist (siehe Johnson 2012; Rushing/Ruehle 2012).

Die heutige Local-Food-Bewegung, die so intensiv die Märkte nutzt, kann nicht mehr auf einen individualistisch expressiven Konsumismus reduziert werden. Sie organisiert Ressourcen und mischt sich in politische Konflikte und Glaubenskriege ein. Sie hat eine Wirtschaft geschaffen und unterstützt, bei der es um Ethik, Integrität und Respekt für das Land und den Boden, für Tiere und die Bauern geht. Und sie wurde auf den Ruinen der Wall Street gebaut, die ihre Legitimation verloren hat.

Was können wir daraus lernen für die Kämpfe um Hegemonie?

Beim Versuch, Sozialtheorie nützlich zu machen und für die Stärkung sozialer Bewegungen einzusetzen, bemühe ich mich, die Konzepte in Schlüsselbegriffe der Popkultur zu übersetzen. Zurzeit experimentiere ich dabei mit Actionfilmen als Metaphern für die Kämpfe sozialer Bewegungen.

The Quest – Auf der Suche

In den Bewegungen für eine andere Globalisierung und für ökonomische Gerechtigkeit, an denen ich seit den frühen 1990er Jahren als Aktivistin partizipiert habe, gab es immer viel Haarspaltereien, Angst und Konflikte um Ideologie und Taktik. Den Großteil unserer Zeit und Energie haben wir damit verbracht, die Grenze zwischen Radikalismus und Reformismus zu ziehen. Und wir wiederholten das Spiel der 1960er Jahre, bei dem in den Bewegungen die Jungs den Mädchen sagten, sie seien nicht militant genug. (Es gab viel weniger Diskussionen zu Fragen der Strategie, als es hätte geben müssen.)

Wir jagten dem Ziel hinterher, bei der Ideologie alles richtig zu machen und dafür zu sorgen, dass alle, die mit uns zusammenarbeiteten, auch die richtigen Positionen hatten. Jeder, der sich für eine andere Ideologie entschied oder ihr nachplapperte, spielte für uns in einem anderen Team. Wir begriffen nicht, dass sich politische Ideen durch Erfahrungen in konkreten Bewegungen entwickeln und vertiefen. Alberto Melucci betont in diesem Zusammenhang die Rolle alternativer kultureller Räume (er nennt sie »Laboratorien«), die Menschen befähigen, mit neuen Sinnfragen und Formen des Engagements zu experimentieren. Jemand, der oder dem es zunächst nur um die Sicherheit von Nahrung geht, kann sich plötzlich nach den Bio-Nahrungsmitteln im Supermarkt

umzusehen. Und wenn sie dann ihre Besorgnisse mit Freundinnen und Freunden diskutieren oder mehr wissen wollen, als die Labels sagen, dann entdecken sie vielleicht Bauernmärkte, kommen in persönlichen Kontakt mit Farmern; sie werden zu Anhängern von Landwirtschaft am Rande der Städte oder deren Brachen (*peri-urban agriculture*). Vor langer Zeit haben Aimee Shreck und ich im Spaß Fair-Trade-Produkte als »Einstiegsdroge in die Politische Ökonomie« bezeichnet. In anderen Worten: Die Suche beginnt nicht auf der Spitze des Mount Doom in Tolkiens Sagenwelt von Mordor.

Melucci versucht zu begreifen, wie Identität, Kultur, Bedeutung und Raum »soziale Konflikte« (politische Kämpfe) in »verborgenen Netzwerken« befördern. Die Sinnfragen, die Menschen sich stellen, wenn sie beim Einkaufen oder beim Anbau von Nahrungsmitteln Entscheidungen treffen, *werden* politisch. Diese verborgenen Netzwerke soziokultureller Aktivität können am Ende das verändern, was Eyerman und Jamison die »Kosmologie« nennen. Es kann sein, dass soziale Transformation, wie sie von Bewegungen angestrebt wird, weniger durch die offene Konfrontation entsteht und viel eher (und dauerhafter) durch die langsamen und langfristigen Verschiebungen von Vorstellungen und Werten. Diese »neue Theorie sozialer Bewegungen« antwortet auf die neuere Sozialtheorie. Um die Infrastruktur von Unterdrückung und die Werkzeuge der Befreiung zu identifizieren, untersucht diese die Macht der Diskurse, die Verbindung von Unterwerfung und Subjektivität der Akteure, die subversiven Pfade des Fühlens und Begehrens und analysiert die Phänomene von Exzess, Identität, Heterogenität, von Information und Körper.

Eyerman und Jamison begründen, dass »es genau in der Kreierung, Artikulierung und Formulierung neuer Ansätze und Ideen – neuen Wissens – ist, dass sich eine soziale Bewegung innerhalb der Gesellschaft definiert«. Meine Version der kosmologischen und kulturellen Suche der Local-Food-Bewegung ist: »Nahrung als Gemeinschaft (community) und nicht als Ware.« Es gibt unzählige Weisen, diese Idee auszudrücken. Die Local-Food-Bewegung verbreitet seriöse und tolle Begriffe wie »Nahrungsmittelsouveränität«, »slow food«, »foodshed«, »Nahrungsmittelgerechtigkeit«, »farm to table«, »urban farming«, »locavore«, »indie food«, »small batch« oder »foodportunity« ...⁵ Es gibt einen Respekt für

⁵ Bei »foodshed« handelt es sich um Regionen, innerhalb derer die Nahrungsmittel produziert, transportiert und konsumiert werden; »locavore« sind Menschen, die sich von Nahrung ernähren, die vor Ort produziert wurde; »indie food«

Diversität und lokale Ausdrucksweisen. Diese sprachlich-geistige Kreativität hat die Flexibilität der Bewegung befördert: Als das Wort *organische Nahrungsmittel* durch die Konzerne kooptiert wurde, gingen die Bewegungen einen Schritt weiter. Sie forderten: »Kenne Deinen Bauern!«

Bei meinen Interviews mit Bauern und Handwerkern fragte ich sie, warum die Menschen bei ihnen einkaufen. Die Antwort war ganz erstaunlich immer die gleiche: »Es ist die Story, die Erzählung.« Die Leute sind bereit, mehr zu zahlen, Extrafahrten zu machen, es mal unbequem zu haben, ihr Kochrezept zu ändern – *weil* die Story bedeutungsvoller als die Ware selbst ist. Die Story unterbricht die globalen Warenketten, bei denen es immer darum geht, die Story unsichtbar zu machen. Solche Symbole wie Bio oder Fair Trade erzählen uns nichts, sie sagen uns nur, dass die Story, die wir nicht kennen, o.k. ist. Bei Local Food aber ist die unabgeschlossene Story das Wichtigste beim Abendbrot. Es geht um die Ethik und die persönlichen Beziehungen, die diese Story verkörpert.

Die Ideologie der traditionellen Linken kennt nur eine Erzählung. Ihre Hauptdarsteller sind *Der Arbeiter* und *Der Kapitalist*. *Die Polizei*, *Die Arbeitslosen*, *Die Gewerkschaft/Partei* sind die Mitspieler. In abgeleiteter Form können auch *Die Frau* oder *Der Farbige Arbeiter* eine Rolle spielen. Das Ergebnis ist ein Entweder-Oder: Revolution oder noch mehr Kapitalismus. Kritiker debattieren darüber, ob es wirklich sinnvoll ist, mit *Der Gewerkschaft*, *Der Frau*, *Dem Farbigen Arbeiter* zusammenzuarbeiten und *Die Polizei* direkt herauszufordern.

In der Local-Food-Bewegung dagegen hat jede Farm ihre eigene Story; jeder Käse, jedes Rezept erzählt etwas anderes. Und diese Erzählungen sind komplex und unvollendet. Wir wundern uns über Landarbeiter, über die chinesische Terrassenfarm, die chemische Zusammensetzung des Brots, und wir wundern uns darüber, warum das Brot meiner Großmutter am besten geschmeckt hat. Wir haben uns daran gewöhnt, dass wir in Gemeinschaft mit Regenwürmern und Ferkeln essen, dass die Labels nicht perfekt sind und die Regulierungen nicht komplett. Wir sind mit *Comfort Food*⁶ und »fair« Food, mit dem Boden und den Geistern vertraut.

sind Nahrungsmittel, die mit Respekt für den Boden und den Menschen erzeugt sind; bei »small batch« geht es um Nahrungsmittel, die auf sehr spezielle Weise und in kleiner Menge hergestellt werden, und »foodportunity« sind Events, bei denen man sich trifft und die sich um die Nahrung drehen – Anm. d.Ü.

⁶ Unter *Comfort Food* werden traditionell zubereitete Speisen mit einem hohen Anteil von Kohlenhydraten verstanden – Anm. d.Ü.

Avery Gordon untersucht Geschichten, die verloren gegangen sind. Dabei begrüßt sie »eindringliche Überbleibsel«. Sie ist Gastgeber für Geister, die eine inoffizielle Geschichte erzählen können (Gordon 1997). Die Local-Food-Bewegung hat die Geister von Tieren begrüßt, seltene Sorten, weit entfernte Farmer, bescheidene Landarbeiterinnen und Landarbeiter, vertriebene Bäuerinnen und Bauern, all die früheren Bewohnerinnen und Bewohner des niedergebrannten Regenwaldes, Generationen jener, die zu Hause kochten und ihre niemals niedergeschriebenen Rezepte. Wir sind bemüht, für sie alle und für noch mehr einen Platz an unserem Tisch zu finden. Sie haben unser Essen in dem Maße interessanter gemacht, wie wir unseren Gaumen entwickelten, um das Territorium, die Geschichte, die Kultur und die Politische Ökonomie zu schmecken, aus denen das Essen stammt. Wir unterhalten uns darüber, wie wir lernen können, so zu kochen, dass dies ein globales Nahrungsmittelsystem unterstützt, das gerecht und sicher ist und durch eine hohe Vielfalt geprägt wird.

Eine der Geschichten, die immer wieder falsch verstanden werden, ist die Rolle der Communities der Farbigen in sozialen Transformationen. In Wirklichkeit begann die Local-Food-Bewegung in den USA mit einer Reihe von Projekten und Weißbüchern, die seit 1994 durch die *Community Food Security Foundation* organisiert wurden. Auch wenn diese Organisation ihre Arbeit eingestellt hat, sind die Communities der Schwarzen, der Latinos und der Native Americans bei Projekten der städtischen Landwirtschaft und Nahrungsmittelerzeugung weiter sehr aktiv. Der *Food Trust* schafft Bauernmärkte in Nachbarschaften, wo Menschen mit niedrigem Einkommen leben, er arbeitet mit ihnen und den städtischen Schulen. Die *Growing Food and Justice for All Initiative* ist ein Netzwerk von Aktivistinnen und Aktivisten, die in den Communities der Farbigen arbeiten. 2006 stellte der Chef des Marketing-Bereichs des Amtes für Landwirtschaft und Märkte des Staates New York fest: »Was sich geändert hat, ist die Bedeutung lokal erzeugter und rein biologisch erzeugter Produkte. Es ist keineswegs länger nur noch eine Sache von elitären Minderheiten.« (Severson 2006, D1, D4) Die Website *LexiconofSustainability.com* bietet »Information Artworks« an, von denen jedes ein Konzept oder einen Begriff darstellt, einen Schlüssel, um die Suche fortzusetzen.

Heros – Helden

Eyerman und Jamison weisen darauf hin, dass soziale Bewegungen neue Rollen hervorbringen. Die Local-Food-Bewegung hat Archetypen des Heldentums geschaffen, die es vorher nicht gab: Farmer, Köche und Fleischer sind zu einflussreichen politischen Führern geworden.

In dem Maße, wie Farmer sich in Richtung der Direktvermarktung bewegt haben – was angesichts von Ressourcen und Persönlichkeit nicht immer leicht war –, brachten sie neue Identitäten hervor, die ihre Berufung als unabhängige Unternehmer, als traditionelle Agrarwirtschaftler, als friedliche Hirten, als Verantwortliche für Bauernhöfe, Ehepartner und Ökologen aufwerten. Farmer sind aktive Lehrer geworden, sie diskutieren Agronomie, die verschiedenen Pflanzensorten und das Kochen. Sie sind eine Armee von Bodhisattvas, die die Stadt besuchen. Voller Lebenslust, neue Perspektiven von Leben und Tod und Geld mit sich bringend, über ein Maß an wissenschaftlichen Kenntnissen verfügend, das ihre »gebildeten« Kunden verblüfft, scheinen diese Bilderstürmer heil und sogar stark zu sein, auch wenn sie aus der Mode gefallen sind. 2008 erhielt der städtische Farmer Will Allen den *MacArthur Genius Grant*.⁷

Köche haben sich der Verantwortung gestellt, eine »nachhaltige Küche« hervorzubringen, die sich nicht nur Fragen der Erzeugung von Nahrungsmitteln stellt, sondern sich auch der Ernährung in den Communities und der Bildung auf dem Gebiet des Kochens widmet. Alece Waterschuf das Schulspeisungsprojekt *Edible Schoolyard*. Dan Barber untersucht, wie die Local-Food-Bewegung durch sein »Konzept eines dritten Tellers« wirksam das globale System von Nahrungsmitteln verändern kann.⁸ Barney Haughton gründete die *Square Food Foundation*, die Kochkurse für Ältere, SexarbeiterInnen und Jugendliche aus Risikogruppen anbietet. Die Position ist: »Ernährung ist eine Klassenfrage [...] Es gibt keinen Grund, warum Menschen mit weniger Geld Abfall essen müssen.

⁷ Das MacArthur-Stipendium, auch MacArthur Genius Grant genannt, wird von der Stiftung des Versicherungsunternehmers John D. Arthur und seiner Ehefrau Catherine MacArthur seit 1981 vergeben. Es beläuft sich aktuell auf 625000 Dollar, die über fünf Jahre an kreative Personen in den USA vergeben wird und gilt als sehr prestigereich (siehe Wikipedia 2015b).

⁸ Das Konzept des »dritten Tellers« geht davon aus, dass es in der jüngeren Geschichte der USA zuerst das Ziel war, auf dem Teller ein großes Stück Fleisch mit nur wenig Gemüse zu haben. Der »zweite Teller« – jüngeren Datums – besteht aus Gerichten von Tieren, die frei weiden können. Das Gemüse ist lokal angebaut. Aber auch dies sei ökologisch noch schädlich und keineswegs wirklich nachhaltig. Jetzt käme es darauf an, von einem »dritten Teller« zu essen, wo Anbau und Kochen ein Ganzes bilden und auf Dauer gestellt werden können (siehe Barber 2015) – d.Ü.

Es geht nur darum, die Information zu bekommen, das Selbstvertrauen zu haben und den Zugang zu den Zutaten... Es ist auf diesem Weg preiswerter.« (Kingsnorth 2007) Die Stiftung von Köchin Ann Cooper hat sich im Besonderen der Aufgabe gewidmet, die Schulspeisung zu verändern, um die Ernährung von Kindern zu sichern.

Die neuen Heldinnen und Helden haben ausgestorbene Handwerke wie die Berufe des Schlächters und des *Affineurs*, des Herstellers von Käse, wiederbelebt. War früher die Funktion einer Managerin oder eines Managers eines Bauernmarkts ein Teilzeitjob für Umweltaktivistinnen und Umweltaktivisten, so ist es jetzt ein Karrierepfad geworden. Makler übernehmen persönlich den Einkauf für Köche und »Forager« sammeln wilde Früchte.

Die neue Generation von Schlachtern ist besonders beeindruckend. Sie haben sich die Aufgabe gestellt, ihre Kunden weiterzubilden, wie man das kochen kann, was Corey Mintz als die »maßlos billigen, ungeliebten Teile von geschlachteten Tieren« nennt. Es geht darum zu vermeiden, irgendein Teil des Tieres zu verschwenden. Sie haben Beziehungen zu ihren Zulieferern und arbeiten daran, den Geschmack der Kunden für nachhaltig heranwachsende Tiere zu bilden. Es geht um das »Alles-von-der-Nase-bis-zum-Schwanz-Essen« (Nose-to-tail Eating). Sie sprechen von dem Wiederaufstehen der örtlichen Schlachtereien als »Stützpunkt« der Local-Food-Bewegung und von der Schaffung eines Gefühls für Orte in den Nachbarschaften (Mintz 2014; zur Wiederaufstehung von Schlachtereien siehe Trash Lab 2012).

Selbst Einzelhändler haben eine führende Rolle in der Bewegung übernommen. Sam Mogannam hat das Lebensmittelgeschäft seines Vaters gekauft, den Bi-Rite-Markt, und ihn in einen Anführer kleiner Einzelhändler verwandelt. Mogannam arbeitet direkt mit Farmern zusammen; er leiht ihnen sogar Geld, z.B. um wieder etwas nach einem Brand aufzubauen. Er hat das Buch »Iss gute Nahrung« (Eat Good Food) geschrieben und ein gemeinnütziges Bildungsprogramm, 18 Gründe, aufgebaut: »Wir glauben an die transformative Macht der Ernährung. Wir lieben gute Nahrung und denken, dass jede und jeder das Recht hat, gut zu essen.« Mogannam engagiert sich auch für Nahrungsgerechtigkeit und schrieb dazu: »Die Local-Food-Bewegung macht große Fortschritte, aber wir haben noch viel zu tun, um die ungeheure Verschwendung von Nahrungsmitteln in unserem Land zu beenden und gleichzeitig das unentschuld bare Maß von Hunger und Nahrungsmittelunsicherheit anzugehen.« (Cropmobster 2013) Mouth.com ist ein Online-Einzelhändler, der Indie-Food-Unternehmen hilft, sich gut zu entwickeln.

Eyerman und Jamison weisen auch darauf hin, dass etablierte Intellektuelle in eine Bewegung hineingezogen werden und Positionen als emphatische Dokumentaristen, Experten und Theoretiker, als Antagonisten, Apologetiker, Revivalisten, organistorische Refomer oder Ideologen und Großtheoretiker einnehmen können, »die die Ideologie der Bewegung studieren, während sie zugleich versuchen, zu eben dieser Ideologie beizutragen«. Philip Howard führt eine Bibliografie von Sachbüchern und Dokumentarfilmen zum Thema Ernährung seit 1998. Sie umfasst gegenwärtig 395 Titel.⁹ Akademikerinnen und Akademiker (wie auch Journalistinnen und Journalisten) schreiben über die Esskultur, die globalen Wirtschaftszusammenhänge und Ernährung auf neue Weisen. Schriftsteller berichten über die Abenteuer der Kosmologie lokaler Ernährung. Und einer der wichtigsten umfassenden Texte, das Buch »Omnivore's Dilemma« (»Das Dilemma des Allesfresser«) von 2006 des Kolumnisten der *New York Times*, Michael Pollan, war 70 Wochen lang als Hardcover auf der Bestsellerliste dieser Zeitung.

Akademikerinnen und Akademiker haben neue interdisziplinäre Kurse, Programme, Vereine, Zeitschriften und ganze Bibliotheksabteilungen aufgebaut. Auch wenn sie nicht alle auf die örtliche Nahrungsversorgung zentriert sind, hat die Bewegung den öffentlichen Kurs stark beeinflusst und den Raum für neues akademisches Wissen ausgeweitet. Die Forderungen von Studentinnen und Studenten der Agroökologie und der Ökogastronomie haben die Universitäten in den letzten zehn Jahren dazu gebracht, neue Lehrprogramme anzubieten. Sie sind unter *food-culture.org* und *agroecology.org* aufgelistet. Seit meiner ersten Analyse dieser Bewegung im Jahre 2008 (Starr 2010) hat sich die Zahl dieser Programme verdreifacht.

Junge Leute, auch sehr hochqualifizierte, sind daran interessiert, die bäuerliche Arbeit zu erlernen und zu helfen, Anlagen für den städtischen Gartenbau zu schaffen. Die Website *goodfoodjobs.com* gibt einen Überblick über die Möglichkeiten bäuerlicher und handwerklicher Produktion, um Unternehmerinnen und Unternehmern zu helfen, sich mit der Generation junger Menschen in Verbindung zu setzen, die diese ethisch sinnvolle Arbeit leisten wollen. Es gibt zurzeit 20.000 Einträge.

Mein jüngstes Forschungsgebiet sind die Geschäftsentscheidungen und Werte von handwerklichen Unternehmerinnen und Unternehmern.

⁹ Seine Liste findet sich unter www.msu.edu/~howardp/ gemeinsam mit ständig aktualisierten Infografiken, die die unternehmerische Konsolidierung von organisch hergestellter Nahrung, Saatgut, Bier, Wein und Kaffee porträtiert.

Sie scheinen sich konträr zu den Voraussagen gleichermaßen der Mikrowirtschaftswissenschaftler und der Linken zu entwickeln. Ich analysiere, wie sie Entscheidungen über *Ressourcen* treffen, wie sie *arbeiten* wollen, und wie sie *Beziehungen* herstellen zwischen der Warenkette und der Ware selbst. Chad Robertson zum Beispiel von der *Tartine Bakery* stellt jeden Tag 175 Brotlaibe her. Das ist für ihn die genau richtige Menge. Den Rest des Tages verbringt er damit, jenen, die gerne zu Hause kochen, das Brotbacken beizubringen. Die Forschungen von Charles Heying zum Handwerk in Portland zeigen, dass hier Kooperation, Mentoring und Solidarität in und zwischen den verschiedenen Sektoren und nicht Wettbewerb vorherrschen. Paul Cavallo von *Spitfire Motorcycles* beschreibt seine Arbeit mit den Worten: »Es geht darum, etwas zu schaffen, was eine Seele hat.« (Oppenheimer 2010; Heying 2010; Trash Lab 2012)

Actionfilme neigen dazu, einen Helden zu feiern; und er ist niemals allein und hat fast immer eine Muse. Sozialer Wandel ist nur durch kollektives Handeln möglich. Melucci begründet, dass es die entscheidende Aufgabe einer Bewegung ist, »ein mehr oder minder stabiles ›Wir‹ herauszubilden, von dem aus die Bewegungen ›Konflikte‹ hervorrufen können«. Diese Konflikte tragen entscheidend zur Veränderung der Gesellschaft bei, indem sie »Sinnfragen« stellen. Melucci identifiziert den kollektiven wie den individuellen Sinn des »Wir«. Zur kollektiven Identität gehören »emotionale Investitionen, die den Individuen helfen, sich im Anderen zu erkennen«. Er weist auch darauf hin, dass kollektive Identität nicht ausreicht. In der heutigen Zeit hat Handeln vor allem Sinn für die Einzelnen: »Wenn es keinen Sinn für mich persönlich macht, partizipiere ich nicht; aber was ich tue, nützt auch anderen [...]«

Und schließlich: Lasst uns nicht die Heldinnen und Helden am letzten Punkt der Warenkette vergessen, jene, die ich lieber »Köchinnen« und »Köche« als »Konsumentinnen« und »Konsumenten« nennen möchte. Sie kultivieren neue Werte, Geschmacksrichtungen und Sehnsüchte. Sie üben sich in dem, was Robert Bellah u.a. »Praktiken des Engagements« nennen – für Farmer und Tiere, für die Region und die Jahreszeiten, für ein Kochen als Teil des Ökosystems (Bellah u.a. 1985).

The Gadgets – die technischen Spielereien

Die Aktivistinnen und Aktivisten der Local-Food-Bewegung haben neue ökonomische Institutionen geschaffen. Diese Institutionen schaffen Plätze, in denen sich die neue Ökonomie verfestigen kann. Und was noch wichtiger ist, sie geben den Menschen das Gefühl, die Macht zu haben, etwas zu verändern. Deshalb nenne ich sie »Gadgets«.

Der Bekannteste dieser Gadgets ist die *Community Supported Agriculture* (CSA), durch die jemand während der Periode der Aussaat in eine Farm investiert und im Austausch später einen wöchentlichen »Anteil« an der Ernte erhält. Diese Institution wurde dadurch weiter ausgebaut, dass CSA geschaffen wurden, die mehrere Farmen umfassen und deren Angebote zusammenfassen. Dies geschieht mit einer spezialisierten Software, die es Köchinnen und Köchen erlaubt, den Inhalt dessen, was sie im Austausch für ihre Investitionen bekommen, anzupassen. (Eine der besonderen Herausforderungen der CSA sind die Kochkünste. Wenn eine Köchin oder ein Koch das Gefühl bekommt, dass sie oder er ihr oder ihm unbekannte Nahrungsmittel verschwendet oder zu viel hat, dann verlassen sie gemeinhin das Programm.)

Die neueren Innovationen haben gleichermaßen auf den Erfolgen und Misserfolgen der CSA-Systeme aufgebaut. *Famigo.com* unterstützt die direkten Beziehungen zwischen Farmen und Haushalten, indem es das CSA-Modell nutzt und Zentren schafft, bei denen die Güter in der eigenen Nachbarschaft in Empfang genommen werden können. Die Genossenschaft im Belegschaftseigentum *Three Stone Hearth* bietet Mitgliedern Essen auf der Basis eines wöchentlichen Speiseplans an. *Plated.com* liefert nach der Methode von »Dinner-Kit« Zutaten für spezielle Menüs. Die Rezepte sind darin eingeschlossen. In San Francisco kann man bei *Forage.com* vorbereitete Zutaten für Gerichte erhalten, die auf den Rezepten bekannter Restaurants basieren, sodass man innerhalb von 20 Minuten Restaurantessen kochen kann. *LukesLocal.com* wiederum bietet zusammengestellte Packungen für die ganze Woche mit einer Mischung aus vorbereiteten oder noch zu kochenden Gerichten an. Dazu gibt es Kindernahrung und Burritos zum Frühstück. Das Berliner *Kochhaus* organisiert Essen um eine Reihe von Tischen, auf dem die Zutaten eines wunderbar illustrierten Rezepts zu finden sind. Man kann die Zutaten für einen festen Preis pro Person bekommen. Alle diese Anbieter nutzen lokale, organische, im Freiland gezüchtete, ethische Nahrung. Blickt man auf die Köche und die Einzelhändler mit ihren Kochklassen, dann scheint das Kochproblem in guten Händen.

Um die Farmer bei ihrem Übergang zum Direktmarketing zu unterstützen, das Transport einschließt und Arbeitskraft verlangt, ist der *Food-Hub* ein neues Gadget. Er ersetzt die Mittelsmänner, die ihre Stellung für höhere Preise ausnutzten, durch ethisch orientierte Vermittler, die die Transparenz über Preisgestaltung und »Identität des Ursprungs der Güter« über den ganzen Prozess wahren. Mehr als 200 solcher Food-Hubs gibt es in den USA, die die Zulieferung für Einzel-

händler, Restaurants und private Haushalte organisieren und den Transport sichern.¹⁰

Farmer, die nur wenig Vieh haben, sind mit dem Problem konfrontiert, dass das Fleisch, das sie verkaufen, ein Sicherheitszertifikat der Regierung haben muss. Die großen fleischverarbeitenden Unternehmen haben diesen Teil der Warenkette aufgekauft, und die Farmer hatten keine Chance. Sie mussten das Vieh zu den Konditionen der Großunternehmen an die Schlachthäuser verkaufen. Um die Kontrolle über die Transaktion wieder herzustellen, müssten die Farmer das Eigentum am Vieh über den Prozess des Schlachtens und Verarbeitens behalten, sodass sie es noch besitzen, wenn es zum Fleischverkauf kommt. Schlachthöfe im Genossenschaftsbesitz, die mobil sind, und andere Gadgets, die unter dem Begriff »niche meat processing« vereint sind, helfen den Farmern, die Kosten der Zertifizierung zu tragen und so die Kontrolle über ihre Produkte bis zum Endabnehmer, der Endabnehmerin zu behalten.

Es war eine Innovation der *Community Food Security Coalition* der frühen 1990er Jahre, *Food Policy Councils* zu bilden. Sie brachten Regierungsakteure, gemeinnützige Nahrungsmittelbanken, landwirtschaftliche Organisationen und andere Interessierte zusammen, um Maßnahmen zu beraten, die nachhaltige und sichere Nahrungssysteme fördern können. Im Jahr 2014 gab es 200 solcher Räte in den USA, 57 in Kanada und sechs in den Stammesnationen (tribal nations). 60% dieser Räte sind unabhängige Basiskoalitionen, 21% unabhängige gemeinnützige Organisationen und 19% sind Beratungsgremien, die durch die Regierung eingesetzt werden.¹¹

Ein weiteres wichtiges Erbe der *Community Food Security Coalition* waren Gadgets, um die Programme der Armutsbekämpfung zu unterstützen und gesundes Essen zu fördern. Seit den 1990er Jahren haben Mütter, die Nahrungshilfe erhalten, zusätzliche Coupons bekommen, die im Rahmen des WIC-Programms auf Bauernmärkten eingelöst werden können.¹² Ein zusätzliches Programm, SNAP (Supplemental Nutrition Assistance Program), subventioniert die Nahrungsmittel für einkommens-

¹⁰ Siehe zu den Food-Hubs das National Good Food Network (www.ngfn.org/resources/food-hubs).

¹¹ Die Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health Center for a Livable Future bietet eine Webplattform für diese Food Policy Councils an (siehe www.jhsph.edu/research/centers-and-institutes/johns-hopkins-center-for-a-livable-future/projects/FPN).

¹² Das *Special Supplemental Nutrition Program for Women, Infants, and Children* (WIC) stellt Mittel aus dem Bundeshaushalt der USA für schwangere Frauen aus

schwache Haushalte. Beide Programme haben eigene Systeme, die es zertifizierten Bauernmärkten erlauben, die entsprechenden *Payment Cards* einzulösen. In Kalifornien ermöglicht das öffentlich-private *Fresh-works-Programm* den Bauernmärkten, den Nutzen zu verdoppeln. Das Programm erhöht die Kaufkraft der Empfänger solcher Leistungen, wenn sie sich für die gesündeste Nahrung entscheiden.

Mit dem Begriff der »Nahrungswüsten« (food deserts) werden Nachbarschaften beschrieben, in denen es keinen Zugang zu gesunden frischen Nahrungsmitteln gibt. Zusätzlich zum städtischen Gartenbau und den Programmen der *Community Supported Agriculture* (CSA) gibt es andere Gadgets. Dazu gehören die mobilen Verkaufsangebote und *Healthy Corner Stores* (ein Beispiel ist die *Healthy Bodegas Initiative* in New York), die es Geschäften erlaubt, gesunde Nahrungsmittel zum gleichen Preis anzubieten wie ungesundes *Junk Food*. Das *Fresh-Programm* in New York wird aus diesem Grund neue Händler und jene, die sich umstellen und bestimmte Kriterien beim Angebot von frischeren und gesünderen Nahrungsmitteln erfüllen, subventionieren.

Der Verband besorgter Wissenschaftler (*Union of Concerned Scientists*) hat eine nationale Nahrungsmittelpolitik vorgeschlagen, die die Subventionen für landwirtschaftliche Güter von Getreide und Sojabohnen (die in *junk food* und die Massentierhaltung gesteckt werden) auf jene Produkte verlagert, die gebraucht werden, damit jede Einwohnerin und jeder Einwohner der USA die von der Regierung empfohlene Diät von 50% Obst und Gemüse zu sich nehmen kann. Ihre ökonomische Analyse kommt zu dem Schluss, dass die Nutzung von 90 Mio. Dollar der jetzt fünf Mrd. Dollar an Subventionen 189.000 neue Jobs und 9,5 Mrd. Dollar neuer wirtschaftlicher Leistungen bringen würde (Union of Concerned Scientists 2015). Ohne die jetzigen Subventionen würde das *Junk Food* seinen wahren Marktpreis annehmen und teurer sein als nicht industriell verarbeitete Nahrung.

Eine der Innovationen, die besonders nachhaltig war und auch durch die *Community Food Security Coalition* begonnen wurde, sind die Projekte *Farm-to-School*. Sie zielen darauf ab, die Produkte für die Schulspeisung direkt von örtlichen Farmern zu erwerben. Darüber hinaus unterstützen sie die Entwicklung von Schulgärten und Bildungsprogrammen zu den Themen von Landwirtschaft, Ökologie und Nahrungszubereitung. 26 Staaten der USA haben mittlerweile entsprechende Gesetze,

einkommensschwachen Haushalten und deren Kindern bis zum Alter von fünf Jahren bereit, die zu Risikogruppen mit mangelnder Ernährung gehören – Anm. d.Ü.

die dies unterstützen, und 40.000 öffentliche Schulen in den USA haben solche Programme. Sie betreffen 23 Mio. Schüler und es werden dabei 385 Mio. Dollar für Produkte lokaler Farmer ausgegeben.¹³

Die Studierenden der Universitäten haben sich nicht nur für Bildungsangebote eingesetzt, die den Zusammenhang von Landwirtschaft, Ökologie und Ernährung betreffen, sie fordern auch, dass die Verwaltungen der Universitäten dafür sorgen, dass die Speiseangebote auf dem Campus so umgestellt werden, dass sie örtliche Farmer unterstützen und die Studierenden mit hochwertigen Nahrungsmitteln versorgen. Seit 2008 hat der *Campus Real Food Challenge* 60 Mio. Dollar für entsprechende Kaufangebote bereitgestellt. 27 Universitäten haben sich verpflichtet, dafür zu sorgen, dass 20% und mehr der Produkte von »realen Nahrungsmittelquellen« (d.h. jenen, die namentlich bekannt sind) stammen.

Melucci begründet, warum Räume und Projekte, wo Menschen mit neuen Sinnangeboten und Projekten experimentieren können, für kulturellen Wandel entscheidend sind. Eyerman und Jamison weisen darauf hin, dass Bewegungen Methoden entwickeln, um Informationen auszutauschen. Ein wichtiger und einflussreicher Raum ist der Markt. Auch er ist ein Gadget. Über viele Jahrzehnte hinweg hatte die Zahl von Bauernmärkten in den USA abgenommen. 1976 gab es nur noch weniger als 600 im ganzen Land. Jetzt gibt es mehr als 8.200 (Brown 2001; für die Zeit nach 1994 siehe United States Department of Agriculture (USDA) 2014). 1970 gab es in Kalifornien überhaupt keinen Bauernmarkt mehr. Dann begann eine soziale Bewegung. 1977 gab es sieben, 1981 52 und 2011 729 Bauernmärkte in Kalifornien (Sydney 2005).

Aber die Bauernmärkte sind nicht die einzigen Räume, bei denen es sich vor allem um Nahrung dreht. Untergrund-Restaurants sind Ereignisse, die darauf abzielen, das Ausgehen zum Essen zu dekommodifizieren. Sie wurden zwischen 1999 und 2006 populär und haben verschiedene Schwerpunkte. Vor allem aber geht es darum, dass sie versuchen, den Blick von Menschen darauf, was sie über Nahrung, Kochen und Essen denken, zu erweitern, indem sie Fremde dazu bringen, darüber ins Gespräch zu kommen, eng verbunden mit der Köchin oder dem Koch. *FindaSupperClub* bietet ein internationales Verzeichnis von Untergrundrestaurants an.

¹³ Das National Farm to School Network, www.farmentoschool.org, bietet umfangreiche Informationen an und hat entsprechende Gesetzgebungen dokumentiert.

Die Schaffung von Räumen und Ereignissen, wo es um Nahrung geht, ist ein Weg, Menschen dazu zu bringen, über den Genuss nachzudenken, der mit dem Essen verbunden ist. So können sie überzeugt werden, in Qualität und in handwerkliche Produzenten zu investieren. Diese Räume reichen von Lkw-Reihen, die Nahrungsmittel verkaufen, bis zu jährlichen Festivals. In Australien gehören Kochklassen und Vorträge von Köchinnen und Köchen zu solchen Festivals. In Berlin gibt es neben den traditionellen Bauernmärkten eine Reihe unternehmerischer Räume, die sich auf handwerklich hergestellte Nahrung spezialisiert haben. *Markthalle Neun* hat einen Straßenmarkt für Nahrungsmittel, einen Frühstücksmarkt und einen Markt für Nachspeisen. *Neue Heimat* bietet den ganzen Sonntag über Getränke und Musik an, umgeben von Anbietern solcher handwerklich hergestellten Nahrungsmittel.

Zur Unterstützung von Unternehmen bei der Herstellung derartiger Nahrungsmittel gibt es »kulinarische Inkubatoren«, die stunden- oder tageweise zertifizierte kommerzielle Küchen bereitstellen (Econsult Solutions, Inc. 2013). Der Zugang zu solchen Räumen erlaubt es Startup-Firmen, Güter zu erzeugen, die für den Einzelhandel gesetzlich zugelassen sind. So können sie ohne große Investitionen ihr Geschäft aufbauen. Entsprechend einer Analyse von 2013 sind 61% derer, die die 135 Inkubatoren in den USA nutzen, Frauen, 28% haben nur ein geringes Einkommen und 32% sind Farbige.

Außerhalb Europas ist die Begeisterung für handwerklich hergestellte Nahrungsmittel größer als das vorhandene Wissen und Können der Produzenten. So reisen Hersteller von Käse nach Italien, um dort Erfahrungen zu studieren. Das *Rootstock* in Sydney, Australien, ist ein innovatives Wein-Festival, wo die Organisatoren es zur Bedingung gemacht haben, dass die Winzer selbst in Person ihren Wein zum Verkosten anbieten. Das halbe Festival ist geschlossenen Sitzungen vorbehalten, bei denen die Winzer den Wein der anderen verkosten und einander Erfahrungen vermitteln. Winzer aus Europa sind als Gäste willkommen und brauchen als Partner und Wissensvermittler gegenüber Winzern aus Australien und Neuseeland keinen Teilnahmebeitrag entrichten.

Auch der städtische Gartenbau ist voll von Gadgets. Das reicht von agronomischen Innovationen wie Einrichtungen zum Kompostieren, Aquaponics,¹⁴ Hochbeeten, um verseuchte Erde zu vermeiden, bis hin

¹⁴ »Aquaponik bezeichnet ein Verfahren, das Techniken der Aufzucht von Fischen in Aquakultur und der Kultivierung von Nutzpflanzen in Hydrokultur verbindet. Es handelt sich dabei um einen geschlossenen Wasser- und Nährstoff-

zu Bildungsangeboten wie das *City Sklicker's free backyard gardening program*, das Gemüsegärten für Haushalte mit niedrigen Einkommen und in Kitas mit Kindern aus solchen Haushalten anbietet. Programme des städtischen Gartenbaus bieten oft Jobs und Ausbildung für Jugendliche aus ärmeren Schichten. Der Verein *Growing Power* verarbeitet 44 Mio. Pfund von Kompost in eine Mio. Pfund junges Blattgemüse und Gemüse und bietet zugleich Arbeit und Ausbildung für die städtische Jugend von Wisconsin und Illinois. Sie subventionieren Nahrungsmittelpakete für hungrige Gemeindemitglieder. Auch *City Sklicker* verkauft organische biointensive Produkte auf der Basis von Zuwendungen.

Gesetze, die die Landnutzung regulieren, sind ein Schlüsselgadget, um die Städte nachhaltig zu machen und die Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten. Grüne Ringe, der Schutz von städtischen Brachen als landwirtschaftliche Nutzfläche, die Integration von Nahrungsmittelanbau in die Landschaftsgestaltung (*edible landscaping*) und städtische Farmen können durch Gesetzgebungen wie die von Kalifornien des Jahres 2013 (Assembly Bill 551) entwickelt und geschützt werden. Sie erlauben es Städten und Kreisen, Steueranreizprogramme für städtische Farmen zu verabschieden.

Als ich das oben erwähnte Lexikon durchsah, stutzte ich über ein Bild, das das Gadget von »Farm Feen« (*Farm Fairies*) darstellte. Als ich genauer hinsah, entdeckte ich, dass der Farmer auf dem Bild Jeff Broadie ist. Er gehörte in den frühen 2000er Jahren zu meiner Gruppe von Aktivistinnen. Damals war er ein Punk-Rock-Anarchist und lebte von Zigaretten, Pizza und Bier. Aber er besuchte meine Kurse zu Ernährung und hatte die ganze Zeit ein verdutztes Gesicht. Jetzt betreiben er und seine Partnerin Kasey eine Farm in Oregon. Auf dem Bild ist zu sehen, wie ein anderes Paar (die »Feen«) beschließen, ihr Geld nicht der Wall Street anzuvertrauen, sondern in Jeffs Farm zu investieren.

Für manche ist die Frage der Ernährung nichts als ein bourgeois Habitus. In der gleichen Zeit kaufen die globalen Großunternehmen das Nahrungssystem auf: das Saatgut, das Land, die Verarbeitungskapazitäten, das System des Groß- und Einzelhandels; und durch ihre Werbung bemächtigen sie sich sogar unserer Sehnsüchte. Sie wollen uns weismachen, dass es keine Alternative gibt zu Monokulturen, Tierfabriken, Pflanzengiften und Biotechnologie, während die mit der Ernährung verbundenen Krankheiten zunehmen. Sie plündern die Ressourcen

kreislauf, welcher in automatisierten Abläufen bewirtschaftet wird.« (Wikipedia 2015a) – Hinweis d.Ü.

des globalen Südens aus, um schädliche und unnütze Nahrungsgüter für den globalen Norden verkaufen zu können. Wir müssen unsere Nahrungsmittelsouveränität wiederherstellen – die Autorität der Menschen, selbst darüber zu entscheiden, was sie essen wollen, wie es produziert wird und durch wen. Mit diesem Ziel sind sehr verschiedene Akteure dabei, innovative alternative Institutionen zu schaffen, um eine nachhaltige Produktion, einen integren Austausch und im Interesse der Nahrungsmittelsicherheit die Dekommodifizierung der Nahrungsmittelversorgung möglich zu machen. Nicht zuletzt geht es um den kulturellen Reichtum, der mit Nahrung verbunden ist. Die Linke ist mit dieser sozialen Bewegung für Local Food nicht vertraut, denn sie verbindet Menschen aus sehr verschiedenen Klassen und Gruppen. Unternehmer wie Farmer oder Köche spielen eine führende politische Rolle. Und es geht auch nicht nur darum, das Leiden zu verringern, sondern zugleich auch darum, das Recht auf Genuss zu sichern.

Übersetzt von Michael Brie

Literatur

- Barber, Dan (2015): The Third Plate. www.thethirdplate.com/ [Letzter Zugriff 12.2.2015]
- Bellah, Robert N. u.a. (1985): *Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life*, Berkeley
- Brown, Alison (2001): Counting Farmers Markets. In: *Geographical Review*, 91. Jg., Heft 4, 655-674.
- Cropmobster (2013): Bi-Rite Market helps launch San Fransco Cropmobster Community, <http://sfbay.cropmobster.com/>
- Econsult Solutions, Inc. (2013): *U.S. Kitchen Incubators: An Industry Snapshot*, Philadelphia
- Eyerman, Ron/Jamison, Andrew (1991): *Social Movements. A Cognitive Approach*, Cambridge
- Gordon, Avery F. (1997): *Ghostly Matters. Haunting and the Sociological Imagination*, Minneapolis
- Heying, Charles (2010): *Brew to Bikes: Portland's Artisan Economy*, Portland
- Johnson, Kirk (2012): Small-Scale Farmers Creating a New Profit Model. *The New York Times*, 1. Juli, www.nytimes.com/2012/07/02/us/small-scale-farmers-creating-a-new-profit-model.html?_r=0
- Kingsnorth, P. (2007): Local Hero: Barny Haughton, *Ecologist Online*, 17.5.2007
- Melucci, Alberto (1989): *Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society*, Philadelphia

- Mintz, Corey (2014): The Way We Eat Now: Toronto's love affair with a new generation of innovative butchers. *Toronto Life*, 18.3.2014
- Oppenheimer, Todd (2010): Breaking Bread. *San Francisco Magazine*, 22.10.10
- Rushing, James/Ruehle, Jens (2012): Buying into the Local Food Movement, www.atkearney.com/documents/10192/709903/Buying+into+the+Local+Food+Movement.pdf/68091049-b5c2-4d2a-a770-ee5b703da8fd
- Severson, Kim (2006): Greenmarket at 30 Searching for Itself, *New York Times*, 19.7.2006
- Starr, Amory (2000): Naming the Enemy. *Anti-Corporate Social Movements Confront Globalization*, London/New York
- Starr, Amory (2010): Is Local Food a Social Movement? In: *Cultural Studies*, 10. Jg., Heft 6, 479-490.
- Sydney, Russel (2005): A History of the Farmers' Market Movement in California, Santa Monica
- Thrash Lab (2012): Custom Motorcycle Builders, www.thrashlab.com
- Union of Concerned Scientists (2015): Infographic: Plant the Plate. www.ucsusa.org/food_and_agriculture/solutions/expand-healthy-food-access/plant-the-plate.html [19.2.2015]
- United States Department of Agriculture (USDA) (2014): National Count of Farmers Market Directory Listing Graph: 1994-2014, www.ams.usda.gov/AMSV1.0/ams.fetchTemplateData.do?template=TemplateS&leftNav=WholesaleandFarmersMarkets&page=WFMFarmersMarketGrowth&description=Farmers+Market+Growth
- Wikipedia (2015a): Aquaponik, <http://de.wikipedia.org/wiki/Aquaponik>
- Wikipedia (2015b): MacArthur Fellowship. In: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=MacArthur_Fellowship&oldid=124859383 [12.2.2015]

Autorinnen und Autoren

Frank Adler, Soziologe, Dr. sc., arbeitet auf dem Feld Wachstumskritik/ Postwachstum/Degrowth als Diskurs, Bewegung sowie Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation und ist in diversen lokalen Initiativen politisch engagiert.

Lutz Brangsch, Dr. oec., Politökonom, wissenschaftlicher Referent für Staat und Demokratie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Transformationen von Staatlichkeit in der Krise des Neoliberalismus, Projekte des sozial-ökologischen Umbaus sowie die Geschichte sozialistischer Transformationen.

Michael Brie, Sozialphilosoph, Prof. Dr. habil., wissenschaftlicher Referent des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Geschichte und Theorie sozialistischer Transformation, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und im Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne sowie der Leibniz-Sozietät.

Mario Candeias, Dr. rer. pol., Politikwissenschaftler, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Redakteur der Zeitschrift LuXemburg; seine Forschungsschwerpunkte sind die ReOrganisierung der Linken in Europa und die kapitalismuskritische Analyse multipler Krisenprozesse gegenwärtiger Gesellschaft.

John Bellamy Foster ist Herausgeber des marxistischen Magazins Monthly Review und Professor für Soziologie an der University of Oregon in Eugene (USA). Schwerpunkte seiner Arbeit sind die politische Ökonomie und politische Ökologie. Er hat umfangreiche Analysen zur Politik der USA vom Standpunkt der Imperialismustheorie und zur ökologisch orientierten Erneuerung des Marxismus verfasst. Sein aktueller Schwerpunkt sind Fragen der sozialökologischen Transformation.

Cornelia Hildebrandt, Diplom-Philosophin, wissenschaftliche Referentin für Parteien und soziale Bewegungen am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS und stellvertretende Direktorin des Institutes; Vorstandsmitglied der Stiftung der Europäischen Linkspartei (EL) Transform!; zusammen mit Johanna Bussemer (ZID) Koordinatorin der Zusammenarbeit der RLS mit der Europäischen Stiftung Transform Europe.

Dieter Klein, Prof. Dr. habil, Sozialwissenschaftler, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Willy-Brandt-Kreises; Schwerpunkte seiner Forschungsarbeit sind Fragen der Kapitalismustheorie, der Krise und Transformation des neoliberalen Kapitalismus, der Theorie und Strategie »doppelter Transformation« im Kapitalismus und über ihn hinaus.

Philipp Piechura, B.A. in Philosophie und Kunstwissenschaften, arbeitet als freier Theater- und Freizeitpädagoge, studiert Soziologie und interessiert sich für Transformationsprozesse in Performance und Politik.

Rolf Reißig, Prof. Dr. habil., Sozial- und Politikwissenschaftler, Mitarbeiter am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.), Gastdozent an der FU Berlin, regelmäßige öffentliche Vorträge. Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Willy-Brandt-Kreises; Schwerpunkte seiner Arbeit sind die postsozialistische Transformationsforschung und die Entwicklung einer neuen Theorie von Transformation als besonderer Typ sozialen Wandels.

Amory Starr, Soziologin, Aktivistin, Tänzerin, hat 1998 zum Thema »Den Feind benennen. Anti-Konzern-Bewegungen fordern die Globalisierung heraus« promoviert. Sie untersuchte im Weiteren die politökonomischen Visionen der globalisierungskritischen Bewegungen und war in diesen Bewegungen, in Antikriegsbewegungen und Bewegungen gegen die Biotechnologieindustrie aktiv. 1995 begann sie mit einer Lehrveranstaltung »Politische Ökonomie der Nahrung«, die sie bis 2009 fortführte. 2006 eröffnete sie ein Untergrundrestaurant als Weg, eine politische Gemeinschaft und Kultur um die Fragen von *Slow Food* und Nahrungsmittelsouveränität zu bilden. Sie bloggt auf www.trabal.org und twittert auf @amorstarr.

Klaus Steinitz, Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Lehre und Forschung an der Hochschule für Ökonomie, der Karl-Marx Universität Leipzig, am Ökonomischen Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission (SPK) und an der Akademie der Wissenschaften, Abteilungs- und Hauptabteilungsleiter der SPK für Prognose und langfristige Planung. 1990-1993 Mitglied des Parteivorstands und des Präsidiums der PDS, verantwortlich für Wirtschaftspolitik; viele Jahre Sprecher der AG Wirtschaftspolitik der PDS und Vorsitzender der Hellen Panke – Rosa-Luxemburg-Stiftung

Berlin; Mitglied der Leibniz Sozietät und der AG Alternative Wirtschaftspolitik; Publikationen u.a.: Das Scheitern des Realsozialismus (2007), Plan – Markt – Demokratie zusammen mit Dieter Walter (2014).

Joachim Wahl, Politikwissenschaftler (Lateinamerikanist), Studium am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), Tätigkeit im außenpolitischen Dienst der DDR, in verschiedenen Ländern Lateinamerikas und Afrikas, 2002 bis 2004 Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo (Brasilien), Arbeitskreis Lateinamerika der Partei Die LINKE, Mitarbeit in Gesprächskreisen der RLS. Publikationen zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika.

VSA: Von Utopien zu Realutopien



Michael Brie (Hrsg.)
Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?

Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
256 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-648-0

Menschen machen ihre Geschichte immer noch selbst und sie experimentieren ständig mit neuen Möglichkeiten – auch wenn die Bedingungen vorgefunden sind. Die Krise des Neoliberalismus öffnet Möglichkeiten.



Mimmo Porcaro
Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert

Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 4
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
120 Seiten | € 9.80
ISBN 978-3-89965-676-3

Wie ist Sozialismus in der Gegenwart möglich? Mimmo Porcaro gibt Antworten jenseits des staatssozialistischen Alptraums und eines marktradikalen Freiheitsbegriffs.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA

VSA: Transformationen in Hellblau



Michael Brie

Polanyi neu entdecken

Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi | Band 1 der Reihe »Beiträge zur kritischen Transformationsforschung« des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 10,00

ISBN 978-3-89965-642-8

Michael Brie führt in das Werk des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Karl Polanyi (1886-1964) ein und skizziert Möglichkeiten des Dialogs zwischen diesem und Nancy Fraser, der bekanntesten US-amerikanischen Feministin.



Elmar Altvater

Engels neu entdecken

Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die »Dialektik der Natur« und die Kritik von Akkumulation und Wachstum
192 Seiten | € 12,00

ISBN 978-3-89965-643-5

Friedrich Engels' nicht vollendetes Werk »Dialektik der Natur« wurde posthum erstmals im Jahre 1925 in der jungen Sowjetunion in publiziert. Engels ging es um das Begreifen eines »dialektischen Gesamtzusammenhangs« von Natur und Gesellschaft, von Ökonomie und Politik. Dieser »holistische« Ansatz ist heute in den Debatten um die Erde als »ökologisches Weltssystem«, als Anthropozän oder Kapitalozän aktueller denn je.

Prospekte anfordern!

VSA

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de